

Gerhard Hirscher

## WOHIN GEHT DIE BÜRGERLICHE MEHRHEIT?

Die Unionsparteien in den Wahlen  
2010 bis 2013



# Berichte & Studien 98

Gerhard Hirscher

## Wohin geht die bürgerliche Mehrheit?

Die Unionsparteien in den Wahlen 2010 bis 2013

## Impressum

ISBN	978-3-88795-436-9
Herausgeber	Copyright 2014, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzender	Prof. Dr. h. c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a. D., Senator E. h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Autor	Dr. Gerhard Hirscher
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	Gebr. Geiselberger GmbH, Vilsbiburg

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Einführung .....</b>	<b>9</b>
<b>2.</b>	<b>Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 9. Mai 2010: Rückschlag für die bürgerliche Mehrheit.....</b>	<b>11</b>
2.1	Wahlergebnis und mögliche Regierungen .....	11
2.2	Bewertungen und Einzelaspekte .....	12
2.2.1	Einordnungen im Vergleich .....	12
2.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen .....	13
2.2.3	Prognosen und Wirklichkeit .....	14
2.2.4	Zusammensetzung der Wählerschaft .....	15
2.3	Zusammenfassung .....	18
<b>3.</b>	<b>Die Bürgerschaftswahl in Hamburg vom 20. Februar 2011: Ende des schwarz-grünen Experiments.....</b>	<b>21</b>
3.1	Wahlergebnis und mögliche Regierungen .....	21
3.2	Bewertungen und Einzelaspekte .....	22
3.2.1	Einordnungen im Vergleich .....	22
3.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen .....	22
3.2.3	Prognosen und Wirklichkeit .....	23
3.2.4	Zusammensetzung der Wählerschaft .....	24
3.3	Zusammenfassung .....	26
<b>4.</b>	<b>Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 20. März 2011: Kontinuität ohne bürgerliche Mehrheit .....</b>	<b>29</b>
4.1	Wahlergebnis und mögliche Regierungen .....	29
4.2	Bewertungen und Einzelaspekte .....	30
4.2.1	Einordnungen im Vergleich .....	30
4.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen .....	31
4.2.3	Prognosen und Wirklichkeit .....	32
4.2.4	Zusammensetzung der Wählerschaft .....	33
4.3	Zusammenfassung .....	35

<b>5.</b>	<b>Die Landtagswahl in Baden-Württemberg vom 27. März 2011: Ende einer Ära, verpasste bürgerliche Mehrheit .....</b>	<b>39</b>
5.1	Wahlergebnis und mögliche Regierungen .....	39
5.2	Bewertungen und Einzelaspekte .....	40
5.2.1	Einordnungen im Vergleich .....	40
5.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen .....	41
5.2.3	Prognosen und Wirklichkeit .....	42
5.2.4	Zusammensetzung der Wählerschaft .....	42
5.3	Zusammenfassung .....	45
<b>6.</b>	<b>Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz vom 27. März 2011: Keine Chance für die bürgerliche Mehrheit .....</b>	<b>49</b>
6.1	Wahlergebnis und mögliche Regierungen .....	49
6.2	Bewertungen und Einzelaspekte .....	50
6.2.1	Einordnungen im Vergleich .....	50
6.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen .....	51
6.2.3	Prognosen und Wirklichkeit .....	52
6.2.4	Zusammensetzung der Wählerschaft .....	52
6.3	Zusammenfassung .....	55
<b>7.</b>	<b>Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 22. Mai 2011: Der Trend setzt sich fort .....</b>	<b>59</b>
7.1	Wahlergebnis und mögliche Regierungen .....	59
7.2	Bewertungen und Einzelaspekte .....	60
7.2.1	Einordnungen im Vergleich .....	60
7.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen .....	61
7.2.3	Prognosen und Wirklichkeit .....	62
7.2.4	Zusammensetzung der Wählerschaft .....	62
7.3	Zusammenfassung .....	65
<b>8.</b>	<b>Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern vom 4. September 2011: Im Osten nichts Neues .....</b>	<b>67</b>
8.1	Wahlergebnis und mögliche Regierungen .....	67
8.2	Bewertungen und Einzelaspekte .....	68

---

8.2.1	Einordnungen im Vergleich .....	68
8.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen .....	69
8.2.3	Prognosen und Wirklichkeit .....	70
8.2.4	Zusammensetzung der Wählerschaft .....	71
8.3	Zusammenfassung .....	74
<b>9.</b>	<b>Die Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin vom 18. September 2011: Keine Verbesserung für das bürgerliche Lager, aber Stabilisierung für die CDU .....</b>	<b>77</b>
9.1	Wahlergebnis und mögliche Regierungen .....	77
9.2	Bewertungen und Einzelaspekte .....	78
9.2.1	Einordnungen im Vergleich .....	78
9.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen .....	79
9.2.3	Prognosen und Wirklichkeit .....	80
9.2.4	Zusammensetzung der Wählerschaft .....	81
9.3	Zusammenfassung .....	84
<b>10.</b>	<b>Die Wahl zum Landtag im Saarland vom 25. März 2012: Union wieder in der Regierung, diesmal mit Juniorpartner SPD .....</b>	<b>87</b>
10.1	Wahlergebnis und mögliche Regierungen .....	87
10.2	Bewertungen und Einzelaspekte .....	88
10.2.1	Einordnungen im Vergleich .....	88
10.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen .....	89
10.2.3	Prognosen und Wirklichkeit .....	90
10.2.4	Zusammensetzung der Wählerschaft .....	91
10.3	Zusammenfassung .....	94
<b>11.</b>	<b>Die Wahl zum Landtag in Schleswig-Holstein vom 6. Mai 2012: Keine bürgerliche Mehrheit trotz Erholung der FDP .....</b>	<b>99</b>
11.1	Wahlergebnis und mögliche Regierungen .....	99
11.2	Bewertungen und Einzelaspekte .....	100
11.2.1	Einordnungen im Vergleich .....	100

---

11.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen .....	101
11.2.3	Prognosen und Wirklichkeit .....	102
11.2.4	Zusammensetzung der Wählerschaft .....	103
11.3	Zusammenfassung .....	107
<b>12.</b>	<b>Die Wahl zum Landtag in Nordrhein-Westfalen vom 13. Mai 2012: Erneut keine bürgerliche Mehrheit trotz Erholung der FDP .....</b>	<b>111</b>
12.1	Wahlergebnis und mögliche Regierungen .....	111
12.2	Bewertungen und Einzelaspekte .....	112
12.2.1	Einordnungen im Vergleich .....	112
12.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen .....	113
12.2.3	Prognosen und Wirklichkeit .....	114
12.2.4	Zusammensetzung der Wählerschaft .....	115
12.3	Zusammenfassung .....	118
<b>13.</b>	<b>Die Wahl zum Landtag in Niedersachsen vom 20. Januar 2013: Wieder keine bürgerliche Mehrheit trotz Erholung der FDP .....</b>	<b>123</b>
13.1	Wahlergebnis und mögliche Regierungen .....	123
13.2	Bewertungen und Einzelaspekte .....	124
13.2.1	Einordnungen im Vergleich .....	124
13.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen .....	125
13.2.3	Prognosen und Wirklichkeit .....	126
13.2.4	Zusammensetzung der Wählerschaft .....	128
13.3	Zusammenfassung .....	131
<b>14.</b>	<b>Die Wahl zum Landtag in Bayern vom 15. September 2013: Rückkehr zur Alleinregierung der CSU .....</b>	<b>135</b>
14.1	Wahlergebnis und mögliche Regierungen .....	135
14.2	Bewertungen und Einzelaspekte .....	137
14.2.1	Einordnungen im Vergleich .....	137
14.2.2	Bilanz der Wählerwanderungen .....	137
14.2.3	Prognosen und Wirklichkeit .....	138
14.2.4	Zusammensetzung der Wählerschaft .....	140
14.3	Zusammenfassung .....	145

---

<b>15. Die Landtagswahl in Hessen am 22. September 2013: Im Schatten der Bundestagswahl und keine bürgerliche Mehrheit .....</b>	<b>149</b>
15.1 Wahlergebnis und mögliche Regierungen .....	149
15.2 Bewertungen und Einzelaspekte .....	150
15.2.1 Einordnungen im Vergleich .....	150
15.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen .....	150
15.2.3 Prognosen und Wirklichkeit .....	151
15.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft .....	153
15.3 Zusammenfassung .....	155
<b>16. Die Bundestagswahl vom 22. September 2013: Zersplitterung der bürgerlichen Mehrheit, klarer Vorsprung für die Union.....</b>	<b>159</b>
16.1 Wahlergebnis und mögliche Regierungen .....	159
16.2 Bewertungen und Einzelaspekte .....	161
16.2.1 Einordnungen im Vergleich .....	161
16.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen .....	162
16.2.3 Prognosen und Wirklichkeit .....	163
16.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft .....	165
16.3 Zusammenfassung .....	168
<b>17. Die CSU und die Bundestagswahl 2013 .....</b>	<b>173</b>
17.1 Ausgangslage .....	173
17.2 Der lange Marsch zurück: Nach der Bundestagswahl 2009 ..	173
17.2.1 Das Bemühen um Konsolidierung: Die ersten Monate nach der Wahl .....	173
17.2.2 Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen: Die CSU in der Berliner Koalition im „Herbst der Entscheidungen“ .....	176
17.2.3 Der Wind dreht sich: Plagiatsaffäre und Tsunami .....	179
17.2.4 Kandidaten, Gegenkandidaten und Euro-Krise .....	182
17.2.5 Die Konsolidierung kommt in Gang .....	184
17.2.6 Auf dem Weg zur Stabilisierung: Zurück zur absoluten Mehrheit? .....	187
17.3 Die CSU und die Wahlen vom September 2013.....	192

17.3.1	Wahlkampf, Strategie und Organisation für die Wahlen im September 2013 .....	192
17.3.2	Die Wahlergebnisse und die Folgen .....	196
<b>18.</b>	<b>Zusammenfassung: Wohin geht die bürgerliche Mehrheit? .....</b>	<b>199</b>
18.1	Die Dynamik der Legislaturperiode: Die bürgerliche Mehrheit zwischen den Bundestagswahlen .....	199
18.2	Die Struktur des Wahlverhaltens .....	207
18.3	Wo liegt die (neue) bürgerliche Mehrheit? .....	210

# 1. Einführung

Die Bundestagswahl 2009 brachte für die Union die Rückkehr zur bürgerlichen Mehrheit im Bund. Die große Koalition mit der SPD, in der der Union nach den Jahren der rot-grünen Bundesregierung seit 1998 die Rückkehr in die Regierungsverantwortung gelang, war Geschichte. Nach der Bundestagswahl vom 22. September 2013 war diese große Koalition jedoch wieder auf der Tagesordnung. Die bürgerliche Regierung aus CDU, CSU und FDP, die die Bundesrepublik Deutschland über die meiste Zeit ihrer Geschichte hindurch regiert hatte und die im Vorfeld der Wahl 2009 weit stärker mehrheitlich gewünscht wurde als eine rot-grüne, eine große Koalition oder andere Koalitionsmodelle,<sup>1</sup> war nicht mehr möglich. Zwar holte die Union ihr bestes Ergebnis seit Jahrzehnten, aber die FDP verlor dramatisch und kam erstmals seit 1949 nicht einmal mehr in den Bundestag. Damit ist grundlegend die Frage nach der Mehrheitsfähigkeit des bürgerlichen Lagers in Deutschland gestellt, zumal andere bürgerliche Gruppierungen zahlreiche Stimmen abgezogen haben.

Dieser Band will versuchen, die Entwicklung des Wahlverhaltens in den vier Jahren zwischen den beiden Bundestagswahlen nachzuzeichnen. Daraus sollen Anhaltspunkte über die grundlegenden Tendenzen des Wahlverhaltens in Deutschland gezogen werden. Dabei werden alle Landtagswahlen seit 2010 und die Bundestagswahl 2013 berücksichtigt. Somit sind 15 Wahlgänge in der Analyse, wobei in Brandenburg, Sachsen und Thüringen in diesem Zeitraum nicht gewählt wurde. Dafür ist Nordrhein-Westfalen mit der regulären Wahl vom 9. Mai 2010 und der vorgezogenen Wahl vom 13. Mai 2012 zwei Mal vertreten. Um mögliche Entwicklungstendenzen besser erkennen zu können, werden die einzelnen Wahlen in der chronologischen Reihenfolge behandelt. Die Gliederung der einzelnen Abschnitte ist weitgehend identisch, um die Ergebnisse besser vergleichen zu können. Die Entwicklung in Bayern wird in einem gesonderten Kapitel zusätzlich behandelt, um die besondere Dynamik des Superwahljahres 2013 für die CSU besser beleuchten zu können. Ein Schlusskapitel unternimmt den Versuch, die Entwicklung des Wahlverhaltens der Legislaturperiode in einer Gesamtbetrachtung zu konzentrieren. Dabei steht vor allem die Wählerschaft von CDU und CSU im Mittelpunkt des Interesses. Eine neue bürgerliche Mehrheit kann heute aus verschiedenen Gruppierungen gebildet, aber auch allein von der Union gestellt werden. Zentral hierfür sind die Anforderungen der Mo-

---

<sup>1</sup> Krewel, Mona / Schmitt-Beck, Rüdiger / Wolsing, Ansgar: Geringe Polarisierung, unklare Mehrheiten und starke Personalisierung – Parteien und Wähler im Wahlkampf, in: Zwischen Langeweile und Extremen – Die Bundestagswahl 2009, hrsg. von Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck und Bernhard Weßels, Baden-Baden 2011, S. 33-57.

bilisierung großer Teile der Wählerschaft: Hohes Interesse an der Wahl, hohe Wahlbeteiligung, hohe Kompetenzzuschreibung und hohe Akzeptanz des Spitzenpersonals sind hierfür die wichtigsten Schlagworte. Dabei sind überdurchschnittliche Werte für die Spitzenkandidaten und ein großer Vorsprung in wichtigen Kompetenzfeldern heute wohl noch wichtiger als früher. Die vermutete Kompetenz in einzelnen Bereichen muss sich in positiver Akzeptanz in der breiten Bevölkerung umsetzen – für die Union als Volkspartei ist der „kleine Mann“ wichtiger denn je. Inwieweit dies in diesen Jahren gelungen ist, soll im Folgenden genauer untersucht werden.

## 2. Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 9. Mai 2010: Rückschlag für die bürgerliche Mehrheit

### 2.1 Wahlergebnis und mögliche Regierungen

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 9. Mai 2010 war der erste große Stimmungstest für die Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP seit der Bundestagswahl vom 27. September 2009.<sup>2</sup> Nicht nur die reine Machtperspektive, sondern auch die Symbolkraft dieser Wahl sorgte im Vorfeld für großes Interesse. Die letzte Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 hatte das Ende der langjährigen Regierungszeit der SPD in diesem Stammland der Sozialdemokratie zur Folge. Noch am Wahlabend hatte Gerhard Schröder angekündigt, für den Herbst 2005 Neuwahlen des Bundestages anstreben zu wollen. Diese kamen auch am 18. September 2005 zustande und brachten auch dort das Ende der bisherigen Regierungskoalition und den Beginn der großen Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ein Verlust der Regierungsmehrheit der regierenden Koalition aus CDU und FDP gleich in der ersten Landtagswahl nach der Bundestagswahl hätte zunächst die Mehrheit der Parteien der Bundesregierung im Bundesrat beendet. Zugleich hätte dies generell als Schlag gegen die bürgerliche Mehrheit interpretiert werden können, für die nicht nur die Regierungsarbeit insgesamt schwieriger werden könnte, sondern die damit die vor fünf Jahren im bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik errungene Mehrheit schon wieder verloren hätte. Die Umfragen vor der Wahl ließen durchaus die Einschätzung zu, bei dieser Richtungswahl seien mehrere Optionen realistisch. Dies war nicht zuletzt dem neuen Wahlrecht zu verdanken, nachdem erstmals mit zwei Stimmen gewählt wurde, was ein Stimmensplitting ähnlich der Bundestagswahl erlaubte und damit die Vorhersage erschwerte.<sup>3</sup>

Die CDU blieb mit 34,6 % der Zweitstimmen (absolut 2.681.700) knapp stärkste Partei vor der SPD. Sie verlor damit 10,3 Prozentpunkte gegenüber der letzten Landtagswahl. Bei den Erststimmen holte sie mit 38,5 % (2.983.788) einen deutlich höheren Wert.

Die SPD blieb mit 34,5 % der Zweitstimmen (2.675.818) knapp hinter der CDU und verlor 2,6 Punkte gegenüber 2005. Damit blieb sie 5.882 Stimmen hinter der CDU. Auch sie holte bei den Erststimmen mit 38,5 % (2.980.311) einen deutlich höheren Wert.

---

<sup>2</sup> Siehe Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2010. Eine Analyse der Wahl vom 9. Mai 2010, Infratest dimap Wahlreport, Berlin 2010; Wahl in Nordrhein-Westfalen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 9. Mai 2010, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen 141/2010.

<sup>3</sup> Feist, Ursula / Hoffmann, Hans-Jürgen: Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 9. Mai 2010 – Vom Abwarten zur Kehrtwende, in: ZParl 4/2010, S. 766-787.

Die Grünen holten 12,1 % der Zweitstimmen (941.162) und legten 5,9 Punkte zu. Bei den Erststimmen lagen sie erwartungsgemäß mit 10,1 % (784.826) niedriger.

Die FDP holte 6,7 % der Zweitstimmen (522.229) und legte knapp um 0,6 Punkte zu. Auch bei ihr lagen die Erststimmen mit 4,7 % (363.895) deutlich niedriger.

Die Linken holten 5,6 % der Zweitstimmen (435.627) und zogen damit erstmals in den Landtag ein. Bei ihnen lagen die Erststimmen bei 5,4 % (415.241) und damit relativ höher als bei FDP oder Grünen im Verhältnis zu den Zweitstimmen.

Alle anderen Parteien scheiterten deutlich an der 5-%-Hürde, wobei davon die Piraten (1,5 %) und die Partei ProNRW (1,4 %) am meisten Zweitstimmen holten.

Die Wahlbeteiligung lag bei 59,3 % und damit um 3,7 Punkte niedriger als bei der Wahl 2005.

Im Düsseldorfer Landtag ergab dies einen Gleichstand von jeweils 67 Mandaten für CDU und SPD. Daher hatte weder die CDU mit den Liberalen (13 Mandate) noch die SPD mit den Grünen (23 Mandate) eine Regierungsmehrheit. Theoretisch möglich waren eine große Koalition aus CDU und SPD, eine rot-rot-grüne Koalition unter Einschluss der Linken sowie eine „Jamaika-Koalition“ aus CDU, Grünen und FDP und eine „Ampelkoalition“ aus SPD, FDP und Grünen. Nachdem Vorverhandlungen sowohl der CDU wie der SPD mit den möglichen Partnern scheiterten, kündigte die SPD Ende Juni an, Mitte Juli 2010 eine Minderheitsregierung mit den Grünen zu bilden, was de facto einer abgeschwächten Form einer rot-rot-grünen Koalition entsprach.

## **2.2 Bewertungen und Einzelaspekte**

### **2.2.1 Einordnungen im Vergleich**

Die CDU verzeichnete mit ihrem Verlust von 10,3 Prozentpunkten den größten Rückgang bei Landtagswahlen überhaupt. Ihr Resultat war das niedrigste aller bisherigen Landtagswahlen. Sie verlor damit gut ein Viertel ihrer Stimmen von 2005. Das Resultat der CDU war geringfügig besser als die Ergebnisse der Bundestagswahlen 2009, 2005 und 1998, blieb aber auch deutlich hinter dem der Kommunalwahlen und Europawahlen 2009 zurück.

Die SPD erzielte den niedrigsten Wert bei Landtagswahlen seit 1954. Allerdings lag dieser deutlich über dem Rekordtief bei der Bundestagswahl 2009 mit 28,5 %. Auch bei der Kommunalwahl und Europawahl 2009 hatte sie mit 29,4 % und 25,6 % noch deutlich schlechter abgeschnitten.

Die Grünen holten mit dem größten Gewinn bei Landtagswahlen den bislang größten Wert in diesem Land sowohl bei Landtags- wie bei Bun-

destagswahlen. Nur bei der Kommunalwahl 2009 hatten sie fast diesen und bei der Europawahl 2009 sogar einen etwas höheren Wert mit 12,5 % erreicht.

Auch die FDP konnte sich um einen halben Prozentpunkt verbessern, da die Ausgangsbasis relativ niedrig gelegen hatte. Sie erreichte aber weder den Wert der Landtagswahl 2000 noch die Werte der letzten Bundestagswahlen, wo sie deutlich besser abgeschnitten hatte (so mit 14,9 % bei der Bundestagswahl 2009). Auch bei der Kommunalwahl 2009 und der Europawahl 2009 (12,3 %) hatte sie weit bessere Werte erzielt.

Die Linke schaffte erstmals den Einzug in den Landtag und holte einen fast doppelt so großen Anteil wie ihre Vorläuferparteien PDS und WASG 2005. Sie blieb aber deutlich hinter ihrem Wert der Bundestagswahl 2009 mit 8,4 % zurück. Allerdings konnte sie sich auch gegenüber der Kommunalwahl und Europawahl 2009 leicht steigern.

## **2.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen**

Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap ging bei der CDU der größte Teil ihrer Stimmenverluste an die Nichtwähler (-330.000). Der Generationenwechsel (also der Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen) kostete der CDU 190.000 Stimmen und der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen 20.000. Aber auch die Verluste an die SPD (-140.000) und an die FDP (-130.000) waren erheblich. Daneben verlor die CDU 110.000 Stimmen an sonstige Parteien, 90.000 an die Grünen und immerhin noch 30.000 an die Linke. Die CDU hat also in alle Richtungen verloren und war an keiner Stelle in der Lage, zusätzliche Wähler zu mobilisieren.

Die SPD hat hauptsächlich von ihren Gewinnen aus dem Lager der CDU (+140.000) profitiert. Nur von der FDP konnte sie noch einen bescheidenen Gewinn von 10.000 Stimmen ziehen, während sie ansonsten an alle anderen abgab: 170.000 an die Grünen, 130.000 an die Nichtwähler, 70.000 an die Linke und 50.000 an die anderen Parteien. Auch sie verlor an den Generationenwechsel 120.000 Stimmen und an den Saldo aus Zu- und Fortgezogenen 10.000. Ohne die hohen Zuwächse ehemaliger CDU-Wähler hätte das SPD-Ergebnis also deutlich schlechter ausgesehen.

Die Grünen mussten lediglich jeweils 20.000 Stimmen an die Linke und die sonstigen Parteien abgeben. Ansonsten holten sie große Stimmenanteile von der SPD (170.000), der CDU (90.000), den Nichtwählern (80.000) und der FDP (30.000). Auch der Generationenwechsel und der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen waren für sie mit 60.000 Stimmen bzw. 30.000 Stimmen positiv.

Die FDP hingegen holte nur Stimmen von der CDU, dies aber mit 130.000 in erheblichem Umfang. Ansonsten verlor sie in alle Richtungen: an die Nichtwähler 40.000, die Grünen und die sonstigen Parteien jeweils 30.000 sowie an die SPD und die Linke jeweils 10.000. Außerhalb des bürgerlichen Lagers konnte die FDP also nichts mobilisieren. Immerhin

war der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen mit 10.000 Stimmen leicht positiv; die Generationenbilanz war ausgeglichen.

Die Linke holte ihre Stimmen vor allem von der SPD (70.000 Stimmen) und den sonstigen Parteien (40.000), aber auch 30.000 Stimmen von der CDU, 20.000 von den Grünen und 10.000 von der FDP. Auch aus dem Generationenwechsel sowie dem Saldo aus Zu- und Fortgezogenen holten sie 20.000 bzw. 10.000 Stimmen. Lediglich an die Nichtwähler verlor sie 20.000 Stimmen, was darauf hindeuten mag, dass ihre Mobilisierungsfähigkeit bei dieser Wahl limitiert war.

### **2.2.3 Prognosen und Wirklichkeit**

In den veröffentlichten Umfragen lag die CDU schon seit Längerem deutlich unter dem Wahlergebnis von 2005. Spätestens seit dem Herbst 2007 lag sie unter dem dort erzielten Wert von 44,8 %, im Lauf des Jahres 2010 deutlich darunter mit Tiefstwerten von 35 %. In den letzten Monaten vor der Wahl sprachen die Demoskopien der CDU durchweg Werte unter 40 % zu. Die letzten veröffentlichten Umfragen (Emnid, Forsa und GMS) sahen die CDU jeweils bei 37 %, also klar über den 34,6 %, die sie tatsächlich erreichte.

Die SPD erreichte in allen Umfragen nach der letzten Landtagswahl nicht mehr ihren dort erzielten Wert von 37,1 %. Im gesamten Jahr 2010 waren ihre demoskopischen Werte bei 33 %, auch bei den letzten Umfragen vor der Wahl. Eine Umfrage (Forsa vom 6.5.2010) bewertete die SPD hingegen bei 37 %; dies blieb aber die Ausnahme. Insofern haben die meisten Demoskopien den wirklich erreichten Wert der SPD von 34,5 % etwas unterschätzt.

Die kleinen Parteien konnten sich dagegen in allen Umfragen nach der Landtagswahl 2005 verbessern. Dies galt vor allem für die Grünen, die vor der jüngsten Landtagswahl zumeist Werte um die 11 % erreichten. Emnid und GMS hatten in den letzten Umfragen den realen Wert der Grünen von 12,1 % mit ihrer Prognose von 12 % sehr gut getroffen. Die FDP konnte an ihre hohen demoskopischen Werte des Jahres 2009 nicht mehr anknüpfen. Nach einem Rückgang im März und April stabilisierten sich die Umfragen bei 8 %; in den drei letzten Umfragen bei 6, 7 und 8 %, so dass ihr reales Ergebnis von 6,7 % recht gut getroffen wurde. Dies galt auch für die Linke, die zuletzt in den Umfragen knapp über der 5-%-Hürde bei zumeist 6 % lag, so dass man von ihrem Einzug ins Parlament ausgehen konnte und was durch ihr reales Ergebnis von 5,6 % bestätigt wurde. Für die sonstigen Kleinparteien wurden ebenfalls Werte zwischen 3 % und 5 % angegeben. Gut eine Woche vor der Wahl sprach die Forschungsgruppe Wahlen den Piraten 3 % zu, so dass ein Überraschungsergebnis für diese Gruppierung möglich schien. In der Realität holte sie aber nur 1,5 %, so dass sich die Überraschung in Grenzen hielt.

Das bürgerliche Lager aus CDU und FDP hatte also in den meisten Umfragen vor der Wahl ihre Mehrheit verloren, während umgekehrt SPD und Grüne zusammen in den letzten Umfragen einen Gleichstand oder sogar einen leichten Vorsprung verzeichneten. Insgesamt ließ die demoskopische Lage unmittelbar vor der Wahl ein knappes Ergebnis erwarten. Das bürgerliche Lager zusammen wurde aber in den Umfragen stärker überschätzt als sowohl SPD und Grüne zusammen als auch Rot-Rot-Grün.

#### **2.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft**

In den Altersgruppen schnitt die CDU erneut laut Infratest dimap bei den Über-60-Jährigen mit 45 % (Forschungsgruppe Wahlen: 44 %) mit Abstand am besten ab. Bei den 45- bis 59-Jährigen holte sie 31 % (Forschungsgruppe Wahlen: 29 %) und den 35- bis 44-Jährigen 32 %. Unter der 30-%-Marke blieb sie mit 28 % bei den 25- bis 34-Jährigen und mit 24 % bei den 18- bis 24-Jährigen.

Eine ähnliche Struktur zeigte sich bei der SPD, die ebenfalls mit 39 % bei den Über-60-Jährigen am besten abschnitt. In den unteren Altersgruppen waren ihre Werte geringer (37 % – bzw. 36 % laut Forschungsgruppe Wahlen – bei den 45- bis 59-Jährigen, 29 % bei den 29- bis 44-Jährigen und 27 % bei den 25- bis 34-Jährigen. Anders als bei der CDU war ihr Wert bei den 18- bis 24-Jährigen mit 30 % wieder höher als bei den älteren Wählern.

Die Grünen hatten wie so oft ihre stärksten Wählergruppen bei den jüngeren Wählern: 17 % bei den 18- bis 24-Jährigen, 16 % bei den 25- bis 34-Jährigen und 17 % bei den 35- bis 44-Jährigen. Auch bei den 45- bis 59-Jährigen kamen sie auf 14 % (15 % laut Forschungsgruppe Wahlen), nur bei den Über-60-Jährigen fielen sie mit 5 % (6 % laut Forschungsgruppe Wahlen) stark ab.

Die Liberalen hatten ihre stärksten Gruppen bei den Wählern mittleren Alters (25 bis 34 Jahre: 9%, 35 bis 44 Jahre: 8 %), kamen aber auch bei den Wählern von 18 bis 24 Jahren auf 7 % und den 45- bis 59-Jährigen auf 6 % (7 % laut Forschungsgruppe Wahlen). Bei den Über-60-Jährigen war ihr Anteil mit 5 % etwas geringer.

Die Linken hatten – wie ebenfalls schon häufiger in früheren Wahlen – ihre stärkste Altersgruppe mit 7 % (8 % laut Forschungsgruppe Wahlen) bei den 45- bis 59-Jährigen. Bei den Über-60-Jährigen kamen sie nur auf 4 % (3 % laut Forschungsgruppe Wahlen), bei den 35- bis 44-Jährigen auf 5 % und bei den beiden jüngeren Altersgruppen auf 6 %.

Der Frauenanteil war insgesamt bei der CDU (36 % Frauen, 33 % Männer), der SPD (35 % Frauen, 34 % Männer) und den Grünen (13 % Frauen, 11 % Männer) deutlich höher. (Die Werte der Forschungsgruppe Wahlen: CDU 36 % zu 34 %, SPD 35 % zu 33 % und Grüne 14 % zu 11 %). Bei

der FDP (6 % Frauen, 8 % Männer; Forschungsgruppe Wahlen: 7 %) und den Linken (4 % Frauen, 7 % Männer) gaben mehr Männer als Frauen ihre Stimme ab. In der Verteilung in den Altersgruppen zeigten sich erneut Muster, die sich in den vergangenen Wahlen häufiger erkennen ließen: So holte die CDU laut Forschungsgruppe Wahlen ihren besten und mit Abstand überdurchschnittlichsten Wert von 47 % bei den Frauen über 60 Jahren, sie erzielte bei den Frauen unter 30 Jahren aber nur 22 % und damit deutlich weniger als SPD (32 %) und lag nur knapp vor den Grünen (21 %). Bei den Männern waren die Abstände zur SPD und der Vorsprung vor den Grünen in allen Altersgruppen deutlich größer, aber auch dort waren die Über-60-Jährigen mit 43 % weit vorn und die Unter-30-Jährigen mit 26 % klar unterdurchschnittlich vertreten. Die Wählerschaft der SPD wies im Prinzip eine ähnliche Struktur auf, jedoch konnten sie sich bei den allen Wählern unter 60 Jahren zumeist besser halten.

Bei den Berufsgruppen holte die CDU laut Infratest dimap nur bei den Rentnern (43 %, Forschungsgruppe Wahlen: 42 %) und den Selbständigen (42 %; Forschungsgruppe Wahlen: 43 %) überdurchschnittliche Werte. Knapp unter dem Durchschnitt blieb sie mit 32 % bei den Angestellten (bei der Forschungsgruppe Wahlen allerdings 35 %), deutlich bei den Arbeitern (23 %; laut Forschungsgruppe Wahlen: 26 %) und den Arbeitslosen (22 %; laut Forschungsgruppe Wahlen sogar nur 18 %). Die größten Verluste hatte die CDU bei den Arbeitslosen, den Arbeitern und Selbständigen zu verzeichnen.

Die SPD hingegen holte bei den Arbeitern (41 %; Forschungsgruppe Wahlen: 44 %), den Rentnern (40 %) und den Arbeitslosen (36 %, Forschungsgruppe Wahlen: 37 %) überdurchschnittliche Werte. Bei den Angestellten lag sie mit 33 % (Forschungsgruppe Wahlen: 34 %) knapp, bei den Selbständigen mit 16 % (Forschungsgruppe Wahlen: 18 %) deutlich darunter. Ihre Verluste waren überdurchschnittlich hoch bei den Selbständigen und Angestellten.

Die Grünen holten ihre besten Werte bei Angestellten (16 %; Forschungsgruppe Wahlen: 14 %) und Selbständigen (15 %), wo sie auch den größten Zugewinn hatten. Bei den Arbeitslosen blieben sie mit 10 % (Forschungsgruppe Wahlen: 11 %) knapp, bei Arbeitern (9 %, Forschungsgruppe Wahlen: 8 %) und Rentnern (5 %; Forschungsgruppe Wahlen: 6 %) deutlicher unter ihrem Gesamtwert.

Die FDP wurde von den Selbständigen mit 14 % (Forschungsgruppe Wahlen: 13 %) weit überdurchschnittlich gewählt und erzielte dort auch den größten Zuwachs. Bei den Angestellten und Arbeitern blieb sie mit 7 % im Schnitt (laut Forschungsgruppe Wahlen bei den Arbeitern mit 4 % aber deutlich darunter), bei Rentnern mit 5 % und Arbeitslosen mit 2 % (Forschungsgruppe Wahlen: 4 %; dort auch der größte Verlust) deutlich darunter.

Die Linke holte überdurchschnittlich viele Stimmen von Arbeitslosen (15 %; laut Forschungsgruppe Wahlen 17 %) und Arbeitern (11 %, laut Forschungsgruppe Wahlen 8 %). Bei den Angestellten und Selbständigen (jeweils 5 %) sowie den Rentnern mit 4 % blieb sie darunter. Ihre größten Gewinne holte sie bei Arbeitslosen, aber auch bei Arbeitern und Beamten.

Die Analyse nach der formalen Bildung zeigt, dass die Wählerschaft der CDU im Land fast genau der Gesamtbevölkerung entsprach. Bei den Wählern mit Hauptschulabschluss erhielt die CDU laut Forschungsgruppe Wahlen 34 % und blieb damit weit hinter der SPD, die hier 46 % holte. Am stärksten war sie bei den Wählern mit mittlerer Reife mit 37 %, aber auch bei den Wählern mit Hochschulreife und Hochschulabschluss war sie mit 33 % bzw. 34 % gut vertreten, während dort die SPD mit 26 % und 25 % deutlich schlechter abschnitt. Die Wählerschaft der CDU war also weitaus weniger nach Bildungsgruppen unterschieden und daher deutlich homogener als bei vielen anderen Wahlen der letzten Jahre. Allerdings trat erneut ein auffälliger demographischer Effekt auf: SPD und CDU erzielten bei den jüngeren Hauptschulabsolventen deutlich schlechtere Ergebnisse (die CDU holte bei den Hauptschulabsolventen unter 35 Jahren nur 16 % und musste dort den mit Abstand größten Verlust hinnehmen), während ihre Ergebnisse bei den älteren Wählern mit formal geringerer Qualifikation deutlich besser und teilweise überdurchschnittlich ausfielen. Der Alterseffekt hat sich also – wie schon bei anderen Wahlen zuvor – vor allem bei den Volksparteien zu Ungunsten der weniger qualifizierten Wähler ausgewirkt. Die Grünen erzielten wiederum – wie gewohnt – ihre besten Ergebnisse in diesen Gruppen mit den höchsten Bildungsabschlüssen (18 % bzw. 21 %); das traf bei dieser Wahl auch für die FDP zu (8 % und 9 %). Die Wählerschaft der Linken war hingegen relativ homogen über die Bildungsgruppen verteilt.

Bezogen auf die Konfession holte die CDU bei den Katholiken nach Forschungsgruppe Wahlen mit 46 % ein deutlich überproportionales Ergebnis. Allerdings fuhr sie dort mit 11 Prozentpunkten auch den höchsten Verlust ein, vor allem bei den Katholiken mit mittlerer und schwacher Kirchenbindung. In dieser Gruppe waren die anderen Parteien relativ stärker vertreten. Auch die FDP holte mit 7 % einen Wert leicht über ihrem Durchschnitt, während SPD und Grüne bei den Katholiken mit 28 % bzw. 10 % deutlich darunter blieben. Bei den Protestanten hingegen holte die CDU mit 28 % einen unterdurchschnittlichen Wert, die SPD schnitt mit 43 % deutlich überdurchschnittlich ab. Bei den Wählern ohne oder mit anderer Konfession holte die CDU mit 20 % einen Wert weit unter ihrem Durchschnitt; die SPD blieb dort mit 32 % leicht darunter. Die Grünen und die Linke holten dort weit, die FDP leicht überdurchschnittliche Werte. In dieser Gruppe, die mit 16 % der Gesamtbevölkerung in Nordrhein-West-

falen noch relativ klein ist, aber stetig ansteigt, holte die CDU einen auch im Vergleich zu anderen Wahlen schwachen Wert, während die kleinen Parteien insgesamt dort erneut weit überproportional vertreten waren.

### **2.3 Zusammenfassung**

Traditionell war in Deutschland die erste Landtagswahl nach einer Bundestagswahl immer auch eine Testwahl für die zuvor gewählte Bundesregierung. Dabei wirkte sich aber eine kritische Stimmung, die sich gar als „Denkzettelwahl“ manifestiert hätte, oft nicht so stark aus wie bei den „midterm elections“ in der Mitte der Legislaturperiode. Wahrscheinlich sind auch bei dieser Landtagswahl Einflüsse der Landes- und der Bundespolitik zusammen bewertet worden, wobei die jeweilige Größenordnung umstritten war. Trotz der möglichen Einflüsse der Bundespolitik – insbesondere vor dem Hintergrund der Finanzkrise und der aktuellen Diskussion um die Hilfen für Griechenland – waren aber die landespolitischen Faktoren sicher ebenfalls von Bedeutung und möglicherweise sogar stärker als die Bewertung der Bundesregierung. So gaben laut Infratest dimap nur 32 % an, sie seien mit der Bundesregierung zufrieden, die Landesregierung kam jedoch auch nur auf 36 %. Die Griechenland-Krise sahen nur 12 % als sehr wichtiges Thema an, 40 % als wichtig, aber immerhin 47 % als nicht wichtig. Dabei sahen dies wohl vor allem die Wähler der FDP mit 25 % als wichtiges Thema an, die Wähler der anderen Parteien lagen dabei weit darunter. Die wichtigsten Themen insgesamt waren bei den Wählern die Wirtschaftspolitik (33 %), dicht gefolgt von der Bildungspolitik (29 %), der sozialen Gerechtigkeit (27 %) und der Arbeitsmarktpolitik (21 %). Dabei scheint die CDU bei diesen Themen nicht die nötigen Vorsprünge in der Kompetenzvermutung gehabt zu haben, die für ein besseres Ergebnis notwendig gewesen wären. So lag die CDU zwar bei der Kompetenz „Wirtschaft voranbringen“ mit 44 % vorn, aber bei der sozialen Gerechtigkeit und der Bildungspolitik lag die SPD vorn und beim Item „Arbeitsplätze sichern“ nur knapp hinter der CDU. Die Grünen hatten große Kompetenzvorsprünge bei der Umweltpolitik und waren sehr stark in der Energiepolitik. Die FDP hatte nur bei der Steuerpolitik erkennbar überdurchschnittliche Kompetenzwerte, die Linken lediglich bei der Frage nach der sozialen Gerechtigkeit. Einen klaren Vorsprung hatte die CDU neben der Wirtschaftspolitik nur in den Bereichen Verschuldung und Finanzprobleme der Kommunen, die aber bei dieser Wahl nicht die allein entscheidenden Bereiche waren.

Die Werte der Forschungsgruppe Wahlen sehen dies ähnlich: Die CDU lag dort bei den Werten Arbeitsplätze vorn (allerdings nur 31 % zu 27 % für die SPD), Finanzen, Wirtschaft und Zukunft (dort auch nur 33 % zu 30 %), während die SPD einen deutlichen Vorsprung bei Schule / Bildung (34 % zu 27 %) sowie Soziales (44 % zu 23 %) hatte. Die Landesparteien

insgesamt wurden wie folgt bewertet: Die CDU kam auf einer Skala von +5 bis -5 mit 1,0 fast auf den selben Wert wie 2005, während sich die SPD deutlich auf 1,4 und die Grünen sogar von -0,5 auf 0,8 verbessern konnten. Die FDP hingegen ist von -0,3 auf -0,5 abgerutscht; die Linke wurde mit -2,5 bewertet.

Hinzu kam, dass die lange kaum beachtete Spitzenkandidatin der SPD, Hannelore Kraft, in den letzten Wochen deutlich aufholen konnte. Bei der Frage nach einer (hypothetischen) Direktwahl lag sie sogar mit 45 % zu 41 % vor dem Amtsinhaber Jürgen Rüttgers (bei der Forschungsgruppe Wahlen mit 43 % zu 40 %); ebenso bei der Glaubwürdigkeit (45 % zu 33 %) sowie dem Bild in der Öffentlichkeit (43 % zu 41 %). In der Zufriedenheit mit der politischen Arbeit lag Rüttgers mit 52 % deutlich hinter Bundeskanzlerin Merkel mit 66 %, während Frau Kraft mit 50 % einen besseren Wert als der SPD-Vorsitzende Gabriel mit 50 % erreichte. Auch bei der Forschungsgruppe Wahlen lag Frau Kraft deutlich vorn bei den Items glaubwürdiger, sympathischer und eher bürgernah, während Rüttgers nur bei den Werten mehr Sachverstand und tatkräftiger vorn lag. Der Spitzenkandidat erreichte also nicht die für einen Sieg notwendigen überzeugenden Vorsprünge gegenüber der Herausforderin.

Insgesamt zeigten sich nur 35 % der Wähler zufrieden mit der schwarz-gelben Koalition im Land, das waren noch weniger als die 41 % Zufriedenheit mit der rot-grünen Landesregierung im Jahre 2005. Auch unter den CDU-Wählern erreichte die Zufriedenheit nur 75 %, bei den FDP-Wählern sogar nur 48 %, bei denen der SPD 13 %, der Grünen 9 % und der Linken 4 %. Diese Werte hatten sich insgesamt seit Anfang 2010 nochmals deutlich verschlechtert.

Insgesamt spricht Vieles dafür, dass die CDU und die FDP am meisten unter ihrer Mobilisierungsschwäche gelitten haben. Die mangelnde öffentliche Attraktivität der Landesregierung (trotz anerkannter Erfolgsbilanz) mag dabei ebenso eine Rolle gespielt haben wie medienwirksam platzierte Skandale und das Erscheinungsbild der Bundesregierung in den ersten Monaten ihrer Arbeit. In der Summe hat dies dazu geführt, dass die FDP bei Weitem nicht den Zuspruch fand, den sie bei den letzten Landtagswahlen und der Bundestagswahl 2009 erhalten hatte. Bei der CDU zeigte sich dies daran, dass sie zahlreiche der 2005 angeworbenen Wähler nicht bei sich halten konnte. Dabei traten die bekannten Strukturdefizite der Union deutlich zu Tage: Überalterung der Wählerschaft, Defizite bei jüngere Wählern, vor allem jungen Frauen, höhere Verluste bei weniger oder nicht konfessionell gebundenen Wählern und starke Verluste bei Arbeitern und Arbeitslosen. Die Stimmen des „kleinen Mannes“, die die CDU 2005 überdurchschnittlich an sich ziehen konnte, gingen 2010 wieder weit überdurchschnittlich verloren. Diese Art von Volatilität ist für eine Volkspartei bedenklich. Dennoch blieb die CDU die stärkste Partei,

was angesichts der Wahlgeschichte in diesem Land bemerkenswert ist. Insofern schien es nicht aussichtslos zu sein, viele der wechselbereiten Wähler wieder zurückholen zu können. Für die Bundesregierung war diese Wahl in jedem Fall ein Signal, ihre bürgerlich-liberale Reformagenda voranzutreiben. Im „Herbst der Entscheidungen“ 2010 sollten die Vorhaben umgesetzt werden, die verlorengegangenes Vertrauen wieder zurückgewinnen sollten.

# 3. Die Bürgerschaftswahl in Hamburg vom 20. Februar 2011: Ende des schwarz-grünen Experiments

## 3.1 Wahlergebnis und mögliche Regierungen

Nach der letzten Bürgerschaftswahl vom 24. Februar 2008 wurde in Hamburg die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene in Deutschland gebildet. Dieses Bündnis fand nicht nur in Hamburg große Beachtung, sondern wurde geradezu als Testfall für künftige Koalitionen in anderen Ländern und im Bund betrachtet. Die politische Entwicklung im Stadtstaat hat jedoch dafür gesorgt, dass dieses Experiment nicht erfolgreich zu Ende geführt werden konnte: Ein Bürgerbegehren gegen die von der GAL eingebrachte Schulreform am 18. Juli 2010 war erfolgreich und schwächte die Stellung der CDU im Land, weil sich viele Unionswähler an der Kampagne beteiligt hatten. Der Rücktritt des bislang sehr populären Oberbürgermeisters Ole von Beust zum 25. August 2010 brachte die Koalition an ihr Ende und führte zu vorgezogenen Neuwahlen. Der bisherige Innensenator Christoph Ahlhaus musste kurzfristig das Amt des regierenden Bürgermeisters übernehmen. Für die CDU waren dies denkbar ungünstige Voraussetzungen vor der Neuwahl der Bürgerschaft.<sup>4</sup>

Das Ergebnis bestätigte die schlimmsten Befürchtungen: Die CDU halbierte sich und kam noch auf 21,9 %. Die SPD holte mit 48,4 % die absolute Mehrheit der Mandate und kann eine Alleinregierung bilden. Die Grünen verbesserten sich leicht auf 11,2 %, was aber angesichts der demoskopischen Zustimmung in anderen Ländern und im Bund nicht überragend ist. Die FDP schaffte mit 6,7 % klar den Einzug in die Bürgerschaft. Die Linke konnte sich mit 6,4 % dort halten. Die sonstigen Parteien kamen auf 5,4 %; keine dieser Gruppierungen kam über die 5-%-Hürde. Von diesen erhielt die Piratenpartei mit 2,1 % mit Abstand am meisten Stimmen und kann somit von der Wahlkampfkostenerstattung profitieren. Das bürgerliche Lager aus CDU und FDP käme rechnerisch zusammen auch nur auf 28,6 %, während SPD und GAL zusammen 59,6 % und zusätzlich mit der Linken 66,0 % erreichten.<sup>5</sup>

Die SPD holte 62 Mandate, die CDU 28, die GAL 14, die FDP 9 und die Linke 8. Da die SPD allein regieren kann, wären sämtliche anderen Koalitionsmodelle nur theoretisch vorstellbar. Die SPD könnte sich allerdings jeden denkbaren Partner aussuchen, falls dies nötig würde. Die

---

<sup>4</sup> Siehe Bürgerschaftswahl Hamburg 2011. Eine Analyse der Wahl vom 20. Februar 2011, Infratest dimap Wahlreport, Berlin 2011; Wahl in Hamburg. Eine Analyse der Bürgerschaftswahl vom 20. Februar 2011, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen 142/2011.

<sup>5</sup> Horst, Patrick: Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft vom 20. Februar 2011: Ehemalige „Hamburg-Partei“ erobert absolute Mehrheit zurück, in: ZParl 4/2011, S. 724-744.

CDU hingegen hätte weder mit der FDP noch mit der GAL eine parlamentarische Mehrheit. Selbst eine „Jamaika-Koalition“ aus CDU, GAL und FDP wie im Saarland hätte bei Weitem keine Mehrheit.

Die Wahlbeteiligung lag bei 57,3 %. Dies war die niedrigste Wahlbeteiligung bei Bürgerschaftswahlen in Hamburg überhaupt und lag noch um 6,3 Punkte unter dem Wert von 2008. Ein Grund hierfür kann aber das neue Wahlrecht gewesen sein, bei dem die Wähler allein für die Bürgerschaftswahl jeweils fünf Stimmen für die Direktkandidaten und die Wahlkreisliste verteilen konnten. Dieses System, bei dem auch Kumulieren und Panaschieren möglich ist, wurde nicht nur von zahlreichen Wählern als kompliziert eingestuft, sondern hat auch zu überraschenden Ergebnissen innerhalb einiger Parteilisten geführt. Die Zahl der ungültigen Stimmen lag bei den Landeslisten-Stimmzetteln bei 3,0 %, bei den Stimmzetteln zur Bürgerschaft sogar bei 3,6 %. Die Zahl der Briefwähler ist auf einen Rekordwert von 31 % angestiegen.

## **3.2 Bewertungen und Einzelaspekte**

### **3.2.1 Einordnungen im Vergleich**

Für die CDU war ihr Ergebnis ihr schlechtestes Resultat bei Bürgerschaftswahlen seit dem Kriegsende. Auch bei Bundestagswahlen hatte die Hamburger CDU – mit Ausnahme der ersten Wahl 1949 – jeweils erheblich bessere Ergebnisse geholt.

Die SPD hingegen holte eines ihrer besten Resultate bei Bürgerschaftswahlen. Letztmals lag sie 1991 auf diesem Niveau (48,0 %); durchweg bessere Ergebnisse hatte sie nur in den 60er-Jahren, 1978 und 1982 geholt. Bei Bundestagswahlen hatte die Hamburger SPD einen derartigen Weg seit 1980 nicht mehr erreicht.

Die GAL konnte ihren Stimmenanteil erhöhen, kam aber nicht an die Werte ihrer Wahlergebnisse bei Bürgerschaftswahlen von 2004, 1997 oder 1993 heran. Auch bei den letzten fünf Bundestagswahlen hatte sie in Hamburg höhere Anteile erzielt.

Die FDP holte das beste Ergebnis bei Bürgerschaftswahlen seit 1974. Bei Bundestagswahlen hatte sie in Hamburg aber immer (mit Ausnahme der Wahlen von 1998, 1983 und 1969) höhere Resultate erzielt.

Die Linke erzielte denselben prozentualen Wert wie bei der letzten Bürgerschaftswahl. Fast den identischen Wert hatte sie bei der Bundestagswahl 2005 erzielt, war aber bei der Bundestagswahl 2009 noch auf einen viel höheren Wert von 11,2 % gekommen.

### **3.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen**

Die bisher regierende CDU hat nach alle Richtungen Stimmen verloren. Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap gab sie 77.000 Stim-

men an die Nichtwähler und 50.000 an die SPD ab. An die FDP verlor sie 20.000 Stimmen, an die GAL 6.000, an die Linke 2.000 und an Sonstige 4.000 Stimmen. Negativ waren auch der Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen (-77.000) und der Zu- und Fortgezogenen (-8.000).

Die SPD hingegen musste nur 10.000 Stimmen an die Nichtwähler und 2.000 an Sonstige abgeben. Sie gewann allerdings 50.000 Stimmen von der CDU, 7.000 von den Grünen, 5.000 von der FDP und 4.000 von der Linken. An den Generationenwechsel verlor sie nur 2.000 Stimmen, der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen war bei ihr mit 14.000 im positiven Bereich.

Die bisher regierenden Grünen verloren 7.000 Stimmen an die SPD, 6.000 an die Nichtwähler, 2.000 an Sonstige und 2.000 an die Linke. Sie gewannen 6.000 Stimmen von der CDU, 1.000 von der FDP sowie 2.000 aus dem Generationenwechsel und 11.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen.

Die FDP holte 20.000 Stimmen von der CDU. Sie verlor hingegen 6.000 an die Nichtwähler, 5.000 an die SPD, 1.000 an die GAL und 1.000 an Sonstige. An den Generationenwechsel verlor sie 1.000 Stimmen, holte aber 2.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen.

Die Linke profitierte von Gewinnen aus dem Lager der CDU (2.000) und der GAL (2.000). Sie verlor 4.000 Stimmen an die SPD, 2.000 an Sonstige und 4.000 an die Nichtwähler. Der Generationenwechsel war ausgeglichen; 1.000 Stimmen kamen aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen.

Das Lager der Nichtwähler wurde von allen Seiten gefüllt: 70.000 Stimmen von der CDU, 8.000 von der SPD, 6.000 von der FDP, 5.000 von den Grünen und 2.000 von den Linken.

### **3.2.3 Prognosen und Wirklichkeit**

Die veröffentlichten Prognosen der Umfrageinstitute ließen seit Monaten einen Sieg von Rot-Grün erwarten. Seit dem Zerfall der schwarz-grünen Koalition und der Ankündigung von Neuwahlen lag die CDU in den Umfragen weit unter, die SPD deutlich über ihrem letzten Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2008. Auch für die Grünen wurden nach dem Ende ihrer Regierung mit der CDU deutlich bessere Werte vorhergesagt. Für FDP und Linke wurden etwa 5 % angegeben, wobei die Linke durchweg etwas über der FDP lag und somit eine bessere Ausgangsposition zum Einzug in die Bürgerschaft besaß. Von den restlichen Parteien erwarteten die Meinungsforscher in keinem Fall ein Überschreiten der 5%-Hürde.

Der SPD waren seit November 2010 immer Werte über 40 % vorhergesagt worden. Seit Ende Januar 2011 lagen die Prognosen bei 45-46 %, wobei die letzte publizierte Umfrage von GMS die SPD bei 43 % sah. Das erzielte Resultat lag mit 48,4 % aber noch deutlich über diesen Werten.

Die CDU hingegen konnte seit Herbst 2010 die Marke von 30 % nicht mehr erreichen und lag 2011 zumeist zwischen 23 % und 25 %, in der

zuletzt veröffentlichten Umfrage bei 25 %. Damit wurde ihr noch deutlich mehr zugeschrieben als die 21,9 %, die sie tatsächlich erhielt.

Die GAL erreichte in den letzten Wochen Werte zwischen 14 % und 15 %, nachdem sie in den Wochen zuvor sogar noch etwas höher gelegen hatte. Ihr reales Ergebnis lag mit 11,2 % deutlich darunter.

Die FDP wurde in den letzten fünf Umfragen mit 5 % angegeben, lag in den Umfragen zuvor aber noch darunter und musste somit um den Einzug ins Parlament bangen. Insofern kamen die 6,7 %, die sie tatsächlich erhielt, überraschend.

Die Linke lag zuletzt bei 6 % und war im Herbst 2010 sogar noch darüber gelegen. Ihr Ergebnis von 6,4 % war der von den Demoskopern am besten prognostizierte Wert.

Alle Umfragen der letzten Wochen sahen SPD und GAL zusammen bei etwa 50 %, während CDU und FDP zusammen auf etwa 30 % taxiert wurden. Damit wurde der reale Wert für Rot-Grün mit 59,6 % deutlich verfehlt. Auch eine Wiederholung des schwarz-grünen Bündnisses wäre bei prognostizierten Werten von CDU und GAL zusammen mit etwa 40 % nicht möglich gewesen; in der Realität waren dies sogar nur 33,1 %. Für Union und FDP zusammen wurden ebenfalls etwas höhere Werte prognostiziert als die tatsächlich erreichten 28,6 %. Insgesamt sahen die Prognosen also eine Mehrheit für Rot-Grün voraus, zumal die SPD wegen ihrer Werte der letzten Wochen laut der Umfragen wohl kaum eine absolute Mehrheit der Stimmen würde erreichen können. In der gesamten Wählerschaft wurde eine rot-grüne Koalition vor der Wahl von den meisten Befragten präferiert (FG Wahlen: 35 %; GMS: 32 %). Insofern war die absolute Mehrheit der SPD im Parlament eine Überraschung.

Insgesamt muss konstatiert werden, dass die Demoskopie in den veröffentlichten Umfragen vor allem die Werte für die Lager und dort vor allem für Rot-Grün enorm verfehlt. Auch bei den Parteien lagen mit Ausnahme der Linken die Prognosen der Demoskopern zum Teil erheblich daneben. Dies wirkte sich insbesondere bei den beiden großen Parteien aus.

### **3.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft**

Bei der Verteilung nach dem Alter fallen bei der CDU erneut wohl bekannte Muster auf. Die Wählerschaft über 60 Jahren ist weit überrepräsentiert; alle darunter liegenden Jahrgänge liegen unter dem Durchschnitt. Laut Infratest dimap war die CDU nur bei den Über-60-Jährigen mit 31 % (FG Wahlen: 32 %) weit über ihrem Durchschnittswert vertreten, fuhr dort aber auch die größten Verluste ein. Schon bei den 45- bis 59-Jährigen kam sie nur auf 17 %, den 35- bis 44-Jährigen auf 18 %, den 25- bis 34-Jährigen auf 17 % und den Unter-24-Jährigen nur auf 15 %. Bei den Erstwählern kam die CDU laut Infratest dimap sogar mit 14 % noch hinter die GAL mit 16 % und weit hinter die SPD mit 45 %. Bei den Erstwählern holten die Linke 8 %, die Piratenpartei 7 % und die FDP 4 %. Generell lagen die

Werte bei den Frauen mit 23 % zu 21 % etwas höher, allein bei den Über-60-Jährigen lag die CDU bei den Frauen bei 34 %, bei den Männern nur bei 29 %.

Bei der SPD zeigte sich die Struktur ähnlich, aber weitaus ausgeglichener. Auch sie holte mit 51 % (FG Wahlen: 48 %) den höchsten Anteil bei den Über-60-Jährigen, blieb aber bei den 45- bis 59-Jährigen mit 50 % (FG Wahlen: 51 %) nur knapp darunter. Bei den 35- bis 44-Jährigen holte sie 47 %, den 25- bis 34-Jährigen 44 % und den 18- bis 24-Jährigen immerhin noch 43 %. Die SPD erzielte in allen Altersgruppen bei den Frauen höhere Werte als bei den Männern.

Die GAL blieb bei den Über-60-Jährigen laut Infratest dimap mit 4 % wieder weiter unter ihrem Durchschnittswert. Bei allen anderen Altersgruppen lag sie weit darüber, so bei den 45- bis 59-Jährigen mit 14 %, den 35- bis 44-Jährigen mit 15 %, den 25- bis 34-Jährigen und den 18- bis 24-Jährigen mit jeweils 16 %. Die Grünen holten bei den Frauen weit höhere Werte als bei den Männern. Bei den Frauen von 18 bis 24 und von 25 bis 34 Jahren lagen sie mit 19 % bzw. 18 % deutlich über den Werten der CDU (14 % bzw. 16 %).

Die FDP war über alle Altersgruppen relativ gleichmäßig verteilt, sie erhielt aber laut Infratest dimap bei den Unter-24-Jährigen mit 4 % (FG Wahlen: 5 %) nur einen unterdurchschnittlichen Wert. In allen Altersgruppen holte sie bei den Männern deutlich höhere Werte als bei Frauen.

Die Linke hatte laut Infratest dimap überdurchschnittliche Werte bei den Unter-24-Jährigen und der Generation der 45- bis 59-Jährigen (laut Infratest dimap und FG Wahlen jeweils 9 %), bei der die Linke bei vielen Wahlen der jüngeren Zeit stark vertreten war. Sie erzielte bei den Männern bessere Ergebnisse als bei den Frauen mit Ausnahme der Altersgruppe von 18 bis 24 Jahren, wo die Frauen mit 9 % einen Prozentpunkt über den Männern lagen.

Bei der Differenzierung nach der Berufstätigkeit schnitt die CDU bei den Rentnern laut Infratest dimap mit 32 % am stärksten ab, fuhr dort aber auch die höchsten Verluste ein. Über dem Schnitt blieb sie mit 23 % (FG Wahlen: 27 %) bei den Selbständigen, während sie bei den Angestellten (17 %; FG Wahlen: 21 %), Arbeitern (16 %; FG Wahlen: 17 %) und Arbeitslosen (15 %) unter dem Durchschnitt blieb und bei den Angestellten auch überdurchschnittliche Verluste einfuhr.

Die SPD landete bei den Arbeitern mit 57 % weit über dem Durchschnitt und den Angestellten und den Rentnern mit jeweils 51 % (FG Wahlen: 48 %) deutlich darüber. Die höchsten Zuwächse erzielte sie bei den Rentnern und Arbeitern. Bei den Arbeitslosen blieb sie leicht (45 %), den Selbständigen mit 33 % (FG Wahlen: 36 %) deutlich unter dem Durchschnitt.

Die GAL holte klar überdurchschnittliche Ergebnisse bei den Selbständigen (19 %; FG Wahlen: aber nur 14 %), aber auch den Angestellten und

Arbeitslosen (jeweils 13 %; laut FG Wahlen: 11 %). Bei Rentnern (4 %) und Arbeitern (5 %; FG Wahlen: 7 %) blieb sie weit darunter.

Die FDP hatte ihre Schwerpunkte bei den Selbständigen (12 %; FG Wahlen: 13 %). Bei den Rentnern schnitt sie mit 7 % leicht über, bei den Angestellten mit 6 % leicht unter dem Durchschnitt ab. Bei Arbeitern (4 %; FG Wahlen: 5 %) und Arbeitslosen (3 %) lag sie deutlich darunter.

Die Linke holte weit überdurchschnittliche Resultate bei den Arbeitslosen (16 %) und den Arbeitern (9 %), bei Angestellten und Selbständigen blieb sie im Schnitt, bei Rentnern mit 4 % weit darunter.

Bei der Differenzierung nach der formalen Bildung kam die CDU laut Infratest dimap in der Gruppe mit der höchsten Qualifikation auf 19 %, in der mittleren Gruppe auf 26 % und der Gruppe der niedrig Qualifizierten auf 24 %. Die SPD hingegen holte in dieser Gruppe mit 60 % ihren besten Wert, kam in der mittleren Gruppe auch noch auf überdurchschnittliche 51 % und nur bei den formal am höchsten Qualifizierten auf unterdurchschnittliche 43 %. Bei den Hochqualifizierten erreichten die Grünen mit 16 % wieder einen weit überdurchschnittlichen Wert, während sie in der mittleren Gruppe mit 7 % und der niedrigsten Gruppe mit 3 % deutlich darunter blieben. Strukturell ähnlich fiel das Resultat für die FDP aus, die in der höchsten Gruppe auf 8 %, der mittleren auf 6 % und den gering Qualifizierten auf 4 % kam. Interessanterweise sah das Bild bei der Linken mit 7 % bei den höher Qualifizierten, 6 % in der mittleren und 5 % in der untersten Gruppe ähnlich aus.

Auswertungen bezüglich der Wählerschaft nach der Konfession wurden von der FG Wahlen nicht vorgenommen. Allerdings wäre die Aussagekraft auch begrenzt, da im Wahlgebiet etwa die Hälfte der Wahlberechtigten keiner Konfession (42 %) oder einer anderen als der beiden großen Konfessionen (7 %) angehören.

### **3.3 Zusammenfassung**

Unmittelbar vor der Bürgerschaftswahl in Hamburg schien alles andere als eine Niederlage der CDU unausweichlich. Neben den Werten der Sonntagsfrage trugen auch andere Indikatoren dazu bei. So erreichte der Spitzenkandidat der CDU, der amtierende Bürgermeister Christoph Ahlhaus, bei der hypothetischen Frage nach einer Direktwahl höchstens Werte von knapp über 20 % (zuletzt 21 % bei Infratest dimap), während der Spitzenkandidat der SPD, Olaf Scholz, sogar auf Werte über 60 % und zuletzt noch 55 % kam. Bei den Kompetenzwerten lag Ahlhaus in allen Bereichen weit hinter Scholz. Angesichts dieser Diskrepanz war eine Trendwende kaum vorstellbar. In der Politikerzufriedenheit kam Ahlhaus hinter Scholz und der GAL-Politikern Anja Hajduk sogar nur auf den dritten Platz. Kurz vor der Wahl sagten fast zwei Drittel (65 %) der Hamburger Wähler, der nächste Senat sollte wieder von der SPD geführt sein, wenn auch nur 9 %

für eine SPD-Alleinregierung, 34 % hingegen für ein rot-grünes Bündnis plädierten. Während die SPD in Hamburg mit 1,6 (auf einer Skala von +5 bis -5) deutlich besser als die 1,1 im Jahr 2008 bewertet wurde, fiel die CDU von +1,5 im Jahr 2008 auf nunmehr -0,6 zurück.

Auch die Kompetenzvermutung der Parteien fiel zu Ungunsten der CDU aus: Nur in den Bereichen Wirtschaft und Kriminalitätsbekämpfung lag die CDU knapp vor der SPD. In allen anderen Bereichen lag die SPD zum Teil deutlich vor der CDU, unter anderem auch im Bereich Arbeitsplätze, Verschuldung, Finanzpolitik, Familie, Bildung und soziale Gerechtigkeit. In den allgemeinen Parteieigenschaften lag die CDU laut Infratest dimap zu meist hinter SPD und GAL auf dem dritten Platz wie z. B.: die Partei hat fähige Politiker (SPD: 74 %, GAL 48 %, CDU 43 %); ... ist geschlossen (SPD: 57 %, GAL 52 %, CDU 41 %); ... ist glaubwürdig (SPD: 62 %, GAL 62 %, CDU 33 %); ... ist bürgernah (SPD 55 %, GAL 35 %, CDU 30 %).

Die Bewertung der Vergangenheit fiel ebenfalls durchweg negativ aus: 47 % der Wähler waren laut Forschungsgruppe Wahlen voll und ganz und noch 17 % eher der Meinung, dass Ole von Beust mit seinem Rücktritt Hamburg im Stich gelassen habe. Umgekehrt waren nur 5 % voll und ganz und noch 24 % eher der Meinung, der schwarz-grüne Senat habe Hamburg vorangebracht. Dagegen stößt die Aussage, die CDU in Hamburg mache zurzeit keine moderne Großstadtpolitik, nur bei 25 % voll und ganz und weiteren 25 % eher auf Zustimmung. Möglicherweise hat sich das Verhalten der Spitzenakteure also vor der Wahl krisenverschärfend ausgewirkt.

Dabei spielte eindeutig die Situation in Hamburg die entscheidende Rolle: Die Wähler sagten zu 80 %, die Politik in Hamburg sei wichtiger für die Wahlentscheidung; überdurchschnittlich wurde dies von den Wählern von SPD, GAL und FDP genannt. Insgesamt war dies eine Wahl, die so wenig wie wenig andere Landtagswahlen von der Bundespolitik beeinflusst worden war. Die SPD konnte eine Alleinregierung bilden und an alte Zeiten anknüpfen, auch wenn sich strukturell ihre Lage bei Weitem nicht so gut darstellt. Die CDU erlebte einen Einbruch, der im Wesentlichen in der lokalen Situation begründet war. Gleichzeitig zeigten sich dieselben strukturellen Defizite, die seit Jahren immer wieder zu verzeichnen sind und bei Wahlen mit ungünstigem Ausgang noch deutlicher zu Tage treten, insbesondere das schwache Abschneiden bei jüngeren und jüngsten Wählern (dort besonders bei den Frauen) oder bei einzelnen Berufsgruppen wie Arbeitern und Selbständigen. Auch die mehrjährige Regierungszeit in Hamburg hat also die grundsätzlichen Schwächen in der Verankerung in der Gesellschaft nicht verbessern können. Die Volatilität des Wahlverhaltens wurde in Hamburg erneut zu Ungunsten der CDU demonstriert.

Einen wesentlichen symbolischen Effekt hatte das Wahlergebnis allerdings in jedem Fall: Das erste schwarz-grüne Bündnis auf Landesebene

war spektakulär gescheitert. Damit dürften sich Konsequenzen auf künftige Bündnisse (und möglicherweise auch schon auf die Koalition der CDU mit Grünen und FDP im Saarland) nicht verhindern lassen. Nach dieser Wahl und insbesondere durch die verschärfte Debatte um die Atomenergie nach der Tsunami-Katastrophe in Japan ab Mitte März 2011 war für die weiteren Landtagswahlen und perspektivisch wohl auch die Bundestagswahl 2013 wieder stärker eine rot-grüne Annäherung zu erwarten. Die „klassische“ Lagerbildung aus bürgerlichen Parteien einerseits und SPD, Grünen und (möglicherweise) Linken andererseits konnte wieder zum Regelfall werden, der höchstens durch gelegentliche große Koalitionen aus Union und SPD unterbrochen wird.

## 4. Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 20. März 2011: Kontinuität ohne bürgerliche Mehrheit

### 4.1 Wahlergebnis und mögliche Regierungen

Nachdem in Sachsen-Anhalt nach der Wende zahlreiche instabile Regierungen ins Amt kamen, hatte sich die politische Gesamtlage unter der Führung des populären Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer deutlich stabilisiert. Dieser konnte zwar altersbedingt nicht mehr antreten, aber offenbar blieb die große Koalition aus CDU und SPD auch ohne ihn der überwiegende Wunsch der Wähler. Sowohl der Spitzenkandidat der CDU, Reiner Haseloff, als auch der der SPD, Jens Bullerjahn, ließen vor der Wahl deutlich erkennen, dass sie eine Fortführung dieser Koalition anstrebten. Die im Lande traditionell starke Linke machte sich wegen ihrer anhaltenden demoskopischen Stärke Hoffnungen, in die Regierung einzuziehen zu können. Dieses Szenario wäre aber bestenfalls dann realistisch geworden, wenn die SPD stärker als sie geworden wäre und in der SPD dann die Bereitschaft gewachsen wäre, eine SPD-geführte Regierung mit der Linken als Juniorpartner einzugehen. Dies war aber nicht der mehrheitliche Wunsch der Bevölkerung. Das Wahlergebnis schien diese Option obsolet zu machen.<sup>6</sup>

Das Ergebnis fiel für die CDU deutlich günstiger aus als bei der Wahl in Hamburg vier Wochen zuvor:<sup>7</sup> Die CDU verlor 3,7 % und kam noch auf 32,5 %; sie blieb damit mit Abstand stärkste Partei. In absoluten Stimmen waren dies 323.019 und damit 3.702 weniger als bei der letzten Landtagswahl. Bei den Erststimmen holte sie 339.869, was einem Zuwachs von 21.319 Stimmen entsprach.

Die Linke holte 23,7 % und verlor minimal 0,4 %. Sie kam auf 235.011 Zweitstimmen; ein Zuwachs von 17.716. Auch ihr Erststimmenanteil war höher: Sie erzielte 243.589 und damit 17.792 Stimmen mehr als 2006.

Die SPD gewann 0,1 % und kam auf 21,5 %. Sie kam auf 213.611 Zweitstimmen, ein Zuwachs von 20.857. Ihr Erststimmenanteil war mit 214.373 nur geringfügig höher; auch dies entsprach einem Zuwachs von 5.188 Stimmen.

Die FDP verlor 2,8 % und kam mit 3,8 % nicht wieder in den Landtag. Sie kam bei einem Verlust von 22.036 nur noch auf 38.173 Zweitstimmen.

---

<sup>6</sup> Siehe Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2011. Eine Analyse der Wahl vom 20. März 2011, Infratest dimap Wahlreport, Berlin 2011; Wahl in Sachsen-Anhalt. Eine Analyse der Landtagswahl vom 20. März 2011, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen 143/2011.

<sup>7</sup> Holtmann, Everhard / Völkl, Kerstin: Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 20. März 2011: Modifiziertes „Weiter so“ statt Wechsel, in: ZParl 4/2011, S. 745-764.

Ihr Erststimmenanteil war mit 34.940 etwas geringer; auch hier verlor sie 33.033 Stimmen.

Die Grünen legten 3,6 % zu und übersprangen mit 7,1 % leicht die 5%-Hürde. Sie konnten 38.805 Zweitstimmen zulegen und kamen auf 70.922. Auch ihr Erststimmenanteil war mit 34.940 niedriger, bedeutete aber auch einen Zugewinn von 26.557. Die NPD scheiterte mit 4,6 % (45.826 Zweitstimmen, 35.883 Erststimmen) an dieser Hürde und verpasste den Einzug in den Landtag. Die restlichen Parteien kamen auf 6,8 %. Von den Kleinparteien schnitten die Freien Wähler mit 2,8 % am besten ab. Über 1 % und damit in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung kamen die Tierschutzpartei mit 1,58 % und die Piraten mit 1,39 %.

CDU und FDP zusammen hätten rechnerisch nur 36,3 % und sind damit weit von einer eigenen Mehrheit entfernt. SPD und Grüne zusammen kämen nur auf 28,6 %. Allerdings hätten SPD und Linke zusammen mit 45,2 % zwar nicht die Mehrheit der Stimmen, aber die der Mandate. Dennoch erschien die große Koalition aus CDU und SPD am wahrscheinlichsten, da diese nicht nur über eine Mehrheit an Stimmen, sondern auch über die größere Mehrheit an Mandaten verfügen würde. Die CDU holte 41 Mandate, die Linke 29, die SPD 26 und die Grünen 9, was allerdings auch eine rot-rote Koalition ermöglichen würde. Die CDU holte 41 von 45 Direktmandaten, drei gingen an die Linke und nur eines an die SPD. Am 19. April 2011 wurde die neue Regierung aus CDU und SPD mit dem Ministerpräsidenten Reiner Haseloff gewählt.

Die Wahlbeteiligung lag bei 51,2 %. Dies war zwar eine deutliche Steigerung gegenüber dem Rekordtief der letzten Landtagswahl, bedeutete aber dennoch den bislang zweitniedrigsten Wert bei Landtagswahlen überhaupt.

## **4.2 Bewertungen und Einzelaspekte**

### **4.2.1 Einordnungen im Vergleich**

Die CDU hatte bei Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt seit 1990 nur einmal schlechter gelegen, nämlich bei der Landtagswahl 1998, als sie nur auf 22,0 % kam und die DVU mit einem Rekordergebnis in den Landtag eingezogen war. Bei allen anderen Landtagswahlen kam die CDU deutlich über 30 %. Das Landtagsergebnis vom 20. März 2011 war für die CDU auch besser als das Resultat der letzten vier Bundestagswahlen.

Die Linke holte ihr zweitbestes Ergebnis bei Landtagswahlen und hielt damit in etwa ihr Niveau. Allerdings hatte sie bei den beiden letzten Bundestagswahlen deutlich besser abgeschnitten: 2009 hatte sie 32,4 % der Zweitstimmen geholt; davon war sie bei der Landtagswahl weit entfernt.

Die SPD blieb auf dem Niveau der letzten Landtagswahl und war etwas besser als beim schlechtesten Resultat 2002, konnte aber die Werte der

früheren Landtagswahlen bei Weitem nicht mehr erreichen. Auch im Vergleich zur Bundestagswahl 2009, wo sie nur auf 16,9 % gekommen war, konnte sie sich verbessern, blieb aber auch hier unter den Werten aller anderen Bundestagswahlen.

Die FDP hatte immer stark schwankende Werte im Land zu verzeichnen. Sie erzielte ihr schlechtestes Ergebnis bei Landtagswahlen, bei denen sie immerhin 1990 und 2002 auf über 13 % gekommen war. Auch bei Bundestagswahlen hatte sie bislang immer besser abgeschnitten, zuletzt mit 10,3 %.

Die Grünen holten ihr mit Abstand bestes Ergebnis bei Landtagswahlen. Auch bei Bundestagswahlen waren sie noch nie so stark gewesen.

Der Anteil für die sonstigen Parteien blieb in etwa auf dem Niveau der letzten Landtagswahl. Darunter waren bisher zu großen Teilen rechtsextreme oder rechtspopulistische Kräfte gewesen, die aber seit 1998 nie mehr über die 5-%-Hürde gekommen waren.

#### **4.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen**

Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap verlor die CDU an die SPD 9.000 Stimmen, an die Linke 7.000, an die Grünen 5.000 und die sonstigen Parteien 4.000 sowie an die NPD 3.000. Allerdings holte sie aus dem Nichtwählerlager 49.000 Stimmen und zusätzlich 2.000 von der FDP. Der Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen war wie bei allen Wahlen mit 30.000 Stimmen im negativen Bereich. Der Saldo aus Zu- und Fortzügen war mit 1.000 Stimmen minimal positiv. Die gestiegene Wahlbeteiligung hat sich in Bezug auf die Mobilisierungsfähigkeit der CDU also günstig ausgewirkt.

Auch die Linke gewann 30.000 Stimmen aus dem Nichtwählerlager sowie 7.000 von der CDU, 5.000 von der SPD und 3.000 von der FDP. Sie verlor jeweils 2.000 Stimmen an die Grünen, die NPD und an die sonstigen Parteien. Auch sie verlor 18.000 Stimmen an den Generationenwechsel.

Die SPD konnte 38.000 Stimmen aus dem Nichtwählerlager holen, dazu 9.000 von der CDU und 5.000 von der FDP sowie 1.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen. Abgeben musste sie 6.000 an die Grünen, 5.000 an die Linke und 2.000 an Sonstige sowie 1.000 an die NPD. Ihr gingen ebenfalls 18.000 Stimmen an den Generationenwechsel verloren.

Die FDP verlor in alle Richtungen, lediglich der Saldo im Bezug auf die Nichtwähler war ausgeglichen. Ansonsten gab sie ab an die SPD 5.000 Stimmen, an Linke und Sonstige jeweils 3.000, an die CDU 2.000 und an die Grünen und die NPD 1.000. Auch der Saldo von Zu- und Fortzügen war mit 2.000 Stimmen negativ; an den Generationenwechsel verlor sie 4.000 Stimmen. Sie konnte also von der gestiegenen Wählerbeteiligung nicht profitieren.

Die Grünen holten ihre Zugewinne aus fast allen Richtungen. Von den Nichtwählern kamen 19.000 Stimmen, von der SPD 6.000, von der CDU 5.000, von der Linken 2.000 und von der FDP 1.000. Auch der Saldo an Zu- und Fortzügen war mit 4.000 Stimmen positiv; ihr Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen war mit 2.000 Stimmen im positiven Bereich.

Betrachtet man die NPD, so erzielte sie ihre Gewinne mit 9.000 Stimmen vor allem aus dem Bereich der Nichtwähler und 6.000 Stimmen (der höchste aller Parteien) aus dem Generationenwechsel. Von der CDU kamen 3.000 Stimmen, der Linken 2.000 und von SPD und FDP jeweils 1.000. Auch der Saldo aus Zu- und Fortzügen war bei der NPD mit 1.000 leicht positiv.

Die sonstigen Parteien konnten ihre Gewinne ebenfalls aus fast allen Richtungen holen. Von den Nichtwählern erhielten sie 8.000 Stimmen, der CDU 4.000, der FDP 3.000 und den Linken und der SPD jeweils 2.000. Vom Generationenwechsel profitierten sie mit 3.000 Stimmen, allerdings war der Saldo aus Zu- und Fortzügen mit 6.000 stark negativ.

Das Lager der Nichtwähler gab – mit Ausnahme der FDP – an alle anderen Parteien ab: an die CDU 49.000 Stimmen, die SPD 38.000 Stimmen, die Linke 30.000, die Grünen 19.000 und die sonstigen Parteien 8.000.

#### **4.2.3 Prognosen und Wirklichkeit**

Der Ausgang der Wahl war insgesamt von der Demoskopie gut prognostiziert worden. Die CDU lag seit einem Jahr bei etwa 30 % oder etwas darüber. In den beiden letzten Umfragen wurden ihr 32 % bzw. 33 % vorhergesagt, womit das reale Ergebnis von 32,5 % sehr gut getroffen wurde.

Die SPD lag in den Umfragen der letzten Monate immer etwas über 20 %, in den beiden letzten aber bei jeweils 24 %, also deutlich über ihrem realen Resultat von 21,5 %.

Die Linke war in den Umfragen seit Herbst 2010 von Werten von 30 % stetig abgesunken. Die beiden letzten Umfragen billigten ihr 25 % bzw. 24 % zu, womit ihr Ergebnis von 23,7 % sehr gut erfasst wurde.

Die FDP kam in den letzten Monaten nicht über 5 % hinaus und wurde zuletzt bei 4,5 % bzw. 5 % gesehen, also noch über ihrem realen Ergebnis von 3,8 %.

Die Grünen waren in den Monaten zuvor bei 9 %, dann bei 7 %, zuletzt aber nur bei 5,5 % und 5 % gemessen wurden, was sie mit ihrem realen Ergebnis von 7,1 % deutlich übertrafen.

Die NPD war in den letzten drei Umfragen mit 5 % bewertet worden, so dass mit ihrem Einzug gerechnet werden musste. Ihr endgültiger Wert von 4,6 % ist aber angesichts der Fehlermargen von den Umfragen erfasst worden.

Insgesamt ist die Mehrheit für die große Koalition wegen zu großer Werte der SPD in den Prognosen vorhergesagt, aber etwas überschätzt

worden. Auch ein theoretisches schwarz-gelbes wie ein rot-rotes Lager ist wegen der Überbewertung der FDP einerseits und der SPD andererseits jeweils etwas zu optimistisch eingeschätzt worden.

#### **4.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft**

Bei der Aufschlüsselung nach dem Alter fällt bei der CDU auf, dass – wie bei allen Wahlen der jüngeren Zeit – der höchste Anteil der Wählerschaft laut Infratest dimap mit 35 % (FG Wahlen: 34 %) bei den Über-60-Jährigen liegt. Dies ist der am stärksten überdurchschnittliche Wert, allerdings waren dort auch die Verluste am größten. Jedoch waren die Unterschiede zu den anderen Altersgruppen nicht ganz so groß wie bei manchen anderen Wahlen in den alten Bundesländern. So kam die CDU bei den 45- bis 59-Jährigen auf 32 %, den 35- bis 44-Jährigen auf 31 % und den 25- bis 34-Jährigen auf 31 %. Lediglich bei den 18- bis 24-Jährigen lag sie mit 24 % deutlicher unter dem Durchschnitt. Auch die FG Wahlen sieht die Altersgruppen ähnlich eng beieinander und gibt für die 18- bis 29-Jährigen einen Wert von 28 % an. Von der Altersstruktur her scheint die CDU-Wählerschaft hier also homogener zu sein als in vielen Ländern Westdeutschlands. Bei den Frauen kam die CDU insgesamt auf 34 %, den Männern auf 31 %. Die Über-60-Jährigen wählten bei den Frauen mit 38 % CDU, bei den Männern nur mit 33 %. Bei den Frauen unter 45 Jahren waren die Unterschiede zu den Männern nicht sehr groß. Die 18- bis 24-jährigen Frauen wählten zu 25 % CDU; das waren zwei Punkte mehr als bei den Männern, was bei vergleichbaren Landtagswahlen in Westdeutschland nicht zu verzeichnen war.

Die Linke kam bei den Über-60-Jährigen auf einen etwas überdurchschnittlichen Wert von 25 % (FG Wahlen: 26 %), sie erzielte aber ihre besten Werte (ähnlich wie im Westen) bei den 45- bis 59-Jährigen mit 27 %. Die anderen Altersgruppen lagen deutlich darunter: bei den 35- bis 44-Jährigen 20 % und den unteren Altersgruppen 17 %. Die FG Wahlen sah hingegen die Linke bei allen über 45 Jahren bei 26 % und gab für die 18- bis 29-Jährigen 16 % an. Insgesamt wurde die Linke mehr von Männern (25 %) als von Frauen (22 %) gewählt; nur bei den Unter-35-Jährigen lagen die Frauen leicht vorn.

Die SPD kam bei den Über-60-Jährigen auf einen weit überdurchschnittlichen Wert von 27 % (FG Wahlen: 28 %) und lag bei allen anderen Altersgruppen weit darunter, so bei den 45- bis 59-Jährigen und 35- bis 44-Jährigen nur bei 18 % und den jüngeren Gruppen bei 16 %. Sie wurde von den Männern (21 %) etwas weniger als von den Frauen (22 %) gewählt; nur bei den Über-60-Jährigen waren die Werte gleich.

Die FDP kam nur bei den 25- bis 34-Jährigen auf 5 %, bei den anderen Altersgruppen blieb sie bei 4 %, bei den Über-60-Jährigen sogar nur bei 3 %. Bei den Frauen war ihr Anteil mit 4 % höher als bei den Männern mit 3 %; diese Verteilung zog sich durch alle Altersgruppen durch.

Die Grünen hatten – ähnlich wie bei den Landtagswahlen im Westen – ihre stärksten Kräfte bei den 25- bis 34-Jährigen und den 35- bis 44-Jährigen mit jeweils 11 %. Bei den Jüngeren kamen sie noch auf 9 %, während sie bei den 45-bis 59-Jährigen noch auf 7 % und den Über-60-Jährigen nur auf 4 % kamen. Bei den Frauen war ihr Anteil mit 8 % deutlich höher als bei den Männern mit 6 %. Ihre stärksten Werte mit 13 % erzielten sie bei den Frauen von 25 bis 44 Jahren.

Bei der Differenzierung nach der Berufstätigkeit fällt auf, dass die CDU mit Abstand ihre besten Werte bei den Selbständigen mit 49 % holte. Überdurchschnittlich hat sie auch bei den Beamten mit 43 % (FG Wahlen: 39,1 %) und den Angestellten mit 34 % (FG Wahlen: 31,9 %) abgeschnitten. Bei den Rentnern holte sie noch 33 % (FG Wahlen: 32 %), bei den Arbeitern nur 27 % (FG Wahlen: 30,3 %) und den Arbeitslosen 15 % (FG Wahlen: 17 %). Bei Letzteren waren auch die Verluste am größten. Damit blieb die CDU stärkste Partei bei den Arbeitern vor der Linken. Laut FG Wahlen holte sie bei den Landwirten 35,2 %.

Die Linke hingegen holte mit 35 % (FG Wahlen: 38 %) ihren größten Anteil von den Arbeitslosen (da war sie auch insgesamt die stärkste Partei), blieb aber auch bei Rentnern (26 %; FG Wahlen: 28 %) und Arbeitern (25 %; FG Wahlen: 26 %) über dem Durchschnitt. Unter den Hartz-IV-Empfängern erzielte sie sogar 40 %. Bei Angestellten blieb sie mit 22 % knapp (FG Wahlen allerdings 24,3 %), bei den Selbständigen und Beamten mit 15 % (FG Wahlen: 16 % bzw. 20 %) deutlich unter dem Durchschnitt. Bei den Landwirten holte sie laut FG Wahlen 26,9 %.

Die SPD konnte nur bei den Rentnern mit 28 % einen deutlich überdurchschnittlichen Wert holen. Bei den Arbeitern holte sie 20 % (FG Wahlen: 21,9 %), den Angestellten und Arbeitslosen jeweils 19 % (FG Wahlen für Arbeitslose allerdings nur 16 %, Angestellte aber 22,7 %) sowie bei den Beamten 16 % (FG Wahlen: 19,9 %). Bei den Selbständigen war ihr Wert mit 9 % (FG Wahlen: 13,7 %) noch deutlich stärker unter dem Durchschnitt als bei anderen Parteien. Bei den Landwirten (FG Wahlen) kam sie auf 19,1 %.

Bei der FDP fällt mit 11 % (FG Wahlen aber lediglich 6,6 %) nur ihr weit überdurchschnittliches Ergebnis bei den Selbständigen auf. In allen anderen Berufsgruppen kam sie nur auf Werte von 3 % oder 4 % bei den Angestellten.

Die Grünen holten mit 10 % überdurchschnittliche Werte bei den Angestellten (FG Wahlen: 8,1 %) sowie mit 14 % bei den Beamten (FG Wahlen aber nur 8,2 %) und erzielten bei den Arbeitslosen immerhin noch 8 % (FG Wahlen allerdings auch 9,2 %). Bei Arbeitern und Selbständigen kamen sie auf 6 % (FG Wahlen: 5,4 % und 8,3 %), während sie bei den Rentnern nur 3 % (FG Wahlen: 4,1 %) holen konnten. Bei den Landwirten (FG Wahlen) kamen sie nur auf 0,5 %.

Die NPD erzielte mit jeweils 11 % weit überdurchschnittliche Werte bei Arbeitern und Hartz-IV-Empfängern sowie 9 % bei den Arbeitslosen. Laut FG Wahlen kam sie bei Arbeitern auf 6,6 %, Arbeitslosen auf 10,3 % und Landwirten auf 7,5 %.

Die Aufschlüsselung nach der formalen Bildung zeigt laut Infratest dimap, dass die CDU (entgegen dem Muster in den westlichen Ländern) ihren höchsten Wert mit 34 % bei den Wählern mit formal hoher Bildung erzielen konnte, während sie bei den mittel und niedrig Qualifizierten mit jeweils 31 % unter dem Durchschnitt abschnitt. Die Linke hingegen erzielte mit 25 % ihren besten Wert bei den niedrig Qualifizierten, in der mittleren und hohen Kategorie fiel ihr Resultat jeweils um einen Punkt niedriger aus. Die SPD erzielte mit 26 % noch stärker überdurchschnittliche Werte bei den niedrig Qualifizierten und holte in der mittleren (21 %) und hohen (20 %) Gruppe deutlich weniger. Während die FDP in allen Gruppen dasselbe Resultat erzielte, schnitten die Grünen bei den hoch Qualifizierten mit 11 % mit Abstand am besten ab, sanken aber in der mittleren Gruppe auf 6 % und den niedrig Qualifizierten auf einen deutlich unterdurchschnittlichen Wert von 3 %. Die NPD holte überdurchschnittliche Werte in der mittleren (6 %) und niedrigen (5 %) Gruppe.

In Bezug auf die Konfession erzielte die CDU laut Infratest dimap mit 52 % ihre besten Werte bei den Katholiken, erlitt dort aber auch die größten Verluste. Bei den Protestanten kam sie auf 45 % (FG Wahlen: 44 %), den Sonstigen auf 26 % (FG Wahlen: 27 %). Die Linke holte bei den Sonstigen mit 29 % (FG Wahlen: 27 %) den höchsten Anteil und kam bei Katholiken nur auf 12 % (FG Wahlen: 13 %) sowie den Protestanten auf 14 % (FG Wahlen: 15 %). Die SPD holte bei den Protestanten 22 % (FG Wahlen: 21 %), den Katholiken 15 % (FG Wahlen: 18 %) und den Sonstigen immerhin 22 % (FG Wahlen: 21 %). Die FDP hatte bei den Katholiken mit 6 % einen etwas überproportionalen Anteil; die FG Wahlen sieht hingegen ihren Anteil gleichmäßig über alle Konfessionsgruppen verteilt. Die Grünen waren bei den Protestanten mit 8 % etwas überproportional vertreten. Die NPD lag bei den Sonstigen mit 6 % über ihrem Durchschnittswert, bei den Katholiken mit 4 % und den Protestanten mit 2 % (FG Wahlen jeweils 3 %) darunter. Bei der Analyse nach der Konfession muss allerdings berücksichtigt werden, dass sich die Verteilung von der in den westlichen Flächenländern deutlich unterscheidet: So sind laut FG Wahlen 65 % der Wähler konfessionslos, etwa 21 % evangelisch und 5 % katholisch.

### **4.3 Zusammenfassung**

Ähnlich wie bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg vier Wochen zuvor stellte auch dieses Wahlergebnis keine Überraschung dar – wenn auch mit anderen Vorzeichen. Die drei großen Parteien hatten in der Reihen-

folge und in der Größenordnung abgeschnitten, wie es angesichts der Umfragen und der öffentlichen Meinung zu erwarten war. Die aktuellen Entwicklungen in Nordafrika und die Naturkatastrophe in Japan mit der intensiven Diskussion in Deutschland um die künftige Nutzung der Kernkraft haben bei den großen Parteien weniger Auswirkungen gehabt als bei den kleinen.

Anders als in Hamburg hatte der Amtsverzicht des amtierenden Landeschefs keine Lücke in der Popularität der Nachfolger hinterlassen. Der CDU-Spitzenkandidat Haseloff wurde laut Infratest dimap bei der Frage nach einer fiktiven Direktwahl mit 33 % leicht besser als der SPD-Spitzenkandidat Bullerjahn bewertet. Die Zufriedenheit mit der amtierenden CDU-geführten großen Koalition war kontinuierlich im Vorfeld der Wahl auf 46 % „sehr zufrieden“ und „zufrieden“ angestiegen. Eine deutliche Mehrheit (49 % laut Infratest dimap im Januar, 44 % laut FG Wahlen im März) fand im Vorfeld eine erneute Koalition aus CDU und SPD gut; eine rot-rote Koalition kam nur auf Werte von 31 % bzw. 29 %.

Die Regierungsparteien wurden (auf einer Skala von +5 bis -5) positiv beurteilt. Die CDU im Land kam auf 1,1 und wurde besser bewertet als die Bundes-CDU mit 0,8. Die SPD kam auf 1,3 (Bund 1,2), während die anderen Parteien Bewertungen im negativen Bereich erhielten: Die Linke im Land -0,1 (Bund 0,6), die FDP jeweils -1,1 und die Grünen im Land -0,4 (Bund -0,1). Damit wurde die CDU im Land leicht, die SPD sogar deutlich besser beurteilt als 2006.

Die Parteikompetenzen gaben ebenfalls Anlass zur Hoffnung: Laut Infratest dimap lag die CDU beim Thema Wirtschaft mit 46 % mit weitem Abstand vor allen anderen Parteien. Einen großen Vorsprung hatte die Union auch beim Thema Arbeitsplätze und der Lösung der wichtigsten Probleme des Landes. Dort erzielte auch die SPD noch ordentliche Werte, die bei Schul- und Bildungspolitik sowie dem Thema soziale Gerechtigkeit eindeutig vorne lag. Die Grünen waren Spitzenreiter in der Umweltpolitik, während die Linke in keinem Politikbereich vorne lag. Auch laut FG Wahlen war die CDU vorn bei den Themen Arbeitsplätze (36 %), Zukunft (30 %), Wirtschaft (35 %) und Verkehr (29 %), während die SPD in den Bereichen Schule und Familien vorne lag. Angesichts der Tatsache, dass ökonomische Themen und hier vor allem die Arbeitsplätze mit weitem Abstand (68 %) das wichtigste Thema in der Bevölkerung waren, war die CDU in der Kompetenzvermutung für die Wahl gut aufgestellt.

Insgesamt haben sich die bundespolitischen Einflüsse also in Grenzen gehalten: 52 % sagten, die Situation im Land sei für die Wahlentscheidung wichtiger; 43 % meinten, die im Bund. Trotz der aufgeregten Gesamtlage ist die Wahl in Sachsen-Anhalt also in weit ruhigerem Fahrwasser über die Bühne gegangen. Lediglich bei der FDP, die allerdings in der Vergangenheit im Land immer mit stark schwankenden Ergebnissen

---

rechnen musste, wurde wohl vom Negativtrend ihrer Bundespartei mit erfasst und schaffte es nicht mehr ins Parlament. Eine Regierungsbeteiligung der FDP – erst recht als Teil einer bürgerlichen Mehrheit – wäre aber ohnehin nicht vorstellbar gewesen. Von den allgemeinen Trends und der jüngsten thematischen Verschärfung haben am ehesten die Grünen profitiert, die aber auch keine Chance auf eine Regierungsbeteiligung hatten. Die NPD konnte sich nicht ausreichend als Protestpartei profilieren, nicht zuletzt deswegen, weil das Thema soziale Gerechtigkeit ausreichend bei der SPD verankert war und die Linke offenbar große Teile des Protestwählerbereiches aufsammeln konnte. CDU und SPD profitierten von ihrer erfolgreichen bisherigen Regierungsarbeit und legten so die Grundlage für die Fortführung dieser Koalition. Die CDU konnte zwar ihre Wählerbasis nicht ausbauen, gewann aber bei den Erststimmen in absoluten Zahlen wieder dazu und konnte sich auf dem bisherigen Niveau halten. Strukturell ist ihre Wählerschaft (was etwa das Alter und die Geschlechterverteilung angeht) homogener als in vielen anderen Regionen Deutschlands, vor allem im Westen. Zwar hat sie auch hier unter dem Generationenwechsel zu leiden und sind junge Wähler schwächer vertreten, dies aber in weitaus geringerem Maße als in den alten Bundesländern. Auch der Unterschied im Wahlverhalten zwischen den Geschlechtern (vor allem bei den jüngeren Frauen) ist weitaus geringer ausgeprägt. Hier scheint durchaus Anlass zur Hoffnung gegeben, dass sich die CDU als Volkspartei – zwar nicht mit Werten um die 50 %, aber sicher über 30 % – erhalten und diese Position auch wieder ausbauen kann.

Insgesamt war die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ein Zeichen der Stabilisierung in einem politisch über lange Jahre unstillen und volatilen Umfeld. Auch wenn hier die Sondereffekte der neuen Länder stark zum Tragen kommen, konnte sich eine neue Koalition aus CDU und SPD wegen fehlender Perspektiven für eine Regierung aus Union und FDP erneut als mögliche Alternative präsentieren.



## 5. Die Landtagswahl in Baden-Württemberg vom 27. März 2011: Ende einer Ära, verpasste bürgerliche Mehrheit

### 5.1 Wahlergebnis und mögliche Regierungen

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg fand vor einem derart dramatischen Hintergrund statt, wie es bisher bei Wahlen in Deutschland kaum vorgekommen war. Hatten die landespolitischen Themen – allen voran die Debatte um Stuttgart 21 – schon für eine enorme Politisierung und Polarisierung in den Monaten zuvor gesorgt, brachte die Katastrophe in Japan kurzfristig das Thema Atomenergie auf die Tagesordnung. Damit wurde diese Landtagswahl in hohem Maße zur Symbolwahl für die deutsche Politik insgesamt, zumal die am längsten in Deutschland amtierende CDU-geführte Regierung auf dem Spiel stand. Der Regierungschef Stefan Mappus war aber erst seit Februar 2010 im Amt, weil sein Vorgänger Günther Oettinger als EU-Kommissar nach Brüssel ging. Die Summe der internen und externen Einflüsse haben die Ausgangslage für die CDU und eine bürgerliche Mehrheit enorm erschwert, aber erst die Dynamik der letzten Tage hat ihr den Boden entzogen.<sup>8</sup>

Die CDU kam auf 39,0 % und musste einen Verlust von 5,2 % hinnehmen. Damit blieb sie zwar mit Abstand stärkste Partei, aber da die FDP nur auf 5,3 % kam (ein Verlust von 5,4 % und damit eine Halbierung ihres Anteils) konnte sie keine Regierungsmehrheit erzielen.<sup>9</sup> Die Grünen wurden mit einem Rekordergebnis von 24,2 % (ein Gewinn von 12,5 % und damit eine Verdoppelung ihres Anteils) zweitstärkste Partei vor der SPD, die auf 23,1 % bei einem Verlust von 2,1 % kam. Die Linke verpasste mit einem Wert von 2,8 % und einem Verlust von 0,3 % deutlich den Einzug in den Landtag. Die sonstigen Parteien erhielten zusammen 5,6 %. Davon schnitten die Piraten mit 2,1 % am besten ab, aber auch die Republikaner mit 1,1 % und die NPD mit 1,0 % kamen in den Bereich der Wahlkampfkostenerstattung, den die ÖDP mit 0,9 % knapp verpasste.

An absoluten Stimmen (das Wahlrecht sieht nur die Abgabe einer Stimme vor) holte die CDU 1.942.404; das waren zwar fast 200.000 Stimmen mehr als bei der letzten Landtagswahl. Dies reichte aber dennoch nur zu einem prozentual deutlich geringeren Stimmenanteil. Die Grünen holten mit 1.205.508 Stimmen mehr als das Zweieinhalbfache der letzten Wahl. Die SPD konnte mit 1.151.859 nur etwa 150.000 Stimmen mehr holen als

---

<sup>8</sup> Siehe Landtagswahl Baden-Württemberg 2011. Eine Analyse der Wahl vom 27. März 2011, Infratest dimap Wahlreport, Berlin 2011; Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 27. März 2011, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen 144/2011.

<sup>9</sup> Gabriel, Oscar W. / Kornelius, Bernhard: Die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. März 2011: Zäsur und Zeitenwende?, in: ZParl 4/2011, S. 784-804.

2006. Die FDP fiel hingegen deutlich ab auf 262.520 Stimmen, während die Linke ebenfalls knapp 18.000 Stimmen auf 139.606 Stimmen zulegen konnte, aber dadurch trotzdem einen geringeren Anteil holte. Von den restlichen Parteien blieben nur die Piraten mit 103.392 über der Marke von 100.000 Stimmen.

Das bürgerliche Lager aus CDU und FDP kommt rechnerisch auf 44,3 % – der schlechteste Wert bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg überhaupt. Rot-Grün kommt auf 47,3 %, der mit Abstand beste Wert bisher. Zusammen mit der Linken hätte das linke Lager daher erstmals überhaupt im Land eine rechnerische absolute Mehrheit von 50,1 %.

Von den 70 Direktmandaten gewann die CDU 60. Erstmals holten die Grünen neun Direktmandate, die SPD eines.

Die Wahlbeteiligung lag bei 66,2 % und damit deutlich höher als bei der Landtagswahl 2006 mit 53,4 %.

Die CDU kam auf 60 Mandate, die FDP auf 7. Die Grünen bekamen 36 Mandate, die SPD 35; beide haben damit eine knappe Mehrheit im Landtag. Da sich beide Parteien vor der Wahl für eine Koalition ausgesprochen hatten, bleibt eine große Koalition ebenso wie eine schwarz-grüne nur eine theoretische rechnerische, aber nicht politische Möglichkeit.

## **5.2 Bewertungen und Einzelaspekte**

### **5.2.1 Einordnungen im Vergleich**

Für die CDU war dies das schlechteste Ergebnis bei Landtagswahlen; nur bei der Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung 1952 lag sie noch darunter. Allerdings hatte sie auch bei den Landtagswahlen 1960 und 1992 nur einen geringfügig besseren Wert erzielt. Bei der Bundestagswahl 2009 war die CDU mit 34,4 % deutlich unter ihrem Resultat von 2011 geblieben; auch 1998 blieb sie mit 37,8 % darunter und 2005 mit 39,2 % nur knapp darüber.

Für die Grünen war dies das mit Abstand beste Ergebnis bei Landtagswahlen wie bei Bundestagswahlen in Baden-Württemberg. Zweistellige Ergebnisse hatte sie bereits bei Landtagswahlen 1996 und 2006 sowie bei den Bundestagswahlen 1987, 2002, 2005 und 2009 erzielt.

Auch für die SPD war dies das schlechteste Ergebnis bei Landtagswahlen. In den Wahlen 1996 und 2006 war sie noch knapp über 25 % gekommen, in allen anderen Landtagswahlen seit 1972 hatte sie Werte über 30 % geholt. Dies schaffte sie auch bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2005, während sie bei der Bundestagswahl 2009 auf 19,3 % zurückgefallen war.

Für die FDP war dies das schlechteste Ergebnis bei Landtagswahlen. Sie kam aber 1988 und 2002 auch nur auf Werte von 5,9 %. Bei Bundestagswahlen lag sie immer deutlich höher, in den letzten beiden Wahlen im zweistelligen Bereich.

Die Linke konnte ihr Ergebnis von 2006 (damals WASG) nicht halten. Auch bei der Bundestagswahl 2009 hatte sie mit 7,2 % ein deutlich besseres Resultat eingefahren.

### **5.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen**

Die CDU konnte 221.000 Stimmen aus dem Bereich der Nichtwähler holen. Die gestiegene Wahlbeteiligung hat also auch bei der CDU zu zusätzlicher Mobilisierung geführt. Zusätzlich bekam sie 66.000 Stimmen von der FDP, die aber keinen Zuwachs für das bürgerliche Lager insgesamt bedeuteten. Abgeben musste sie 87.000 Stimmen an die Grünen, 39.000 an die SPD, 6.000 Stimmen an sonstige Parteien und 5.000 an die Linke. An den Generationenwechsel verlor sie 55.000 Stimmen, während der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen einen ungewöhnlichen Gewinn von 100.000 Stimmen einbrachte. Der Netto-Stimmengewinn brachte die CDU aber insgesamt der Mehrheit nicht näher.

Die Grünen holten Stimmen aus allen Richtungen. 266.000 von den Nichtwählern, 140.000 von der SPD, 87.000 von der CDU, 61.000 von der FDP, 33.000 von der Linken und 25.000 von sonstigen Parteien. Der Saldo aus dem Generationenwechsel war – wie immer bei den Grünen – mit 68.000 Stimmen ebenso positiv wie der aus Zu- und Fortgezogenen mit 64.000.

Die SPD verzeichnet eine gemischte Bilanz: Sie holte 162.000 Stimmen aus dem Lager der Nichtwähler, 39.000 von der CDU und 26.000 von der FDP sowie 1.000 von der Linken. Sie musste allerdings 140.000 Stimmen an die Grünen und 3.000 an sonstige Parteien abgeben. Der Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen war mit 4.000 Stimmen nur leicht positiv, während auch sie 65.000 Stimmen aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen holen konnte. Anders als bei CDU und FDP führten die Verluste an die Grünen zu keiner Schwächung des Lagers, da der Partner ausreichend weitere Stimmen holte.

Die FDP konnte zwar auch 15.000 Stimmen aus dem Lager der Nichtwähler holen, verlor aber ansonsten in alle Richtungen: Sie gab ab an die CDU 66.000, an die Grünen 61.000, an die SPD 26.000, an sonstige Parteien 8.000 und an die Linke 3.000 Stimmen. An den Generationenwechsel musste sie 18.000 Stimmen abgeben; aus dem Saldo aus Zu- und Fortgezogenen konnte sie mit 9.000 Stimmen nur leicht profitieren.

Die Linke konnte 25.000 Stimmen aus dem Nichtwählerlager holen sowie 5.000 von der CDU und 3.000 von der FDP. Sie gab aber auch deutlich ab: 33.000 Stimmen an die Grünen sowie jeweils 1.000 an die SPD und sonstige Parteien. Vom Generationenwechsel profitierte sie mit 6.000 Stimmen nur leicht, konnte aber 14.000 Stimmen aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen holen.

Die sonstigen Parteien verloren 25.000 Stimmen an die Grünen, gewannen aber 49.000 aus dem Nichtwählerbereich, 8.000 von der FDP,

6.000 von der CDU, 3.000 von der SPD und 1.000 von der Linken. Aus dem Generationenwechsel holten sie 20.000 Stimmen, aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen nochmals 7.000.

Das Nichtwählerlager gab deutlich in alle Richtungen ab: 266.000 an die Grünen, 221.000 an die CDU, 162.000 an die SPD, 49.000 an sonstige Parteien, 25.000 an die Linke und 15.000 an die FDP.

### **5.2.3 Prognosen und Wirklichkeit**

Für die CDU lagen die Umfragewerte nur kurz nach der Übernahme des Amtes des Ministerpräsidenten durch Stefan Mappus im Februar 2010 über der Marke von 40 %. Seit Sommer 2010 fielen sie darunter, um sich dazwischen immer wieder dem Wert von 40 % zu nähern. Am 14. März – also noch vor der Ausbreitung der Katastrophe in Japan – stiegen sie sogar auf 42 %, um danach wieder abzusinken. Die letzten vier Umfragen vor der Wahl bewerteten die CDU mit 38 %, so dass der reale Wert von 39,0 % knapp unterschätzt wurde.

Die Grünen, denen schon im Jahr 2010 immer wieder Werte von 20 % und darüber zugeschrieben worden waren, konnten sich ab Mitte März deutlich verbessern. Die letzten Umfragen vor der Wahl sahen sie zwischen 24 % und 26 %, so dass ihr endgültiger Wert von 24,1 % recht gut getroffen und nur leicht überschätzt wurde.

Die SPD lag Anfang März 2011 noch bei Werten zwischen 24 % und 26 % und fiel dann etwas zurück. Die letzten Umfragen sahen sie zwischen 22 % und 24 %, womit ihr Zweitstimmenwert von 23,1 % sehr gut getroffen wurde.

Die FDP war in den Umfragen der letzten Wochen stets bei 5 % oder 6 % gemessen worden; ihr Schlusswert von 5,3 % wurde damit sehr gut erfasst.

Die Linke, die in der Wahl auf 2,8 % kam, wurde hingegen in den letzten Umfragen mit Werten von 4 % und 5 % doch deutlicher überschätzt.

Auch das bürgerliche Lager insgesamt, das auf 44,3 % kam, wurde damit von den letzten Umfragen recht gut prognostiziert. Das rot-grüne Lager, das insgesamt 47,3 % erhielt, wurde ebenfalls nur leicht überschätzt, unter Einbeziehung der Linken (50,1 %) waren die letzten Umfragen aber etwas zu optimistisch. Insgesamt brachte das Wahlergebnis keine großen Überraschungen, die nicht durch die demoskopischen Werte vor der Wahl schon zu erwarten gewesen wären.

### **5.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft**

Beim Wahlverhalten nach dem Alter hat die CDU wieder ihr im Westen bekanntes Übergewicht bei den Senioren: Während sie bei den Über-60-Jährigen 50 % holte (FG Wahlen: 49 %) und damit weit über dem Durchschnitt lag, kam sie in allen anderen Altersgruppen nicht über 33 %

hinaus. Bei den 18- bis 24-Jährigen holte sie laut Infratest dimap 31 %; zwar ist dies der niedrigste Wert, aber nicht so weit von den anderen Altersgruppen entfernt wie bei vergleichbaren Wahlen. Insgesamt holte die CDU bei den Frauen genauso viele Stimmen wie bei den Männern; nur bei den Frauen über 60 Jahren war sie mit 51 % etwas stärker, bei den Frauen unter 24 Jahren mit 30 % um einen Prozentpunkt schwächer als bei den Männern vertreten. Dies sind deutlich geringere Unterschiede zwischen den Geschlechtern als bei anderen Wahlen im Westen.

Auch bei den Grünen zeigen sich bekannte Muster: Am schwächsten schnitten sie bei den Wählern über 60 Jahren ab, holten dort aber mit 14 % (FG Wahlen: 15 %) auch einen zweistelligen Wert. Weit überdurchschnittlich holten sie Stimmen bei den 35- bis 44-Jährigen (33 %) und den 45- bis 59-Jährigen (32 %), wo sie auch mit Abstand den größten Zuwachs hatten. Bei den jüngeren Wählern schnitten sie etwas schlechter ab (25-34 Jahre: 28 %; 18-24 Jahre: 24 %). Die Grünen schnitten mit 27 % bei den Frauen deutlich besser ab als bei den Männern mit 22 %. Bei den Frauen zwischen 25 und 59 Jahren waren sie insgesamt die stärkste Partei; dort kamen sie durchweg über 33 % und bei den Frauen von 35 bis 44 Jahren sogar auf 44 %.

Die SPD hatte bei den Über-60-Jährigen mit 26 % einen überdurchschnittlichen Wert, der in den anderen Altersgruppen geringer ausfiel: 18 bis 24 Jahre: 22 %; 25 bis 34 Jahre 20 % und 35 bis 44 Jahre sogar nur 19 % sowie 45 bis 59 Jahre 23 %. Auch hier ist die Verteilung ähnlich wie bei anderen Wahlen im Westen, wo die SPD ebenfalls einen leichten Überhang bei den Senioren verzeichnete, dagegen deutlich schlechtere Werte in den mittleren Altersgruppen und wieder etwas günstigere Zahlen als bei den Jungwählern. Die SPD wurde insgesamt von genauso vielen Frauen wie Männern gewählt, hatte aber bei den Frauen über 60 Jahren einen Rückstand gegenüber den Männern, während sie bei den Altersgruppen bis 35 Jahren bei den Frauen stärker vertreten war.

Die FDP holte in allen Altersgruppen 5 %, bei den Über-60-Jährigen schnitt sie mit 6 % etwas besser ab. Insgesamt war sie bei den Männern in allen Altersgruppen einen Prozentpunkt besser vertreten.

Die Linke hatte – wie auch schon bei anderen Wahlen – ihre stärksten Bataillone bei den Wählern in den mittleren Altersgruppen. Bei den 44- bis 59-Jährigen schnitt sie mit 4 % am besten ab, bei den Gruppen von 25 bis 44 Jahren holte sie 3 %, beim Rest 2 %. Bei den Männern war sie – insbesondere in den Altersgruppen von 25 bis 59 Jahren – stärker vertreten.

Bezogen auf die Berufstätigkeit schnitt die CDU laut Infratest dimap mit 48 % weit überdurchschnittlich bei den Rentnern ab. Auch bei den Selbständigen holte sie mit 43 % einen überdurchschnittlichen Wert, hatte dort aber starke Verluste. Bei den Arbeitern kam sie auf 37 % (FG Wahlen jedoch 40,5 %). Das ist zwar leicht unter dem Durchschnitt, damit

war sie aber bei den Arbeitern insgesamt klar stärkste Partei. Bei den Angestellten blieb sie mit 34 % (FG Wahlen: 35,9 %) unter, den Beamten mit 31 % (FG Wahlen aber 36,5 %) und den Arbeitslosen mit 23 % sowie den Hartz-IV-Beziehern mit 24 % deutlich unter dem Durchschnitt. Laut FG Wahlen holte sie bei den Landwirten 79,5 %.

Die Grünen holten ihre besten Werte bei den Beamten mit 35 % (dort ist sie insgesamt stärkste Partei), den Selbständigen mit 31 % (FG Wahlen: 27,3 %) und den Angestellten mit 29 % (FG Wahlen: 27,1 %). Allerdings sieht die FG Wahlen die Grünen bei den Beamten nur bei 27,8 % und damit deutlich hinter der CDU. Auch bei den Arbeitslosen schnitten sie mit 26 % überdurchschnittlich ab (auch dies bedeutet den besten Wert insgesamt; bei der FG Wahlen sogar 27,4 %), während sie bei den Hartz-IV-Beziehern nur auf 21 %, den Arbeitern nur auf 18 % (FG Wahlen: 17 %) und den Rentnern auf 16 % (FG Wahlen: 13,5 %) kamen. Bei den Landwirten erreichten sie laut FG Wahlen nur 9 %.

Die SPD holt mit 27 % die besten Werte bei den Rentnern und den Beamten. Bei der kleinen Gruppe der Hartz-IV-Bezieher kam sie sogar auf 28 %. Bei den Arbeitern kam sie auf 24 % (FG Wahlen: 26,4 %), bei Angestellten und Arbeitslosen auf 22 % (FG Wahlen: 24,1 % bzw. 24,7 %). Bei den Selbständigen blieb sie mit 11 % (FG Wahlen: 12,8 %) weit unter dem Durchschnitt. Bei den Landwirten kam sie laut FG Wahlen nur auf 3 %.

Die FDP hatte mit 10 % ihre Hochburg bei den Selbständigen, wo sie aber auch sehr stark verlor. Bei Angestellten holte sie 5 %, bei Rentnern 6 %, bei Beamten, Arbeitern und Arbeitslosen 4 % (FG Wahlen: Beamte 5 %, Arbeitslose 3,1 %). Bei den Hartz-IV-Empfängern erreichte sie nur 3 %. Bei den Landwirten kam sie laut FG Wahlen immerhin auf 6,2 %.

Die Linke hatte umgekehrt klare Schwerpunkte bei den Hartz-IV-Empfängern mit 18 %, Arbeitslosen mit 13 % (FG Wahlen aber nur 5,2 %) und den Arbeitern mit 5 % (FG Wahlen: 3,4 %). Bei Angestellten kam sie auf 3 %, bei Rentnern und Beamten auf 2 % und Selbständigen auf 1 %. Bei den Landwirten konnte die FG Wahlen keine Werte für die Linke ermitteln.

In Bezug auf die formale Bildung gab es bei der CDU große Abweichungen: Bei den formal niedrig Qualifizierten kam sie laut Infratest dimap auf 48 %, bei denen mit mittlerer Qualifikation auf 40 % und den formal hoch Qualifizierten nur auf 31 %. Dies zeigt, dass sich die CDU bei dieser Wahl durchaus als Volkspartei erwies, die breite Schichten der Bevölkerung erfassen konnte. Zugleich offenbarte sich dabei aber ein Defizit in der insgesamt wachsenden Gruppe der höher Qualifizierten.

Die Grünen zeigten das genau umgekehrte Bild: Sie waren bei den formal hoch Qualifizierten mit 34 % am stärksten und dort auch insgesamt stärkste Partei geworden. Bei den Wählern mit mittlerer Qualifikation kamen sie auf 23 %, bei den niedrig Qualifizierten mit 13 % nur auf einen

weit unterdurchschnittlichen Wert. Eine Volkspartei im klassischen Sinn sind die Grünen durch diese Wahl also nicht geworden.

Bei der SPD waren die Wähler gleichmäßiger über alle Gruppen verteilt; bei den hoch Qualifizierten war sie mit 21 % etwas schwächer, holte aber bei der mittleren Gruppe 25 % und den niedrig Qualifizierten 24 %.

Die FDP war sowohl bei der höchsten wie bei der niedrigsten Gruppe besser vertreten und kam lediglich in der mittleren Gruppe nur auf 4 %.

Bei der Linken waren die Wähler gleichmäßig über alle Bildungsgruppen verteilt.

Bezogen auf die Konfession erzielte die CDU laut Infratest dimap mit 48 % ihre besten Werte bei den Katholiken, erlitt dort aber auch die größten Verluste. Bei den Protestanten kam sie auf 37 %, den Sonstigen auf 23 %. Die Grünen waren – ebenfalls nicht untypisch – bei den Sonstigen mit 34 % am stärksten vertreten, kamen bei den Protestanten auf 23 % und den Katholiken auf 21 %. Die SPD war bei den Protestanten mit 26 % am stärksten vertreten, bei den Sonstigen kam sie auf 25 %, bei den Katholiken nur auf 20 %. Die FDP kam bei den Protestanten auf 6 %, den Katholiken auf 5 % und den Sonstigen nur auf 4 %. Die Linke holte bei Protestanten wie Katholiken nur 2 %, kam aber bei den Sonstigen auf 7 %.

### **5.3 Zusammenfassung**

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg bedeutete eine Zäsur im Land, aber auch für die politische Partizipation in Deutschland. Am Ende einer von bisher ungekannten Dynamik gekennzeichneten Mobilisierung stand eine grün-rote Landesregierung und damit ein Novum in der deutschen Politik.<sup>10</sup>

Dabei war schon im Vorfeld zu erkennen, dass sich bei dieser Wahl Faktoren auswirken würden, die sich in anderen Ländern in diesem Ausmaß wohl nicht gezeigt hatten. Seit 2010 hatte die Debatte um das Bahnprojektt Stuttgart 21 eine enorme Mobilisierung vorwiegend für die Grünen zur Folge gehabt, was ihre Ausgangslage für diese Landtagswahl im Vorfeld deutlich verbessert hatte. Hinzu kommt, dass die Grünen in Baden-Württemberg und viele ihrer Repräsentanten schon seit vielen Jahren ein eher moderates und sympathisches Image in der Bevölkerung hatten. Insofern wären sie als potenzieller Bündnispartner der CDU schon vor langer Zeit in Frage gekommen, aber angesichts der Präferenz für die FDP (etwa nach der Landtagswahl 2006) war diese Option aus dem Blick geraten. Nach dem Ende der schwarz-grünen Koalition in Hamburg, aber schon zuvor wegen der Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 und das Gesetz zur Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken im Bund

---

<sup>10</sup> Siehe hierzu Wagschal, Uwe / Eith, Ulrich / Wehner, Michael (Hrsg.): Der historische Machtwechsel – Grün-Rot in Baden-Württemberg, Baden-Baden 2013.

ist sie erst recht zu den Akten gelegt worden. Ein Bündnis von CDU und Grünen in Baden-Württemberg stand also vor dieser Landtagswahl nicht zur Debatte.

Zugleich war in der Bevölkerung die Bereitschaft, die Grünen in der Landesregierung zu akzeptieren, stark angestiegen. Laut FG Wahlen sagten im Vorfeld der Wahl auf das Statement, eine rot-grüne Regierung würde die wirtschaftliche Stärke gefährden, 57 % der Wähler, das treffe eher nicht oder überhaupt nicht zu. Eine solche Koalition hielten 47 % für gut und nur 36 % für schlecht. Sogar eine Koalition unter grüner Führung mit der SPD als Juniorpartner fanden 44 % gut und 45 % schlecht. 50 % der Wähler sagten, es sei Zeit für einen Regierungswechsel. Eine Koalition aus CDU und FDP fanden nur 32 % gut und 49 % schlecht. Damit waren die Präferenzen deutlich ausgedrückt.

Die CDU behielt aber die Führung in den meisten der Parteikompetenzen: So lag sie laut FG Wahlen in den Feldern Stuttgart 21, Arbeitsplätze, Wirtschaft und Zukunft vorn. Die SPD erreichte nur einen Vorsprung bei Bildung und Schule. Die Grünen hatten jedoch einen klaren Vorsprung bei der Umweltpolitik sowie beim Thema Energie und speziell Atomkraft, das in den letzten Tagen vor der Wahl immer bedeutender wurde und für 41 % das wichtigste Thema darstellte. Aber auch in den Bereichen Verkehrspolitik mit 21 % und – etwas schwächer – in den Feldern Familienpolitik, Schule / Bildung und soziale Gerechtigkeit kamen sie noch auf zweistellige Kompetenzwerte. Es spricht dennoch einiges dafür, dass es ohne die Reaktorkatastrophe in Japan deutlich bessere Chancen für eine schwarz-gelbe Mehrheit gegeben hätte.

Die sich beschleunigende negative Dynamik für die CDU zeigte sich auch an anderen Aspekten. So konnte laut FG Wahlen Ministerpräsident Stefan Mappus bei der Frage nach dem gewünschten Ministerpräsidenten zwar den grünen Kandidaten Winfried Kretschmann mit 38 % zu 32 % knapp hinter sich lassen (Infratest dimap sah hingegen auch hier einen Gleichstand), blieb aber gegenüber Nils Schmid von der SPD mit 33 % zu 37 % im Hintertreffen. 41 % der Befragten sagten, er mache seine Sache gut, 46 % waren gegenteiliger Ansicht. Ein Amtsbonus war unmittelbar vor der Wahl nicht in Sicht. Die größten Rückstände gegenüber Schmid wie Kretschmann hatte Mappus in den Bereichen Glaubwürdigkeit, Sympathie und Bürgernähe. Auf einer Skala von +5 bis -5 kam Mappus auf einen katastrophalen Wert von -0,2, während Schmid bei +1,1 und Kretschmann bei +1,0 landeten. Die Arbeit der CDU in der Regierung wurde mit +0,5 bewertet – deutlich schlechter als +1,2 bei der letzten Wahl. Der Wert für die FDP ist von +0,5 auf -0,4 zurückgegangen. Die Aussage, die Regierung kümmere sich zu wenig um die Belange der Bürger, fand bei 64 % Zustimmung.

Die vorhandene Wechselstimmung (59 % der Wähler wollten einen Wechsel) muss vor dem Hintergrund grundlegender ökonomischer Zufriedenheit gesehen werden: 81 % der Wähler bezeichneten die gegenwärtige wirtschaftliche Lage im Land als sehr gut oder gut; das waren deutlich mehr als 2006 und noch leicht mehr als 2002. In Rheinland-Pfalz sagten dies zeitgleich nur 67 %. Laut FG Wahlen war für 57 % der Wähler die Landespolitik und für 38 % die Bundespolitik wahlentscheidend. Allerdings waren die meisten umstrittenen Themen in der Landespolitik angesiedelt oder hatten (vor allem beim Thema Atomenergie) wegen der Positionierung des Spitzenkandidaten oder durch Aktionen wie dem überraschenden Kauf der EnBW-Anteile eine entscheidende landespolitische Dimension bekommen. Die wichtigsten Themen waren für 41 % die Atomkraft, wobei der CDU mit 18 % nur geringe und den Grünen mit 53 % die größten Kompetenzen zugebilligt wurden, sowie Stuttgart 21 mit 29 % der Nennungen. Erst dann folgten klassische Themen wie Schule / Bildung mit 22 %, Arbeitslosigkeit mit 11 % und Politikverdruss mit 10 %. Diese wurden durch die konjunkturellen Themen stark überlagert; 62 % der Wähler sagten beim Thema Atomkraft und immerhin noch 34 % bei Stuttgart 21, dies sei für die eigene Wahlentscheidung wichtig.

Zwar waren vor allem die Verluste der FDP und die überproportionale Mobilisierung durch die Grünen wahlentscheidend, aber das Ergebnis der CDU zeigte ebenfalls wieder bekannte strukturelle Nachteile, die mit entscheidend waren. Eine deutliche Überalterung der Wählerschaft ist hierfür ebenso kennzeichnend wie Defizite in bestimmten Berufs- und Bildungsgruppen sowie bei Frauen. Das Wahlergebnis in Baden-Württemberg hat für die CDU deutlich gemacht, dass sie vor allem in den Bereichen neu mobilisieren muss, in denen die Grünen erfolgreich waren, um wieder in eine Position der Mehrheitsfähigkeit zu gelangen.

Allerdings sollte das Ergebnis der Grünen nicht überschätzt werden. Sie haben am stärksten von der großen Mobilisierungswirkung der Umstände profitiert. Ein derartiger Zulauf aus sehr heterogenen Gruppen ist für die Grünen einmalig und kann so möglicherweise nicht wiederholt werden. Vor der Wahl wurden sie von 41 % der Wähler als ehrliche Partei bezeichnet; die anderen Parteien lagen deutlich dahinter (SPD 29 %, Linke 24 %, CDU 23 % und FDP 15 %). Es bleibt die Frage, ob diese emotional-diffuse Zustimmung auch nach der Wahl erhalten bleibt. Vor allem wird die Frage interessant werden, wie es um die Mobilisierungsfähigkeit der Partei bestellt ist, wenn sie aus der Position des Regierungsmitglieds heraus antritt – noch dazu wenn sie den Regierungschef stellt. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass auch die Grünen mit Rückschlägen rechnen müssen. Andererseits haben sie es geschafft, nicht nur Generationenpartei zu bleiben, sondern sich auch in den jüngeren Wählergruppen immer wieder festzusetzen. Ob sie so zur Volkspartei werden können, ist an-

gesichts ihrer soziologischen Schwerpunkte fraglich. Allerdings sind die Voraussetzungen gut, auch in anderen Regionen über das Niveau einer Kleinpartei hinaus zu wachsen und – mindestens im Westen – die SPD zu überholen. Allerdings wird sie bundesweit von der Gesamtbevölkerung nach wie vor als Gruppierung links von der Mitte und links von der SPD verortet. Auch deswegen steht sie bundesweit nach wie vor stärker in Konkurrenz zur SPD als zur Union.

Paradoxerweise hat das Wahlergebnis eher die Mobilisierungsschwäche der SPD im Land unterstrichen, die aber dennoch an der Regierung beteiligt wird. Die CDU hat verloren, ist aber klar stärkste Kraft geblieben, auch wenn sie in Großstädten Direktmandate verlor. Die strukturellen Defizite im Aufbau der Wählerschaft waren in andern Ländern auch schon dramatischer ausgefallen. Daher kann sie in anderen Konstellationen wohl wieder mit Mehrheiten in Baden-Württemberg rechnen. Anders als die FDP, die dramatisch verlor und damit dem bürgerlichen Lager die Mehrheitsfähigkeit entzog, zeigte das Ergebnis für die CDU, dass sie auch unter schwierigen Umständen zahlreiche Wählergruppen halten und sogar aus dem Nichtwählerbereich wieder stark mobilisieren kann. Andererseits hatte die CDU (was bisher noch nie vorgekommen war) an die Grünen in einer Größenordnung verloren, die den größten Verlust überhaupt ausmachte. Sollte sich dies fortsetzen, dann könnten die Grünen langfristig in der Tat mit mehr Zulauf aus dem bürgerlichen Lager kalkulieren und sich stärker als Partei der Mitte präsentieren.

Eine weitere Konsequenz der Wahl war unübersehbar: Zur Mehrheitsfähigkeit gehört auch für die CDU die Mobilisierungsfähigkeit in breiter Front. Eine „asymmetrische Demobilisierung“ als Strategie zu formulieren, um auch bei rückläufiger Wahlbeteiligung eine Mehrheit bilden zu können, konnte nicht mehr sinnvoll sein.

## 6. Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz vom 27. März 2011: Keine Chance für die bürgerliche Mehrheit

### 6.1 Wahlergebnis und mögliche Regierungen

Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz stand nicht unter den dramatischen Vorzeichen wie in Baden-Württemberg. Mit Kurt Beck stellte sich der dienstälteste deutsche Ministerpräsident zur Wiederwahl. Auch wenn die Umfragen im Vorfeld nahelegten, dass die CDU mit ihrer Spitzenkandidatin Julia Klöckner nahe an die SPD kommen könnte, war eine Wiederwahl Becks sehr wahrscheinlich, zumal die SPD im Vorfeld eine Koalition mit den Grünen in Aussicht gestellt hatte. Die Grünen standen vor einer völlig anderen Ausgangslage als in Baden-Württemberg und strebten nichts anderes als den Einzug in den Landtag und die Juniorpartnerschaft mit der SPD an.<sup>11</sup>

Die SPD kam mit 666.666 Zweitstimmen (Landesstimmen) auf 35,7 %. Sie wurde damit zwar knapp stärkste Partei vor der CDU, verlor aber 9,9 % gegenüber der letzten Landtagswahl 2006. Ihr Erststimmenergebnis war mit 699.417 und 37,7% deutlich besser. Sie benötigt daher einen Koalitionspartner, um weiter regieren zu können.<sup>12</sup>

Die CDU holte 658.211 Zweitstimmen und kam auf 35,2 %. Auch ihr Erststimmenanteil war bei 683.795 und 36,9 % höher. Sie konnte damit ihr letztes Ergebnis leicht um 2,4 % verbessern.

Die Grünen konnten stark zulegen und erhielten 288.341 Landesstimmen; das entspricht 15,4 %. Ihr Erststimmenanteil war mit 263.595 oder 14,2 % – wie so oft – niedriger. Damit hatten sie 10,8 % bei den Zweitstimmen gewonnen, wurden drittstärkste Partei und stehen der SPD als Koalitionspartner zur Verfügung.

Die FDP kam nur noch auf 79.363 Zweitstimmen und scheiterte mit 4,2 % an der 5-%-Hürde. Dies bedeutete einen Verlust von 3,8 %. Erstaunlicherweise holte sie 82.327 Erststimmen – das entspricht 4,4 % –, was darauf hindeuten könnte, dass sie unter Einflüssen gelitten hat, die nicht in der Landespolitik liegen.

Die Linke kam mit 56.040 Zweitstimmen auf 3,0 % (ein Verlust von 0,4 %) und verpasste ebenfalls den Einzug ins Parlament. Auch sie holte mit 60.033 oder 3,2 % einen höheren Anteil bei den Erststimmen.

---

<sup>11</sup> Siehe Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2011. Eine Analyse der Wahl vom 27. März 2011, Infratest dimap Wahlreport, Berlin 2011; Wahl in Rheinland-Pfalz. Eine Analyse der Landtagswahl vom 27. März 2011, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen 145/2011.

<sup>12</sup> Gothe, Heiko: Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 27. März 2011: Dosierter Machtwechsel in Mainz, in: ZParl 4/2011, S. 764-783.

Die sonstigen Parteien kamen auf 6,5 % bei den Zweitstimmen. Dabei holten die Freien Wähler 2,3 %, die Piraten 1,6 % und die NPD 1,1 % und kamen damit in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung.

Das bürgerliche Lager aus CDU und FDP kam rechnerisch auf 39,6 % und war damit weit von der Mehrheit entfernt. SPD und Grüne zusammen holten mit 51,1 % eine deutliche Mehrheit an Zweitstimmen; mit den Linken wären dies 54,1 % gewesen.

Die SPD kam auf 42 Mandate, die CDU auf 41 und die Grünen auf 18. Aufgrund der vorherigen Koalitionsaussage wurde ein rot-grünes Kabinett gebildet. Theoretisch wäre jedoch eine große Koalition oder ein schwarz-grünes Bündnis möglich.

Die Wahlbeteiligung lag bei 61,8 %. Dies bedeutete eine Steigerung gegenüber der letzten Landtagswahl, wo sie nur bei 58,2 % gelegen hatte, aber keinen enormen Anstieg wie bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am selben Tag.

## **6.2 Bewertungen und Einzelaspekte**

### **6.2.1 Einordnungen im Vergleich**

Für die SPD bedeutete das Wahlergebnis das schlechteste bei Landtagswahlen seit 1959. Bei den beiden letzten Wahlen lag sie noch knapp über bzw. unter 45 %. Es war allerdings deutlich besser als das Resultat der Bundestagswahl 2009, wo die SPD nur auf 23,8 % kam, und lag etwas über dem Bundestagsergebnis von 2005. Alle anderen Bundestagsresultate seit 1965 waren jedoch besser ausgefallen.

Die CDU erreichte trotz der deutlichen Verbesserung gegenüber 2006 nur das Niveau von 2001 und blieb damit unter den anderen Resultaten der Nachkriegszeit. Sie knüpfte damit an ihr Bundestagswahlergebnis von 2009 an, wo sie 35,0 % erreichte, was aber auch den niedrigsten Wert seit 1949 darstellt.

Die Grünen holten mit Abstand ihr bestes Ergebnis bei Landtagswahlen, wo sie bisher zumeist um den Einzug ins Parlament bangen mussten. Auch gegenüber dem Rekordergebnis der Bundestagswahl 2009 von 9,7 % war dies eine klare Steigerung.

Die FDP hatte bislang nur bei der Landtagswahl 1983 schlechter abgeschnitten, hatte aber seit 1963 kein zweistelliges Ergebnis mehr erreicht. Bei Bundestagswahlen schnitt sie deutlich besser ab, so 2009 mit einem Rekordwert von 16,9 %.

Die Linke konnte sich gegenüber dem WASG-Ergebnis von 2006 nur geringfügig verbessern. Sie blieb damit deutlich unter dem Resultat der beiden letzten Bundestagswahlen, wo sie 2009 zuletzt 9,4 % holen konnte.

## 6.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen

Die Wählerwanderung zeigt für die SPD ein durchwachsendes Ergebnis: Zwar konnte sie 2.000 Stimmen von den Nichtwählern und 10.000 von der FDP holen, sie musste aber stark an die anderen Parteien abgeben. An die Grünen verlor sie 87.000 Stimmen, an die CDU 37.000, an sonstige Parteien 12.000 und an die Linke 8.000. An den Generationenwechsel musste sie 25.000 Stimmen abgeben, der Saldo aus Zu- und Fortzügen war jedoch mit 22.000 Stimmen im positiven Bereich. Ohne die gestiegene Wahlbeteiligung und die durch sie erfolgte Mobilisierung hätte es für die SPD also noch deutlich schlechter ausgehen können.

Die CDU musste zwar 13.000 Stimmen an die Grünen und 2.000 an die Linke abgeben, fuhr ansonsten aber deutliche Gewinne ein: 37.000 Stimmen kamen von der SPD, 27.000 von FDP und 15.000 von den Nichtwählern sowie 7.000 von sonstigen Parteien. An den Generationenwechsel verlor sie aber mit 28.000 Stimmen mehr als die SPD, ihr Saldo aus Zu- und Fortgezogenen war aber mit 41.000 Stimmen stärker im positiven Bereich. Die CDU konnte also nicht nur im Nichtwählerlager, sondern auch bei anderen Parteien mobilisieren.

Die Grünen konnten ihre Zuwächse aus allen Richtungen ziehen: 87.000 Stimmen von der SPD, 35.000 von den Nichtwählern, 13.000 von CDU und 12.000 von der FDP sowie 6.000 von den sonstigen Parteien und 4.000 von der Linken. Ihr Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen war mit 24.000 Stimmen deutlich positiv; zusätzlich holte sie 27.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen.

Das Gegenbild bietet die FDP, die in alle Richtungen verlor: 27.000 Stimmen an die CDU, 12.000 an die Grünen, 10.000 an die SPD, jeweils 6.000 an Nichtwähler und sonstige Parteien und 1.000 an die Linke. An den Generationenwechsel verlor sie 6.000, lediglich der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen war mit 7.000 Stimmen positiv. Wie in Baden-Württemberg bedeuteten die allseitigen Verluste der FDP, dass das bürgerliche Lager insgesamt den Austausch zwischen FDP und CDU nicht kompensieren konnte.

Die Linke holte 8.000 Stimmen von der SPD, 4.000 von den Nichtwählern, 2.000 von der CDU und 1.000 von der FDP. Abgeben musste sie 4.000 Stimmen an die Grünen und 2.000 Stimmen an die sonstigen Parteien. Ihr Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen war mit 1.000 ebenso leicht positiv wie der aus Zu- und Fortgezogenen mit 1.000 Stimmen. Sie konnte also von der höheren Wahlbeteiligung nicht profitieren.

Die sonstigen Parteien erhielten 12.000 Stimmen von der SPD, 6.000 von der FDP und 2.000 von der Linken. Sie verloren 7.000 an die CDU und 6.000 an die Grünen. An die Nichtwähler gaben sie 6.000 Stimmen ab; auch der Saldo aus Zu- und Fortzügen war mit 2.000 Stimmen im

negativen Bereich. Sie holten aber 6.000 Stimmen aus dem Generationenwechsel.

Das Lager der Nichtwähler wurde nur durch 6.000 Stimmen von der FDP gefüllt. Ansonsten verlor es 35.000 Stimmen an die Grünen, 15.000 an die CDU, 2.000 an die SPD und 4.000 an die Linke.

### **6.2.3 Prognosen und Wirklichkeit**

Die SPD erreichte seit Anfang des Jahres 2011 Werte, die um das später erzielte Ergebnis schwankten. Im gesamten Monat März wurde sie zwischen 34 % und 36 % prognostiziert; zuletzt mit 35 %. Ihr Endergebnis von 35,7 % wurde damit sehr gut vorhergesehen.

Die CDU war in den Wochen zuvor meist höher als die SPD mit Werten bis zu 40 % bewertet worden. In der letzten Umfrage kam sie auf 38 %, so dass ihr endgültiges Resultat von 35,2 % klar überschätzt wurde.

Die Grünen waren auch in den Umfragen der Wochen vor der Wahl deutlich stärker geworden. Zuletzt wurden sie mit 13 % prognostiziert, was eine klare Unterschätzung des realen Ergebnisses von 15,4 % bedeutet.

Die FDP wurde in den meisten Umfragen vor der Wahl nur noch mit 5 % bewertet, womit ein Unterschreiten dieser Marke immer denkbar ist. Ihr reales Ergebnis von 4,2 % wurde damit in etwa erfasst.

Die Linke wurde in den letzten Umfragen durchgängig mit 4 % angegeben. Damit wurde sie angesichts ihres Resultats von 3 % überbewertet.

Das bürgerliche Lager insgesamt ist daher durch die Umfragen ebenfalls recht gut prognostiziert worden. Das rot-grüne Lager hingegen wurde vor allem wegen der Bewertung der Grünen etwas unterschätzt.

Angesichts der politischen Dynamik der Wochen vor der Wahl kann es also durchaus der Fall gewesen sein, dass sich kurzfristig ein negativer Trend zu Ungunsten der CDU und vor allem der FDP ausgewirkt hat, der einem starken Aufwind für die Grünen entgegen gestanden hat, der sich auch noch negativ auf die Linke auswirkte.

### **6.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft**

Bezogen auf das Alter war die SPD mit 40 % überdurchschnittlich und am stärksten bei den über 60-jährigen Wählern vertreten. Bei den 44- bis 59-Jährigen lag sie laut Infratest dimap im Durchschnitt, bei den anderen Altersgruppen mit 32 % und den 25- bis 34-Jährigen mit 30 % deutlich darunter. Insgesamt erhielt sie bei den Frauen 37 %, bei den Männern nur 35 % und war mit Ausnahme der mittleren Altersgruppen überall bei den Frauen stärker vertreten.

Bei der CDU zeigte sich diese für die Volksparteien typische Verteilung noch deutlicher: Bei ihr lagen die Über-60-Jährigen mit 45 % noch weit stärker über dem Durchschnitt. Bei den 44- bis 59-Jährigen und den 35-

bis 44-Jährigen kam sie noch auf 31 %, bei den 25- bis 34-Jährigen auf 30 % und den 18- bis 24-Jährigen nur auf 25 %. Eine Überalterung bei gleichzeitigen Defiziten bei Jungwählern war also weit stärker ausgeprägt als bei der SPD. Auch die CDU war bei den Frauen mit 36 % etwas stärker als bei den Männern mit 35 % vertreten, was sich durch fast alle Altersgruppen durchzog.

Die Grünen hatten – wie immer bei Wahlen – ihre schwächste Gruppe bei den Über-60-Jährigen, kamen aber auch da mit 7 % über die 5-%-Hürde. Bei den 45- bis 59-Jährigen kamen sie auf 19 %, den 35- bis 44-Jährigen auf 21 %, den 25- bis 34-Jährigen auf 19 % und bei den 18- bis 24-Jährigen wieder auf 21 %. Auch bei dieser Wahl erreichten die Grünen ein deutliches Übergewicht bei den Frauen (17 % gegenüber 14 % bei den Männern), das sich am deutlichsten bei allen Altersgruppen unter 59 Jahren auswirkte. Sie konnten aber in keiner Altersgruppen SPD oder CDU überholen.

Die FDP kam in allen Altersgruppen auf 4 %, nur bei den 25- bis 34-Jährigen erreichte sie 5 %. Bei den Männern war sie mit 5 % deutlich stärker als bei den Frauen mit 3 %, was sich in allen Altersgruppen finden lässt.

Die Linke hatte ihre stärksten Werte bei den 18- bis 24-Jährigen sowie den 44- bis 59-Jährigen mit jeweils 4 %. In den anderen Gruppen kam sie auf 3 %, bei den Über-60-Jährigen sogar nur auf 2 %. Bei den Männern holte sie mit 4 % doppelt so viel wie bei den Frauen mit 2 %, was sich besonders bei den mittleren und älteren Gruppen zeigte.

Bei der Differenzierung nach der Berufstätigkeit fällt auf, dass die SPD ihre besten Werte mit 44 % (FG Wahlen: 42,1 %) bei den Arbeitern holte. Auch bei den Rentnern mit 40 % und den Arbeitslosen sowie den Hartz-IV-Empfängern mit 37 % (FG Wahlen bei Arbeitslosen aber nur 39,3 %) schnitt sie noch überdurchschnittlich ab. Bei den Angestellten kam sie noch auf 34 % (FG Wahlen: 37,1 %), bei den Beamten auf 28 % (FG Wahlen: 26,1 %) und bei den Selbständigen nur auf 20 % (FG Wahlen: 22,2 %). In diesen beiden Gruppen hatte sie auch die größten Verluste. Bei den Landwirten holte sie laut FG Wahlen 21,9 %.

Die CDU war mit 44 % und 42 % deutlich am stärksten bei den Rentnern und Selbständigen (FG Wahlen auch dort 44,1 %) vertreten. Unter den Selbständigen hatte die CDU mit Abstand die größten Zuwächse. Auch bei den Beamten kam sie auf 42 %, laut FG Wahlen sogar auf 44,3 %. Bei den Arbeitslosen kam sie auf 33 % (laut FG Wahlen aber nur 16,5 %), den Angestellten auf 31 % und den Arbeitern auf 27 % (FG Wahlen: 29,6 %). Am schwächsten war sie bei den Hartz-IV-Empfängern mit 25 %. Bei den Landwirten hingegen holte sie laut FG Wahlen 56,7 %.

Die Grünen waren am stärksten vertreten bei Angestellten (20 %; FG Wahlen: 18,3 %), Beamten (18 %; FG Wahlen: 19 %) und Selbständigen

(18 %), wo sie auch die größten Zuwächse erzielten. Aber auch bei den Arbeitern kamen sie auf 12 % (FG Wahlen: 10,9 %), den Arbeitslosen auf 9 % (FG Wahlen aber 20,2 %) und den Rentnern sowie den Hartz-IV-Empfängern auf 8 %. Die FG Wahlen sieht die Grünen bei den Rentnern jedoch nur bei 6,9 % sowie bei den Landwirten bei 7 %.

Die FDP hatte bei allerdings sehr großen Verlusten ihren Schwerpunkt bei den Selbständigen mit 9 %. Unter den Beamten holte sie noch 6 % (FG Wahlen: 4,7 %). Bei Angestellten und Rentnern bekam sie 4 %, bei Arbeitern 3 % und bei Arbeitslosen 2 % (FG Wahlen: 0,8 %), bei den Hartz-IV-Beziehern noch 4 %. Bei den Landwirten konnte sie laut FG Wahlen immerhin 9,4 % erreichen.

Die Linke hatte – ebenfalls nicht untypisch – ihren klaren Schwerpunkt bei den Arbeitslosen mit 13 % (FG Wahlen: 11,7 %) und den Hartz-IV-Empfängern mit 20 %. Bei den Arbeitern kam sie auf 5 %, den Selbständigen auf 4 % (FG Wahlen: 2,4 %), den Angestellten auf 3 % und den Rentnern auf 2 %. Bei den Beamten holte sie nur 1 %; bei den Landwirten laut FG Wahlen sogar nur 0,9 %.

Die Aufschlüsselung nach der formalen Bildung zeigt laut Infratest dimap, dass sich bei der SPD noch das klassische Muster der Volkspartei erkennen lässt: Bei den niedrig Qualifizierten holte sie mit 42 % ihren besten Wert, in der mittleren Gruppe 35 % und bei den formal hoch Qualifizierten 31 %. Dasselbe Muster weist auch die CDU auf: Sie kam in der untersten Gruppe auf 39 %, der mittleren Gruppe auf 36 % und bei den formal hoch Qualifizierten auf 31 %.

Bei den Grünen ist die Verteilung genau umgekehrt mit großen Abweichungen: Bei den formal hoch Qualifizierten holten sie 24 %, blieben auch dort aber hinter SPD und CDU. In der mittleren Gruppe kamen sie auf 15 %, in der untersten Gruppe jedoch nur auf 7 %.

Die FDP war mit 5 % ebenfalls in der obersten Gruppe am besten vertreten. In der mittleren Gruppe kam sie nur auf 3 %, während sie bei den formal niedrig Qualifizierten auf 4 % kam.

Die Linke war in der untersten Gruppe mit 4 % etwas stärker als in den anderen Gruppen mit jeweils 3 % vertreten.

Die Unterscheidung nach Konfession zeigte ebenfalls keine Überraschungen: Die SPD wurde stärker von Protestanten (43 %) als von Katholiken (31 %) gewählt, holte aber auch bei den Sonstigen 34 %. Die CDU hingegen hatte mit 45 % ihren Schwerpunkt bei den Katholiken; bei den Protestanten kam sie auf 28 % und den Sonstigen nur auf schwache 21 % hinter SPD und Grünen. Die Grünen hingegen hatten dort mit 26 % ihren Schwerpunkt und holten bei Protestanten und Katholiken mit 14 % bzw. 13 % deutlich weniger. Die FDP war bei den Protestanten mit 5 % etwas stärker vertreten als bei den anderen Gruppen mit jeweils 4 %.

### 6.3 Zusammenfassung

Anders als bei der Wahl in Baden-Württemberg am selben Tag haben sich die aktuellen Ereignisse um die Katastrophe in Japan zwar ausgewirkt, aber das Wahlergebnis nicht ganz so dramatisch mitbestimmt. Für 58 % war die Politik im Land, nur für 37 % die im Bund wahlentscheidend. Die Atompolitik war hier nur für 19 % das wichtigste Thema, während dies in Baden-Württemberg für 41 % galt. Wichtiger waren laut FG Wahlen mit 29 % der Bereich Schule / Bildung und mit 21 % die Arbeitslosigkeit. Insofern hat in Rheinland-Pfalz die klassische Themenagenda und Wahlkampfdraturgie den Ablauf stärker bestimmt. Dabei zeigte sich bei den Parteikompetenzen, dass die CDU laut FG Wahlen nur beim Thema Finanzen einen Vorsprung hatte. In den Feldern Schule / Bildung, Arbeitsplätze und Wirtschaft lag die SPD deutlich, beim Thema Zukunft knapp vor der CDU. Beim Thema Atomkraft wurde den Grünen die meiste Kompetenz zugeschrieben. Insgesamt wurde die Landesregierung auf einer Skala von +5 bis -5 bei +1,1 bewertet. Die CDU in der Opposition kam auf +0,5, die FDP auf -0,5.

Der Regierungsbonus zeigte sich auch am Ansehen des Spitzenkandidaten: 52 % sprachen sich für Kurt Beck als Ministerpräsidenten aus, gegenüber 35 % für seine Herausforderin Julia Klöckner; bei Infratest dimap lag der Unterschied bei 49 % zu 33 %. 72 % aller Befragten bescheinigten ihm eine gute Arbeit. Diese Werte waren für Beck bei der letzten Wahl 2006 zwar noch besser gewesen, aber reichten für einen positiven Kandidateneffekt. Insgesamt wurde er von allen Wählern mit +1,8 bewertet (+3,5 bei den eigenen Anhängern); Julia Klöckner kam auf ebenfalls gute +1,3 (+2,9 von den eigenen Anhängern). Damit konnte die Herausforderin von der CDU, die zum ersten Mal antrat, beachtliche Werte erreichen.

Dazu hat die Debatte um die Atomenergie einen zusätzlichen Schub gebracht. Nachdem sich die SPD im Vorfeld für eine rot-grüne Koalition ausgesprochen hatte, konnte der große Verlust der SPD problemlos durch die überproportionalen Gewinne der Grünen ausgeglichen werden, während der CDU trotz eines achtbaren Ergebnisses wegen der Schwäche der FDP jede Regierungsperspektive fehlte. In der Bevölkerung insgesamt wurde eine Koalition von SPD und Grünen im Vorfeld laut FG Wahlen von 46 % als gut und nur von 34 % als schlecht bezeichnet. Eine Koalition aus CDU und FDP fanden aber nur 31 % gut und 50 % schlecht; eine aus SPD und FDP sogar nur 19 % gut und 51 % schlecht.

Auch in Rheinland-Pfalz ist der CDU angesichts der Umstände eine insgesamt gute Mobilisierungsleistung gelungen. Allerdings waren ihre Aussichten auf eine Regierungsbeteiligung angesichts der Zustimmungswerte und der politischen Konjunktur ohnehin gering gewesen. Das Wahlergebnis zeigte ebenfalls die im Westen bekannten strukturellen Probleme auf wie Überalterung und Defizite in einzelnen Berufs- und Bildungsgrup-

pen. Aber zugleich wies es noch die Elemente der klassischen Verteilung bei einer gewachsenen Volkspartei auf. Die CDU musste nur wenig an andere Parteien abgeben, konnte aber aus fast allen anderen Bereichen Stimmen an sich ziehen. Sie hat ebenfalls von der zusätzlichen Mobilisierung und der gestiegenen Wahlbeteiligung (wenn auch nicht ganz so stark wie in Baden-Württemberg) profitiert, litt aber ebenso unter der Mobilisierungsschwäche der FDP. Die Grünen konnten bei dieser Wahl zwar weit weniger als in Baden-Württemberg vom Mobilisierungsschub durch die Debatte um die Atomenergie profitieren, aber ihre überdurchschnittlichen Gewinne reichten problemlos für eine Koalition unter der Führung der SPD, die sich schon früh für ein solches Bündnis ausgesprochen hatte. Auch hier war spätestens nach dem Beschluss der Bundesregierung zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke vom Herbst 2010 ein schwarz-grünes Bündnis nicht auf der Tagesordnung. Insofern hat diese Entwicklung auch die Regierungsbeteiligung der SPD gerettet, die bei dieser Landtagswahl nur wenige Stimmen von der FDP und der Linken holen konnte, aber stark an die anderen Parteien, vor allem an CDU und Grüne, abgeben musste. Für die Linken schließlich bedeutete die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz ebenso wie die in Baden-Württemberg das vorläufige Ende aller Expansionsträume im Westen. Eine Wählermobilisierung, die nicht zentral über das Thema soziale Gerechtigkeit läuft, ist für die Linken kontraproduktiv. Keines der anderen relevanten Themen – und auch nicht die Atomenergie – brachte ihnen einen nennenswerten Zuwachs.

Für die Union blieb die Herausforderung, auch bei wieder ansteigender Mobilisierungskraft auf Bündnispartner angewiesen zu sein. Über die Bündniskonstellationen kann aber erst dann entschieden werden, wenn die Neupositionierung in den zentralen Politikfeldern abgeschlossen ist. Dazu würden wohl auch in mittlerer Frist die Energiepolitik und die Atomkraft gehören, die wohl auf längere Zeit in der Themenagenda in Deutschland ganz oben stehen werden. Aber auch außenpolitische, sicherheitspolitische sowie finanz- und wirtschaftspolitische Fragen würden dabei eine Rolle spielen. Da im Bund wie in den Ländern auch die FDP eine inhaltliche Neupositionierung versuchen wird, werden die anderen Optionen, allen voran große Koalitionen (die im Osten schon das vorrangige Koalitionsmodell sind) oder neue Bündnisse mit den Grünen, im Mittelpunkt strategischer Überlegungen sein. Letzteres könnte auch im Interesse der Grünen sein, da die SPD die größeren strukturellen Schwächen in ihrer Wählerstruktur aufweist wie die Union und diese daher damit rechnen müssen, dass rot-grüne Mehrheiten nach dem von Sondereffekten überlagerten Wahltermin des 27. März 2011 nicht ohne Weiteres wieder herzustellen sind. Wenn es der Union gelänge, sich als Bündnispartner in diesen Richtungen zu präsentieren, könnte sie als letzte bundesweit verbliebene Volkspartei im Zentrum wechselnder Bündnisstrukturen in

---

Bund und Land firmieren. Möglicherweise gibt es dazu wegen der immer größeren Fluktuationen im Wahlverhalten in Deutschland immer seltener eine Alternative.

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben gezeigt, dass sich in Deutschland auch kurzfristig enorme Mobilisierungseffekte manifestieren können. Davon hat bei beiden Wahlen auch die CDU profitiert, die Zuwächse nicht nur aus dem Nichtwählerlager, sondern auch von anderen Parteien erringen konnte. Selbst wenn das die negativen Aspekte (etwa durch die Überalterung ihrer Wählerschaft) nicht immer vollständig kompensieren konnte, war letztlich hauptsächlich der Zusammenbruch der FDP für die fehlende Mehrheitsperspektive des bürgerlichen Lagers verantwortlich.

Für die Union würden künftig unter vergleichbaren Ausgangsbedingungen zusätzliche Mobilisierungsanstrengungen erforderlich sein. Der Versuch, durch „asymmetrische Demobilisierung“ die Wähler anderer Parteien – vor allem durch die Vermeidung vermeintlich zu kontroverser Auseinandersetzungen – von den Wahlurnen fernzuhalten, konnte sinnvollerweise nicht wiederholt werden. Die Eigenmobilisierung musste wichtiger werden. Es bedarf der strategischen Festlegung, ob dabei vorrangig die Wähler anderer Parteien oder diejenigen im bisherigen Nichtwählerbereich angesprochen werden sollen. Für CDU und CSU schienen im letzten Bereich die größeren Reserven zu liegen. Natürlich werden CDU und CSU auch immer innerhalb des Lagers um Wähler mit der FDP oder lagerübergreifend vor allem um Wähler der SPD konkurrieren. Auf der anderen Seite haben sich viele konservative Stammwähler in den letzten Jahren von der Union entfernt. Sie sind aber zumeist nicht zu anderen Parteien, sondern in das Lager der Nichtwähler gewandert. Dort sollte vorrangig nach zusätzlichen Stimmen gesucht werden. Der hohe Mobilisierungsgrad der Landtagswahlen vom 27. März 2011 hat unterstrichen, dass dies durchaus möglich ist.



## 7. Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 22. Mai 2011: Der Trend setzt sich fort

### 7.1 Wahlergebnis und mögliche Regierungen

Die Bürgerschaftswahl in Bremen und Bremerhaven am 22. Mai 2011 trug – wie bei früheren Wahlen auch – stark den Charakter einer Kommunalwahl. Bei etwa 500.000 Wahlberechtigten in einem norddeutschen Stadtstaat ist die Aussagekraft für den Rest der Republik notgedrungen begrenzt. Dazu trägt bei, dass es sich um eine Universitätsstadt und eine Hafenstadt mit bis heute hoher Industriedichte handelt. Die Voraussetzungen für bürgerliche Parteien waren dort noch nie sehr günstig. Die SPD hat den Stadtstaat seit dem Zweiten Weltkrieg ununterbrochen – teilweise mit wechselnden Koalitionspartnern – regiert. Gleichzeitig hat sich aber auch bei dieser Wahl die politische Konjunktur fortgesetzt, die seit dem Frühjahr 2011 und der Diskussion um die Energiewende die politische Landschaft bestimmt hat. Im Vorfeld schien daher kurz nach der Amtseinführung des ersten grünen Ministerpräsidenten in Deutschland als Resultat der Landtagswahl in Baden-Württemberg ein sehr gutes Ergebnis der Grünen möglich, ohne die Vormachtstellung der SPD zu gefährden. Die Fortführung der rot-grünen Koalition schien das wahrscheinlichste Ergebnis zu sein.<sup>13</sup>

Genau dieses ist eingetreten. Die SPD konnte leicht um 1,9 Prozentpunkte zulegen und kam auf 38,6 %. Die CDU verlor 5,3 Punkte und kam noch auf 20,3 %. Sie wurde dabei noch von den Grünen überholt, die auf 22,5 % kamen und 6 Punkte zulegte. Die Grünen waren damit erstmals in einem Landesparlament stärker als die CDU. Die Linke kam auf 5,6 % und verlor 2,6 Punkte, konnte aber damit ihren Wiedereinzug in die Bürgerschaft sichern. Die FDP sank von 6,0 % auf nunmehr 2,4 % und verpasste die 5-%-Hürde damit deutlich. Sie wurde auch von der Liste „Bürger in Wut“ überholt, die 3,7 % erreichte, aber aufgrund des Wahlrechts (Direktmandat im eigenständigen Wahlgebiet Bremerhaven) wie bei der letzten Wahl mit einem Abgeordneten ins Parlament einzog.<sup>14</sup>

Die restlichen Parteien kamen auf 6,9 %. Darunter waren die Piraten mit 1,9 % sowie die NPD mit 1,4 %. Knapp unter der 1-%-Hürde blieben die Rentnerinnen und Rentner Partei sowie die Bremer und Bremerhavener Wählergemeinschaft mit jeweils 0,9 %.

---

<sup>13</sup> Siehe Bürgerschaftswahl Bremen 2011. Eine Analyse der Wahl vom 22. Mai 2011, Infratest dimap Wahlreport, Berlin 2011; Wahl in Bremen. Eine Analyse der Bürgerschaftswahl vom 22. Mai 2011, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen 146/2011.

<sup>14</sup> Probst, Lothar: Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 22. Mai 2011: Triumph für Rot-Grün, „Abwahl“ der Opposition, in: ZParl 4/2011, S. 804-834.

Die SPD holte 36 Mandate und konnte mit den 21 der Grünen problemlos eine Koalition bilden. Die Linke wurde als Mehrheitsbeschaffer nicht benötigt. Die CDU hätte nur die theoretische Möglichkeit einer großen Koalition gehabt, selbst ein Bündnis mit den Grünen hätte keine Mehrheit gebracht.

Auch das schwarz-gelbe Lager insgesamt käme nur auf 22,7 %, während Rot-Grün 61,1 % erreichen würde. Zusammen mit der Linken würden sie sogar auf eine Zweidrittelmehrheit von 66,7 % kommen.

Die Wahlbeteiligung lag bei 54,0 % und damit um 3,6 Punkte niedriger als 2007. Damit hat sich die Änderung des Wahlrechts, das erstmals Jugendliche ab 16 Jahren zur Wahl zugelassen hatte, nicht positiv ausgewirkt. Allerdings war – ähnlich wie zuvor in Hamburg – ein neues Wahlgesetz in Kraft, das die Abgabe von bis zu fünf Stimmen pro Wahlberechtigten ermöglicht hat. Dies kann – neben einer gestiegenen Zahl von ungültigen Stimmen – auch dazu geführt haben, dass dieses neue Wahlrecht als zu kompliziert empfunden wurde. In jedem Fall wurde der Trend der vorigen Landtagswahlen vom März 2011, die zum Teil erheblich höhere Wahlbeteiligungsraten aufwiesen, nicht fortgesetzt. Allerdings galt diese Wahl angesichts der demoskopischen Daten für die meisten Wähler im Vorfeld für klar entschieden, was die Wahlbereitschaft sicher nicht erhöht hat.

## **7.2 Bewertungen und Einzelaspekte**

### **7.2.1 Einordnungen im Vergleich**

Die Ergebnisse der CDU bei Bürgerschaftswahlen in Bremen waren immer von großen Schwankungen gekennzeichnet. Dieses Ergebnis ist das schlechteste seit 1959; in den 50er-Jahren lag sie allerdings noch weit unter diesem Wert. Auch bei den letzten drei Bundestagswahlen lag die CDU in Bremen unter 25 %, was die strukturelle Schwäche dort unterstreicht.

Auch für die SPD ist das Resultat eines der schlechtesten Ergebnisse bei Bürgerschaftswahlen; nur 2007 und 1995 lag sie noch darunter. 1983 und 1987 hatten sie noch Werte über 50 % erreicht. Bei der Bundestagswahl 2009 war die SPD nur noch auf 30,2 % gekommen und hatte den mit Abstand schlechtesten Wert ihrer Geschichte erreicht, nachdem sie 1969 bis 1980 und nochmals 1998 Werte über 50 % geholt hatte.

Auch in Bremen holten die Grünen das mit Abstand beste Ergebnis bei Bürgerschaftswahlen. Dort waren sie jedoch schon 1979 über die 5-%-Hürde gekommen und blieben – mit Ausnahme der Wahl 1999 – immer im zweistelligen Bereich. Auch bei Bundestagswahlen hatten sie 1987 und dann immer seit 1994 zweistellige Werte erreicht.

Die FDP holte ihr zweitschlechtestes Ergebnis bei Bürgerschaftswahlen, hatte aber in den letzten fünf Wahlen nur 2007 den Sprung ins Parlament

geschafft. Bei Bundestagswahlen holte sie durchwegs deutlich höhere Resultate, zuletzt 10,6 % bei der Wahl 2009.

Die Linke verschlechterte sich gegenüber der Wahl 2007, blieb aber deutlich über den Werten der PDS der Jahre 1995 bis 2003. Bei der letzten Bundestagswahl war sie sogar auf 14,3 % gekommen.

Die sonstigen Parteien holten deutlich bessere Werte als bei den letzten drei Bürgerschaftswahlen zuvor.

### **7.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen**

Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap konnte die SPD ihre Stimmen gegenüber der letzten Wahl in etwa halten. Sie verlor 2.000 an die Grünen und 1.000 an die „Bürger in Wut“, gewann aber 4.000 von der CDU und jeweils 2.000 von FDP und Linken. Allerdings musste sie 10.000 Stimmen an die Nichtwähler und 2.000 an den Generationenwechsel abgeben. Der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen war aber mit 6.000 positiv.

Die CDU hingegen verlor insgesamt etwa 17.000 Stimmen und konnte lediglich jeweils 1.000 Stimmen von der FDP und der Linken holen. Ansonsten verlor sie 4.000 Stimmen an die SPD, 3.000 an die Grünen, 2.000 an die „Bürger in Wut“ und 1.000 an sonstige Parteien. Auch an die Nichtwähler gab sie 5.000, an den Generationenwechsel 4.000 Stimmen ab.

Die Grünen mussten lediglich 1.000 Stimmen an sonstige Parteien abgeben, holten aber ansonsten von allen anderen Parteien Stimmen: 2.000 von der SPD, 3.000 von der CDU, 2.000 von der Linken und 1.000 von der FDP. Zwar gaben auch sie 2.000 Stimmen an die Nichtwähler ab, holten aber 2.000 aus dem Generationenwechsel und 9.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen.

Die Linke musste fast in alle Richtungen abgeben: 2.000 Stimmen an die SPD, 1.000 an die CDU, 2.000 an die Grünen und jeweils 1.000 an die „Bürger in Wut“ und an die sonstigen Parteien. Auch an die Nichtwähler verlor sie nochmals 2.000 Stimmen.

Auch die FDP konnte nirgendwo zugewinnen und gab in alle Richtungen ab: 2.000 Stimmen an die SPD und jeweils 1.000 Stimmen an CDU, Grüne und sonstige Parteien. Auch an die Nichtwähler verlor sie 4.000 und nochmals 1.000 Stimmen an den Generationenwechsel.

Die „Bürger in Wut“ holten ihre Zugewinne mit 2.000 Stimmen von der CDU und jeweils 1.000 von SPD und Linken sowie den sonstigen Parteien. Auch aus dem Nichtwählerlager holten sie 1.000 Stimmen.

Die sonstigen Parteien holten jeweils 1.000 Stimmen von CDU, Grünen, Linken und FDP, verloren aber 1.000 Stimmen an die „Bürger in Wut“ sowie an den Saldo aus Zu- und Fortgezogenen.

### 7.2.3 Prognosen und Wirklichkeit

Generell werden für ein kleines Wahlgebiet wie Bremen und Bremerhaven wenige Umfragen erstellt und publiziert. Lag die CDU Ende des Jahres 2010 und Anfang 2011 noch bei 23 %, so fiel sie in den weiteren Umfragen ab und lag in den beiden zuletzt veröffentlichten Studien bei 20 % sowie 19 %. Insofern wurde ihr reales Ergebnis von 20,3 % gut getroffen und bestenfalls leicht unterschätzt.

Die SPD blieb kontinuierlich bei Werten zwischen 36 % und 38 %; zuletzt bei 36 % und 37 %. Ihr Ergebnis von 38,6 % wurde daher leicht unterschätzt, aber in der Tendenz gut prognostiziert.

Die Grünen, die vor dem Jahreswechsel noch unter 20 % gelegen hatten, stiegen weiter an und lagen in den letzten Umfragen jeweils bei 24 %. Dies konnten sie mit ihrem realen Ergebnis von 22,5 % nicht ganz umsetzen.

Die FDP blieb in der Demoskopie beständig unter 5 %. Die beiden letzten Umfragen sahen sie bei 3 % bzw. 4 %, was ihren Einzug in die Bürgerschaft nicht sehr wahrscheinlich erschienen ließ. Mit ihrem Resultat von 2,4 % blieb sie auch noch deutlich darunter.

Die Linke fiel gegenüber dem Jahr 2010 auf zunächst 7 % oder sogar 6% zurück. Damit wurde ihr endgültiges Ergebnis von 5,6 % recht ordentlich vorhergesagt. Von den sonstigen Parteien wurde keine mit Werten über 5 % prognostiziert.

Angesichts dieser Umfragedaten war eine bürgerliche Mehrheit von vornherein jenseits der Vorstellungskraft. Hingegen wurde einer rot-grünen Mehrheit ein Wert von etwa 60 % prognostiziert, was die Diskussion um eine mögliche Einbeziehung der Linken obsolet machte. Der reale Wert von 61,1 % wurde damit gut prognostiziert. Auch eine große Koalition wäre angesichts dieser Prognosen nur eine hypothetische Möglichkeit gewesen, da sie kaum mit einer Mehrheit der Mandate rechnen konnte. Der Wert für eine schwarz-gelbe Koalition von 22,7 % war von den Prognosen sehr gut getroffen worden.

### 7.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft

Bei der Aufschlüsselung nach dem Alter fällt bei der CDU auf, dass sie – wie bei allen Wahlen der jüngeren Zeit – den höchsten Anteil laut Infratest dimap mit 28% bei den Über-60-Jährigen holte. Bei den Frauen lag der Wert hier im Schnitt bei 27 %, bei den Männern bei 29 %; insgesamt kam die CDU bei den Frauen auf 20 % und den Männern auf 21 %. Bei allen anderen Altersgruppen kam sie über 17 % nicht hinaus. Den niedrigsten Wert mit 13 % bekam sie bei den Frauen im Alter von 18 bis 24 Jahren. Auffällig ist, dass die CDU bei allen Altersgruppen unter 60 Jahren nicht nur hinter der SPD, sondern auch hinter den Grünen zurückblieb. Bei den Frauen unter 60 Jahren kam die CDU durchweg nur auf halb so hohe Werte wie die Grünen.

Auch die SPD holte mit 46 % den mit Abstand besten Wert bei den Wählern über 60 Jahren (FG Wahlen sogar 47 %), konnte dort aber (ebenso wie bei den 45- bis 59-Jährigen) sogar deutlich zulegen, während sie bei den Altersgruppen unter 45 Jahren unterdurchschnittlich abschnitt und leichte Verluste zu verzeichnen hatte.

Die Grünen verzeichneten Gewinne in allen Altersgruppen, kamen aber bei den Über-60-Jährigen nur auf 12 %, während sie in den anderen Segmenten auf Werte von 27 % bis 30 % kamen. Bei den 18- bis 24-Jährigen waren sie gleich stark wie die SPD; bei den Frauen in dieser Altersklasse sogar stärker.

Die Linke holte wiederum ihre besten Werte in der Altersgruppe von 45 bis 59 Jahren, verzeichnete dort aber auch die größten Verluste. In den jüngeren Jahrgängen blieben sie leicht über, bei den Wählern ab 60 Jahren mit 4 % (FG Wahlen sogar nur 3 %) deutlich unter ihrem Durchschnittswert.

Die Wählerschaft der FDP wie der „Bürger in Wut“ wies keine auffälligen Abweichungen in den Altersgruppen auf, was auch an der geringen Anzahl der erfassten Stimmen liegen konnte.

In Bezug auf den Beruf holte die CDU laut Infratest dimap ihre mit Abstand besten Werte bei Selbständigen (30 %; FG Wahlen: 32 %) und Rentnern (28 %) und hatte dort auch die niedrigsten Verluste. Deutlich unter dem Durchschnitt schnitt sie ab bei Angestellten (17 %; FG Wahlen: 19 %), Beamten (15 %), Arbeitslosen (14 %) und Arbeitern (11 %; FG Wahlen: 16 %). Die FG Wahlen sieht jedoch die CDU auch bei den Beamten mit 23 % über ihrem Durchschnittswert.

Auch die SPD holte bei den Rentnern mit 46 % ein überdurchschnittliches Ergebnis, blieb aber auch bei den Arbeitern mit 44 % (FG Wahlen: 47 %) weit über ihrem Durchschnittswert. Knapp darunter landete sie bei den Arbeitslosen (37 %) sowie den Angestellten und Beamten (jeweils 36 %; FG Wahlen: 39 % bzw. 37 %). Bei den Selbständigen kam sie mit 22 % (FG Wahlen: 24 %) auf einen weit unterdurchschnittlichen Wert.

Die Grünen holten überdurchschnittliche Werte bei den Selbständigen (33 %; FG Wahlen jedoch nur 25 %), den Beamten (30 %; FG Wahlen: 26 %) und den Angestellten (29 %; FG Wahlen: 25 %). Darunter lagen sie bei den Arbeitslosen (20 %), den Arbeitern (18 %; FG Wahlen: 15 %) und den Rentnern (12 %).

Die Linke holte ihre besten Werte bei den Arbeitslosen (11 %) und den Arbeitern (8 %; FG Wahlen nur 5 %) sowie den Beamten (8 %; die FG Wahlen sieht hier nur 4 %). Im Schnitt lagen die Werte bei den Angestellten (6 %), darunter bei den Selbständigen (5 %; FG Wahlen: 6 %) und den Rentnern (4 %).

Die FDP zeigte einen überdurchschnittlichen Wert bei den Selbständigen (4 %) – dort allerdings mit den größten Verlusten. Etwa im Schnitt mit

3 % war sie bei den Beamten, Rentnern und Arbeitslosen, darunter mit 2 % bei den Angestellten (auch dort sehr hohe Verluste) und nur 1 % bei den Arbeitern.

Die „Bürger in Wut“ zeigten ein deutliches Übergewicht bei Arbeitern und Arbeitslosen (7 % bzw. 5 %), blieben aber bei Beamten (2 %) und Selbständigen (1 %) – die FG Wahlen sieht hier jeweils 3 % – deutlich unter ihrem Durchschnittswert.

Die Aufschlüsselung nach der formalen Bildung zeigt laut Infratest dimap, dass die CDU – entgegen der Verteilung bei anderen Wahlen vor allem in den Flächenstaaten – bei den formal niedrig Qualifizierten nur auf einen durchschnittlichen Wert von 20 % kam, während sie bei den Wählern mit mittlerer Qualifikation auf 23 %, bei denen mit formal hoher Bildung hingegen auf einen leicht unterdurchschnittlichen Wert von 19 % kam.

Die SPD zeigte hingegen die „klassische“ Verteilungsstruktur einer Volkspartei: In der niedrigsten Gruppe kam sie auf 49 %, der mittleren auf 40 % und bei den formal am höchsten Qualifizierten nur auf 32 %.

Die Grünen hatten wie so häufig ihre weitaus stärksten Anteile bei den höher Qualifizierten (32 %; gleichauf mit der SPD). In der mittleren Gruppe holten sie 17 %, bei den niedrig Qualifizierten 13 %.

Auch die Linke zeigte interessanterweise diese Verteilung, wenn auch bei Weitem nicht so ausgeprägt: In der höchsten Gruppe holte sie 7 %, der mittleren 6 % und bei den niedrig Qualifizierten 5 %.

Die Wählerschaft der FDP war relativ ausgeglichen; nur bei den niedrig Qualifizierten kommt sie mit 2 % auf einen niedrigeren Wert.

Die „Bürger in Wut“ waren bei den höher Qualifizierten mit 2 % deutlich unterdurchschnittlich vertreten; in der mittleren Gruppe holten sie 5 % und bei den niedrig Qualifizierten sogar 6 %.

In Bezug auf die Konfession erzielte die CDU laut Infratest dimap mit Abstand die besten und überdurchschnittlichen Werte mit 32 % bei den Katholiken, die aber laut FG Wahlen nur 12 % der Wahlberechtigten ausmachten. Bei den Protestanten lag sie mit 21 % im Schnitt, bei den Wählern ohne oder mit anderer Konfession (zusammen ein Anteil von 34 % im Wahlgebiet) mit 16 % weit darunter. Die SPD hingegen holte mit 41 % bei den Protestanten ein etwas überdurchschnittliches Resultat, blieb jedoch bei den Katholiken mit 32 % deutlich und den Sonstigen mit 36 % etwas unter ihrem Durchschnittswert. Die Grünen blieben bei den Protestanten mit 21 % leicht und den Katholiken mit 18 % deutlich unter ihrem Medianwert, lagen bei den Sonstigen aber mit 27 % weit darüber. Auch die Linke lag dort mit 9 % weit über ihrem Durchschnittswert und kam bei Katholiken wie Protestanten nur auf 4 %. Die FDP hatte bei den Katholiken mit 5 % einen weit überdurchschnittlichen Wert und kam bei den Protestanten noch auf 3 %, den Sonstigen nur auf 2 %. Die „Bürger in

Wut“ waren bei den Protestanten mit 4 % etwas besser vertreten, in den anderen Segmenten kamen sie auf 3 %.

### **7.3 Zusammenfassung**

Vergleichbar mit der Bürgerschaftswahl in Hamburg vom Februar 2011 zuvor stellte auch dieses Wahlergebnis keine Überraschung dar. Art und Größenordnung des Ergebnisses waren genau so prognostiziert worden und wurden von den Wählern wohl auch so erwartet. Möglicherweise war dies der Hauptgrund dafür, dass sich anders als bei den Landtagswahlen im März 2011 in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg kein zusätzlicher Mobilisierungsschub zeigte, der die Wahlbeteiligung in die Höhe trieb. Es überwogen eindeutig die landespolitischen Spezifika – wahrscheinlich wirkten sich die bundespolitischen Einflüsse auch deswegen weniger aus, weil die „Energiewende“ schon voll im Prozess der Implementierung war und so kaum Möglichkeiten zusätzlicher Mobilisierung bot. Das neue Wahlrecht hat möglicherweise auch eher zur niedrigen Wahlbeteiligung beigetragen. Das Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre hat ebenfalls keine zusätzliche Mobilisierung gebracht, aber Rot-Grün sicher nicht geschadet.

Bei der Wahl zeigte sich eine Konstellation, in der sich die bundes- und landespolitischen Stimmungseffekte in dieselbe Richtung bewegten. Der rot-grüne Senat war laut FG Wahlen mit +0,6 bewertet worden – dabei die SPD mit +0,8 und die Grünen mit +0,4 – und somit deutlich besser als die Opposition mit der CDU und -0,7. Die FDP kam sogar nur auf -2,1, die Linke auf -2,3. Bürgermeister Jens Böhrnsen kam auf +2,4 (bei den eigenen Anhängern sogar auf +3,7), während Rita Mohr-Lüllmann nur auf 0,0 (bei den eigenen Anhängern auf +1,7) kam. Selbst die Spitzenkandidatin der Grünen, die amtierende Finanzsenatorin Karoline Linnert, wies einen weitaus höheren Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad auf als die CDU-Spitzenkandidatin. Damit hatte der Spitzenkandidat der SPD einen enormen Startvorteil, da er als erfolgreicher Amtsinhaber gesehen wurde, der noch dazu in der Übergangszeit nach dem Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in seiner Funktion als Bundesratspräsident vorübergehend als deutsches Staatsoberhaupt fungierte.

Auch bei der Bewertung der Parteien lagen laut FG Wahlen nur die SPD mit +2,0 und die Grünen mit +1,2 im positiven Bereich. Die CDU erreichte nur -0,1, die FDP -1,5 und die Linke -1,9. Bei der letzten Wahl 2007 war die CDU immerhin mit +0,7 noch deutlich besser bewertet worden. Insgesamt sagten laut FG Wahlen 63 % der Wähler, die Politik im Land sei für die Wahlentscheidung wichtig, nur 31 % nannten die im Bund. Damit hätte auch ohne die bundespolitische Konjunktur ein rot-grünes Bündnis einen großen Startvorteil gehabt, der durch die aktuellen Entwicklungen und den Trend nach den Landtagswahlen vom März 2011 noch deutlich

verstärkt wurde. Insgesamt sprachen sich im Vorfeld 43 % für eine rot-grüne Koalition aus und nur 16 % für eine große Koalition. Am Wahltag befürworteten sogar 58 % eine rot-grüne Koalition; 2007 waren dies nur 37 % gewesen. Die amtierende Regierung konnte also vor großen Überraschungen ziemlich sicher sein.

Die Präferenzen schlugen sich auch in den Kompetenzvermutungen nieder. Beim Thema Finanzpolitik lagen laut FG Wahlen vor der Wahl SPD und CDU mit 22 % gleichauf; aber zugleich nannten 24 % keine Partei und 21 % machten keine Angabe. Beim Thema Wirtschaft lag die SPD mit 32 % vor der CDU mit 15 %; im Bereich Bildung und Schule sogar 30 % gegenüber 16 %. Dort lagen die Grünen mit 19 % noch vor der CDU und erzielten einen ihrer stärksten Kompetenzwerte. Auch am Wahltag selbst lag die CDU laut FG Wahlen in keinem abgefragten Feld vorn: Bei den Finanzen lag sie mit 24 % knapp hinter der SPD mit 26 %, aber bei den Arbeitsplätzen schon weitaus deutlicher mit 22 % zu 37 %. Im Bereich Schule / Bildung blieb sie mit 18 % hinter Grünen (19 %) und SPD (28 %). Auch beim Verkehr lag sie mit 18 % hinter Grünen (22 %) und SPD (28 %). In der Wirtschaft blieb sie ebenso mit 17 % hinter der SPD mit 37 % wie im Bereich Kriminalität mit 22 % gegen 30 %. Daraus lässt sich insgesamt kein Kompetenzprofil erkennen, mit denen die CDU in Bremen Aussicht auf einen Wahlsieg gehabt hätte.

Das Wahlergebnis in Bremen hat die strukturellen Schwächen der CDU im Stadtstaat verdeutlicht – und das angesichts einer gefährlichen aktuellen politische Großwetterlage im Bund für die CDU und vor allem die FDP, die sich zusätzlich durch personelle Querelen vor Ort geschwächt hatte. Die SPD konnte angesichts der guten regionalen Ausgangslage ihre traditionellen strukturellen Schwächen überspielen und teilweise wettmachen. Vor allem konnte sie ihre klassischen Volkspartei-Strukturen in der Arbeiterschaft und bei den niedriger Qualifizierten wieder ausspielen, so dass die Konkurrenz durch die Linke kaum eine Rolle spielte. Die CDU hingegen konnte sich nur noch auf Teile der älteren Wählerschaft in wenigen gesellschaftlichen Kontexten halbwegs behaupten und musste in beachtlichen Teilen der Wählerschaft nicht nur die SPD, sondern auch die Grünen an sich vorbeiziehen lassen. Sicher haben die Spezifika einer Regionalwahl in einem traditionell linken Stadtstaat die Wahl dominiert. Zugleich hat sie unterstrichen, dass mangelnde Verankerung in der Gesellschaft bei gleichzeitigem öffentlichem Gegenwind die Volksparteien immer stärker und immer schneller in minoritäre Positionen drängen kann. Nur durch strategisches Arbeiten in beiden Feldern wird sich dieser Trend umkehren lassen.

## 8. Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern vom 4. September 2011: Im Osten nichts Neues

### 8.1 Wahlergebnis und mögliche Regierungen

Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern vom 4. September 2011 setzte die Tendenzen der vorherigen Landtagswahlen des Jahres 2011 fort. Zugleich war sie eine Regionalwahl in den neuen Bundesländern, bei der einige der dort typischen Aspekte erneut deutlich zutage traten. Die Zahl der Wahlberechtigten war mit 1,41 Millionen gering und lag wegen der demographischen Entwicklung nochmals um über 58.000 niedriger als bei der letzten Landtagswahl 2006. Zusätzlich stieg die Zahl der Nichtwähler um über 81.000 Stimmen an, so dass bei 697.045 abgegebenen Stimmen nur noch eine Wahlbeteiligung von 51,4 % (und damit 7,8 Punkte weniger als 2006) erreicht wurde.<sup>15</sup>

Angesichts einer relativ erfolgreichen großen Koalition fand die Wahl ohne große landespolitische Konfliktthemen statt. Allerdings hat von dieser Koalition die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten und Ministerpräsidenten Erwin Sellering mehr profitiert. Die SPD holte 35,6 % der Zweitstimmen und legte damit 5,4 Prozentpunkte zu. In absoluten Stimmen verlor sie aber 5.062 und kam auf 242.250 Zweitstimmen. Sie lag damit weit vor der CDU, die nur auf 23,0 % bei einem Verlust von 5,8 Punkten kam. Bei den Erststimmen holte die SPD 240.368 und lag damit unter dem Zweitstimmenergebnis.<sup>16</sup>

Die Union mit ihrem Spitzenkandidaten Lorenz Caffier gab 78.383 Stimmen ab und kam noch auf 156.967 Zweitstimmen, ein Verlust von einem Drittel (33,3 %) der Stimmen der letzten Wahl. Das Erststimmenergebnis fiel mit 181.897 hingegen deutlich besser aus.

Die Linke musste ebenfalls abgeben; sie verlor 11.727 Stimmen und kam noch auf 125.526 Zweitstimmen. Prozentual konnte sie sich damit sogar um 1,6 Punkte auf 18,4 % verbessern und blieb damit drittstärkste Partei. Auch ihr Erststimmenergebnis war mit 126.958 etwas besser als der Zweitstimmenwert. Die Grünen verdoppelten ihren Stimmenanteil um 31.362 auf 59.004 Zweitstimmen (die einzige Partei, die netto Stimmen gewinnen konnte) und kamen bei einem Gewinn von 5,3 Prozentpunkten und 8,7 % erstmals in den Landtag und sind damit in allen deutschen Landesparlamenten vertreten. Bei den Erststimmen waren sie mit 56.007 nur

---

<sup>15</sup> Siehe Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2011. Eine Analyse der Wahl vom 4. September 2011, Infratest dimap Wahlreport, Berlin 2011; Wahl in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 4. September 2011, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen 147/2011.

<sup>16</sup> Koschkar, Martin / Schoon, Steffen: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 4. September 2011: Bestätigung der Großen Koalition mit sozialdemokratischem Zugewinn, in: ZParl 1/2012, S. 3-18.

wenig schwächer als bei den Zweitstimmen. Die FDP verlor 59.497 Stimmen und kam noch auf 18.943 Zweitstimmen – ein Verlust von drei Vierteln (75,8 %) ihrer Stimmen von 2006. Sie verlor damit 6,8 Prozentpunkte und kam noch auf 2,8 % und schied damit aus dem Landtag aus. Sie erhielt aber mit 22.055 einen höheren Wert bei den Erststimmen. Die NPD hingegen konnte sich mit 6,0 % der Zweitstimmen (40.642) im Landtag halten, auch wenn sie 1,3 Punkte und 19.203 Stimmen verlor. Ihr Erststimmenwert war mit 39.613 nicht wesentlich niedriger als bei den Zweitstimmen.

Die sonstigen Parteien landeten weit unter der 5-%-Hürde, wobei am besten die Piraten (1,9 %) und die Partei Familie (1,5 %) abschnitten sowie die Freien Wähler (1,1 %), die damit an der Wahlkampfkostenerstattung partizipierten. Während die beiden ersten Gruppierungen bei den Erststimmen nur auf 0,2 % kamen, holten die Freien Wähler mit 10.037 Stimmen und 1,5 % einen deutlich besseren Erststimmenwert.

Im Landtag mit insgesamt 71 Sitzen erhielt die SPD 27, die CDU 18, die Linke 14, die Grünen 7 und die NPD 5. Darunter waren inklusive der Nachwahl auf Rügen 24 Direktmandate für die SPD und 12 für die CDU; die Linke konnte kein Direktmandat mehr erzielen. Eine schwarz-gelbe Koalition ist nicht möglich und eine rot-grüne Koalition hätte keine Mehrheit. Sowohl eine große Koalition (46 Mandate) als auch eine Koalition aus SPD und Linken (42 Mandate) wären tragfähige Bündnisse. Aufgrund einer Nachwahl auf Rügen am 18. September 2011 gewannen die Grünen einen zusätzlichen Sitz zu Lasten der SPD. An den Mehrheitsverhältnissen hat dies aber nichts geändert. Die erneute Bildung einer Koalition aus SPD und CDU hat einen Trend in den neuen Ländern bekräftigt, der sich bei der Wahl in Sachsen-Anhalt im März 2011 angedeutet hatte.

## **8.2 Bewertungen und Einzelaspekte**

### **8.2.1 Einordnungen im Vergleich**

Das Ergebnis der CDU war das schlechteste Resultat, dass sie seit 1990 bei Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern erzielte. Auch bei Bundestagswahlen hatte sie bisher immer deutlich bessere Ergebnisse erzielt.

Für die SPD war dies das zweitbeste Resultat bei Landtagswahlen; 2002 hatte sie allerdings noch 40,6 % erzielt. Auch bei Bundestagswahlen hatte sie 1998 ein vergleichbares und 2002 ein klar besseres Ergebnis geholt.

Die Linke hat sich zwar prozentual leicht verbessert, konnte aber nicht an die Resultate von 1994 und 1998 anknüpfen. Auch bei Bundestagswahlen war sie mit Ausnahme von 1990 und 1998 deutlich über ihrem jetzigen Wert gelegen.

Die Grünen waren lediglich 1990 auf einen besseren Wert gekommen, damals aber noch zusammen mit dem Neuen Forum und Bündnis 90. Bei

allen anderen Landtagswahlen waren sie klar unter der 5-%-Hürde geblieben. Auch bei Bundestagswahlen lagen sie noch nie auf diesem Niveau, auch wenn sie 1990 und 2009 über 5 % kamen.

Die FDP blieb wie schon 1994, 1998 und 2002 unter der 5-%-Hürde, war aber 1998 sogar nur auf 1,7 % gekommen. Bei Bundestagswahlen schnitt sie besser ab und blieb lediglich 1994 und 1998 darunter.

Die NPD holte trotz ihrer Verluste ihr zweitbestes Resultat. Bei Bundestagswahlen war sie immer unter der 5-%-Hürde geblieben.

### **8.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen**

Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap konnte die SPD ihr Niveau gegenüber der letzten Wahl in etwa halten und musste insgesamt nur gut 7.000 Stimmen abgeben. Sie verlor 11.000 an die Grünen und 2.000 an sonstige Parteien, gewann aber 22.000 von der CDU und 12.000 von der FDP. Allerdings verlor sie 10.000 Stimmen an die Nichtwähler und 15.000 an den Generationenwechsel. Der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen war aber mit 5.000 positiv.

Die CDU hingegen verlor insgesamt über 72.000 Stimmen und konnte lediglich 11.000 Stimmen von der FDP holen. Ansonsten verlor sie 22.000 Stimmen an die SPD, 6.000 an die Linke, 6.000 an die Grünen, 1.000 an die NPD und 1.000 an sonstige Parteien. Auch an die Nichtwähler gab sie 34.000, an den Generationenwechsel 12.000 Stimmen ab. Der Saldo von Zu- und Fortzügen war bei der CDU ebenfalls mit 3.000 Stimmen im negativen Bereich.

Die Linke konnte 6.000 Stimmen von der CDU und 2.000 von der FDP abziehen. Sie verlor 2.000 Stimmen an sonstige Parteien und jeweils 1.000 an NPD und Grüne. Sie gab dazu 6.000 Stimmen an die Nichtwähler ab und verlor 7.000 Stimmen an den Generationenwechsel. Auch der Saldo an Zu- und Fortgezogenen war mit 2.000 Stimmen im negativen Bereich.

Die Grünen mussten lediglich 1.000 Stimmen an sonstige Parteien abgeben, holten aber ansonsten von allen anderen Parteien Stimmen: 11.000 von der SPD, 6.000 von der CDU, 1.000 von der Linken und 5.000 von der FDP. Aus dem Nichtwählerbereich holten sie als einzige Partei einen Gewinn von 1.000 Stimmen, profitierten mit 3.000 Stimmen aus dem Generationenwechsel und mit 2.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen.

Die FDP konnte nirgendwo zugewinnen und gab in alle Richtungen ab: 12.000 Stimmen an die SPD, 11.000 Stimmen an die CDU, jeweils 5.000 an Grüne und sonstige Parteien, 2.000 an die Linke und 1.000 an die NPD. Auch an die Nichtwähler verlor sie 12.000 und nochmals 3.000 Stimmen an den Generationenwechsel sowie 9.000 an den Saldo aus Zu- und Fortgezogenen.

Die NPD holte jeweils 1.000 Stimmen von CDU, Linken und FDP. Aus dem Generationenwechsel holte sie 1.000 Stimmen, verlor aber 18.000 an die Nichtwähler und 6.000 an den Saldo aus Zu- und Fortzügen.

Die sonstigen Parteien holten 5.000 Stimmen von der FDP, jeweils 2.000 Stimmen von SPD und Linken und jeweils 1.000 von CDU und Grünen. Sie verloren aber 7.000 Stimmen an die Nichtwähler sowie 2.000 an den Saldo aus Zu- und Fortgezogenen. Aus dem Generationenwechsel profitierten sie hingegen mit 3.000 Stimmen.

### **8.2.3 Prognosen und Wirklichkeit**

Für Mecklenburg-Vorpommern lagen keine Umfragewerte über die gesamte Legislaturperiode vor; so wurden für 2010 überhaupt keine demoskopischen Befunde publiziert. Seit Anfang des Jahres 2011 gab es wiederum eine Reihe von Umfragen, deren Ergebnisse in die Öffentlichkeit gelangten. Dabei fällt auf, dass die CDU in allen Umfragen weit über ihrem realen Wert von 23,0 % gehandelt wurde. Noch Ende Juni und Anfang August bekam die CDU 30 % zugesprochen; der niedrigste Wert in der vorletzten Umfrage von Infratest dimap war 26 %, während die Forschungsgruppe Wahlen einen Tag später wieder 28 % angab. Damit wurde das Abschneiden der CDU in den Vorwahlumfragen drastisch überschätzt.

Auch die FDP, die auf 2,8 % kam, wurde in den Umfragen überschätzt. Die letzten ermittelten Werte lagen zwischen 4 % und 5 %; allerdings war sie bei früheren Umfragen auch nur auf 3 % gekommen. Das bürgerliche Lager, das insgesamt auf 25,8 % kam, wurde somit ebenfalls deutlich zu optimistisch prognostiziert, wenn man von den letzten Umfragewerten von mindestens 30 % ausgegangen wäre.

Die SPD, die real 35,6 % erzielte, wurde hingegen fast punktgenau prognostiziert. Die beiden letzten publizierten Umfragen ergaben 35 % und 36 %; bei den früheren Befragungen landete sie zumeist bei 34 %. Die SPD wurde somit effektiv analysiert.

Die Linke, die 18,4 % holte, schnitt damit deutlich besser ab, als ihr die letzten Umfragen von 16,5 % und 17 % zugebilligt hatten. Allerdings war sie Mitte August noch bei 19 % gelandet. Sie lag damit also besser, als zuletzt erwartet werden konnte.

Auch die Grünen, die auf 8,7 % kamen, wurden fast punktgenau prognostiziert. In den beiden letzten Umfragen lagen sie bei 8 %; auch die früheren Umfragen hatten Werte von 7 % und 8 % ergeben.

Rot-Grün zusammen kam real auf 44,3 % und wurde damit mit Umfragewerten von 43 % und 44 % ebenfalls sehr gut prognostiziert. Unter Einbeziehung der Linken kam dieses Lager auf 62,7 %, was ebenfalls recht gut vorhergesagt wurde.

### 8.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft

Bei der Aufschlüsselung nach dem Alter fällt bei der CDU auf, dass sie – anders als bei den Wahlen in den alten Ländern – ein relativ ausgeglichenes Bild zeigt. Allerdings war erneut die Gruppe der 18- bis 29-jährigen Wähler laut Infratest dimap (die Forschungsgruppe Wahlen verzeichnete fast identische Ergebnisse) mit 18,8 % weit unterdurchschnittlich vertreten. Bei den Gruppen von 30 bis 44 und von 45 bis 59 Jahren lag sie mit 24,9 % und 24,1 % sogar leicht über ihrem Durchschnittswert, bei den Über-60-Jährigen mit 23,0 % nur leicht darunter. Bei den Männern schnitt die CDU in allen Altersgruppen außer bei den Über-60-Jährigen deutlich besser ab; bei den Über-60-Jährigen holte sie bei den Frauen 25,2 %, bei den Männern nur 20,6 %. Eine so deutliche Überalterung ihrer Wählerschaft wie im Westen war bei dieser Wahl also nicht zu verzeichnen.

Bei der SPD hingegen war eine klare Verteilung zu beobachten: Sie erzielte bei den Über-60-Jährigen mit 44,5 % ihr mit Abstand bestes Ergebnis und lag damit deutlich über dem Durchschnitt. Bei den mittleren Gruppen lag sie mit 34,0 % und 31,1 % deutlicher und bei den Wählern von 18 bis 29 Jahren mit 25,7 % sehr deutlich unter ihrem Durchschnittswert. Bei den Frauen erhielt sie in allen Altersgruppen deutlich mehr Stimmen als von den Männern (insgesamt 38,6 % gegenüber 33,0 %).

Noch deutlicher zeigt sich dieses Bild bei der Linken, die bei den Über-60-Jährigen 22,5 % der Stimmen holte, bei den 45- bis 59-Jährigen noch 20,4 %, während sie bei den 30- bis 44-Jährigen nur auf 12,4 % und den jüngeren auf 10,4 % kam. Bei der Linken zeigte sich also die am stärksten überalterte Wählerschaft. Sie kam bei allen Altersgruppen bei den Frauen auf bessere Werte, außer bei den Über-60-Jährigen, wobei sie bei den Männern auf 26,2 %, bei den Frauen aber nur auf 19,0 % kam.

Genau umgekehrt sieht die Wählerschaft der Grünen aus: Bei den 18- bis 29-Jährigen holten sie 12,5 % und bei den 30- bis 44-Jährigen noch 12,2 %. Bei den 45- bis 59-Jährigen kamen sie noch auf 8,4 % und den Über-60-Jährigen auf 4,1 %. Bei ihnen lagen in den Altersgruppen bis 44 Jahren die Frauen vorn, während bei den Wählern über 45 Jahren die Männer stärker vertreten waren.

Bemerkenswert ist, dass auch die anderen Kleinparteien dieselbe Verteilung aufweisen: Die NPD war bei den Wählern von 18 bis 29 Jahren mit 13,4 % vertreten (und damit stärker als Grüne und Linke). Bei den 30- bis 44-Jährigen kam sie noch auf 8,1 %, den 45- bis 59-Jährigen auf 5,6 % und den Über-60-Jährigen nur auf 2,3 %. Wie bei rechtsextremistischen Parteien üblich, erhielt sie durch alle Altersgruppen deutlich mehr Stimmen von Männern als von Frauen (7,9 % gegenüber 4,1 %).

Auch die FDP war bei den 18- bis 29-Jährigen und den 30- bis 44-Jährigen mit 4,0 % und 4,1 % am stärksten vertreten, erhielt von den 45- bis 59-Jährigen noch 2,8 % und von den Über-60-Jährigen 1,5 %. Auch sie

hatte bei den Wählern bis 44 Jahren ein Übergewicht bei den Frauen, bei den Über-45-Jährigen holte sie bei den Männern mehr Stimmen.

Die sonstigen Parteien kamen bei den 18- bis 29-Jährigen auf 15,2 % (der drittbeste Wert überhaupt), bei den 30- bis 44-Jährigen auf 7,2 %, den 45- bis 59-Jährigen noch auf 4,7 % und den Über-60-Jährigen auf 2,1 %. Die Geschlechter waren über alle Altersgruppen relativ gleichmäßig verteilt.

In Bezug auf den Beruf holte die CDU laut Infratest dimap ihre mit Abstand besten Werte bei Selbständigen (35 %) und Beamten (33 %; dort aber die höchsten Verluste) und blieb dort am deutlichsten über dem Durchschnitt. Im oder knapp unter dem Durchschnitt schnitt sie ab bei Rentnern (23 %), Angestellten (22 %) und Arbeitern (21 %). Weit unter dem Durchschnitt landete sie bei den Arbeitslosen mit 13 %. Bei den Landwirten kam sie laut FG Wahlen auf überdurchschnittliche 27 %.

Die SPD holte bei den Rentnern mit 45 % einen Wert weit über dem Durchschnitt ebenso bei den Beamten mit 40 % (FG Wahlen aber nur 33 %), wo sie enorme Zugewinne hatte. Bei den Arbeitern lag sie mit 35 % (FG Wahlen: 38 %) im Schnitt, bei Angestellten (33 %; FG Wahlen: 38 %) und Arbeitslosen (32 %) leicht darunter. Klar unter dem Durchschnitt blieb sie bei den Selbständigen mit 18 %, hatte aber auch dort Zuwächse zu verzeichnen. Laut FG Wahlen holte sie bei den Landwirten mit 37 % einen leicht überdurchschnittlichen Wert.

Die Linke holte ihre besten Werte bei den Rentnern (23 %). Bei Angestellten und Arbeitslosen kam sie auf 19 % und bei den Arbeitern auf 16 % (FG Wahlen: 20 %). Unter dem Durchschnitt landete sie bei den Selbständigen mit 12 % und den Beamten mit 8 %, wo sie auch starke Verluste hinnehmen musste. Die FG Wahlen ermittelte für die Linke hingegen bei den Selbständigen 15 % und den Beamten 17 %.

Die Grünen hatten überdurchschnittliche Werte bei den Selbständigen mit 17 % (FG Wahlen: 14 %), wo sie enorm zulegten. Auch bei den Angestellten holten sie mit 11 % einen deutlich überdurchschnittlichen Wert. Bei den Beamten kamen sie bei hohen Gewinnen auf 9 %, bei Arbeitslosen auf 6 % (FG Wahlen: 8 %) und bei Rentnern und Arbeitern nur auf 5 %.

Die FDP hatte ihren Schwerpunkt bei den Selbständigen, wo sie noch 6 % bei allerdings dramatischen Verlusten holte. Bei Beamten schnitt sie mit 5 % (die FG Wahlen sah allerdings hier auch nur 3 %) überdurchschnittlich ab und kam bei den Angestellten noch auf 3 %. Schwächer war sie bei Arbeitslosen und Arbeitern mit 2 % und bei Rentnern mit 1 %.

Die NPD hatte unübersehbare Schwerpunkte bei Arbeitslosen (18 % – der zweitbeste Wert aller Parteien; die FG Wahlen ermittelte aber nur 12 %) und bei den Arbeitern mit 13 % (FG Wahlen: 7 %). Bei Angestellten und Selbständigen kam sie auf 5 %, bei Beamten auf 3 % und bei Rentnern auf 2 %.

Die Aufschlüsselung nach der formalen Bildung zeigt laut Infratest dimap, dass die CDU eine relativ ausgeglichene Verteilung aufwies. Bei den formal hoch Qualifizierten kam sie mit 21 % auf einen etwas unterdurchschnittlichen Wert, bei den mittel und höher Qualifizierten holte sie 24 %. Allerdings kam sie laut Forschungsgruppe Wahlen bei den Wählern mit Hauptschulabschluss unter 35 Jahren nur auf 10 %.

Die SPD zeigte hingegen eher die „klassische“ Verteilungsstruktur einer Volkspartei: In der niedrigsten Gruppe kam sie auf 44 %, der mittleren auf 35 % und bei den formal am höchsten Qualifizierten nur auf 32 %. Auch sie schnitt am schlechtesten bei den Hauptschulabsolventen unter 35 Jahren ab.

Die Linke hatte mit 20 % ein leichtes Übergewicht bei den formal hoch Qualifizierten, kam in der mittleren Gruppe auf 18 % und bei den niedrig Qualifizierten auf 17 %. Dabei war sie laut Forschungsgruppe Wahlen mit Abstand am stärksten bei Akademikern über 35 Jahren.

Die Grünen wiesen – wie immer bei Wahlen – einen Überhang bei den hoch Qualifizierten auf, der mit 13 % recht deutlich ausfiel und sich weit überdurchschnittlich bei den Akademikern unter 35 Jahren auswirkte. In der mittleren Gruppe kamen sie auf 7 %, bei den gering Qualifizierten sogar nur auf 3 %.

Die Wählerschaft der FDP war relativ ausgeglichen; in der oberen und mittleren Gruppe holte sie 3 %. Nur bei den niedrig Qualifizierten kam sie mit 1 % auf einen niedrigeren Wert. Allerdings hat sie laut Forschungsgruppe Wahlen bei den Hauptschulabsolventen unter 35 Jahren einen Wert von 8 % erreicht.

Die NPD erzielte hingegen ihren besten Wert bei den niedrig Qualifizierten mit 8 %. In der mittleren Gruppe holte sie noch 7 %, in der obersten Gruppe aber nur 4 %. Laut Forschungsgruppe Wahlen hat sie bei den Hauptschulabsolventen unter 35 Jahren einen Wert von 34 % erzielt und wäre dort die mit Abstand größte Partei gewesen.

In Bezug auf die Konfession erzielte die CDU laut Infratest dimap mit Abstand die besten und überdurchschnittlichen Werte mit 48 % (FG Wahlen nur 36 %) bei den Katholiken, die aber nur etwa 5 % der Wahlberechtigten ausmachten. Bei den Protestanten – etwa 24 % der Wählerschaft – lag sie mit 31 % (FG Wahlen: 35 %) ebenfalls über dem Durchschnitt, bei den Wählern ohne oder mit anderer Konfession – das waren 71 % der Wählerschaft – mit 19 % deutlich darunter. Die SPD hingegen holte mit 37 % bei den Protestanten ein etwas überdurchschnittliches Resultat, blieb jedoch bei den Katholiken mit 22 % (FG Wahlen allerdings 31 %) deutlich unter ihrem Durchschnittswert und bei den Sonstigen mit 36 % genau in diesem Rahmen. Die Grünen blieben bei den Protestanten mit 11 % (FG Wahlen aber nur 8 %) leicht und den Katholiken mit 9 % (FG Wahlen: 13 %) deutlich über ihrem Medianwert und lagen bei den Sonsti-

gen mit 8 % knapp darunter. Die Linke lag in dieser Gruppe mit 22 % weit über ihrem Durchschnittswert und kam bei Protestanten nur auf 11 %, bei den Katholiken sogar nur auf 4 % (FG Wahlen: 6 %). Die FDP hatte nur bei den Katholiken mit 4 % einen überdurchschnittlichen Wert. Die NPD hatte mit 7 % ihren Schwerpunkt bei den Sonstigen, kam bei den Protestanten noch auf 5 % und den Katholiken nur auf 3 %.

### **8.3 Zusammenfassung**

Insgesamt betrachtet ergab das Ergebnis der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern keine Überraschungen. Die Landesregierung konnte ihre guten Zustimmungswerte nutzen, wobei diese stärker der SPD zugute kamen – wie so oft nutzte eine große Koalition eher dem größeren Partner. Dem bundespolitischen Trend entsprechend schafften die Grünen den Einzug ins Parlament, während die FDP dieses wieder verlassen musste. Das bürgerliche Lager hatte am stärksten unter der schwachen Mobilisierung zu leiden. Diese betraf auch die anderen Parteien – nur die Grünen konnten netto Stimmen dazu gewinnen –, aber CDU und FDP mussten am meisten abgeben. Die geringe Wahlbeteiligung schadete auch der Linken, dürfte aber der NPD geholfen haben, die trotz heftiger Stimmenverluste (ein Drittel) den Einzug ins Parlament wieder schaffte.

Der Vorsprung der SPD war angesichts der Umfragen absehbar. Externe Effekte, die einen zusätzlichen Mobilisierungsschub auslösen konnten, waren nicht zu verzeichnen. Die Parteien in der bisherigen Koalition konnten oder wollten keine relevante Mobilisierung erreichen, was angesichts einer großen Koalition generell schwieriger ist als bei lagerkonsistenten Bündnissen. Hierzu trug auch bei, dass die jeweiligen Spitzenkandidaten in der öffentlichen Bewertung weit auseinander lagen: Bei der Frage nach der Direktwahl des Ministerpräsidenten sprachen sich zuletzt 62 % für Erwin Sellering aus, aber nur 17 % für den Herausforderer Lorenz Caffier. Bei der Forschungsgruppe Wahlen betrug der Abstand 64 % zu 15 %. Dies war ein Abstand, der nicht zu überbrücken und größer als bei der letzten Landtagswahl war, zumal Sellering laut Infratest dimap auch bei den Anhängern von Linken und Grünen mit 81 % und 75 % weit überdurchschnittliche Zustimmungswerte erzielte und selbst bei den CDU-Anhängern auf 29 % kam. Laut Forschungsgruppe Wahlen kam Sellering auf einer Skala von +5 bis -5 auf einen sehr guten Wert von +2,5, während Caffier auf +1,0 und Linken-Spitzenmann Helmut Holter auf +0,6 kam.

Die Befragungen zeigten auch, dass die CDU als der weniger erfolgreiche Partner in der Koalition wahrgenommen worden war: Laut Infratest dimap zeigten sich mit der Arbeit der SPD in der Regierung 4 % sehr zufrieden und 50 % zufrieden, 33 % weniger und 7 % gar nicht zufrieden. Mit der CDU zeigten sich nur 2 % sehr zufrieden und 33 % zufrieden, aber 46 % weniger zufrieden und 13 % gar nicht zufrieden. Die Opposition fiel

hingegen insgesamt ab: Laut Forschungsgruppe Wahlen kamen auf einer Skala von +5 bis -5 die SPD auf +1,0 und die CDU auf +0,5, die Linke aber auf -0,5, die FDP auf -1,4 und die NPD auf -4,1. Bei der Bewertung der Parteien insgesamt kam die SPD auf +2,1, die CDU auf +0,8, die Grünen auf +0,2, die Linke auf 0,0, die FDP auf -1,4 und die NPD auf -3,9.

Die nächste Landesregierung sollte laut Infratest dimap in den Augen von 48 % der Wähler von der SPD geführt sein; 25 % sprachen sich für eine CDU-geführte Regierung aus. Eine Fortsetzung der großen Koalition würden 59 % bevorzugen, 35 % sprachen sich vor der Wahl für eine Koalition der SPD mit der Linkspartei aus. Auch bei einer theoretischen Möglichkeit einer rot-grünen Koalition sprachen sich im Vorfeld der Wahl 42 % für eine große Koalition, 25 % für Rot-Rot und 25 % für Rot-Grün aus. Die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte ähnliche Werte – dort fanden 47 % eine Koalition aus SPD und CDU gut, aber nur 32 % schlecht, während nur 34 % eine Koalition aus SPD und Linken befürworteten. Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass die Wähler insgesamt eine Bestätigung der bisherigen Regierung vornahmen und auch mehrheitlich eine Fortsetzung der großen Koalition wollten. Der bundesweite Trend und die im Land offenkundigen Mobilisierungsprobleme der CDU haben für diese ein besseres Resultat verhindert.

Dies spiegelt sich auch in den Aussagen über die Parteien: So lag die CDU laut Infratest dimap bei allen abgefragten Eigenschaften (fähige Politiker; bürgernah; glaubwürdig; geschlossen; hat die richtigen Konzepte für das Land) hinter der SPD, wenn auch bei der Frage nach den Politikern und der Geschlossenheit nur knapp. Bei der Bürgernähe lag sie hingegen auch noch hinter der Linken. Bei der Frage nach den Parteikompetenzen lag die CDU immerhin bei Wirtschaft und Kriminalitätsbekämpfung an der Spitze, während in allen anderen Feldern die SPD vorne lag. Die Grünen konnten sich – analog zur Entwicklung in anderen Ländern – den besten Kompetenzwert in der Umweltpolitik sichern. Insgesamt war dies für die CDU kein dramatisch schlechtes Bild, aber dennoch nicht gut genug, um sich in der Wählergunst zu verbessern. Dazu mag auch beigetragen haben, dass der CDU-Spitzenkandidat als Innenminister für die Kreisgebietsreform verantwortlich gewesen war, von der laut Infratest dimap 65 % der Wähler meinten, sie ginge in die falsche Richtung.

Bei den Parteikompetenzen lag die SPD in allen Feldern klar vorn. Die CDU holte in den meisten Feldern den zweiten Platz, lag aber im Bereich Schule und Bildung sowie Familienpolitik noch hinter der Linken auf dem dritten Platz.

Die Landtagswahl wies einige Charakteristika von Wahlen in den neuen Ländern auf: eine (noch) starke Linke, (noch) relevante Rechtsextremisten und eine geringe Wahlbeteiligung. Dazu gehört auch die Bereitschaft, Koalitionen aus SPD und CDU überwiegend wohlwollend für das Land

zu akzeptieren und diese anderen möglichen Modellen vorzuziehen. Auf der anderen Seite haben sich auch die allgemeinen Trends der deutschen Politik ausgewirkt, vor allem die positive Konjunktur der Grünen, die nun auch im Osten jedes Parlament erreicht haben, und die anhaltende Schwäche der FDP, die sich nicht als für das Land notwendige politische Kraft präsentieren konnte. Das wird unterstrichen durch den Befund, dass eine relativ große Gruppe von 36 % sagte, die Politik im Bund sei für die Wahlentscheidung wichtiger als die im Land. Eine bürgerliche Mehrheit war bei dieser Wahl ohnehin nicht zu erwarten gewesen. Das Resultat hat aber die Ausgangsbedingungen für eine solche Mehrheit auch über Mecklenburg-Vorpommern hinaus nicht verbessert.

## 9. Die Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin vom 18. September 2011: Keine Verbesserung für das bürgerliche Lager, aber Stabilisierung für die CDU

### 9.1 Wahlergebnis und mögliche Regierungen

Die Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin vom 18. September 2011 war die letzte Landtagswahl des Jahres. Trends, die die vorherigen Wahlen beeinflusst hatten, waren auch diesmal wieder festzustellen. Zusätzlich machten sich einige Berliner Besonderheiten bemerkbar, die sich ebenfalls auswirkten und die Vergleichbarkeit mit anderen Wahlen insbesondere in den Flächenstaaten einschränkten. Der Amtsinhaber und populäre Spitzenkandidat der SPD, Klaus Wowereit, wurde wiedergewählt, musste aber Einbußen hinnehmen; er verlor sein Direktmandat und kam nicht wieder ins Abgeordnetenhaus. Die seit zehn Jahren amtierende Koalition aus SPD und PDS / Linken hat keine Mehrheit mehr, was vor allem am schlechten Ergebnis der Linken lag. Die SPD konnte sich entscheiden zwischen einer Koalition mit den Grünen, die sich mehr erhofften, und der CDU, die sich wieder stabilisieren konnte. Eine bürgerliche Mehrheit war ohnehin nicht in Reichweite und wurde durch das historisch schlechte Resultat der FDP in weite Ferne verschoben.<sup>17</sup>

Die SPD holte 413.332 und damit 28,3 % der Zweitstimmen (davon 28,8 % im Osten und 28,0 % im Westen); sie musste so einen Verlust von 2,5 Prozentpunkten hinnehmen. Die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Frank Henkel holte 341.158 und damit 23,4 % der Zweitstimmen (davon 29,5 % im Westen, aber nur 14,2 % im Osten) und konnte um 2,1 Punkte zulegen. Die Grünen mit ihrer Spitzenkandidatin Renate Künast bekamen 257.063, also 17,6 % der Zweitstimmen (20,4 % im Westen, 13,5 % im Osten) und gewannen 4,5 Prozentpunkte. Die Linke holte nur noch 171.050 und 11,7 % bei den Zweitstimmen (22,6 % im Osten, aber nur 4,3 % im Westen) und verlor 1,7 Punkte. Die FDP kam noch auf 1,8 % an Zweitstimmen (1,2 % im Osten, 2,3 % im Westen) und fiel mit ihren 26.943 aus dem Parlament. Die Piraten zogen mit 130.105 und 8,9 % der Zweitstimmen ins Parlament ein, davon 10,1 % im Osten und 8,1 % im Westen. Die sonstigen Parteien kamen auch noch auf 8,3 % der Zweitstimmen (im Osten 9,6 %, im Westen 7,4 %). Unter diesen blieben über der für die Wahlkampfkostenfinanzierung relevanten Marke von 1 % die NPD mit 31.241 Zweitstimmen und 2,1 %, die Tierschutzpartei mit 21.654 Stimmen und 1,5 %, Pro Deutschland mit 17.838 Stimmen und 1,2 % sowie Die Freiheit mit 14.073 Zweitstimmen und 1,0 %.

<sup>17</sup> Siehe Abgeordnetenhauswahl Berlin 2011. Eine Analyse der Wahl vom 18. September 2011, Infratest dimap Wahlreport, Berlin 2011; Wahl in Berlin. Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus vom 18. September 2011, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen 148/2011.

Bei den Erststimmen schnitten die großen Parteien besser ab: Die SPD holte 31,3 % und die CDU 25,6 %. Aber auch die Grünen holten mit 18,4 % ein besseres Ergebnis bei den Erststimmen; ebenso die Linke mit 12,6 %. Die FDP schnitt hingegen bei den Erststimmen traditionell schwächer ab und kam nur auf 1,4 %. Niedriger lagen bei den Erststimmen auch die Piraten mit 5,1 % und die NPD mit 0,9 %. Unter den Splittergruppen holte lediglich Pro Deutschland mit 2,6 % ein deutlich höheres Erststimmenresultat.

Die Wahlbeteiligung lag bei 60,2 % und war damit um 2,2 Punkte höher als 2006. Im Westen lag sie sogar bei 61,9 %, im Osten bei 57,8 %.

Anders als noch im vorläufigen Endergebnis ermittelt, wurden endgültig nur 149 Mandate vergeben. Davon erhielten die SPD 47 (davon 33 Direktmandate), die CDU 39 (25 Direktmandate), die Grünen 29 (davon 11 Direktmandate), die Linke 19 (9 Direktmandate) und die Piraten 15 Sitze. Damit hätte eine Regierung aus SPD und Grünen eine knappe Mehrheit, ein Bündnis aus SPD und CDU eine größere. Für die SPD wäre die Einbeziehung von Linken oder Piraten zusätzlich zu den Grünen nicht notwendig. Für die CDU wäre auch ein Bündnis mit den Grünen ohne eine Mehrheit. Bereits wenige Tage nach der Wahl entschied sich die SPD für eine Koalition mit den Grünen. Die Koalitionsverhandlungen wurden jedoch am 5. Oktober 2011 abgebrochen; stattdessen kündigte die SPD Verhandlungen mit der CDU an.<sup>18</sup> Im November 2011 wurde ein neuer Senat mit Vertretern aus SPD und CDU als Regierung gewählt.

## **9.2 Bewertungen und Einzelaspekte**

### **9.2.1 Einordnungen im Vergleich**

Für die CDU bedeutete das Resultat das zweitschlechteste Ergebnis bei Abgeordnetenhauswahlen in Berlin seit der Wiedervereinigung. Schon 2001 war sie aber fast auf diesem Niveau gewesen, das sie bei den Wahlen in Westberlin vor 1990 immer (bis auf 1950) deutlich überschritten hatte. Auch bei den Bundestagswahlen lag sie 2009 und 2005 etwas darunter, 2002 und 1998 nur etwas über ihrem jetzigen Wert.

Die SPD lag unter ihrem Wert der beiden letzten Abgeordnetenhauswahlen, aber noch deutlich über ihren Resultaten von 1999 und 1995. Bei der letzten Bundestagswahl war sie nur auf 20,2 % gekommen, nachdem sie bei den anderen Bundestagswahlen seit 1990 immer Werte zum Teil weit über 30 % erzielen konnte.

Die Grünen erzielten ein Rekordergebnis, waren aber 2006 und 1995 schon über 13 % gelandet. Bei den Bundestagswahlen lagen ihre Werte noch höher; 2009 kamen sie bereits auf 17,4 %.

---

<sup>18</sup> Niedermayer, Oskar: Die Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 18. September 2011: Grün war nur die Hoffnung, die Realität ist rot-schwarz, in: ZParl 1/2012, S. 18-35.

Die Linke hatte bisher nur 1990 schlechter abgeschnitten. 2001 war sie (als PDS) noch auf 22,6 % gekommen. Bei den Bundestagswahlen hatte sie zumeist zweistellige Werte erhalten und kam 2009 sogar auf 20,2 %.

Die FDP landete im Rekordtief, sie hatte allerdings auch 1995 und 1999 nur 2,5 % bzw. 2,2 % erzielt. Bei Bundestagswahlen hatte sie zumeist deutlich besser abgeschnitten und war 2009 noch auf 11,5 % gekommen.

Die sonstigen Parteien, von denen die Piraten den Löwenanteil holten, hatten in Berlin ebenfalls immer schon recht beachtlich abgeschnitten. Schon 2006 waren diese zusammen auf 12,9 % gekommen. Auch bei der Bundestagswahl 2009 holten sie zusammen 7,9 % und die Piraten bereits 3,4 %. Die NPD hatte bei der letzten Landtagswahl noch bei 2,6 % gelegen und bei den letzten beiden Bundestagswahlen jeweils 1,6 % geholt.

### **9.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen**

Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap konnte die SPD ihr Niveau gegenüber der letzten Wahl deswegen nicht halten, weil sie innerhalb und außerhalb des Lagers Stimmen abgab. Sie verlor 18.000 Stimmen an die Grünen, 14.000 an die Piraten und 12.000 an die CDU. Auch an die Linke musste sie noch 2.000 Stimmen abgeben. Von der FDP konnte sie hingegen 7.000 Stimmen holen, dazu 4.000 aus dem Nichtwählerlager und 5.000 von den sonstigen Parteien. Sie verlor zwar 13.000 Stimmen an den Generationenwechsel, holte aber 31.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen.

Die CDU musste lediglich 4.000 Stimmen an die Piraten abgeben, ansonsten war ihre Wanderungsbilanz positiv. Sie erhielt 30.000 Stimmen von der FDP, 12.000 von der SPD, 5.000 von den sonstigen Parteien und jeweils 1.000 Stimmen von Grünen und Linken. An den Generationenwechsel verlor sie 16.000 Stimmen, konnte aber ebenfalls 19.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen holen.

Die Grünen zeigten ebenfalls ein gemischtes Bild: Sie holten 18.000 Stimmen von der SPD, 9.000 von den Nichtwählern, 6.000 von sonstigen Parteien, 3.000 von der FDP und 2.000 von der Linken. Sie verloren jedoch 17.000 Stimmen an die Piraten und 1.000 an die CDU. Der Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen war erneut mit 5.000 Stimmen positiv; aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen holten sie sogar 49.000 Stimmen.

Die Linke gewann 3.000 Stimmen von den Nichtwählern, jeweils 2.000 von SPD und sonstigen Parteien sowie 1.000 von der FDP. Abgeben musste sie 13.000 Stimmen an die Piraten, 2.000 an die Grünen und 1.000 an die CDU. An den Generationenwechsel verlor sie 11.000 Stimmen, holte aber noch 5.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen.

Die FDP verlor in alle Richtungen: 30.000 an die CDU, 14.000 an die Nichtwähler, 7.000 an die SPD, 6.000 an die Piraten, 5.000 an sonstige

Parteien, 3.000 an die Grünen und 1.000 an die Linke. Auch an den Generationenwechsel verlor sie 5.000 Stimmen und nochmals 5.000 an den Saldo von Zu- und Fortgezogenen.

Genau umgekehrt zeigte sich das Bild für die Piraten: Ihre Stimmen kamen zu 23.000 aus dem Nichtwählerbereich. 22.000 Stimmen kamen von den sonstigen Parteien, 17.000 von den Grünen, 14.000 von der SPD und 13.000 von den Linken. Von der FDP kamen 6.000 Stimmen, von der CDU 4.000. Sie profitierten mit 12.000 Stimmen aus dem Generationenwechsel und mit 20.000 vom Saldo aus Zu- und Fortgezogenen.

Die sonstigen Parteien konnten nur aus dem FDP-Lager 4.000 Stimmen holen, verloren darüber hinaus aber in alle Richtungen. 22.000 Stimmen gingen an die Piraten, jeweils 6.000 Stimmen an Nichtwähler und die Grünen, jeweils 5.000 an SPD und CDU und noch 2.000 an die Linke. Der Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen war mit 2.000 Stimmen negativ, der aus Zu- und Fortgezogenen sogar mit 24.000.

Das Nichtwählerlager wurde mit 14.000 Stimmen von der FDP und 6.000 von den sonstigen Parteien gefüllt. Umgekehrt gingen 23.000 Stimmen an die Piraten, 9.000 an die Grünen, 4.000 an die SPD und 3.000 an die Linke.

### **9.2.3 Prognosen und Wirklichkeit**

Anders als in Mecklenburg-Vorpommern bei der Wahl zwei Wochen zuvor lagen für Berlin deutlich mehr publizierte Umfrageergebnisse über die gesamte Legislaturperiode zur Verfügung. Auch in den letzten Wochen und Monaten wurden zahlreiche demoskopische Daten produziert. Dabei wurde die SPD gegenüber ihrem realen Wert von 28,3 % in den Umfragen bis zuletzt deutlich überschätzt. In den letzten drei Umfragen lag sie nur bei Infratest dimap mit 29,5 % knapp unter der 30%-Marke, bei allen anderen Umfragen mit 32 % und 31 % deutlich darüber. Bei sämtlichen Umfragen in den Monaten zuvor war sie zumeist klar darüber angegeben worden.

Anders bei der CDU: Sie wurde gegenüber ihrem Wert von 23,4 % in den Umfragen etwas unterschätzt; lediglich Emnid hatte sie Ende August und Anfang September mit 24 % bzw. 23 % angegeben. Bei den letzten drei Umfragen erreichte sie bei den Instituten 21 % und 22 %.

Die Grünen kamen auf 17,6 %. Dieser Wert war in der letzten veröffentlichten Umfrage von INFO mit 18 % perfekt getroffen worden, die vorherigen Umfragen lagen jedoch mit 19 % bis 20 % im September deutlich höher. Noch im Juni und Juli waren Rekordwerte von 27 % und 29 % ermittelt worden. Dies deutet auf einen deutlichen Zustimmungsverlust in den letzten drei Monaten hin, der allerdings demoskopisch recht gut erfasst wurde.

Die Linke kam auf real 11,7 %. Alle Umfragen der letzten Wochen sprachen ihr 11 %, die letzte Umfrage 12 % zu, so dass ihr Ergebnis

ebenfalls sehr gut vorhergesagt wurde.

Die FDP erreichte nur 1,8 % und lag damit ebenfalls auf Höhe des Werts (2 %), den die letzte veröffentlichte Umfrage von INFO prognostiziert hatte. Diesen Wert hatte sie bei diesem Institut zuvor schon mehrfach erzielt, während die anderen Institute sie zumeist mit 3 % und 4 % bewerteten. Daher kann die Zustimmung zur FDP kurzfristig nochmals abgesackt sein. Das Scheitern an der 5%-Hürde wurde allerdings in den letzten Wochen von allen Instituten de facto so gesehen.

Die Piraten-Partei erreichte aus dem Stand 8,9 %, was von der letzten Umfrage von INFO ebenfalls mit 9 % punktgenau vorhergesagt wurde. Auch bei anderen Instituten erzielte sie in den letzten Wochen Werte oberhalb der 5%-Marke, die aber nicht so hoch lagen. Daher könnten die Piraten stark von kurzfristiger Mobilisierung profitiert haben.

Das Scheitern der sonstigen Parteien an der 5%-Hürde (insbesondere der NPD) war von allen Instituten im Vorfeld so gesehen worden.

#### **9.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft**

Bei der Aufschlüsselung nach dem Alter weist die SPD die für die Volksparteien in Westdeutschland typische Überrepräsentation älterer Wähler auf. Bei den Über-60-Jährigen kam sie laut Forschungsgruppe Wahlen auf 34 % und damit auf einen weit überdurchschnittlichen Wert, bei allen anderen Altersgruppen mit Werten um die 26 % klar darunter. Dabei schnitt sie bei allen Altersgruppen bei Frauen deutlich besser ab. Den besten Wert holte sie bei Frauen über 60 Jahren mit 36 %; den schlechtesten (bei den höchsten Verlusten) bei Männern von 18 bis 29 Jahren mit 25 %.

Noch deutlicher ausgeprägt war diese Verteilung bei der CDU: Sie holte bei den Über-60-Jährigen 33 %, bei den 45- bis 59-Jährigen nur noch 22 %, den 30- bis 44-Jährigen 19 % und bei den 18- bis 29-Jährigen 15 %. Damit lag sie in dieser Altersgruppe nicht nur hinter SPD und Grünen, sondern auch noch hinter den Piraten. Die CDU lag in allen Altersgruppen bei den Männern mit 24 % zu 23 % vorn; bei den Über-60-Jährigen lagen Männer und Frauen fast gleichauf.

Die Grünen hatten wie üblich ihre schwächste Altersgruppe bei den Über-60-Jährigen mit 9 %. Bei den 30- bis 44-Jährigen hatte sie mit 25 % ihren mit Abstand größten Wert, die anderen Gruppen lagen bei 20 %. Bei den Frauen lagen sie dabei zum Teil deutlich vorn: So waren sie bei den Frauen von 18 bis 29 und von 45 bis 59 Jahren zweitstärkste Partei hinter der SPD, bei den Frauen von 30 bis 44 Jahren sogar stärkste Partei.

Die Linke hingegen weist eine starke Überalterung in ihrer Wählerschaft auf: Bei den Über-60-Jährigen kam sie auf 15 %, den 45- bis 59-Jährigen noch auf 14 %. Bei den Jüngeren kam sie nur auf etwa 8 %. In allen Altersgruppen lagen die Männer vorn; bei den älteren Jahrgängen noch deutlicher.

Bei der FDP lässt sich kaum ein Schwerpunkt ausmachen; lediglich die 30- bis 44-Jährigen schienen etwas überdurchschnittlich vertreten zu sein. Generell schnitt sie bei den Männern in allen Altersgruppen etwas besser ab.

Die Piraten hatten ihren Schwerpunkt bei jüngeren Wählern: Sie kamen bei den 18- bis 29-Jährigen auf 15 %, den 30- bis 44-Jährigen auf 12 %, den 45- bis 59-Jährigen noch auf 9 % und den Über-60-Jährigen nur auf 4 %. Ihre Wähler waren eindeutig stärker männlich; in den Altersgruppen bis 44 Jahren holten sie bei den Männern doppelt so viele Stimmen wie bei den Frauen. Bei den Männern bis 29 Jahren wurden sie zweitstärkste Partei, bei denen von 30 bis 44 Jahren drittstärkste Partei.

Die NPD hatte ebenfalls klar überdurchschnittliche Werte bei den 18- bis 29-Jährigen (3,6 %) und den 30- bis 44-Jährigen (2,7 %). Bei den 45- bis 59-Jährigen kam sie noch auf 1,9 %, den Über-60-Jährigen nur auf 0,9 %. Wie üblich holte sie bei den Männern insgesamt fast doppelt so viele Stimmen wie bei den Frauen.

Die sonstigen Parteien wurden überdurchschnittlich gewählt von den 18- bis 29-Jährigen (11,1 %) und den 30- bis 44-Jährigen (7,0 %). Bei ihnen waren die Frauen insgesamt etwas stärker vertreten als die Männer. Bei den 18- bis 29-jährigen Frauen landeten sie immerhin insgesamt auf dem vierten Rang.

In Bezug auf den Beruf holte die SPD laut Forschungsgruppe Wahlen lediglich bei den Rentnern einen Zugewinn und schnitt mit 34 % deutlich überproportional ab. Bei den Arbeitern landete sie mit 33 % klar, bei den Angestellten und den in Ausbildung Befindlichen leicht über ihrem Gesamtwert. Deutlich unter ihrem Durchschnittswert blieb sie bei Arbeitslosen, Selbständigen und Beamten.

Die CDU holte ihren größten Gewinn bei den Beamten und landete bei ihnen mit 39 % weit über ihrem Durchschnittswert. Deutlich überdurchschnittlich schnitt sie auch bei den Rentnern ab, etwas darüber bei den Selbständigen. Bei den Angestellten lag sie im Durchschnitt, den Arbeitern etwas und den in Ausbildung Befindlichen sowie den Arbeitslosen deutlich darunter.

Die Grünen holten überdurchschnittliche Werte bei Selbständigen und Beamten sowie bei in Ausbildung Befindlichen und Arbeitslosen. Bei Angestellten landeten sie etwas, bei Arbeitern und Rentnern weit unter ihrem Durchschnittswert.

Die Linke hatte einen klaren Schwerpunkt mit überdurchschnittlichen Werten bei Rentnern, Arbeitslosen und Arbeitern. Weit darunter landete sie bei Selbständigen, in Ausbildung Befindlichen und Beamten.

Die FDP weist einen klaren Schwerpunkt bei den Selbständigen auf, wo sie aber auch die höchsten Verluste einfuhr. Bei Beamten kam sie etwas über den Durchschnitt, bei Angestellten, Rentnern und in Ausbildung

Befindlichen lag sie darunter. Weit darunter schnitt sie mit 0,4 % bei den Arbeitslosen ab.

Die Piraten holten weit überdurchschnittliche Werte bei in Ausbildung Befindlichen (dort kamen sie insgesamt auf den dritten Rang), bei Arbeitslosen (ebenfalls dritter Rang) und bei Selbständigen. Etwas darüber landeten sie bei den Arbeitern, etwas darunter bei den Angestellten und deutlich darunter bei Beamten und Rentnern.

Die sonstigen Parteien punkteten überdurchschnittlich bei in Ausbildung Befindlichen und Arbeitern sowie bei Arbeitslosen. Deutlich unter ihrem Durchschnittswert waren sie bei Selbständigen, Beamten und Rentnern.

Die Aufschlüsselung nach der formalen Bildung zeigt, dass SPD und CDU deutlich die klassischen Verteilungsmuster der Volksparteien aufweisen. Die SPD kam bei den Hauptschulabsolventen laut Forschungsgruppe Wahlen auf überdurchschnittliche 34 %, bei denen mit mittlerer Reife und Abitur noch auf 29 % und auf 27 %, bei den Hochschulabsolventen jedoch nur auf 24 %.

Auch die CDU holte bei den Hauptschulabsolventen mit 32 % ihren besten und einen weit überdurchschnittlichen Wert. Bei der nächsten Gruppe kam sie noch auf 27 %, während sie bei Abiturienten und Hochschulabsolventen nur auf weit unterdurchschnittliche 19 % bzw. 18 % kam.

Wie gewohnt verlief die Verteilung bei den Grünen spiegelbildlich: Sie kommen bei Akademikern auf 28 % und sind damit stärkste Partei. Bei Abiturienten sind sie mit 22 % zweitstärkste Partei. Bei den Wählern mit mittlerer Reife kamen sie noch auf 11 %, bei Hauptschulabsolventen nur auf 8 %.

Auch die Linke erzielte ein etwas überdurchschnittliches Resultat bei den Hochschulabsolventen mit 14 %. Bei allen anderen Gruppen landete sie etwas unter ihrem Durchschnittswert.

Die FDP ist ebenfalls recht gleichmäßig über die Bildungsgruppen verteilt; lediglich bei den Akademikern kam sie mit 2 % etwas über ihren Durchschnittswert.

Die Piraten holten bei den Abiturienten mit 13 % einen weit überdurchschnittlichen Wert. Bei Akademikern und Absolventen mit mittlerer Reife kamen sie knapp, bei Hauptschülern deutlicher unter den Durchschnitt.

Die NPD hatte ihre stärksten Gruppen bei den Hauptschülern und den Absolventen mit mittlerer Reife; bei den höher Qualifizierten lag sie deutlich unter ihrem Durchschnittswert.

Die sonstigen Parteien lagen sowohl bei den Hauptschülern als auch bei den Hochschulabsolventen deutlich unter, bei den anderen Gruppen über ihrem Durchschnittswert.

In Bezug auf die Konfession kam die SPD laut Forschungsgruppe Wahlen bei den Protestanten (bei allerdings den höchsten Verlusten) noch auf einen leicht überdurchschnittlichen Wert. Bei den Sonstigen lag sie knapp, bei den Katholiken etwas deutlicher unter ihrem Durchschnittswert.

Die CDU lag bei den Katholiken mit 34 % am deutlichsten über ihrem Durchschnittswert und kam auch bei den Protestanten mit 33 % klar darüber. Bei den Sonstigen lag sie hingegen mit 16 % weit darunter.

Auch die Grünen lagen bei den Katholiken stark und den Protestanten etwas über ihrem Durchschnittswert; bei den Sonstigen lagen sie etwa einen Prozentpunkt darunter.

Die Linke hingegen lag bei den Sonstigen mit 17 % weit über ihrem Durchschnittswert, bei den Protestanten und noch stärker bei den Katholiken weit darunter.

Die FDP lag bei den Katholiken etwas stärker über ihrem Durchschnittswert als bei den Protestanten und kam bei den Sonstigen ebenfalls nur auf einen unterdurchschnittlichen Wert.

Die Piraten holten bei den Sonstigen mit 11 % einen weit überdurchschnittlichen Wert. Bei den Katholiken und noch deutlicher bei den Protestanten blieben sie weit darunter.

Auch die NPD hatte bei den Sonstigen mit 2,5 % einen überdurchschnittlichen Wert und lag bei Katholiken und Protestanten deutlich darunter.

Eine ähnliche Verteilung zeigten auch die sonstigen Parteien: Auch dort waren Protestanten und Katholiken unter, die Sonstigen über ihrem Durchschnittswert.

### **9.3 Zusammenfassung**

Zwar brachte die Abgeordnetenhauswahl in Berlin das erwartete Ergebnis, dass Klaus Wowereit weiterhin als Regierender Bürgermeister amtierend kann. Im Detail zeigte das Resultat aber einige neue Akzente: Die SPD wurde zwar stärkste Partei, schnitt aber nicht so gut ab wie erwartet. Die Linke verzeichnete ebenfalls Verluste und war so nicht mehr in der Lage, sich in ihrer ehemaligen Hochburg für die Regierungsbildung anzubieten. Die CDU schnitt besser ab, als nach manchen Indikatoren zu erwarten gewesen war, während die FDP ihr nicht mehr vermeidbares desaströses Ergebnis einfuhr. Die Grünen holten einen Rekordwert, blieben aber ebenfalls hinter den Erwartungen zurück, die die Umfragen im Frühjahr geweckt hatten. Vom Ziel, stärkste Partei zu werden, waren sie weit entfernt. Die sonstigen Parteien, die in Berlin traditionell stark vertreten sind, holten sich wieder einen beachtlichen Anteil. Die Piraten kamen mit einem erstaunlichen Resultat ins Abgeordnetenhaus, wobei unklar bleibt, ob sie außerhalb urbaner Biotope wirklich Fuß fassen können. Die NPD

und andere Rechtsextremisten hatten (anders als die Republikaner Ende der 80er-Jahre) keine Chance mehr.

Der Spitzenkandidat der SPD, Klaus Wowereit, hatte stets einen komfortablen Vorsprung. So lag er laut Forschungsgruppe Wahlen zuletzt mit 49 % vor Frank Henkel von der CDU mit 22 % und Renate Künast von den Grünen mit 19 %. Im Osten war dabei seine Zustimmung mit 59 % weit höher als im Westen mit 42 %. Möglicherweise hätte die SPD ohne diesen Kandidatenbonus noch deutlich schlechter abgeschnitten. Im Vergleich erzielte er fast dieselbe positive Bewertung wie bei der letzten Wahl (+1,6 bzw. +1,7 auf einer Skala von +5 bis -5). Deutlich besser mit +0,3 schnitt Frank Henkel im Vergleich zum letzten Kandidaten der CDU ab, während die Kandidaten von Linken und Grünen fast gleich beurteilt wurden. Für die CDU hat also der Kandidateneffekt wohl noch bei der Verbesserung des Ergebnisses geholfen.

Laut Forschungsgruppe Wahlen wurde die SPD mit +1,6 insgesamt besser bewertet als 2006. Auch die CDU und die Grünen konnten sich leicht verbessern. Während die Linke in der Bewertung stagnierte, fiel die FDP auf einen extrem negativen Wert von -2,4. Auf dieser Basis war das Resultat für die Liberalen vorgezeichnet. Im Osten fiel die Bewertung von SPD und vor allem Linken deutlich besser aus; alle anderen Parteien außer den Piraten erhielten jeweils schlechtere Werte als in West-Berlin. Auch für die Arbeit im bisherigen Senat wurde die SPD mit +0,9, die Linke aber mit -0,5 bewertet. Von den Oppositionsparteien erreichten nur die Grünen mit 0,4% einen positiven Wert, die CDU war mit -0,3 leicht, die FDP mit -1,8 stark negativ.

Insgesamt sprach sich laut Infratest dimap eine Mehrheit von 51 % der Befragten für einen SPD-geführten Senat aus, einen Senat unter Führung der Grünen wollten 37 %. Bei den Koalitionsoptionen würden 35 % eine Koalition von SPD und Grünen präferieren, 23 % eine aus SPD und CDU. Nur 16 % sprachen sich für eine Fortführung von Rot-Rot aus und gar nur 10 % wollten eine schwarz-grüne Koalition. Laut Forschungsgruppe Wahlen fanden sogar 49 % eine Koalition von SPD und Grünen gut, eine aus SPD und CDU 33 % und von SPD und Linken 29 %.

Bei den Themen war laut Forschungsgruppe Wahlen am wichtigsten Bildung / Schulen vor Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Mieten / Wohnungsmarkt und Ausländer / Integration. Bei Infratest dimap erscheinen dieselbe Reihenfolge und zusätzlich das Thema Verkehr an sechster Stelle. Bei den Kompetenzen lag die CDU nur beim Thema Kriminalität vorn, ansonsten führte die SPD. Beim Thema Finanzen lag sie gleichauf mit der SPD. Bei Schule / Bildung lag sie zusammen mit den Grünen auf dem zweiten Platz, ebenso bei Wirtschaft und Zukunft. Bei der Ausländerpolitik lag sie hinter den Grünen auf dem dritten Platz, bei Soziales sogar hinter Grünen und Linken auf dem vierten Platz. Für die Volkspartei CDU wird

deutlich, wo sie ihre strukturellen Defizite hat.

Zwar sagten laut Forschungsgruppe Wahlen 70 % der Wähler, für sie sei die Situation im Land wahlentscheidend gewesen. Aber immerhin 25 % gaben die Politik im Bund als Grund an. Dies zeigt, dass der generelle politische Bundestrend hier seine Spuren hinterlassen hat.

Die letzte Wahl des Superwahljahres 2011 hat den Niedergang der FDP bestätigt. Für die CDU allein war dieses Ergebnis mindestens ein Trostpflaster, denn das Ende der rot-roten Bündnisoption im Land, ein leichter Zugewinn angesichts der aktuellen Lage und die Beteiligung an der Landesregierung konnten die Andeutung von Licht am Ende des Tunnels bedeuten. Dies umso mehr, als es sich bei den Wahlen im Jahr 2011 schon terminlich um klassische „midterm elections“ handelte, bei denen ein schlechtes Abschneiden der Regierungsparteien im Bund bei Landtagswahlen keine Überraschung ist. Eine bürgerliche Mehrheit aus CDU und FDP war schon vor der Wahl in Berlin aussichtslos und ist nachher nicht wahrscheinlicher geworden. Das bedeutet, dass sich die CDU weiterhin (in Berlin, aber auch darüber hinaus) strategisch um Bündnisoptionen jenseits einer Koalition mit den Liberalen bemühen musste. Nach dem Berliner Resultat schien eine große Koalition dabei von allen Alternativen wieder die plausibelste zu sein.

# 10. Die Wahl zum Landtag im Saarland vom 25. März 2012: Union wieder in der Regierung, diesmal mit Juniorpartner SPD

## 10.1 Wahlergebnis und mögliche Regierungen

Am 25. März 2012 musste im Saarland vorzeitig ein neues Parlament gewählt werden, weil die einzige „Jamaika-Koalition“ in Deutschland aus CDU, FDP und Grünen zerbrochen war. Ministerpräsidentin Annetegret Kramp-Karrenbauer von der CDU war erst kurz im Amt, da sie erst am 10. August 2011 das Amt von ihrem langjährigen Vorgänger Peter Müller, der Richter am Bundesverfassungsgericht wurde, übernommen hatte. Wegen Differenzen mit dem Koalitionspartner FDP kündigte sie am 18. Januar 2012 die Regierung auf – die Bekanntgabe erfolgte ausgerechnet am 6. Januar 2012 während des Dreikönigstreffens der Bundes-FDP in Stuttgart. Da der Landtag der Selbstauflösung am 26. Januar 2012 zustimmte, wurden vorgezogene Neuwahlen notwendig. Eine Fortsetzung dieser bisherigen ungewöhnlichen Koalition war daher nicht denkbar. Aber auch andere klassische Lagerkoalitionen wie CDU und FDP oder SPD und Grüne waren im Vorfeld unwahrscheinlich, da sich für beide Optionen keine rechnerische Mehrheit abzeichnete. Am wahrscheinlichsten wurde eine große Koalition gesehen, was beide Volksparteien vor der Wahl als Möglichkeit nicht ausschlossen und sogar offen propagierten. Insofern schien es nur darum zu gehen, ob diese neue Koalition von der bisherigen Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer oder dem Spitzenkandidaten der SPD, Heiko Maas, angeführt werden würde, da aufgrund der zuletzt veröffentlichten Umfragen beide großen Parteien etwa gleichauf lagen.<sup>19</sup> Am 9. Mai 2013 wurde Frau Kramp-Karrenbauer als Ministerpräsidentin dieser großen Koalition gewählt.

Die CDU erreichte 35,2 % der abgegebenen Stimmen (auf der Basis eines Erststimmenwahlrechts für Landes- und Wahlkreislisten der Parteien), legte damit 0,7 Punkte zu und wurde klar stärkste Partei. Sie bekam 169.617 Stimmen und damit fast 15.000 Stimmen weniger als bei der letzten Landtagswahl.

Die SPD konnte gegenüber ihrem Rekordtief 2009 deutlich zulegen und holte 30,6 %, damit 6 Punkte mehr als bei der letzten Wahl. Sie konnte fast 16.000 Stimmen zulegen und kam auf 147.170. Ihr Ziel, stärker als die CDU zu werden, hat sie damit klar verfehlt.

---

<sup>19</sup> Siehe Landtagswahl Saarland 2012. Eine Analyse der Wahl vom 25. März 2012, Infratest dimap Wahlreport, Berlin 2012; Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 25. März 2012, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen 149/2012.

Die Linke, die 2009 zu einem Rekordergebnis von 21,3 % gekommen war, erreichte mit ihrem Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine noch 16,1 %. Dies entsprach 77.612 Stimmen, einem Verlust von etwa 35.000. Damit hat sie gegenüber 2009 über ein Drittel ihrer Stimmen verloren.

Die Piraten zogen mit 7,4 % und 35.656 Stimmen erstmals in den saarländischen Landtag ein. Damit gelang ihnen nach Berlin zum zweiten Mal der Einzug in einen Landtag. Erstmals schnitten sie besser ab als die Grünen.

Die Grünen übersprangen mit 24.252 Stimmen und 5,0 % gerade noch die Hürde für den Eintritt in den Landtag. Sie mussten über 6.000 Stimmen, also etwa ein Fünftel, gegenüber 2009 abgeben.

Die FDP kam nur noch auf 1,2 % und 5.871 Stimmen und verfehlte damit den Einzug ins Parlament. Gegenüber 2009 verlor sie über 43.000 Stimmen – ein Verlust von 88 % gegenüber 2009.

Stärker als die FDP schnitt noch die Partei „Die Familie“ mit 1,7 % und 8.394 Stimmen ab. Fast so viel Stimmen erhielt die NPD mit 5.606 und 1,2 %. Unter ein Prozent und damit nicht mehr in den Genuss der Wahlkampfkostenfinanzierung kamen die Freien Wähler mit 0,9 % und 4.173 Stimmen.

Die Wahlbeteiligung ging deutlich zurück: Beteiligten sich 2009 noch 67,6 % der Wahlberechtigten, so sank deren Anteil bei dieser Wahl auf 61,6 %.

Das bürgerliche Lager aus CDU und FDP kam auf 36,4 %, den schlechtesten Wert bei Landtagswahlen im Saarland überhaupt. SPD und Grüne zusammen kamen auf 35,6 % und konnten sich damit deutlich verbessern, ohne aber in die Nähe der Mehrheitsfähigkeit zu rücken. Rechnet man die Linke hinzu, hätten alle drei Parteien wie bei der letzten Landtagswahl erneut 51,7 % erreicht.

Von den 51 zu vergebenden Sitzen im Landtag erhielt die CDU 19, die SPD 17, die Linke 9, die Piraten 4 und die Grünen 2 Sitze. Neben einer großen Koalition wäre also nur eine Koalition aus SPD und Linken rechnerisch mehrheitsfähig.<sup>20</sup>

## **10.2 Bewertungen und Einzelaspekte**

### **10.2.1 Einordnungen im Vergleich**

Für die CDU bedeutete das Resultat eine leichte Verbesserung gegenüber der letzten Landtagswahl, sie blieb aber weit hinter ihren Ergebnissen von 2004 und 1999 zurück. Nur 1990 hatte sie noch schlechter abgeschnitten. Gegenüber den letzten Bundestagswahlen 2009 und 2005, wo sie

---

<sup>20</sup> Winkler, Jürgen R.: Die saarländische Landtagswahl vom 25. März 2012: Von Jamaika zur Großen Koalition, in: ZParl 3/2012, S. 507-524.

mit knapp über 30 % abgeschnitten hatte, stellte dies ebenfalls eine Verbesserung dar. Mit Ausnahme von 1998 hatte sie aber auch dort immer deutlich bessere Ergebnisse erzielt.

Die SPD konnte sich gegenüber ihrem letzten Ergebnis deutlich verbessern und erreichte fast wieder den Wert von 2004 mit 30,8 %. Sie hatte allerdings in sämtlichen Landtagswahlen zuvor bis 1960 deutlich bessere Ergebnisse über 40 % und teilweise sogar einmal 1990 54,4 % erzielt. Auch im Vergleich zu den Bundestagswahlergebnissen bedeutete dieses Resultat nur eine Verbesserung gegenüber 2009 (24,7 %); bei früheren Wahlen bis 1972 hatte sie teilweise viel höhere Werte holen können.

Für die Grünen war ihr Resultat eine Verschlechterung, aber sie waren im Saarland bei Landtagswahlen noch nie über die 5,9 % der letzten Wahl hinausgekommen. Bei Bundestagswahlen hatten sie in der Vergangenheit etwas besser abgeschnitten (2009 6,8 %; 2002 7,6 %).

Die Linke hat stark verloren, aber angesichts ihrer kurzen Wahlgeschichte war dies immer noch klar das zweitbeste Resultat. Bei Bundestagswahlen war sie schon 2005 (18,5 %) ebenso wie 2009 (21,2 %) über ihrem Wert der Landtagswahl gelandet.

Für die FDP war es das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte bei Landtags- und Bundestagswahlen. Allerdings hatte sie 1994 und 1999 auch nur 2,1 % bzw. 2,6 % geholt. Bei Bundestagswahlen hatte sie immer bessere Resultate erzielt und bis auf 1994 und 1998 Werte klar über 5 %.

Die Piraten waren bei der letzten Landtagswahl nicht angetreten und erzielten daher aus dem Stand 7,4 %. Allerdings hatten sie bei der Bundestagswahl 2009 im Saarland schon 1,5 % erzielt und damit von der Wahlkampfkostenerstattung profitiert.

### **10.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen**

Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap waren bei der CDU erhebliche Bewegungen in beide Richtungen zu verzeichnen. So verlor sie netto 12.000 Stimmen an die Nichtwähler, 7.000 an die SPD, 6.000 an den Generationenwechsel, 4.000 an die Piraten und 3.000 an sonstige Parteien. Ohne den Gewinn von 1.000 Stimmen aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen, 2.000 Stimmen von der Linken und vor allem 12.000 von der FDP wäre sie nicht relativ stärkste Partei geworden. Nur die Tatsache, dass die Wahlbeteiligung niedrig war und – mit Ausnahme der Piraten – alle Parteien ans Nichtwählerlager abgeben mussten, rettete ihren Vorsprung.

Die SPD gab ebenfalls 7.000 Stimmen an die Nichtwähler und 3.000 an sonstige Parteien und 1.000 an den Generationenwechsel ab. Sie holte aber 8.000 Stimmen von der FDP, jeweils 7.000 von CDU und Linken und 6.000 von den Grünen sowie 1.000 aus der Bilanz von Zu- und Fortgezogenen. Bei der SPD scheint also – wenn auch auf niedrigerem Niveau

– eine breitere Mobilisierung auf Kosten der etablierten Parteien gelungen zu sein.

Die Grünen mussten 6.000 Stimmen an die SPD abgeben sowie 3.000 an die Piraten und 1.000 an die Nichtwähler. Ansonsten holten sie nur noch von der FDP 2.000 Stimmen, ohne die sie wohl nicht über die 5%-Hürde gekommen wären.

Selbst die Linke konnte noch 3.000 Stimmen aus dem Lager früherer FDP-Wähler holen. Ansonsten verlor sie in alle Richtungen: 17.000 Stimmen an die Nichtwähler, jeweils 7.000 an SPD und Piraten, jeweils 3.000 an den Generationenwechsel und den Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen und 2.000 an die CDU.

Die FDP verlor große Stimmenzahlen in alle Richtungen: 12.000 an die CDU, womit das bürgerliche Lager relativ am stärksten von den Verlusten der FDP profitierte. Aber es gingen auch 9.000 Stimmen an die Nichtwähler, 8.000 an die SPD, 4.000 an die Piraten, 3.000 an die Linke und jeweils 2.000 an Grüne, Sonstige, den Generationenwechsel und den Saldo aus Zu- und Fortgezogenen.

Die Piraten holten 8.000 ihrer Stimmen von den Nichtwählern und 7.000 von der Linken. Es kamen aber auch jeweils 4.000 Stimmen von der CDU und der FDP – immerhin der drittgrößte Posten. Der Zustrom aus dem bürgerlichen Lager war demnach ebenso groß wie der aus dem Nichtwählerbereich. Von Grünen, dem Generationenwechsel und Sonstigen kamen jeweils 3.000 Stimmen, aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen noch 2.000.

### **10.2.3 Prognosen und Wirklichkeit**

Da sich der vorgezogene Wahltermin erst Anfang des Jahres 2012 materialisierte, liegen die meisten veröffentlichten Umfragen aus der Zeit danach vor. Ansonsten zeigte die Demoskopie wenig Interesse am Saarland, weshalb in den Jahren von 2009 bis 2011 nur jeweils eine Umfrage publiziert wurde. Nachdem die SPD in den ersten Umfragen noch leicht vor der CDU gelegen hatte, gingen die beiden letzten Befragungen von einem Kopf-an-Kopf-Rennen der großen Parteien aus. Die Grünen wurden dabei jeweils mit 5 % bewertet. Die Piraten bekamen jeweils 6 % und wurden im Parlament gesehen, was die FDP laut dieser Studien klar verpassen würde. Die Linke wurde mit 15 % bzw. 16 % bewertet und hätte damit deutlich gegenüber der vorigen Wahl am 30. August 2009 eingebüßt.

Wie oft bei Wahlen in Deutschland wurden auch diesmal nicht alle Parteien gleichermaßen präzise vorhergesagt. Die CDU wurde mit ihrem realen Wert von 35,2 % etwas unterschätzt, während die SPD, die am Ende 30,6 % bekam, in den veröffentlichten Umfragen deutlich höher bewertet worden war. Möglicherweise muss in Rechnung gestellt werden, dass die letzten publizierten Umfragen von Forschungsgruppe Wahlen und Infratest

dimap gut zehn Tage vor dem Wahltermin durchgeführt worden waren.

Die Grünen wurden andererseits präzise prognostiziert. Auch der Wert für die FDP ist angesichts der geringen Stimmenzahl in den letzten Prognosen mit 3 % und 2 % gut vorhergesehen worden. Auch die Linke wurde mit 16 % und 15 % gut getroffen. Die Piraten hingegen wurden angesichts ihrer realen 7,4 % mit der Prognose von 6 % etwas unterschätzt.

Das Scheitern der sonstigen Parteien an der 5-%-Hürde (insbesondere der NPD und der Freien Wähler) war von allen Instituten im Vorfeld so gesehen worden.

Auch die Lager wurden insgesamt gut erfasst: Schwarz-Gelb wurde sehr gut prognostiziert, während Rot-Grün etwas zu niedrig angegeben wurde. Rechnet man die Linke hinzu, wäre die Prognose für Rot-Rot-Grün wieder genauer ausgefallen. Angesichts der im Vorfeld klaren Perspektive einer großen Koalition waren diese Vorhersagen kaum von Bedeutung.

### **10.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft**

Bei der Aufschlüsselung nach dem Alter weist die CDU am deutlichsten die für die Volksparteien in Westdeutschland typische Überrepräsentation älterer Wähler auf. Bei den Über-60-Jährigen kam sie laut Forschungsgruppe Wahlen auf 46 % und damit auf einen weit überdurchschnittlichen Wert, bei allen anderen Altersgruppen klar darunter. So holte sie bei den 45- bis 59-Jährigen noch 32 %, bei den 30- bis 44-Jährigen 29 % und den 18- bis 29-Jährigen nur 25 %. Insgesamt schnitt sie auch laut Infratest dimap bei den Frauen mit 37 % deutlich besser ab als bei den Männern mit 33 %. Bei Männern wie Frauen musste die CDU in den Altersgruppen unter 35 Jahren Verluste hinnehmen, während sie in den älteren Jahrgängen stagnierte oder zumeist sogar zulegte.

Weniger deutlich ausgeprägt war diese Verteilung bei der SPD: Sie holte bei den Über-60-Jährigen 32 %, bei den 45- bis 59-Jährigen ebenfalls noch 32 %, den 30- bis 44-Jährigen 28 % und bei den 18- bis 29-Jährigen 29 %. Damit lag sie bei den jüngsten Wählern vor der CDU auf dem ersten Platz. Auch die SPD holte bei den Frauen laut Infratest dimap mit 31 % einen etwas besseren Wert als bei den Männern mit 30 %. Sie konnte in allen Altersgruppen zulegen mit Ausnahme der jungen Männer bis 24 Jahren.

Die Grünen hatten wie üblich ihre schwächste Altersgruppe bei den Über-60-Jährigen mit 2 %. Bei den 30- bis 44-Jährigen und den 18- bis 29-Jährigen kamen sie auf ihren besten Wert von 7 %, lagen damit aber deutlich hinter den Piraten zurück. Bei den Frauen lagen sie dabei zum Teil deutlich vorn: So waren sie bei den Frauen von 18 bis 29 und von 45 bis 59 Jahren zweitstärkste Partei hinter der SPD, bei den Frauen von 30 bis 44 Jahren sogar stärkste Partei. Wie bei den meisten Wahlen holten sie sich laut Infratest dimap auch hier wieder bei den Frauen mit 6 % deutlich

mehr Stimmen als bei den Männern mit 4 %.

Die Linke hingegen wies eine für den Westen typische Verteilung in ihrer Wählerschaft mit Schwerpunkt auf den 45- bis 59-Jährigen auf. Bei den Über-60-Jährigen kam sie auf 15 % (laut Forschungsgruppe Wahlen sogar nur auf 11 %), den 45- bis 59-Jährigen hingegen auf 19 %. Bei den Jüngeren kam sie nur auf etwa 14 % bzw. 12 %. In allen Altersgruppen lagen die Männer vorn; bei den älteren Jahrgängen noch deutlicher. Typisch war auch die Verteilung der Stimmen über die Geschlechter: So kam sie laut Infratest dimap bei den Männern auf 18 %, bei den Frauen jedoch nur auf 14 %.

Bei der FDP ließ sich kaum ein Schwerpunkt ausmachen; lediglich bei den 18- bis 29-Jährigen scheint sie etwas überdurchschnittlich vertreten zu sein. Generell schnitt sie bei den Männern in allen Altersgruppen etwas besser ab. Ein Unterschied zwischen den Geschlechtern ist nicht zu erkennen.

Die Piraten hatten ihren Schwerpunkt bei jüngeren Wählern: Sie kamen bei den 18- bis 29-Jährigen auf 18 % (den Erstwählern laut Infratest dimap sogar auf 23 %, den männlichen Erstwählern auf 27 %), den 30- bis 44-Jährigen auf 12 %, den 45- bis 59-Jährigen noch auf 6 % und den Über-60-Jährigen nur auf 2 %. Auch ihre Wählerschaft ist männlich dominiert; laut Infratest dimap holten sie bei den Männern 9 %, bei den Frauen hingegen nur 6 %.

In Bezug auf den Beruf holte die CDU laut Infratest dimap nur unterdurchschnittliche Werte bei Arbeitern (18 %) und Arbeitslosen (23 %). Überdurchschnittliche Werte erzielte sie bei den Rentnern (46 %), den Beamten (41 %) und den Selbständigen (40 %). Bei den Angestellten landete sie mit 33 % leicht unter ihrem Durchschnittswert. Gewinne erzielen konnte sie bei Selbständigen, Arbeitslosen, Rentnern und Angestellten.

Die SPD hingegen wurde bei Arbeitern und Arbeitslosen (35 % bzw. 30 %) stärkste Partei. Auch bei den Beamten (32 %), Rentnern (31 %) und den Angestellten (30 %) lag sie etwa im Durchschnitt, während sie bei den Selbständigen (18 %) deutlich darunter landete. Mit Ausnahme der Selbständigen konnte die SPD in allen Berufsgruppen dazu gewinnen.

Die Linke schnitt bei Arbeitern (27 %) und Arbeitslosen (26 %) überdurchschnittlich ab und wurde dort jeweils zweitstärkste Partei. Unterdurchschnittliche Werte holte sie bei den Angestellten (15 %), Rentnern (14 %), den Beamten (8 %) und den Selbständigen mit 13 %. Bei den beiden letzten Gruppen stagnierte sie bzw. legte leicht dazu, in allen anderen Gruppen verzeichnete sie zum Teil heftige Verluste.

Auch die Piratenpartei schnitt bei den Arbeitern (11 %) und den Arbeitslosen (9 %) überdurchschnittlich ab. Ihren besten Wert holte sie bei den Selbständigen mit 12 %. Etwas schlechter schnitt sie bei Angestellten

mit 9 % und Beamten mit 6 %, deutlich schlechter bei den Rentnern mit 2 % ab.

Die Grünen holten – wie gewohnt – bei Arbeitern (1 %) und Arbeitslosen (2 %) nur unterdurchschnittliche Werte. Ihre Schwerpunkte lagen bei den Selbständigen (8 %), den Beamten (8 %) und den Angestellten (6 %), bei den Rentnern kamen sie nur auf 3 %.

Bei der FDP sind detaillierte Aussagen aufgrund der vorhandenen Daten schwierig, aber vor allem bei Arbeitern und Arbeitslosen hat sie wohl deutlich unterdurchschnittlich abgeschnitten. Ihre besten Werte holte sie bei den Selbständigen mit 5 %, dort allerdings auch mit den größten Verlusten. Besonders stark verloren hat sie auch bei Angestellten und Beamten.

Bei der Aufschlüsselung nach der formalen Bildung zeigt sich, dass die CDU – anders als bei klassischen Volksparteien üblich – am stärksten mit den formal hoch Gebildeten (39 %) abgeschnitten hat. In der mittleren Gruppe kam sie laut Infratest dimap auf 36 % und den formal gering Qualifizierten auf 31 %.

Die SPD weist umgekehrt die klassische Verteilung auf: Ihren besten Wert mit 35 % holte sie bei den niedrig Qualifizierten, in der mittleren Gruppe kam sie auf 29 % und bei den formal hoch Qualifizierten auf 28 %.

Noch deutlicher ist dieser Unterschied in der Wählerstruktur bei der Linken: In der untersten Gruppe holte sie 23 %, in der mittleren 17 % und in der obersten nur 9 %.

Bei den Grünen ist die Verteilung typischerweise genau umgekehrt: Bei den formal hoch Qualifizierten kamen sie auf 9 %, in den beiden anderen Gruppen nur jeweils auf 3 %.

Auch die Piraten hatten mit 9 % ihren Schwerpunkt bei den formal hoch Qualifizierten; sie holten aber auch in der mittleren Gruppe 9 %, während sie in der untersten Gruppe noch auf 5 % kamen.

Bei der FDP sind angesichts der Größenordnungen Aussagen schwierig, aber sie scheint wieder ein Übergewicht in der obersten Gruppe zu haben.

In Bezug auf die Konfession holte die CDU laut Infratest dimap bei den Katholiken mit 41 % ihren besten Wert. Bei den Protestanten kam sie auf deutlich unterdurchschnittliche 26 % (FG Wahlen: 25 %), den Sonstigen auf 24 % (laut FG Wahlen aber nur 19 %).

Die SPD war umgekehrt bei den Protestanten mit 36 % (FG Wahlen: 41 %) klar überdurchschnittlich vertreten, bei den Katholiken nur mit 29 % (FG Wahlen: 28 %) und den Sonstigen mit 31 % (FG Wahlen: 26 %).

Die Linke hatte mit 20 % (FG Wahlen: 24 %) ihren Schwerpunkt bei den Sonstigen und lag bei den Protestanten mit 18 % (FG Wahlen: 16 %) über, bei den Katholiken mit 15 % unter ihrem Durchschnittswert.

Ähnlich war die Struktur bei den Grünen: Auch sie lagen bei den Sonstigen mit 7 % (FG Wahlen: 9 %) klar über dem Durchschnitt, kamen bei

den Protestanten auf 6 % (FG Wahlen: 7 %) und den Katholiken auf 4 %.

Bei den Piraten wiederholte sich dieses Bild: Sie kamen bei den Sonstigen auf überdurchschnittliche 14 %, den Protestanten auf 7 % (FG Wahlen: 6 %) und den Katholiken auf 6 % (FG Wahlen: 7 %).

### **10.3 Zusammenfassung**

Bei nur 797.512 Wahlberechtigten ist das Saarland eines der kleinsten Wahlgebiete auf Landesebene in Deutschland. Daher ist die Aussagekraft einer solchen Landtagswahl auf die Bundespolitik nur beschränkt. Auf der anderen Seite war diese Wahl die erste von drei vorgezogenen Wahlen 2012 und konnte daher zumindest als Trendindikator gesehen werden. Die Tatsache, dass die Union angesichts des prognostizierten Kopf-an-Kopf-Rennens deutlich vor der SPD stärkste Partei wurde, konnte sicher als ermutigendes Zeichen gewertet werden. Auf der anderen Seite hatte die CDU nur die SPD als möglichen Koalitionspartner; eine Koalition mit der FDP wäre nicht mehr möglich und selbst für Schwarz-Grün wäre nicht einmal eine hypothetische Möglichkeit vorhanden. Die SPD könnte zumindest theoretisch mit der Linken eine Regierung bilden und war daher strategisch in einer besseren Position.

Die große Koalition war nicht nur im Vorfeld als einziges realistisches Bündnis avisiert worden, sondern es wurde auch von der Bevölkerung für gut befunden. Laut Infratest dimap befürworteten 45 % eine solche Koalition unter der Führung der CDU, nur jeweils 25 % sprachen sich für Rot-Rot oder Rot-Grün aus. 79 % sagten, nach der Jamaika-Koalition (die nur 21 % positiv bewerteten) braucht es eine starke Regierung, und 58 % meinten, eine große Koalition könne die Probleme des Landes besser lösen.

Die beiden großen Parteien waren auch im Vorfeld der Wahl mit Abstand die beliebtesten Gruppierungen. Laut Forschungsgruppe Wahlen kam die CDU auf einer Skala von +5 bis -5 auf 1,1 und damit deutlich über den Wert der Bundes-CDU mit 0,6. Die SPD kam auf 1,6 (Bundes-SPD 0,8), während die Linke insgesamt negativ abschnitt (-0,9 Land, -1,1 Bund). Interessant sind auch die Werte der anderen Parteien: Während die Bundes-FDP mit +0,3 bewertet wurde, landete die Landes-FDP auf einem negativen Rekordwert von -2,1. Auch die Grünen im Land wurden mit -0,2 negativ bewertet, während die Grünen im Bund auf 0,2 kamen. Schließlich wurden die Piraten trotz ihres Erfolges insgesamt mit -1,3 sehr schlecht beurteilt.

Auch die Spitzenkandidaten wurden mit 1,8 (Annegret Kramp-Karrenbauer) und 1,9 (Heiko Maas) sehr gut bewertet. Laut Forschungsgruppe Wahlen befürworteten 45 % Maas und 40 % Kramp-Karrenbauer als Ministerpräsidenten. Bei Infratest dimap lag Frau Kramp-Karrenbauer mit 46 % zu 42 % vorn; in der Zufriedenheit mit 59 % zu 55 %. Dieses Institut

sah sie auch bei den Werten Führungsstärke, Sympathie und Glaubwürdigkeit vor Heiko Maas. Laut Forschungsgruppe Wahlen wurde sie auch von 64 % als gute Ministerpräsidentin beurteilt – noch um sechs Punkte höher als ihr Vorgänger Peter Müller 2009.

Auch bei den Parteikompetenzen lagen die beiden großen Parteien vorn. Laut Forschungsgruppe Wahlen lagen SPD und CDU beim Thema Arbeitsmarkt und Jobs mit 30 % bzw. 29 % fast gleichauf. Bei den Finanzen lag die CDU mit 30 % zu 25 % vor der SPD, während diese beim Thema Bildung mit 33 % zu 26 % gegenüber der Union in Front lag. Auch bei der sozialen Gerechtigkeit lag die SPD mit 39 % weit vor der CDU mit 19 % (dort holte auch die Linke mit 17 % ihren besten Wert). Bei der Wirtschaft hatte die CDU einen Vorsprung von 31 % zu 28 % vor der SPD, während bei der allgemeinen Frage nach der Gestaltung der Zukunft CDU und SPD mit jeweils 29 % wieder gleichauf lagen. Auch laut Infratest dimap lag die CDU in den Kompetenzen bei den Themen Wirtschaft (45 %) und Arbeitsplätze (37 %) vorn. Die SPD führte beim Thema angemessene Löhne (45 %) und soziale Gerechtigkeit (42 %), wo die Linke bei diesem Institut auf 21 % kam. Bei der Bildungspolitik lagen Union und SPD mit 34 % gleichauf. Die Grünen lagen laut Infratest bei der Umweltpolitik mit 53 % vorn. Insgesamt konnten also CDU und SPD die Kompetenzvermutung in den wichtigsten Themenfeldern bei sich behalten und gaben nichts an kleinere Konkurrenzparteien ab

Laut Infratest dimap war bei dieser Wahl für die gesamte Wählerschaft das wichtigste wahlentscheidende Thema die soziale Gerechtigkeit mit 35 % der Nennungen. Davon konnte aber die SPD offenbar nur teilweise profitieren: Für deren Wähler war dies zwar auch bei 44 % das wichtigste Thema, bei der Linken galt dies jedoch für 57 % ihrer Wähler und immerhin auch für 40 % der Wähler der Piratenpartei. Für die CDU-Wähler war hingegen für 48 % die Wirtschaftspolitik wahlentscheidend; dies galt auch für 54 % der FDP-Wähler. Für die CDU-Wähler lag die Bildungspolitik mit 22 % auf dem zweiten Platz, was selbst bei Grünen und Piraten nur auf den dritten Platz kam. Möglicherweise konnte die CDU in diesem Politikfeld mobilisieren, während der SPD dies im Bereich der sozialen Gerechtigkeit gegenüber ihren Konkurrenten so nicht gelang. Bei den Grünen stand die Energiepolitik und den Piraten die Netzpolitik an zweiter Stelle, was die jeweiligen Schwerpunkte der Mobilisierung unterstreicht. Insgesamt wurde deutlich, dass die Piraten zu großen Teilen als Protestpartei gesehen wurden. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass der Wahlausgang nur im Hinblick auf die Frage nach der Person des Ministerpräsidenten unentschieden war. Laut Infratest dimap sagten 94 % aller Wähler, die Piraten seien eine gute Alternative für Nichtwähler. Sie seien eine gute Alternative zu den etablierten Parteien meinten 84 %, sie sorgen dafür, dass Politik offener und transparenter wird, meinten 83 %

und 79 % gaben an, sie sorgen dafür, dass auch mal die Jüngeren was zu sagen haben.

Aus dieser Landtagswahl ist die CDU als Sieger hervorgegangen und stellt wieder die Regierungschefin im Land. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass netto Stimmen verloren gingen. Die Verteilung über die Altersgruppen weist auf eine deutliche Unterrepräsentation in den Altersgruppen unter 60 Jahren hin. Immerhin konnte die CDU in allen Altersgruppen ein Übergewicht der weiblichen Stimmen erreichen und sie blieb in allen Altersgruppen stärkste oder zweitstärkste Partei. Auch die Analyse der Wählerwanderungen deutet darauf hin, dass der CDU keine zusätzliche Mobilisierung außerhalb der ehemaligen FDP-Wähler gelungen ist – aber diese wurden auch von anderen Parteien aufgesogen. Strukturell steht die SPD bezogen auf ihre Wählerschaft etwas besser da, aber auch ihr ist es nicht gelungen, ausreichend zu mobilisieren, um mehrheitsfähig zu werden. Neben der FDP lieferten ihr die Grünen Stimmen, die paradoxerweise ohne einen mäßigen Zustrom ehemaliger FDP-Wähler nicht ins Parlament gekommen wären. Ein vergleichbarer Zustrom hat den Linken hingegen nichts mehr genutzt, vor allem deswegen, weil wohl viele Protestwähler wieder ins Nichtwählerlager oder zu den Piraten gingen. Diese holten knapp die Hälfte ihrer Stimmen von Nichtwählern, SPD oder Grünen; dies war aber relativ weniger als bei der Berliner Wahl im September 2011. Immerhin kam ein gutes Fünftel ihrer Stimmen diesmal aus dem bürgerlichen Lager von CDU und FDP. Sollte sich dies als Trend etablieren, könnte dies zusätzliche Mobilisierungsprobleme für das bürgerliche Lager bedeuten.

Aus der Perspektive des Jahres 2009 wäre 2012 ein wahlfreies Jahr gewesen. Mittlerweile fanden schon drei vorgezogene Wahlen statt, bei denen die Landtagswahl im Saarland den Auftakt bildete. Die CDU hat die Wahl gewonnen und kann wieder die Regierungschefin stellen. Die Tatsache, dass sie aber außer der vor der Wahl propagierten großen Koalition mit der SPD keine Koalitionsoption hat, konnte sich auf die folgenden Wahlen auswirken. Sicher haben im kleinen saarländischen Wahlgebiet Sonderfaktoren eine Rolle gespielt wie die Präferenzen der Spitzenkandidaten oder die Rolle Oskar Lafontaines, die der Linken trotz Verlusten wieder ein Resultat über dem gesamtdeutschen Durchschnitt beschert hat. Andererseits deutet das Abschneiden der FDP oder der Erfolg der Piraten auf eine Parallelität zu bundesdeutschen Trends hin. Wenn sich die Tendenz zur Ausweitung des Parteiensystems weiter fortsetzt, wird der Druck, neue Bündnisse finden zu müssen, weiter ansteigen. Es hat sich gezeigt, dass immer wieder neue kleine Parteien in die Angebotsstruktur des Parteiensystems hineinwachsen. Die FDP schien am stärksten durch diese neue Konkurrenzsituation zu leiden, aber auch die Grünen spürten den Wettbewerb durch die Piraten. Auch für die Linke blieb vorerst eine

---

Nische im Parteienspektrum und selbst die Freien Wähler könnten (zumindest in Süddeutschland) auch weiterhin ein ernstzunehmender Akteur bleiben. Die Schwäche einzelner kleiner Anbieter mag für eine kurzfristige Erholung der Volksparteien sorgen, hat aber nicht das Verschwinden dieser Kleinen zur Folge. Bleib die FDP schwach, dann hatte die Union keine andere Alternative außer weiterer großer Koalitionen, wenn sie nicht ganz neue Bündnisse mit Grünen und / oder Piraten eingehen will. Eine offensichtliche Strategie der Union, im Hinblick auf die Bundestagswahl 2013 diese große Koalition für den Bund und für andere Länder anzustreben, könnte die kleinen Parteien weiter stärken – wenn auch nicht alle gleichermaßen. Die SPD ihrerseits könnte dies durchkreuzen, indem sie früher funktionierende Bündnisse neuer Art zu bewerkstelligen versucht, also etwa neue „Ampel“-Koalitionen oder eine Koalition mit Grünen und Piraten. Je unwahrscheinlicher die klassischen Lagerkoalitionen aus Union und FDP oder SPD und Grünen werden, desto schneller würden solche Alternativen ausprobiert werden müssen. Für die SPD hätte dies zusätzlich den Vorteil, der Frage nach einem Bündnis mit der Linken aus dem Weg gehen zu können und zu versuchen, deren Wählerpotenzial teilweise wieder aufsaugen zu können. Die große Koalition im Saarland kam zustande, weil ein neuartiges Bündnis aus CDU, Grünen und FDP zerbrochen war. Ob dies ein Vorbild für die künftigen Wahlen sein konnte, war unklar. Auch für die Union gilt, dass eine große Koalition mit der SPD prinzipiell Mobilisierungsprobleme verstärken könnte. Selbst wenn eine solche Koalition für die Bundestagswahl 2013 eine zentrale Option blieb, sollte unbedingt versucht werden, weiterhin neue Bündnisformen zu erproben. Nur so könnten die Lagerstrukturen der Zukunft wachsen.



# 11. Die Wahl zum Landtag in Schleswig-Holstein vom 6. Mai 2012: Keine bürgerliche Mehrheit trotz Erholung der FDP

## 11.1 Wahlergebnis und mögliche Regierungen

Bei der Wahl zum Kieler Landtag vom 6. Mai 2012 handelte es sich erneut um eine Wahl, die vor Beendigung der regulären Legislaturperiode durchgeführt werden musste. Die Neuwahl kam zustande, weil nach der letzten Landtagswahl (die zeitgleich zur Bundestagswahl am 27. September 2009 stattgefunden hatte) von den Grünen und dem Südschleswigschen Wählerverband (SSW) Wahlprüfungsbeschwerden vor dem neu geschaffenen Landesverfassungsgericht wegen der Regelung der Ausgleichsmandate erhoben worden waren. Dieses hat mit Urteil vom 30. August 2010 die Wahlperiode des 17. Landtages zeitlich beschränkt und festgelegt, dass spätestens bis zum 30. September 2012 eine Neuwahl des Landtages stattfinden muss. Die Landesregierung hat am 7. Juni 2011 beschlossen, die Landtagswahl am 6. Mai 2012 durchzuführen.<sup>21</sup>

Die CDU holte 408.637 Zweitstimmen, das entsprach einem Anteil von 30,8 %. Bei den Erststimmen war sie mit 485.709 deutlich stärker. Damit lag sie vor der SPD mit 30,4 %, die auf 404.048 Zweitstimmen und 472.752 Erststimmen kam. Für die CDU bedeutete dies einen leichten prozentualen Rückgang von -0,7 Punkten; die SPD konnte 5,0 Prozentpunkte zulegen. Fast alle Parteien hatten Verluste an absoluten Stimmen zu verzeichnen, weil die Wahlbeteiligung bei der letzten, parallel zur Bundestagswahl durchgeführten Landtagswahl deutlich höher gewesen war. Bei der CDU betrug der Verlust fast 103.000 Stimmen, bei der SPD trotz prozentualem Gewinn noch etwa 4.000.

Die Grünen kamen auf 174.953 oder 13,2 % der Zweitstimmen, ein Zugewinn von 0,8 Punkten. Auch dies entsprach einem Verlust von über 24.000 Stimmen gegenüber 2009. An Erststimmen holten sie mit 139.888 deutlich weniger als die Volksparteien.

Die FDP kam auf 8,2 % und zog deutlich in den Landtag ein, auch wenn ihr Resultat 6,7 Prozentpunkte niedriger lag. Sie holte 108.953 Zweitstimmen, weniger als die Hälfte als bei der letzten Landtagswahl. Auch ihr Erststimmenwert lag mit 56.493 deutlich niedriger.

Die Piraten erzielten ebenfalls 8,2 % und zogen mit einem Gewinn von 6,4 Punkten erstmals in den Landtag ein. Mit 108.902 Zweitstimmen lagen sie knapp hinter der FDP, holten aber mit 97.335 deutlich mehr Erststimmen.

---

<sup>21</sup> Siehe Landtagswahl Schleswig-Holstein 2012. Eine Analyse der Wahl vom 6. Mai 2012, Infratest dimap Wahreport, Berlin 2012; Wahl in Schleswig-Holstein. Eine Analyse der Landtagswahl vom 6. Mai 2012, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen 150/2012.

Der SSW, der von der 5-%-Hürde befreit ist, zog mit 61.025 oder 4,6 % der Zweitstimmen – ein leichter Zuwachs von 0,3 Punkten – in den Landtag ein. Dies waren aber auch über 8.000 Stimmen weniger als 2009. Bei den Erststimmen lag er mit 32.565 deutlich niedriger.

Die Linke holte noch 2,2 % der Zweitstimmen – ein Verlust von 3,8 Punkten – und verpasste den Einzug in den Landtag. Sie holte noch 29.900 Zweitstimmen – weniger als ein Drittel von 2009. Immerhin holte sie 32.090 Erststimmen.

Von den sonstigen Parteien kam nur die Partei Die Familie auf 1 % der Zweitstimmen und damit in Reichweite der Wahlkampfkostenerstattung.

Die Wahlbeteiligung lag bei 60,2 % und damit deutlich unter den 73,6 % der letzten Wahl parallel zur Bundestagswahl.

Die CDU holte 22 Mandate; alle davon waren Direktmandate, so dass kein Listenbewerber den Einzug ins Parlament schaffte. Dies galt auch für den Spitzenkandidaten, Jost de Jager, der erst relativ kurzfristig nominiert worden war und nicht in einem Wahlkreis kandidierte. Die SPD holte ebenfalls 22 Mandate, die Grünen 10, die FDP und die Piraten jeweils 6 sowie der SSW 3. Damit wäre eine schwarz-gelbe Mehrheit unmöglich, ebenso wie ein Bündnis aus SPD und Grünen. Neben einer großen Koalition wären nur mindestens Dreierbündnisse mehrheitsbildend. Unmittelbar nach der Wahl strebte die SPD ein Bündnis mit den Grünen und dem SSW („Dänen-Ampel“) an.<sup>22</sup> Am 12. Juni 2012 wurde diese Landesregierung unter dem Ministerpräsidenten Torsten Albig gebildet.

## **11.2 Bewertungen und Einzelaspekte**

### **11.2.1 Einordnungen im Vergleich**

Für die CDU bedeutete das prozentuale Ergebnis den schlechtesten Wert seit 1950. Allerdings hatte sie bei zahlreichen Landtagswahlen in der Geschichte des Landes nur knapp über der 30-%-Marke abgeschlossen. Bei Bundestagswahlen lagen die Werte zumeist höher, 2009 aber auch nur bei 32,2 %. Insofern lag das Resultat im Rahmen, auch wenn es deutlich hinter dem Spitzenwert von 40,2 % bei der Landtagswahl 2005 zurücklag.

Die SPD hat sich gegenüber der letzten Landtagswahl klar verbessert. Ihr Wert lag aber immer noch deutlich hinter allen anderen Landtagswahlergebnissen seit 1950. Auch bei den Bundestagswahlen hatte die SPD seit Ende der 50er-Jahre deutlich höhere Ergebnisse geholt. Allerdings hatte sie bei allen Wahlen seit 2008 schlechter abgeschnitten.

Für die FDP bedeutete ihr Resultat zwar eine deutliche Verschlechterung gegenüber der letzten Landtagswahl. Gleichzeitig war dies der zweit-

---

<sup>22</sup> Horst, Patrick: Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 6. Mai 2012: SPD, Grüne und SSW bilden erste Dänen-Ampel, in: ZParl 3/2012, S. 524-543.

beste bei Landtagswahlen jemals erzielte Wert. Bei Bundestagswahlen hatte sie zumeist besser abgeschnitten und die letzten beiden Male (wie auch bei der Europawahl 2009) zweistellige Werte erzielt.

Die Grünen konnten sich gegenüber der letzten Wahl nochmals prozentual leicht verbessern und erzielten das beste Ergebnis bei Landtagswahlen überhaupt. Auch bei Bundestagswahlen hatten sie noch nie einen so hohen Wert geholt; lediglich bei der Europawahl 2009 waren sie auf 13,5 % gekommen.

Die Piraten konnten sich gegenüber dem letzten Antreten deutlich verbessern und holten ebenfalls ihren besten bisherigen Wert. Bei der letzten Bundestagswahl 2009 hatten sie schon 2,1 % erzielt.

Die Linke fiel deutlich zurück und lag nur noch knapp über den Ergebnissen der Landtagswahl 2000, als sie das erste Mal antrat. Auch bei den beiden letzten Bundestagswahlen und der Europawahl 2009 hatte sie besser abgeschnitten.

### **11.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen**

Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap konnte die CDU lediglich 6.000 Stimmen von der FDP und 3.000 von der Linken gewinnen. Ansonsten verlor sie 59.000 Stimmen an die Nichtwähler, 14.000 an die Piraten, 9.000 an die SPD, jeweils 4.000 an die Grünen und den SSW sowie 3.000 an die sonstigen Parteien. An den Generationenwechsel verlor sie nochmals 16.000 Stimmen, während der Saldo aus Zu- und Fortzügen mit 2.000 Stimmen positiv war.

Die SPD verlor 42.000 Stimmen an die Nichtwähler und 10.000 an die Piraten. Sie gewann 19.000 Stimmen von der FDP, 14.000 von den Grünen und jeweils 9.000 von der Linken und der CDU. Auch sie gab 10.000 Stimmen an den Generationenwechsel ab und konnte 7.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen holen.

Die Grünen verloren 14.000 Stimmen an die SPD, 13.000 an die Piraten und 12.000 an die Nichtwähler. Auch an den SSW mussten sie 4.000 Stimmen abgeben. Sie gewannen 6.000 Stimmen von der FDP, 4.000 von der CDU und 3.000 von der Linken. Ihr Saldo des Generationenwechsels war mit 4.000 Stimmen ebenso positiv wie der der Zu- und Fortzüge.

Die FDP musste praktisch in alle Richtungen abgeben: Sie verlor 67.000 Stimmen an die Nichtwähler, 19.000 an die SPD, 14.000 an die Piraten, jeweils 6.000 an CDU und Grüne, 2.000 an sonstige Parteien und 1.000 an den SSW. Außerdem verlor sie 7.000 Stimmen an den Generationenwechsel sowie 8.000 an den Saldo aus Zu- und Fortzügen.

Die Piraten holten ihre Stimmen aus allen Richtungen: Jeweils 14.000 Stimmen von CDU und FDP, 13.000 von den Grünen, 11.000 (als einzige Partei) von den Nichtwählern, 10.000 von der SPD, 6.000 von der Linken sowie 5.000 von den sonstigen Parteien und 1.000 vom SSW. Auch

der Saldo aus dem Generationenwechsel war mit 6.000 Stimmen positiv.

Die Linke verlor ebenfalls fast in alle Richtungen: Sie gab ab 39.000 Stimmen an die Nichtwähler, 9.000 an die SPD, 6.000 an die Piraten, jeweils 3.000 an die CDU und die Grünen und 2.000 an sonstige Parteien. Sie gab weiterhin 1.000 Stimmen an den Generationenwechsel sowie 4.000 an den Saldo von Zu- und Fortzügen ab.

Auch der SSW musste mit 14.000 Stimmen die größten Verluste an die Nichtwähler hinnehmen. Ansonsten verlor er nur 1.000 Stimmen an die Piraten. Gewinnen konnte der SSW jeweils 4.000 Stimmen von CDU und Grünen sowie 1.000 von der FDP. Der Saldo aus dem Generationenwechsel war ausgeglichen, er verlor aber 3.000 Stimmen an den Saldo von Zu- und Fortzügen.

### **11.2.3 Prognosen und Wirklichkeit**

Die CDU hatte in den Meinungsumfragen im Herbst 2011 regelmäßig Werte über der 30-%-Marke erzielt. In der Spitze landete sie im März 2012 bei Werten von 35 % und 34 %. Danach gingen die prognostizierten Werte zurück. In den letzten publizierten Umfragen kam sie nur noch auf 30 % und 31 %, in der allerletzten veröffentlichten Umfrage von GMS allerdings wieder auf 32 %. Damit wurde ihr reales Ergebnis von 30,8 % gut getroffen.

Die SPD, die sich ein demoskopisches Kopf-an-Kopf-Rennen mit der CDU lieferte, lag ebenfalls ab Anfang 2012 etwas höher und wurde in den letzten Umfragen noch mit 32 % und 31 % bewertet. Auch sie stieg in der letzten publizierten Umfrage von GMS an und erreichte 33 %. Ihr realer Wert von 30,4 % wurde damit nicht ganz so gut prognostiziert.

Die Grünen, die im Frühjahr und Herbst 2011 Werte über 20 % erreicht hatten, gingen in den Umfragen kontinuierlich zurück. Die letzten vier Umfragen sahen sie zwischen 13 % und 12 %. Auch sie wurden im Vergleich zum Endergebnis von 13,2 % gut erfasst.

Die FDP, die von Mai 2011 bis Mitte April 2012 unter der 5-%-Hürde gelegen hatte, arbeitete sich nach oben und kam in den letzten drei Umfragen auf 5 %, 6 % und schließlich 7 %, in der allerletzten publizierten Umfrage von GMS wieder auf 6 %. Ein Einzug ins Parlament erschien also wahrscheinlich. Ihr reales Ergebnis von 8,2 % hat diese Prognose sogar klar übertroffen.

Die Linke, die nur noch in einer Umfrage im September 2010 auf 5 % kam, landete in allen weiteren demoskopischen Befunden darunter. In den letzten drei Umfragen kam sie auf 3 %, 2,5 % und zuletzt 2 %, so dass ihr Wiedereinzug in den Landtag im Vorfeld äußerst unwahrscheinlich schien. Ihr Endresultat von 2,2 % wurde daher sehr gut prognostiziert.

Umgekehrt konnte aufgrund der demoskopischen Werte für die Piraten davon ausgegangen werden, dass sie ins Parlament kommen würden. Im

Mai 2011 überhaupt das erste Mal erfasst, kamen sie seit November 2011 auf Werte von 5 % oder leicht darüber. Im April 2012 wurden sie dann sogar mit zweistelligen Werten gemessen, sanken aber bei den letzten beiden Umfragen auf 9 % und 8 % ab. Auch bei ihnen entsprach der reale Wert von 8,2 % dem demoskopischen Befund sehr gut.

Der von der 5-%-Hürde befreite SSW kam in den letzten Umfragen stets auf 4 %; einmal auf 4,5 %. Die erreichten 4,2 % entsprachen ebenfalls der demoskopischen Vorhersage.

Die sonstigen Parteien rangierten in allen Umfragen bei 2 % oder 3 %, weshalb für keine weitere Partei ein Einzug in den Landtag zu erwarten war.

Das bürgerliche Lager aus CDU und FDP erhielt zusammen 39 %, was von den Vorhersagen nur leicht unterschätzt worden war. SPD und Grüne zusammen kamen auf 43,6 %, was ebenfalls gut vorhergesagt und höchstens leicht überschätzt worden war. Auch unter Einbeziehung der Linken lagen die Prognosen in diesem Fall recht gut.

#### **11.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft**

Bei der Aufschlüsselung nach dem Alter weist die CDU erneut am deutlichsten die für die Volksparteien in Westdeutschland typische Überrepräsentation älterer Wähler auf. Bei den Über-60-Jährigen kam sie laut Forschungsgruppe Wahlen auf 38 % und damit auf einen weit überdurchschnittlichen Wert, bei allen anderen Altersgruppen lag sie klar darunter. So holte sie bei den 45- bis 59-Jährigen nur noch 26 %, bei den 30- bis 44-Jährigen 30 % und den 18- bis 29-Jährigen nur 22 %. Laut Infratest dimap kam sie bei den Über-60-Jährigen auf 39 %, den 45- bis 59-Jährigen auf 26 %, den 35- bis 44-Jährigen auf 27 %, den 25- bis 34-Jährigen auf 25 % und den 18- bis 24-Jährigen auf 22 %.

Insgesamt schnitt die CDU laut Infratest dimap bei den Frauen wie Männern gleich stark ab. Bei den über 60-jährigen Wählern waren die Frauen deutlich stärker, in den jüngeren Altersgruppen schwächer vertreten als die Männer.

Etwas weniger deutlicher ausgeprägt war diese Verteilung bei der SPD: Sie holte bei den Über-60-Jährigen 35 %, bei den 45- bis 59-Jährigen ebenfalls noch 31 % und blieb damit im Durchschnittswert. Bei den 30- bis 44-Jährigen kam sie nur noch auf 24 % und bei den 18- bis 29-Jährigen ebenfalls auf 24 %. Damit lag sie bei den jüngsten Wählern vor der CDU auf dem ersten Platz, aber beide Volksparteien wurden in dieser Gruppe knapp von den Piraten gefolgt. Infratest dimap ermittelte eine etwas andere Verteilung: Auch hier kam die SPD bei den Über-60-Jährigen auf den besten Wert von 36 %. Bei den 45- bis 59-Jährigen ermittelte sie für die SPD 31 %, den 35- bis 44-Jährigen 25 %, den 25- bis 34-Jährigen 22 % und den 18- bis 24-Jährigen 23 %. Der Abstand zu den Piraten in der

jüngsten Gruppe (19 %) fiel bei diesem Institut etwas knapper aus.

Die SPD holte bei den Frauen laut Infratest dimap mit 31 % einen etwas besseren Wert als bei den Männern mit 30 %. Dies machte sich vor allem in den Altersgruppen von 35 bis 59 bemerkbar.

Die Grünen hatten wie üblich ihre schwächste Altersgruppe bei den Über-60-Jährigen mit 7 %. Bei den 30- bis 44-Jährigen und den 45- bis 59-Jährigen kamen sie auf ihren besten Wert von 17 %, bei den 18- bis 29-Jährigen auf 16 %, lagen damit aber in dieser Gruppe deutlich hinter den Piraten zurück. Infratest dimap ermittelte ähnliche Werte: Für die Über-60-Jährigen 6 %, die 45- bis 59-Jährigen und 35- bis 44-Jährigen 17 %, die 25- bis 34-Jährigen 16 % und die 18- bis 24-Jährigen 20 %. Damit wären bei diesem Institut die Grünen in der jüngsten Altersgruppe noch leicht vor den Piraten geblieben.

Bei den Frauen lagen sie laut Infratest dimap wie bei den meisten Wahlen deutlich vorn mit 15 % gegenüber 11 % bei den Männern. Dieses Übergewicht zeigte sich bei allen Altersgruppen unter 60 Jahren. Bei den Frauen von 18 bis 24 waren die Grünen mit 25 % sogar mit Abstand die stärkste Partei.

Auch die FDP hatte einen klaren Schwerpunkt bei den älteren Wählern. Laut FG Wahlen schnitt sie bei den Über-60-Jährigen mit 11 % deutlich am besten ab. Bei den jüngeren Wählern schnitt sie immer schwächer ab: 7 % bei den 45- bis 59-Jährigen, 6 % bei den 30- bis 44-Jährigen und 5 % bei den 18- bis 29-Jährigen. Laut Infratest dimap kam die FDP bei den Über-60-Jährigen auf 10 %, den 45- bis 59-Jährigen und 35- bis 44-Jährigen auf 8 %, bei den 25- bis 34-Jährigen noch auf 6 % und den 18- bis 24-Jährigen auf 5 %.

Bei den Männern schnitt sie laut Infratest dimap mit 9 % deutlich besser ab als bei den Frauen mit 7 %. Dies zeigte sich bei allen Altersgruppen, am deutlichsten bei den Männern über 60 Jahren, wo sie 12 % holte.

Für die Linke sind wegen ihrer geringen Stimmzahl Aussagen über die Altersverteilung schwierig. Laut Forschungsgruppe Wahlen schnitt sie in den mittleren Altersgruppen mit 5 % besser ab. Infratest dimap ermittelte leicht überdurchschnittliche Werte von 3 % bei den Wählern von 18 bis 24 Jahren, 2 % bei den anderen Altersgruppen unter 60 Jahren und 1 % bei den Über-60-Jährigen.

Bei den Männern war sie gemäß Infratest dimap stärker vertreten, insbesondere in den mittleren und älteren Gruppen.

Die Piraten hatten ihren Schwerpunkt wie gewohnt bei den jüngeren Wählern: Sie kamen laut Forschungsgruppe Wahlen bei den 18- bis 29-Jährigen auf 20 %, den 30- bis 44-Jährigen auf 11 %, den 45- bis 59-Jährigen noch auf 9 % und den Über-60-Jährigen nur auf 3 %. Bei Infratest dimap erreichten die Piraten bei den 18- bis 24-Jährigen 19 %, den 25- bis 34-Jährigen noch 17 %, bei den 35- bis 44-Jährigen nur noch 11 %, bei den Über-60-Jährigen nur noch 3 %.

den 45- bis 59-Jährigen noch 9 % und den Über-60-Jährigen nur 3 %. Bei den Erstwählern seien sie laut Infratest dimap mit 16 % an vierter Stelle hinter CDU und SPD (jeweils 23 %) und Grünen (22 %) gelandet.

Auch ihre Wählerschaft war erneut männlich dominiert. Laut Infratest dimap holten die Piraten bei den Männern 10 %, bei den Frauen hingegen nur 7 %. Ihre mit Abstand besten Werte holten sie bei den jüngeren Männern, wobei sie bei den 18- bis 24-Jährigen auf 22 % und den 25- bis 34-Jährigen auf 20 % kamen.

Die Wählerschaft des SSW war relativ einheitlich über die Altersgruppen verteilt; laut Infratest dimap holte er in den mittleren Gruppen 5 % und bei den Jüngsten sowie den Wählern über 60 Jahren 4 %.

Laut Infratest dimap war der SSW bei den Männern mit 5 % stärker vertreten als bei den Frauen (4 %), was sich bei allen Altersgruppen bemerkbar machte.

In Bezug auf den Beruf holte die CDU laut Infratest dimap deutlich unterdurchschnittliche Werte bei Arbeitern und Arbeitslosen mit jeweils 20 %. Die FG Wahlen ermittelte jedoch 25 % sowie 17 %. Bei den Angestellten landete sie mit 26 % (FG Wahlen: 28 %) und den Beamten mit 29 % (FG Wahlen jedoch 34 %) leicht unter ihrem Durchschnittswert. Überdurchschnittliche Werte erzielte sie bei den Rentnern (39 %; FG Wahlen: 38 %) und den Selbständigen (40 %; FG Wahlen: 37 %). Bei den Landwirten kam sie auf 80 %. Gewinne erzielen konnte sie bei den Beamten und den Selbständigen, laut FG Wahlen auch bei Arbeitslosen, Arbeitern und Landwirten.

Die SPD erzielte laut Infratest dimap ihre besten Werte bei Arbeitern und Rentnern (38 % bzw. 36 %; FG Wahlen: 37 % und 35 %). Bei den Arbeitslosen landete sie hingegen mit 22 % unter dem Durchschnitt; die FG Wahlen ermittelte hier aber 38 %. Auch bei den Angestellten (30 %; FG Wahlen: 32 %) lag sie etwa im Durchschnitt, während sie bei den Beamten mit 29 % (FG Wahlen: 28 %) etwas und den Selbständigen (14 %; FG Wahlen: 19 %) deutlich darunter landete. Bei den Landwirten holte sie nur 5 %.

Die Grünen holten laut Infratest dimap – entgegen der Praxis anderer Wahlen – bei den Arbeitslosen mit 18% ihren besten Wert; die FG Wahlen ermittelte hier aber nur knapp durchschnittliche 13 %. Bei den Beamten (20 %; FG Wahlen: 16 %), aber auch bei Angestellten und Selbständigen landeten sie mit 17 % bzw. 16 % (FG Wahlen jeweils 15 %) weit über dem Durchschnitt. Unterdurchschnittlich schnitten sie bei Arbeitern (8 %) und Rentnern (7 %) ab. Bei den Landwirten kamen sie auf 3 %.

Die FDP holte laut Infratest dimap klar überdurchschnittliche Werte bei Selbständigen (15 %; FG Wahlen: 14 %) und Rentnern (10 %; FG Wahlen: 11 %). Bei Beamten, Angestellten und Arbeitslosen kam sie auf 7 %, bei Arbeitern auf 4 %. Die FG Wahlen sah sie hingegen bei Beamten bei 11 %,

Angestellten bei 8 %, Arbeitslosen bei 2 % und Arbeitern bei 5 %.

Die Linke schnitt laut Infratest dimap erneut bei Arbeitslosen (7 %; FG Wahlen: 8 %) und Arbeitern (4 %; FG Wahlen: 3 %) weit über ihrem Durchschnittswert ab. Bei Beamten, Angestellten und Selbständigen kam sie noch auf 2 % (laut FG Wahlen auch bei Beamten nur 1 %), bei Rentnern auf 1 %.

Die Piraten erzielten ihre deutlich besten Werte laut Infratest dimap bei Arbeitslosen mit 15 % (FG Wahlen sogar 23 %) und Arbeitern mit 14 % (FG Wahlen: 13 %). Über dem Durchschnitt landeten sie auch bei den Angestellten mit 10 % (FG Wahlen aber nur 8 %) und den Selbständigen mit 9 % (FG Wahlen: 8 %). Bei den Beamten kamen sie auf 8 % (FG Wahlen: 3 %). Bei den Rentnern konnten sie nur 3 % holen, bei den Landwirten 2 %.

Der SSW konnte laut Infratest dimap überdurchschnittliche Werte bei Arbeitern (7 %; FG Wahlen: 6 %) und Arbeitslosen (6 %) holen. Durchschnittliche Werte holte er mit 5 % bei Angestellten, darunter blieb er bei Rentnern und Beamten mit 4 % (FG Wahlen für Beamte 5 %) und Selbständigen sowie Landwirten mit 2 %.

Bei der Aufschlüsselung nach der formalen Bildung zeigte sich bei der CDU wieder die bei klassischen Volksparteien übliche Verteilung. Am schwächsten schnitt sie bei den formal hoch Gebildeten ab (29 %). In der mittleren Gruppe kam sie laut Infratest dimap auf 32 % und den formal gering Qualifizierten auf ebenfalls 32 %.

Die SPD wies die klassische Verteilung noch deutlicher auf: Ihren besten Wert mit 39 % holte sie bei den niedrig Qualifizierten, in der mittleren Gruppe kam sie auf 31 % und bei den formal hoch Qualifizierten auf 24 %.

Bei den Grünen war die Verteilung typischerweise wiederum genau umgekehrt: Bei den formal hoch Qualifizierten kamen sie auf 20 %, in der mittleren Gruppe auf 11 % und der untersten Gruppe nur auf 6 %.

Die FDP hatte ihre stärksten Gruppen bei den formal hoch Qualifizierten, wo sie ebenso wie in der mittleren Gruppe auf 9 % kam. In der untersten Gruppe holte sie 7 %.

Möglicherweise wegen der geringen Stimmenzahl zeigte sich bei der Linken nicht die Verteilung einer Arbeiterpartei: Bei den formal hoch Qualifizierten kam sie auf 3 %, in den anderen Gruppen auf 2 %.

Auch die Piraten hatten mit 9 % ihren Schwerpunkt bei den formal hoch Qualifizierten. Sie holten aber auch in der mittleren Gruppe 8 %, während sie in der untersten Gruppe noch auf 7 % kamen.

Der SSW war relativ gleich über die Bildungsgruppen verteilt; bei den formal hoch Qualifizierten lag er mit 4 % etwas unter dem Durchschnitt.

In Bezug auf die Konfession holte die CDU laut Infratest dimap bei den Katholiken mit 38 % (FG Wahlen: 41 %) ihren besten Wert. Bei den Pro-

testanten kam sie auf ebenfalls überdurchschnittliche 33 % (FG Wahlen: 35 %), den Sonstigen aber nur auf 23 % (laut FG Wahlen: 22 %).

Die SPD war umgekehrt bei den Protestanten mit 30 % (FG Wahlen: 31 %) klar überdurchschnittlich vertreten, bei den Katholiken nur mit 28 % (FG Wahlen: 25 %) und den Sonstigen mit 29 %.

Eine andere Struktur zeigte sich erneut bei den Grünen: Sie lagen bei den Sonstigen mit 16 % klar über dem Durchschnitt, kamen bei den Protestanten auf 12 % und den Katholiken auf 14 % (FG Wahlen: 12 %).

Die FDP kam jeweils bei Protestanten und Katholiken auf 9 %, bei den Sonstigen nur auf 7 %. Die FG Wahlen ermittelte bei den Katholiken 10%, den Protestanten und den Sonstigen 8 %.

Die Linke hatte mit 4 % ihren Schwerpunkt bei den Sonstigen und lag bei den Protestanten mit 2 % (FG Wahlen: 1 %) und noch deutlicher bei den Katholiken mit 1 % (FG Wahlen: 2 %) unter ihrem Durchschnittswert.

Bei den Piraten wiederholte sich dieses Bild: Sie kamen bei den Sonstigen auf überdurchschnittliche 11 % (FG Wahlen: 12 %), den Protestanten auf 7 % und den Katholiken ebenfalls auf 7 % (FG Wahlen: 8 %).

Der SSW war bei den Protestanten mit 5 % am stärksten vertreten, holte bei den Katholiken 1 % (FG Wahlen: 2 %) und den Sonstigen 4 % (FG Wahlen: 5 %).

### 11.3 Zusammenfassung

Bei den Wählern in Schleswig-Holstein waren die Präferenzen über mögliche Koalitionsvarianten recht deutlich verteilt: Laut Forschungsgruppe Wahlen wurde vor der Wahl eine Koalition von SPD und Grünen von 48 % als gut bewertet; eine mit zusätzlicher Beteiligung des Südschleswigschen Wählerverbands (SSW) immerhin noch von 37 %. Eine Koalition aus CDU und SPD fanden 39 % gut, eine von SPD und CDU 36 %. Andere Konstellationen wie CDU und Grüne oder CDU und FDP wurden dagegen nur von 24 % als gut bewertet. Infratest dimap ermittelte in ihrer Wahlanalyse eine Präferenz von 53 % für Rot-Grün und 44 % für eine „Dänen-Ampel“ unter Einbindung des SSW. Eine große Koalition unter Führung der CDU fanden gut für das Land 40 %, unter Führung der SPD 32 %. Eine schwarz-grüne Koalition kam bei dieser Frage nur auf 20 %. Bei der Frage, wofür sich die SPD entscheiden sollte, plädierte bei allen Befragten eine Mehrheit von 46 % für eine Koalition mit der CDU und 40 % für die Koalition mit Grünen und SSW.

Insgesamt wurde die Landesregierung laut FG Wahlen auf einer Skala von +5 bis -5 nur bei +0,1 bewertet, wobei die CDU immerhin auf +0,4, die FDP hingegen auf -1,1 kam. Von den Oppositionsparteien erzielten die SPD +0,5, die Grünen +0,4 und der SSW +0,3, während die Linke mit -2,4 klar im negativen Bereich landete.

Bei den Kompetenzwerten lag die CDU laut FG Wahlen in den Bereichen Finanzen und Wirtschaft jeweils an der Spitze und deutlich vor der

SPD, die jeweils einen klaren Vorsprung im Bereich Arbeitsplätze, Familie sowie Bildung und Schule verzeichnen konnte. Beim Thema Energie lagen die Grünen mit 43 % mit Abstand vor allen anderen Parteien.

Laut Infratest dimap wurden der CDU die meisten Kompetenzen im Bereich Wirtschaft (45 %) und Arbeitsplätze (40 %) zugebilligt, wobei sie hierbei noch zulegen konnte. Geringer waren sie im Bereich Schulpolitik und Familienpolitik (21 % bzw. 25 %), wobei sie deutliche Verluste verzeichnen musste. Die SPD hatte ihre drei stärksten Felder bei sozialer Gerechtigkeit (49 %) und Schulpolitik (42 %) mit großen Zuwächsen; sie schnitt auch bei Wirtschaft mit 32 % recht gut ab. Die Grünen hatten mit Umweltpolitik (66 %) und Energiepolitik (46 %) extrem hohe Werte, traten auf anderen Feldern aber kaum in Erscheinung. Die Piraten schafften hohe Kompetenzwerte bei Transparenz und Offenheit in der Politik (74 %), konnten sich aber auch bei sozialer Gerechtigkeit (30 %) und Schulpolitik (28 %) in Szene setzen.

Bei der Bewertung der Spitzenkandidaten erzielte Thorsten Albig von der SPD die besten Werte. Laut FG Wahlen wurde er auf einer Skala von +5 bis -5 insgesamt mit +2,2 und von den Parteianhängern mit +3,2 bewertet. Der Spitzenkandidat Jost de Jager von der CDU kam auf +1,4 – genauso viel wie Robert Habeck von den Grünen. Wolfgang Kubicki von der FDP kam auf +0,8 und hat damit sicher entscheidend zum Erfolg der FDP beigetragen.

Auch bei den Parteien wurde laut FG Wahlen die SPD mit +1,4 am besten bewertet und damit noch 0,1 Punkte besser als die SPD im Bund. Die CDU kam auf +0,9 und damit 0,1 Punkte unter dem Wert der Bundes-CDU. Die FDP kam auf -0,7 und damit auf einen weit besseren Wert als die Bundes-FDP mit -1,7. Die Grünen erreichten +0,9 – das waren 0,1 Punkte mehr als für die Bundespartei. Die Linke wurde mit -2,6 im Land und -2,5 als Bundespartei ähnlich schlecht eingeschätzt. Der SSW kam auf +0,9, während die Piraten insgesamt bei schwachen -1,1 landeten.

Für die CDU war trotz des historisch schlechten Ergebnisses die Landtagswahl ein Erfolg, da sie als stärkste Partei abschneiden konnte. Dies war vor allem angesichts der Vorgeschichte der Wahl alles andere als sicher, da keine volle Legislaturperiode absolviert wurde und der bisherige populäre Ministerpräsident Harry Peter Carstensen nicht mehr antrat. Zudem erreichte der Spitzenkandidat der SPD hohe Popularitätswerte und der Spitzenkandidat der CDU wurde erst im vorigen Herbst installiert, nachdem der eigentlich vorgesehene Kandidat Christian von Boetticher wegen einer Affäre mit einer Minderjährigen aufgegeben hatte. Vor diesem Hintergrund war das Ergebnis der CDU ein relativer Sieg.

Zugleich hat dieses Ergebnis die politische Landschaft nicht einfacher gemacht. Der FDP gelang der Wiedereinzug in den Landtag; sie konnte damit den negativen Trend umkehren. Dennoch war eine Mehrheit von

CDU und FDP nicht in Sicht. Durch den Sonderfall des SSW hat auch der Einzug der Piraten ins Parlament die Möglichkeit einer rot-grünen Regierung eher vergrößert, was bei anderen Wahlen so nicht wieder eintreten muss.

Ohne den SSW wäre die Wahrscheinlichkeit zur Bildung einer großen Koalition größer gewesen, ohne die Piraten hätte es wohl eine rot-grüne Mehrheit gegeben. Während der SSW eine singuläre Erscheinung bleiben wird, haben die Piraten den dritten Einzug in ein Landesparlament in Folge geschafft. Dabei wurden sie auf der einen Seite von der gesamten Wählerschaft negativ beurteilt und ihre Rolle als Protestpartei ist für die Wähler klar festzustellen: Laut Infratest dimap sagten 66 %, die Piraten seien eine Alternative für die, die sonst gar nicht wählen würden. 54 % meinten, sie sorgen dafür, dass die Jüngeren auch mal was zu sagen haben, und jeweils 46 % gaben an, sie sorgten dafür, dass die Politik offener und transparenter wird. Sie sahen sie als Protest oder Denkmäler für die etablierten Parteien.

Damit wirken die Piraten strukturell eher wie eine klassische Protestpartei – und Protest kann sich angesichts relativ niedriger Wahlbeteiligungsraten gerade bei Landtagswahlen in wechselnden Formen zeigen. Auf der anderen Seite haben sie es – wie schon zuvor im Saarland auch – noch besser geschafft, neben einer Computer- und Internet-affinen Szene in beachtlichem Maß Stimmen von „kleinen Leuten“, vor allem Arbeitern und Arbeitslosen, anzuziehen. In Verbindung mit ihren Versprechen von Transparenz und Mitwirkung konnte dies theoretisch die Basis dafür sein, sich mittelfristig weiter etablieren zu können.

Sicher werden die Piraten auch weiterhin eher den linken Parteien schaden: In Schleswig-Holstein haben sie den Niedergang der Linken beschleunigt und den Grünen weitere Höhenflüge verstellte. Aber auch aus dem bürgerlichen Lager haben sie mehr Stimmen abgezogen als bei den beiden letzten Wahlen. Sie haben bei dieser Wahl als einzige Partei nennenswert zusätzlich mobilisieren können. Für die Union bedeutete dies, weitere Mobilisierungsanstrengungen unternehmen zu müssen, um bei den nächsten Wahlen überhaupt eine Regierungsbeteiligung ermöglichen zu können.



## 12. Die Wahl zum Landtag in Nordrhein-Westfalen vom 13. Mai 2012: Erneut keine bürgerliche Mehrheit trotz Erholung der FDP

### 12.1 Wahlergebnis und mögliche Regierungen

Auch die Wahl zum nordrhein-westfälischen Landtag fand vor dem Ende der normalen Legislaturperiode statt und führte nach dem Saarland und Schleswig-Holstein zur dritten außerplanmäßigen Landtagswahl im Jahr 2012. Seit der Landtagswahl vom Mai 2010 regierte in Düsseldorf eine rot-grüne Minderheitsregierung. Als am 14. März 2012 ein Einzelplan des Haushalts mit den Stimmen der Opposition abgelehnt wurde, löste sich der Landtag noch am selben Tag auf. Damit wurde schon zwei Jahre nach der letzten Wahl eine Neuwahl nötig. Bei 13.265.231 Wahlberechtigten bedeutet die Wahl im bevölkerungsreichsten Land Deutschlands schon aus quantitativen Gründen immer ein Signal für die Situation im gesamten Land.<sup>23</sup>

Die SPD kam auf 3.050.160 oder 39,1 % der Zweitstimmen und wurde damit mit Abstand stärkste Partei. Sie legte 4,6 Prozentpunkte zu und konnte gegenüber der Landtagswahl 2010 etwa 375.000 Stimmen dazu gewinnen. Bei den Erststimmen kam die SPD auf 3.289.938 und konnte ebenfalls fast 310.000 Stimmen dazu gewinnen. Die CDU verlor stark um 8,3 Prozentpunkte und holte 2.050.633 oder 26,3 % der Zweitstimmen. Sie verlor damit fast ein Viertel (23,5 %) der Stimmen der letzten Landtagswahl. Auch bei den Erststimmen musste sie über 437.000 Stimmen abgeben und kam noch auf 2.546.013, holte damit aber einen weit besseren Wert als bei den Zweitstimmen. Die Grünen kamen auf 884.136 oder 11,3 % der Zweitstimmen und können mit der SPD eine Regierung bilden. Sie verloren aber etwa 57.000 Stimmen oder 0,8 Prozentpunkte. Bei den Erststimmen schnitten sie wie gewohnt schwächer ab und holten noch 723.495. Die FDP kam auf 669.971 oder 8,6 % der Zweitstimmen und konnte nach der Wahl in Schleswig-Holstein erneut einen Erfolg verzeichnen. Sie konnte etwa 147.000 Stimmen oder 1,9 Punkte dazugewinnen. Auch ihr Erststimmenergebnis war mit 372.693 deutlich niedriger als bei den Zweitstimmen. Die Piraten kamen mit 608.957 Zweitstimmen oder 7,8 % klar in den Landtag und konnten 6,2 Punkte oder etwa 497.000 Stimmen dazugewinnen. Erstaunlicherweise lag ihr Erststimmenergebnis mit 617.732 noch über dem Zweitstimmenresultat. Die Linke bekam 3,1 Punkte oder über 220.000 Stimmen weniger – sie verlor

---

<sup>23</sup> Siehe Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 2012. Eine Analyse der Wahl vom 13. Mai 2012, In: *fratest dimap Wahlreport*, Berlin 2012; *Wahl in Nordrhein-Westfalen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 13. Mai 2012*, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen 151/2012.

mehr als die Hälfte der Stimmen von 2010. Sie erhielt noch 194.539 oder 2,5 % der Zweitstimmen und schied damit aus dem Landtag aus. Auch sie lag bei den Erststimmen mit 201.782 etwas besser. Von den restlichen Parteien erhielt die proNRW 1,5 % und kam damit in den Bereich der Wahlkampfkostenerstattung. Alle anderen Gruppierungen blieben klar unter 1 %.

Die Wahlbeteiligung lag bei 59,6 % und damit leicht (0,3 %) höher als bei der Landtagswahl 2010.

Der Landtag vergrößerte sich um insgesamt 56 Ausgleichs- und Überhangmandate auf 237 Sitze statt der eigentlich vorgesehenen Zahl von 181, da die SPD 99 der insgesamt 128 Wahlkreise erobern konnte. Die SPD erhielt 99 Sitze und hat mit den Grünen, die auf 29 Sitze kamen, eine klare Mehrheit im Landtag. Die CDU kam auf 67 Sitze, die FDP auf 22 und die Piraten auf 20. Eine bürgerliche Mehrheit war damit weit verfehlt worden. Außer einer großen Koalition, die für die SPD aber nicht nötig war, hatte die CDU keine politische Mehrheitsperspektive. Die Fortführung der rot-grünen Koalition wurde von beiden Parteien angekündigt.<sup>24</sup> Am 20. Juni 2012 wurde diese Koalition durch die Wiederwahl der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft bestätigt.

## **12.2 Bewertungen und Einzelaspekte**

### **12.2.1 Einordnungen im Vergleich**

Für die CDU bedeutete das Resultat das mit Abstand schlechteste Ergebnis bei Landtagswahlen in der Geschichte des Landes. Auch bei Bundestagswahlen, wo sie seit 1998 etwas schwächer als bei den Landtagswahlen abgeschnitten hatte, hatte sie immer deutlich höhere Werte geholt. Bei Europa- und Kommunalwahlen war sie ebenfalls deutlich darüber gelegen.

Die SPD hat sich gegenüber den letzten beiden Landtagswahlen deutlich verbessert, konnte aber an ihre Resultate von vor 2000 nicht anknüpfen. Auch bei Bundestagswahlen war sie – mit Ausnahme von 2009 – immer über dem von ihr diesmal erzielten Wert gelegen. Sie hat sich allerdings auch gegenüber den Europa- und Kommunalwahlen von 2009 deutlich verbessert.

Für die FDP bedeutete ihr Resultat eine deutliche Verbesserung gegenüber den letzten beiden Landtagswahlen; lediglich 2000 hatte sie besser abgeschnitten. Bei den letzten drei Bundestagswahlen hatte sie jedoch noch weit bessere Werte zum Teil über 10% erzielt. Auch bei der Europa- und der Kommunalwahl 2009 hatte sie noch höhere Werte geholt.

---

<sup>24</sup> Bajohr, Stefan: Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 13. Mai 2012: Von der Minderheit zur Mehrheit, in: ZParl 3/2012, S. 543-563.

Die Grünen haben gegenüber der letzten Landtagswahl sowohl prozentual als auch in absoluten Stimmen verloren – eine Seltenheit für die Partei bei bisheriger Regierungsbeteiligung. Ihr Ergebnis war aber dennoch das zweitbeste bei Landtagswahlen. Auch bei Bundestagswahlen waren sie nur 2009 über ihrem jetzt erzielten Wert gelegen, hatten aber bei der Kommunalwahl und der Europawahl 2009 etwas höhere Resultate über 12 % erzielt.

Die Piraten konnten sich gegenüber dem letzten Antreten deutlich verbessern und holten ebenfalls ihren besten bisherigen Wert. Bei der letzten Bundestagswahl 2009 hatten sie im Land bereits 1,7 % erzielt.

Die Linke fiel erneut deutlich zurück und lag sogar noch unter dem Wert der Landtagswahl 2005. Auch bei den beiden letzten Bundestagswahlen und der Kommunal- und der Europawahl 2009 hatte sie deutlich besser abgeschnitten.

### **12.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen**

Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap konnte die CDU nirgendwo Stimmen gewinnen und verlor in alle Richtungen: 190.000 an die SPD, 160.000 an die FDP und 110.000 an die Nichtwähler. 60.000 Stimmen gingen an die Piraten und jeweils 20.000 an Grüne und sonstige Parteien. Auch der Generationenwechsel (Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen) war mit 70.000 Stimmen ein Verlust für die CDU; lediglich der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen war mit 10.000 leicht positiv.

Die SPD verlor zwar 90.000 Stimmen an die Piraten und 10.000 an sonstige Parteien. Sie gewann jedoch 190.000 Stimmen von der CDU, 120.000 von den Nichtwählern und 90.000 von der Linken. Daneben holte sie 70.000 Stimmen von den Grünen und 20.000 von der FDP. An den Generationenwechsel verlor sie 40.000 Stimmen, gewann aber 20.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen.

Die Grünen verloren 80.000 Stimmen an die Piraten und 70.000 Stimmen an die SPD. Auch an die FDP sowie an die sonstigen Parteien mussten sie jeweils 10.000 Stimmen abgeben. Sie holten aber 50.000 Stimmen von den Nichtwählern, 30.000 von der Linken und 20.000 von der CDU. Auch aus dem Generationenwechsel holten sie noch 20.000 Stimmen.

Die FDP musste lediglich 40.000 Stimmen an die Piraten und 20.000 an die SPD abgeben. Sie holte dafür 160.000 Stimmen von der CDU, 30.000 von den Nichtwählern und jeweils 10.000 von Grünen und Linken. Ihr Saldo aus dem Generationenwechsel war ausgeglichen; sie holte aber noch 10.000 Stimmen aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen.

Die Piraten holten ihre Stimmen erneut aus allen Richtungen: 90.000 von der SPD, jeweils 80.000 von Grünen und Linken, 70.000 von den Nichtwählern, 60.000 von der CDU und jeweils 40.000 von FDP und sonstigen Parteien. Der Saldo aus dem Generationenwechsel war mit 30.000 Stim-

men ebenso im positiven Bereich wie der aus Zu- und Fortgezogenen mit 10.000.

Die Linke verlor ebenfalls fast in alle Richtungen: Sie gab ab 90.000 Stimmen an die SPD, 80.000 an die Piraten, 30.000 an die Grünen, jeweils 20.000 an Nichtwähler und sonstige Parteien sowie 10.000 an die FDP. Auch an den Generationenwechsel verlor sie 10.000 Stimmen und der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen war ebenfalls mit 10.000 Stimmen im negativen Bereich.

### **12.2.3 Prognosen und Wirklichkeit**

Die CDU war in den Umfragen im Frühjahr 2012 auf Werte deutlich über 30 % angestiegen und erzielte Ende Februar sogar 35 %. Danach gingen die Prognosen zurück und sie wurde in den letzten Studien Anfang Mai durchweg bei 30 % oder 31 % gesehen. Lediglich ein Institut sah die CDU am Freitag vor der Wahl bei 33 %. Damit lagen die veröffentlichten Prognosen weit vom realen Ergebnis von 26,3 % entfernt. Offenbar hat – neben möglichen methodischen Problemen der Umfrageforschung – auch ein enormer Einstellungswandel in letzter Minute zu Ungunsten der CDU eine Rolle gespielt.

Die SPD, die noch im März und April mit 40 % taxiert wurde, ist ebenfalls in den Umfragen schwächer geworden. In den letzten Umfragen Anfang Mai landete sie bei 38,5 %, 38 % und zuletzt 37 %. Dies wurde durch ihr reales Ergebnis von 39,1 % noch übertroffen. Dennoch wurde die SPD weit besser erfasst als die Union.

Die Grünen konnten in ihren demoskopischen Daten die enorm guten Werte von Februar und März 2012, wo sie auf 17 % kamen, nicht mehr halten. Zuletzt lagen sie zumeist bei 11 % oder 12 %. Ihr reales Ergebnis von 11,3 % wurde damit sehr gut prognostiziert.

Die FDP hatte es nach ihrem Absinken auf 2 % in den Umfragen im März 2012 Anfang Mai demoskopisch über die 5%-Hürde und zuletzt immer auf Werte von 5 % oder 6 % geschafft. Sie konnte also wieder auf einen Einzug in den Landtag hoffen. Ihr reales Ergebnis von 8,6 % wurde damit deutlich unterschätzt.

Die Linke blieb seit Februar 2012 in den Umfragen unter der 5%-Marke und lag zuletzt bei Werten zwischen 3 % und 4 %. Ihr Wiedereinzug in den Landtag musste daher bezweifelt werden. Ihr reales Ergebnis von 2,5 % unterschritt diese Prognosen noch etwas.

Die Piraten wurden schon seit Herbst 2011 immer bei 5 % oder darüber gesehen. In den letzten Umfragen bekamen sie zwischen 8 % und 9 %. Ihr Einzug in den Landtag war daher zu erwarten. Ihr realer Wert von 7,8 % wurde damit recht gut erfasst.

Auch das bürgerliche Lager insgesamt, das auf 34,9 % kam, wurde von den Umfragen überschätzt, aber nicht so stark wie beim Resultat der

CDU, SPD und Grüne, die zusammen auf 50,4 % kamen, wurden hingegen weit besser erfasst; dies gilt auch, wenn man die 2,5 % für die Linke dazurechnet.

#### **12.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft**

Bei der Aufschlüsselung nach dem Alter weist die CDU wie so oft am deutlichsten die für die Volksparteien in Westdeutschland typische Überrepräsentation älterer Wähler auf. Bei den Über-60-Jährigen kam sie laut Forschungsgruppe Wahlen auf 34 % und damit auf einen weit überdurchschnittlichen Wert, bei allen anderen Altersgruppen lag sie klar darunter. So holte sie in bei den 45- bis 59-Jährigen nur noch 23 %, bei den 30- bis 44-Jährigen 24 % und den 18- bis 29-Jährigen nur 19 %. Laut Infratest dimap kam sie bei den Über-60-Jährigen auf 35 %, den 45- bis 59-Jährigen auf 22 %, den 35- bis 44-Jährigen auf 23 %, den 25- bis 34-Jährigen auf 21 % und den 18- bis 24-Jährigen auf 18 %.

Insgesamt schnitt sie laut Infratest dimap bei den Frauen mit 27 % besser als bei den Männern mit 25 % ab. Bei den über 60-jährigen Wählern waren die Frauen mit 37 % deutlich stärker, in den jüngeren Altersgruppen schwächer vertreten als die Männer. Eine Ausnahme waren die 18- bis 24-Jährigen, wo die CDU bei den Männern auf 17 % (wo sie deutlich hinter der SPD und den Piraten lag) und den Frauen auf 18 % kam.

Etwas weniger deutlicher ausgeprägt war diese Verteilung erneut bei der SPD: Sie holte bei den Über-60-Jährigen laut FG Wahlen 45 %, bei den 45- bis 59-Jährigen ebenfalls noch 42 % und blieb damit über dem Durchschnittswert. Bei den 30- bis 44-Jährigen kam sie nur noch auf 33 % und bei den 18- bis 29-Jährigen auf 30 %. Damit lag sie bei den jüngsten Wählern deutlich vor der CDU. Laut Infratest dimap kam sie bei den Über-60-Jährigen auf 44 %, den 45- bis 59-Jährigen auf 42 %, den 35- bis 44-Jährigen auf 34 %, den 25- bis 34-Jährigen auf 29 % und den 18- bis 24-Jährigen auf 27 %. Damit war die SPD insbesondere bei den jüngeren Wählern deutlich stärker vertreten als die CDU.

Auch die SPD holte bei den Frauen laut Infratest dimap mit 41 % einen etwas besseren Wert als bei den Männern mit 38 %. Dies machte sich vor allem in den Altersgruppen von 18 bis 44 bemerkbar. Nur bei den Über-60-Jährigen waren die Männer mit 45 % etwas stärker vertreten als die Frauen mit 44 %.

Die Grünen hatten wie üblich ihre schwächste Altersgruppe bei den Über-60-Jährigen mit 6 %. Bei den 18- bis 24-Jährigen kamen sie laut Infratest dimap auf ihren besten Wert von 17 %, bei den 25- bis 34-Jährigen auf 14 %, den 35- bis 44-Jährigen auf 16 % und den 45- bis 59-Jährigen auf 15 %. Laut FG Wahlen kamen sie bei den Über-60-Jährigen ebenfalls auf 6 %, bei den 45- bis 59-Jährigen und den 30- bis 44-Jährigen auf 14 % sowie den 18-bis-29-Jährigen auf 16 %. Mit Ausnahme der Senioren

waren ihre Stimmen also – bei einem leichten Übergewicht der jüngsten Wähler – relativ gleichmäßig über alle anderen Altersgruppen verteilt.

Bei den Frauen lagen sie laut Infratest dimap wie bei den meisten Wahlen deutlich vorn mit 13 % gegenüber 10 % bei den Männern. Dieses Übergewicht zeigte sich bei allen Altersgruppen unter 60 Jahren. Bei den Frauen von 18 bis 24 waren die Grünen mit 21 % hinter der SPD die zweitstärkste Partei.

Auch die FDP hatte bei dieser Wahl wieder ein leichtes Übergewicht bei den älteren Wählern; laut FG Wahlen schnitt sie bei den Über-60-Jährigen mit 10 % deutlich am besten ab. Bei den jüngeren Wähler schnitt sie schwächer ab: 7 % bei den 45- bis 59-Jährigen, 10 % bei den 30- bis 44-Jährigen und 7 % bei den 18- bis 29-Jährigen. Laut Infratest dimap kam die FDP bei den Über-60-Jährigen auf 9 % ebenso wie bei den 35- bis 44-Jährigen, bei den 45- bis 59-Jährigen und den 25- bis 34-Jährigen noch auf 8 % und den 18- bis 24-Jährigen auf 7 %.

Bei den Männern schnitt sie laut Infratest dimap mit 9 % deutlich besser ab als bei den Frauen mit 8 %. Dies zeigte sich vor allem bei den 18- bis 24-Jährigen (wo sie bei den Männern auf 8 %, den Frauen nur auf 5 % kam), aber auch bei den mittleren Altersgruppen.

Für die Linke ermittelte Infratest dimap leicht überdurchschnittliche Werte von 4 % bei den Wählern von 18 bis 24 Jahren, 3 % für die 25- bis 34-Jährigen und die 45- bis 59-Jährigen sowie 2 % für die anderen Altersgruppen. Die FG Wahlen ermittelte 1 % bei den Über-60-Jährigen und 3 % für alle anderen Altersgruppen.

Bei den Männern war sie gemäß Infratest dimap mit 3 % stärker vertreten als bei den Frauen mit 2 %, insbesondere in den mittleren und älteren Gruppen.

Die Piraten hatten ihren Schwerpunkt wie gewohnt bei den jüngeren Wählern: Sie kamen laut Forschungsgruppe Wahlen bei den 18- bis 29-Jährigen auf 16 %, den 30- bis 44-Jährigen auf 10 %, den 45- bis 59-Jährigen noch auf 8 % und den Über-60-Jährigen nur auf 3 %. Bei Infratest dimap erreichten die Piraten bei den 18- bis 24-Jährigen 18 %, den 25- bis 34-Jährigen noch 16 %, bei den 35- bis 44-Jährigen nur noch 9 %, den 45 bis 59-Jährigen noch 8 % und den Über-60-Jährigen nur 3 %. Bei den Erstwählern seien sie laut Infratest dimap mit 17 % an dritter Stelle hinter SPD (29 %) und Grünen (18 %), aber noch vor der CDU mit 16 % gelandet.

Auch ihre Wählerschaft war erneut männlich dominiert; laut Infratest dimap holten die Piraten bei den Männern 10 %, bei den Frauen hingegen nur 6 %. Ihre mit Abstand besten Werte holten sie bei den jüngeren Männern, wo sie bei den 18- bis 24-Jährigen auf 23 % und den 25- bis 34-Jährigen auf 21 % kamen. Bei den Frauen kamen sie in diesen Gruppen nur auf 13 % und 11 %.

In Bezug auf den Beruf holte die CDU laut Infratest dimap deutlich unterdurchschnittliche Werte bei Arbeitern (22 %) und Arbeitslosen (16 %), kam aber auch bei den Angestellten nur auf 23 %. Bei Beamten und Selbständigen lag sie mit 26 % im Durchschnitt. Deutlich überdurchschnittlich war sie nur bei den Rentnern mit 34 %. Die FG Wahlen ermittelte bei den Arbeitslosen 14 %, den Arbeitern 22 % und den Angestellten 25 %, bei den Beamten mit 27 % ein leicht und den Selbständigen und Rentnern mit 33 % ein klar überdurchschnittliches Resultat. Bei den Landwirten kam sie auf 68 %.

Die SPD erzielte laut Infratest dimap ihre besten Werte bei Arbeitern und Rentnern (41 % bzw. 46 %; FG Wahlen: 44 % und 46 %). Bei den Arbeitslosen landete sie hingegen mit 34 % unter dem Durchschnitt; die FG Wahlen ermittelte hier nur 32 %. Auch bei den Angestellten (38 %; FG Wahlen: 40 %) und den Beamten mit 39 % (FG Wahlen: 40 %) lag sie etwa im Durchschnitt. Bei den Selbständigen blieb sie mit 24 % deutlich darunter. Bei den Landwirten konnte sie nur 9 % holen.

Die Grünen holten laut Infratest dimap ihre besten Werte bei Selbständigen (15 %; FG Wahlen aber nur 12 %) und Angestellten (14 %; FG Wahlen: 13 %). Bei Beamten holten sie laut FG Wahlen 13 %. Bei Arbeitslosen kamen sie auf durchschnittliche 11 % (FG Wahlen aber 14 %), bei Arbeitern (7 %; FG Wahlen: 8 %) und Rentnern (6 %; FG Wahlen: 5 %) landete sie deutlich darunter.

Die FDP holte laut Infratest dimap klar überdurchschnittliche Werte bei Selbständigen (19 %; FG Wahlen: 18 %) und Landwirten mit 13 %. Bei Beamten lag sie mit 10 % etwas über, bei Rentnern mit 9 % (FG Wahlen: 10 %) im Durchschnitt. Bei Angestellten war sie mit 8 % leicht und bei Arbeitern (5 %) und Arbeitslosen (4 %) deutlich darunter.

Die Linke schnitt laut Infratest dimap erneut bei Arbeitslosen (10 %; FG Wahlen: 11 %) und Arbeitern (5 %; FG Wahlen: 4 %) über ihrem Durchschnittswert ab. Bei Angestellten kam sie noch auf 3 %, bei Selbständigen auf 2 % und bei Rentnern auf 1 %. Die FG Wahlen ermittelte 2 % für die anderen Berufsgruppen mit Ausnahme der Landwirte, wo sie nur 1 % holte.

Die Piraten erzielten ihre deutlich besten Werte laut Infratest dimap bei Arbeitslosen mit 17 % (FG Wahlen: 18 %) und Arbeitern mit 12 % (FG Wahlen: 11 %), aber auch bei Selbständigen mit 8 %. Bei Angestellten kamen sie auf 7 %, bei Rentnern nur noch auf 3 %. Bei den Beamten holten sie laut FG Wahlen 5 %; ihre Werte bei den Landwirten waren nicht messbar.

Bei der Aufschlüsselung nach der formalen Bildung zeigte sich bei der CDU wie so oft die bei klassischen Volksparteien übliche Verteilung. Am schwächsten schnitt sie bei den formal hoch Gebildeten ab (23 %). In der mittleren Gruppe kam sie laut Infratest dimap auf 28 % und den formal gering Qualifizierten auf 30 %.

Die SPD wies die klassische Verteilung noch deutlicher auf: Ihren besten Wert mit 44 % holte sie bei den niedrig Qualifizierten, in der mittleren Gruppe kam sie auf 39 % und bei den formal hoch Qualifizierten auf 33 %.

Bei den Grünen war die Verteilung typischerweise wiederum genau umgekehrt: Bei den formal hoch Qualifizierten kamen sie auf 17 %, in der mittleren Gruppe auf 9 % und der untersten Gruppe nur auf 5 %.

Die FDP hatte ihre stärksten Gruppen bei den formal hoch Qualifizierten, wo sie auf 12 % kam. In der mittleren Gruppe holte sie 8 %, in der untersten Gruppe 5 %.

Möglicherweise zeigte sich erneut wegen der geringen Stimmzahl bei der Linken nicht die Verteilung einer Arbeiterpartei: Bei den formal hoch Qualifizierten und in der mittleren Gruppe kam sie auf 3 %, in der untersten Gruppe auf 2 %.

Auch die Piraten hatten wiederum mit 9 % ihren Schwerpunkt bei den formal hoch Qualifizierten; sie holten aber auch in der mittleren Gruppe 8 %, während sie in der untersten Gruppe noch auf 6 % kamen.

In Bezug auf die Konfession holte die CDU laut Infratest dimap bei den Katholiken mit 36 % (FG Wahlen: 37 %) ihren besten Wert. Bei den Protestanten kam sie auf unterdurchschnittliche 21 %, den Sonstigen aber nur auf 12 %.

Die SPD war umgekehrt bei den Protestanten mit 46 % (FG Wahlen: 47 %) klar überdurchschnittlich vertreten, bei den Katholiken kam sie nur auf 34 % (FG Wahlen: 33 %) und bei den Sonstigen auf 40 %.

Eine andere Struktur zeigte sich erneut bei den Grünen: Sie lagen bei den Sonstigen mit 15 % (FG Wahlen: 17 %) klar über dem Durchschnitt, kamen bei den Protestanten auf 11 % und den Katholiken auf 10 % (FG Wahlen: 9 %).

Die FDP kam jeweils bei den Katholiken auf 9 %, den Protestanten auf 8 % (FG Wahlen: 7 %) und bei den Sonstigen auf 9 % (FG Wahlen: 8 %).

Die Linke hatte mit 6 % ihren Schwerpunkt bei den Sonstigen (FG Wahlen: 5 %) und lag bei den Protestanten wie Katholiken mit 2 % unter ihrem Durchschnittswert.

Bei den Piraten wiederholte sich dieses Bild: Sie kamen bei den Sonstigen auf überdurchschnittliche 11 % (FG Wahlen: 13 %), den Protestanten auf 8 % und den Katholiken auf 7 %.

### **12.3 Zusammenfassung**

Bei den Wählern in Nordrhein-Westfalen waren die Präferenzen über mögliche Koalitionsvarianten ebenfalls recht deutlich verteilt: Laut Forschungsgruppe Wahlen wurde vor der Wahl eine Koalition von SPD und Grünen von 49 % als gut bewertet. Eine Koalition aus SPD und CDU fanden 38 % gut. Andere Konstellationen wie CDU, FDP und Grüne oder CDU und FDP

wurden dagegen nur von 25 % als gut bewertet; ein Bündnis von SPD, Grünen und Piraten nur von 22 % und eine Ampel aus SPD, Grünen und FDP nur von 18 %. Infratest dimap ermittelte in ihrer Wahlanalyse eine Präferenz von 52 % für Rot-Grün. Eine große Koalition aus SPD und CDU fanden immerhin noch 50 % sehr gut oder gut. Diese Bewertung erhielt ein Bündnis von CDU und Grünen nur noch von 17 %, eine Ampel von 15 % ebenso wie eine „schwarze“ Ampel aus CDU, Grünen und FDP.

Insgesamt wurden die Parteien in der Landesregierung laut FG Wahlen auf einer Skala von +5 bis -5 wie folgt bewertet: Die SPD kam auf +1,4 und die Grünen auf +0,9. Von den Oppositionsparteien erreichte die CDU nur +0,4, die FDP hingegen -1,0 und die Linke -2,3. Laut Infratest dimap waren 53 % mit der Landesregierung zufrieden (und 76 % mit der Arbeit von Hannelore Kraft) und nur 25 % gaben an, eine CDU-geführte Regierung könne die Probleme besser lösen.

Bei den Kompetenzwerten lag die CDU laut FG Wahlen nur im Bereich Finanzen mit 35 % zu 28 % vor der SPD; beim Thema Arbeitsplätze lag sie mit 33 % zu 32 % fast gleichauf und bei der Wirtschaft mit 30 % zu 35 % zurück. In den anderen Bereichen lag sie zum Teil deutlich hinter der SPD, so bei Schule / Bildung mit 21 % zu 37 %, bei Familie mit 20 % zu 40 %, bei sozialer Gerechtigkeit mit 19 % zu 42 % und beim Thema Zukunft mit 27 % zu 35 %.

Laut Infratest dimap wurden der CDU die meisten Kompetenzen im Bereich Wirtschaft (38 %) und Arbeitsplätze (30 %) zugebilligt, wobei sie starke Verluste hinnehmen musste. Geringer waren sie im Bereich Bildungspolitik mit 26 % bei ebenfalls starken Verlusten. Diese Bereiche waren zusammen mit der sozialen Gerechtigkeit die für die Wahlentscheidung wichtigsten Felder. Die SPD lag beim Thema „Schuldenprobleme lösen“ mit 30 % zu 33 % nur knapp hinter der CDU und nicht nur beim Thema Wirtschaft mit 40 % zu 38 % vor der CDU, sondern insbesondere bei der sozialen Gerechtigkeit mit 55 % zu 16 %. Insbesondere bei den Themen Arbeitsplätze (45 %) und soziale Gerechtigkeit hatte sie starke Gewinne zu verzeichnen. Die Grünen hatten mit Umweltpolitik (65 %) und Energiepolitik (43 %) extrem hohe Werte, fielen aber ansonsten nur im Bereich Bildungspolitik mit 13 % etwas auf. Die Piraten lagen beim Thema Transparenz und Offenheit in der Politik (26 %) vor allen anderen Parteien. Die FDP erreichte nur mit 4 % jeweils schwache Kompetenzwerte in den Bereichen Wirtschaft, Schulden und Bildungspolitik und die Linke ebenfalls 4 % – bei allerdings starken Verlusten – im Bereich soziale Gerechtigkeit.

Bei der Bewertung der Spitzenkandidaten war die Verteilung eindeutig: Die Kandidatin der SPD Hannelore Kraft wurde laut FG Wahlen insgesamt mit sehr guten +2,3 von allen Wählern und +3,7 von den eigenen Anhängern beurteilt. Norbert Röttgen von der CDU kam lediglich auf +0,5 bei

allen Befragten und +2,7 bei den eigenen Anhängern. Damit lag er noch hinter der Kandidatin der Grünen, Sylvia Löhrmann, die mit +0,9 sowie +2,6 bei den eigenen Anhängern abschnitt. Christian Lindner von der FDP kam auf +0,4 bei allen und +3,1 bei den eigenen Anhängern. Insgesamt sprachen sich laut FG Wahlen 59 % für eine Ministerpräsidentin Kraft aus, aber nur 29 % votierten für Röttgen.

Laut Infratest dimap galt Frau Kraft gegenüber Norbert Röttgen mit großen Abstand als sympathischer (72 % zu 14 %), glaubwürdiger (64 % zu 14 %) und führungsstärker (62 % zu 24 %). Bei einer Direktwahl hätten sich 68 % für Kraft und 26 % für Röttgen entschieden. Bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der politischen Arbeit kam Norbert Röttgen mit 32 % auf den niedrigsten Wert aller Spitzenkandidaten.

Auch bei den Parteien wurde laut FG Wahlen die SPD mit +1,9 am besten bewertet und damit noch 0,4 Punkte besser als die SPD im Bund. Die CDU kam auf +0,6 und damit 0,6 Punkte unter dem Wert der Bundes-CDU – ein ungewöhnlich großer Rückstand. Die Grünen erreichten +1,1 – das waren 0,1 Punkte mehr als für die Bundespartei. Die FDP kam auf -1,0 und damit auf einen deutlich besseren Wert als die Bundes-FDP mit -1,4. Die Linke wurde mit -2,6 im Land und -2,5 als Bundespartei ähnlich schlecht eingeschätzt. Die Piraten landeten bei -1,3, aber das hinderte sie ähnlich wie die FDP nicht an einem relativ guten Ergebnis.

Für die CDU bedeutete diese Wahl eine dramatische Niederlage. Spitzenkandidat Norbert Röttgen trat als Landesvorsitzender zurück und verlor kurz danach auch sein Amt als Bundesminister. Besonders auffällig war der drastische Rückgang der Zustimmung in den letzten Tagen, der jedenfalls von den veröffentlichten Umfragen nicht in dieser Dimension erfasst wurde. Wahrscheinlich äußerten sich die breiten Mobilisierungsdefizite der CDU auch noch in einem „last minute swing“ zu Ungunsten der Union, der die negative Dynamik noch verstärkte. Auch wenn zahlreiche Indizien vorliegen, dass landespolitische Aspekte hierbei eine größere Rolle gespielt haben, musste diese Wahl ein Warnsignal für die Mobilisierungskraft der Union und – trotz der relativen Erholung der FDP – auch des bürgerlichen Lagers insgesamt sein. Im Hinblick auf die Wahlen des Jahres 2013 mussten für die Union daher Fragen nach der strategischen Grundausrichtung im Vordergrund stehen.

Für die SPD bedeutete die Neuauflage einer rot-grünen Koalition einen Erfolg, der ihr nach langen Jahren des Stimmenverlustes wieder Zuwächse brachte. Die Grünen mussten über diesen Erfolg mindestens genauso zufrieden sein angesichts des Nettoverlusts von Stimmen und der neuen Konkurrenz der Piraten. Die Piraten hatten sich in einem weiteren Landtag etabliert, wurden aber für die konkrete Politikgestaltung weiterhin nicht benötigt. Die Linke war erneut in einem westdeutschen Landtag gescheitert, was unmittelbar danach ihren Führungsstreit eska-

lieren ließ. Ihr Fortbestand als gesamtdeutsche Partei steht seither unter großen Fragezeichen.

Im bevölkerungsreichsten Flächenland Deutschlands hat sich wiederum ein Fünf-Parteien-System im Parlament etabliert. Eine weitere Auffächerung ist nicht aufgetreten; eine Kleinpartei wurde durch eine andere ersetzt. Dies konnte ein Indiz dafür sein, dass auch bei weiteren Wahlen die relative Dominanz der Volksparteien erhalten bleiben kann. Die Wahl hat auch gezeigt, dass sich klassische Koalitionsmuster auch unter schwierigen Bedingungen erhalten lassen. Dennoch wurde deutlich, dass sich künftig mehr Räume für andere Bündnisse ergeben könnten. Für die Volksparteien hat sich erneut bestätigt, dass sich eine Mehrheitsfähigkeit nur bei großer Mobilisierungskraft erreichen lässt, die für Union wie SPD aus strukturellen Gründen immer schwieriger wird, aber dennoch ohne Alternative ist.



## 13. Die Wahl zum Landtag in Niedersachsen vom 20. Januar 2013: Wieder keine bürgerliche Mehrheit trotz Erholung der FDP

### 13.1 Wahlergebnis und mögliche Regierungen

Die Wahl zum Landtag in Niedersachsen am 31. Januar 2013 war der letzte große Stimmungstest der deutschen Politik vor der Landtagswahl in Bayern und der Bundestagswahl im September 2013. Für die CDU stellte sich der populäre Ministerpräsident David McAllister zur Wiederwahl, der das Amt von Christian Wulff übernahm, als dieser 2010 Bundespräsident wurde. Insbesondere in den letzten Wochen deutete sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem bürgerlichen Lager aus CDU und FDP sowie SPD und Grünen an, die jeweils mit einer Koalitionsaussage zur Wahl antraten. Wie knapp auch immer das Ergebnis sein würde, so war in jedem Fall für die veröffentlichte Meinung ein Signal über das Land Niedersachsen hinaus zu erwarten.<sup>25</sup>

Das Ergebnis fiel in der Tat sehr knapp aus: Die CDU holte nach dem endgültigen Endergebnis 1.287.549 Zweitstimmen; das entsprach einem Anteil von 36,0 %. Damit wurde sie klar stärkste Partei, verlor aber 6,5 Prozentpunkte gegenüber der letzten Landtagswahl 2008. An absoluten Stimmen verlor sie fast 169.000. Bei den Erststimmen schnitt sie mit 1.519.182 oder 42,6 % deutlich besser ab und konnte gegenüber 2008 sogar gut 6.500 Stimmen dazu gewinnen. Dies macht den Umfang des taktischen Wahlverhaltens zu Gunsten der FDP deutlich.

Die SPD kam auf 1.165.419 Zweitstimmen bei einem Anteil von 32,6 %. Damit konnte sie 2,3 Prozentpunkte zulegen. Ihr Gewinn betrug über 128.000 Stimmen gegenüber der letzten Landtagswahl. Bei den Erststimmen kam sie auf 1.341.991 oder 37,6 % und konnte sogar über 158.000 Stimmen gewinnen.

Die Grünen kamen auf einen Rekordwert von 13,7 % oder 489.473 Zweitstimmen. Damit konnten sie 5,7 Prozentpunkte oder über 215.000 Stimmen dazugewinnen. Bei den Erststimmen lagen sie mit 10,5 % oder 373.249 wie üblich deutlich niedriger, konnten aber auch dort einen Zugewinn von über 133.000 Stimmen verzeichnen.

Die FDP kam auf 9,9 % oder 354.970 Zweitstimmen. Dies entsprach einem Gewinn von 1,7 Prozentpunkten oder gut 75.000 Stimmen. Bei den Erststimmen kam sie lediglich auf 3,3 % oder 118.532 Stimmen, was einem Verlust von 2,3 Punkten oder über 73.000 Stimmen gleichkam.

---

<sup>25</sup> Siehe Wahlreport Landtagswahl Niedersachsen 2013. Eine Analyse der Wahl vom 20. Januar 2013, Infratest dimap Wahlreport, Berlin 2013; Wahl in Niedersachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 20. Januar 2013, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen 152/2013.

Die Linke holte noch 3,1 % oder 112.212 bei den Zweitstimmen und fiel damit aus dem Landtag. Sie hat damit ihren Anteil mehr als halbiert und über 131.000 Stimmen verloren. Bei den Erststimmen kam sie mit 110.525 Stimmen ebenfalls auf einen Anteil von 3,1 % und verlor auch dort über 106.000 Stimmen.

Die Piraten holten 75.603 Zweitstimmen – ein Anteil von 2,1 %, womit sie den Einzug in den Landtag deutlich verpassten. An Erststimmen holten sie 1,5 % oder 52.959 Stimmen. Zur Landtagswahl 2008 waren sie noch nicht angetreten.

Die sonstigen Parteien blieben alle deutlich unter der 5-%-Marke. Über 1 % und damit in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung kamen nur die Freien Wähler mit 1,1 % oder 39.714 Zweitstimmen. An Erststimmen holten sie auch 1,1 % oder 39.132 Stimmen.

Die Wahlbeteiligung lag mit 59,4 % wieder über der bei der letzten Landtagswahl. Damals hatte sie bei 57,1 % gelegen.

Die CDU holte 54 Sitze im Landtag. Dies waren sämtliche Direktmandate, sodass Listenkandidaten nicht zum Zuge kamen. Die SPD kam auf 49 Sitze und hat mit den 20 Sitzen der Grünen gegenüber Union und FDP, die auf 14 Sitze kam, einen Sitz Mehrheit. Rechnerisch wären neben einer rot-grünen Mehrheit auch eine schwarz-grüne Mehrheit sowie eine große Koalition möglich, was aber politisch nicht zum Tragen kam.<sup>26</sup> Am 20. Februar 2013 wurde eine Regierung der rot-grünen Koalition unter dem SPD-Spitzenkandidaten Stefan Weil ins Amt gewählt.

## **13.2 Bewertungen und Einzelaspekte**

### **13.2.1 Einordnungen im Vergleich**

Für die CDU bedeutete das prozentuale Ergebnis den schlechtesten Wert seit der Landtagswahl 1998, wo sie einen zehntel Prozentpunkt schlechter abschnitt. Zuvor hatte sie seit 1959 zum Teil deutlich höhere Ergebnisse erzielt. Bei Bundestagswahlen war sie allerdings seit 1998 immer unter dem jetzigen Ergebnis geblieben. Insofern handelt es sich um ein Resultat eher am unteren Ende der Bandbreite.

Die SPD hingegen erzielte eines ihrer schlechtesten Resultate überhaupt, lediglich 2008 war sie bei Landtagswahlen mit 30,3 % niedriger gelegen. Auch bei Bundestagswahlen hatte sie mit Ausnahme des Wertes von 29,3 % 2009 fast immer zum Teil deutlich besser abgeschnitten.

Die Grünen erzielten ihr mit Abstand bestes Ergebnis in Niedersachsen überhaupt. Bei der letzten Bundestagswahl 2009 hatten sie mit 10,7 % erstmals ein zweistelliges Resultat geholt, das sie diesmal aber noch klar

---

<sup>26</sup> Meyer, Holger / Müller-Rommel, Ferdinand: Die niedersächsische Landtagswahl vom 20. Januar 2013: Hauchdünne Mehrheit für neues rot-grünes Regierungsbündnis, in: ZParl 2/2013, S. 247-263.

übertrafen.

Die FDP hatte ebenfalls bei Landtagswahlen noch nie so gut abgeschnitten. Bei Bundestagswahlen hatte sie aber schon gelegentlich bessere Werte erzielt, so 2009 mit 13,3 %. Daher scheint ein Potenzial für zweistellige Werte durchaus gegeben zu sein.

Die Linke war zwar mit ihrer Vorgängerorganisation in Niedersachsen schon seit 1990 bei Bundestagswahlen angetreten, hatte aber erst 2009 mit 8,6 % und bei der Landtagswahl 2008 mit 7,1 % die 5-%-Hürde überspringen können. Ihr jetziges Resultat ist daher ein klarer Rückschritt.

Die Piraten kamen mit ihrem Ergebnis nur in etwa auf das Resultat der Bundestagswahl von 2009, wo sie 2,0 % holten und landeten ebenfalls deutlich unterhalb der 5-%-Hürde.

### **13.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen**

Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap konnte die CDU 10.000 Stimmen von der Linken und immerhin 49.000 Stimmen von den Nichtwählern gewinnen. Auf der anderen Seite gab sie 104.000 Stimmen an die FDP ab, 37.000 an die SPD, 20.000 an die Grünen und 2.000 an die Piraten. An die sonstigen Parteien gingen 6.000 Stimmen. Der Saldo der Zu- und Fortgezogenen war mit 15.000 Stimmen positiv, der Generationenwechsel (Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen) mit 73.000 Stimmen stark negativ. Der Löwenanteil der Verluste ging daher an die Liberalen, aber etwa die Hälfte davon auch an das rot-grüne Lager und noch mehr fielen der Demographie zum Opfer.

Auch die SPD gab mit 49.000 Stimmen einen nennenswerten Anteil an die Grünen und damit den Lagerpartner ab. Zusätzlich verlor sie 6.000 Stimmen an die Piraten. Die SPD holte aber 15.000 Stimmen von der Linken, 20.000 von der FDP, 37.000 von der CDU und 90.000 von den Nichtwählern. Die Mobilisierung früherer Nichtwähler ist damit der SPD besser gelungen als der CDU. Von anderen Parteien holte sie 7.000 Stimmen und aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen 29.000. An den Generationenwechsel verlor die SPD 16.000 Stimmen und damit deutlich weniger als die CDU.

Die Grünen mussten lediglich 7.000 Stimmen an die Piraten abgeben. Ansonsten gewannen sie 9.000 Stimmen von der FDP, 17.000 von der Linken, 20.000 von der CDU, 49.000 von der SPD und 59.000 von den Nichtwählern. Damit konnten sie aus dem Nichtwählerlager stärker mobilisieren als die CDU. Auch der Saldo von Zu- und Fortgezogenen sowie der Generationenwechsel waren mit 31.000 und 38.000 Stimmen positiv.

Die FDP gab 1.000 Stimmen an die Linke ab, 5.000 an die Piraten, 9.000 an die Grünen und 20.000 an die SPD. Sie holte aber 9.000 Stimmen von den Nichtwählern und 104.000 Stimmen von der CDU. Damit kam über ein Viertel ihrer Stimmen (29,2 %) von der CDU. Angesichts

der Wanderungsverluste von über 50.000 Stimmen kann die Bedeutung dieser Stimmen von der Union kaum unterschätzt werden. 7.000 Stimmen gingen an sonstige Parteien und 8.000 an den Generationenwechsel, während der Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen mit 13.000 Stimmen im positiven Bereich lag.

Die Linke konnte nur 1.000 Stimmen von der FDP holten. Sie verlor aber 9.000 Stimmen an die Piraten, 10.000 an die CDU, 15.000 an die SPD, 17.000 an die Grünen und 40.000 an die Nichtwähler. An sonstige Parteien gingen 3.000 Stimmen und an den Generationenwechsel verlor sie 13.000 Stimmen. Auch der Saldo aus Zu- und Fortzügen war mit 25.000 Stimmen negativ. Sie konnte also weder von den anderen Parteien noch aus dem Nichtwähler- und Protestwählerpotenzial nennenswert mobilisieren.

Die Piraten, die erstmals bei einer Landtagswahl antraten, holten 2.000 Stimmen von der CDU, 5.000 von der FDP, jeweils 6.000 von der SPD und den Grünen, 9.000 von den Linken und 11.000 von den Nichtwählern. Von den sonstigen Parteien holten sie 13.000 Stimmen und aus dem Generationenwechsel 14.000. Der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen war mit 9.000 im positiven Bereich. Auch bei ihnen war die Mobilisierungskraft insgesamt deutlich zu schwach.

Die sonstigen Parteien holten 3.000 Stimmen von den Linken, 6.000 von der CDU und 7.000 von der FDP. Sie gaben 7.000 Stimmen an die SPD ab, 13.000 an die Piraten und 22.000 an die Nichtwähler. Der Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen war mit 1.000 Stimmen leicht, der aus Zu- und Fortzügen mit 19.000 deutlich im negativen Bereich.

Das Nichtwählerlager wurde mit 36.000 Stimmen von der Linken aufgefüllt. Von den bisherigen Nichtwählern gingen 10.000 Stimmen an die Piraten, 12.000 an die FDP, 61.000 an die CDU und ebenfalls 61.000 an die Grünen sowie 95.000 an die SPD.

### **13.2.3 Prognosen und Wirklichkeit**

Die regierende CDU wurde in den Meinungsumfragen über lange Zeit klar als die stärkste Partei gesehen. Dabei lag sie noch im Sommer 2012 weit unter ihrem letzten Resultat von 42,5 % und holte in zwei Umfragen nur noch Werte knapp über 30 %. Bereits Ende 2012 lag sie aber wieder um die 40 %. Dieses Niveau hielt sie bis in die letzten Prognosen, die ihr Werte zwischen zuletzt 39 % und 41 % zusprachen, so auch in der letzten GMS-Umfrage vom 17. Januar 2013 mit 41 %. Damit lag sie weit über ihrem real erzielten Wert von 36 %.

Die CDU lag zuletzt deutlich vor der SPD, die in den Umfragen nur ein Mal auf 31,5 % und vorher über Monate auf 32 bis 33% gekommen war. Nur im Sommer 2012 war die SPD kurz vor der CDU gelegen. Die letzte Umfrage von GMS bescheinigte ihr 33 %. Damit wurde ihr reales Resultat von 32,6 % bestens prognostiziert.

Die Grünen hielten sich in den Umfragen seit über einem Jahr bei Werten um die 13 %, einmal sogar bei 14,5 % und in der letzten GMS-Umfrage vom 17. Januar 2013 wieder um die 13 %. Auch bei ihnen wurde ihr endgültiger Wert von 13,7 % damit gut erfasst.

Die FDP spiegelte in ihren demoskopischen Werten den dramatischen Kampf um die Überschreitung der 5-%-Hürde wider. Lag sie 2012 nur in einer einzigen Umfrage bei 5 % und ansonsten darunter, so konnte sie mit näher rückendem Wahltermin wieder bei 5 % punkten; sie lag ein Mal bei 4,5 % und in der letzten Umfrage wieder bei 5 %. Damit wurde ihr reales Ergebnis von 9,9 % aber bei Weitem verpasst.

Auch die Linke kam 2012 nur in einer Umfrage auf 5 % und lag anschließend zumeist deutlich darunter bei 3 %. Nur in der letzten Umfrage von INFO GmbH im Auftrag des Nachrichtenmagazins Focus, die von den anderen Umfragen großer Institute aus diesen Tagen abwich, holte sie 6 %; bei GMS am 17. Januar 2013 kam sie aber wieder nur auf 3 %. Ihr endgültiger Wert von 3,1 % wurde sehr gut prognostiziert.

Die Piraten kamen in allen Umfragen (nach zum Teil weit höheren Werten im Sommer 2012) zuletzt nur auf 3 %. Dies war gegenüber ihrem realen Wert von 2,1 % noch eine gewisse Überschätzung.

Für die sonstigen Parteien blieb in allen Umfragen nur ein Restwert von 2 % bis 4 % übrig, so dass ein Einzug ins Parlament von dieser Seite nicht zu erwarten war. Ein Vier-Parteien-Parlament wurde daher in den Umfragen vor der Wahl zu Recht prognostiziert.

Das bürgerliche Lager aus CDU und FDP kam zusammen auf 45,9 %. Dieser Wert war auch aus den meisten Umfragen in den Wochen zuvor fast punktgenau abzulesen gewesen. Allerdings wurde die Verteilung der Stimmen zwischen CDU und FDP bei Weitem nicht erfasst. SPD und Grüne erzielten zusammen 46,3 %, was ebenfalls von der Demoskopie fast perfekt prognostiziert wurde. Anders als im bürgerlichen Lager wurden aber auch die Anteile der einzelnen Parteien sehr gut vorhergesagt. Auch unter Einbeziehung der Linken lagen die Prognosen für dieses Lager gut im Ziel. Für das rot-grüne Lager insgesamt war der prognostizierte Vorsprung von 10 Prozentpunkten im Frühjahr 2012 auf fünf Punkte im Herbst 2012 geschmolzen und in den letzten Umfragen vor der Wahl einem Patt gewichen.

Angesichts dieser demoskopischen Lage kann entweder vermutet werden, dass es einen klassischen „last minute swing“ gegeben haben muss, der in den letzten Tagen oder Stunden vor der Wahl für diese massiven Verschiebungen im bürgerlichen Lager gesorgt hat. Alternativ steht die Frage im Raum, ob derartige Bewegungen innerhalb eines Lagers, die durch taktisches Wählen hervorgerufen werden, mit den herkömmlichen Methoden der demoskopischen Wahlforschung überhaupt adäquat prognostiziert werden können.

### 13.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft

Bei der Aufschlüsselung nach dem Alter weist die CDU bei dieser Wahl wiederum am deutlichsten die für die Volksparteien in Westdeutschland typische Überrepräsentation älterer Wähler auf. Bei den Über-60-Jährigen kam sie laut Forschungsgruppe Wahlen auf 40 % und damit auf einen weit überdurchschnittlichen Wert, bei allen anderen Altersgruppen lag sie klar darunter. So holte sie bei den 45- bis 59-Jährigen nur noch 32 %, bei den 30- bis 44-Jährigen 36 % und den 18- bis 29-Jährigen nur 29%. Laut Infratest dimap kam sie bei den Über-60-Jährigen auf 42 %, den 45- bis 59-Jährigen auf 32 %, den 35- bis 44-Jährigen auf 36 %, den 25- bis 34-Jährigen auf 34 % und den 18- bis 24-Jährigen auf 27 %.

Insgesamt schnitt sie laut Infratest dimap bei den Frauen mit 38 % stärker als bei den Männern mit 34 % ab. (FG Wahlen: 37 % zu 35 %). Bei den Über-45-jährigen Wählern waren die Frauen deutlich stärker, in den jüngeren Altersgruppen schwächer vertreten als die Männer.

Deutlich ausgeglichener war diese Verteilung bei der SPD: Sie holte bei den Über-60-Jährigen 34 %, bei den 45- bis 59-Jährigen ebenfalls noch 35 % und blieb damit über dem Durchschnittswert. Bei den 30- bis 44-Jährigen kam sie nur noch auf 28 % und bei den 18- bis 29-Jährigen noch auf 31 %. Damit lag sie bei den jüngsten Wählern vor der CDU auf dem ersten Platz. Infratest dimap ermittelte folgende Verteilung: Hier kam die SPD bei den Über-60-Jährigen auf 34 %. Bei den 45- bis 59-Jährigen ermittelte sie für die SPD sogar 35 %, den 35- bis 44-Jährigen 29 %, den 25- bis 34-Jährigen 28 % und den 18- bis 24-Jährigen 33 %.

Die SPD holte bei den Frauen laut Infratest dimap mit 32 % einen etwas schlechteren Wert als bei den Männern mit 33 %. Die Männer lagen vor allem in den Altersgruppen ab 45 Jahren vorn, während bei den Jüngeren die Frauen vorn lagen mit Ausnahme der jüngsten Gruppe von 18 bis 24 Jahren.

Die Grünen hatten wie üblich ihre schwächste Altersgruppe bei den Über-60-Jährigen mit 8 %. Bei den 30- bis 44-Jährigen und den 45- bis 59-Jährigen kamen sie auf 18 % und 17 %, bei den 18- bis 29-Jährigen wieder auf 18 %. Damit zeigten die Grünen mit Ausnahme der Über-60-Jährigen eine sehr ausgeglichene Altersverteilung in der Wählerschaft. Infratest dimap ermittelte ähnliche Werte: Für die Über-60-Jährigen 8 %, die 45- bis 59-Jährigen 18 %, die 35- bis 44-Jährigen und die 25- bis 34-Jährigen 17 % und die 18- bis 24-Jährigen 19 %. Damit sind die Grünen in der jüngsten Altersgruppe ebenfalls drittstärkste Kraft geworden, noch weit vor den Piraten.

Bei den Frauen lagen sie laut Infratest dimap wie bei den meisten Wahlen deutlich vorn mit 15 % gegenüber 12 % bei den Männern. Dieses Übergewicht zeigte sich wie so oft bei allen Altersgruppen unter 60 Jahren. Bei den Frauen von 18 bis 24 waren die Grünen mit 25 % nur knapp hinter

der CDU mit 27 % drittstärkste Kraft.

Auch die FDP hatte einen klaren Schwerpunkt bei den älteren Wählern; laut FG Wahlen schnitt sie bei den Über-60-Jährigen mit 14 % deutlich am besten ab. Bei den jüngeren Wählern schnitt sie deutlich schwächer ab: 7 % bei den 45- bis 59-Jährigen, 8 % bei den 30- bis 44-Jährigen und 6 % bei den 18- bis 29-Jährigen. Laut Infratest dimap kam die FDP bei den Über-60-Jährigen auf 13 %, den 45- bis 59-Jährigen, den 35- bis 44-Jährigen und den 25- bis 34-Jährigen auf 8 % und den 18- bis 24-Jährigen auf 6 %.

Bei den Männern schnitt sie laut Infratest dimap mit 11 % deutlich besser ab als bei den Frauen mit 8 % (FG Wahlen: 9 %). Dies zeigte sich bei allen Altersgruppen; am deutlichsten bei den Männern über 60 Jahren, wo sie 14 % holte. Am schlechtesten schnitt sie bei den Frauen von 18 bis 24 Jahren mit 5 % ab.

Für die Linke sind wegen ihrer geringen Stimmenzahl Aussagen über die Altersverteilung schwierig. Laut Forschungsgruppe Wahlen schnitt sie in den mittleren Altersgruppen von 45 bis 59 Jahren mit 4 % besser ab. Auch Infratest dimap ermittelte leicht überdurchschnittliche Werte von 4 % bei den Wählern von 45 bis 59 Jahren, 3 % bei den anderen Altersgruppen. Bei den Männern war sie gemäß Infratest dimap mit 4 % stärker vertreten, insbesondere in den mittleren und älteren Gruppen.

Die Piraten hatten ihren Schwerpunkt wie gewohnt bei den jüngeren Wählern: Sie kamen laut Forschungsgruppe Wahlen bei den 18- bis 29-Jährigen auf 7 %, den 30- bis 44-Jährigen auf 4 %, den 45- bis 59-Jährigen noch auf 2 % und den Über-60-Jährigen nur auf 0,4 %. Bei Infratest dimap erreichten die Piraten bei den 18- bis 24-Jährigen 7 %, den 25- bis 34-Jährigen noch 6 %, bei den 35- bis 44-Jährigen nur noch 3 %, den 45- bis 59-Jährigen noch 2 % und den Über-60-Jährigen konnte kein Wert mehr gemessen werden. Bei den Erstwählern seien sie laut Infratest dimap mit 8 % an vierter Stelle hinter SPD (33 %), CDU (26 %) und Grünen (20 %) gelandet.

Auch die Wählerschaft der Piraten war erneut männlich dominiert; laut Infratest dimap holten sie bei den Männern 3 %, bei den Frauen hingegen nur 2 %. Ihre mit Abstand besten Werte holten sie bei den jüngeren Männern, wo sie bei den 18- bis 24-Jährigen auf 9 % und den 25- bis 34-Jährigen auf 8 % (FG Wahlen allerdings nur 5 %) kamen.

In Bezug auf den Beruf holte die CDU laut Infratest dimap deutlich unterdurchschnittliche Werte bei Arbeitern mit 32 % und Arbeitslosen mit 30 %. Die FG Wahlen ermittelte 33 % sowie 24 %. Bei den Angestellten landete sie mit 32 % (FG Wahlen: 35 %) und den Beamten mit 33 % leicht unter ihrem Durchschnittswert. Überdurchschnittliche Werte erzielte sie bei den Rentnern (43 %; FG Wahlen: 40 %) und den Selbständigen (38%; FG Wahlen: 41 %). Bei den Landwirten kam sie auf 66 %. Gewinne erzielen

konnte sie außer bei den Arbeitslosen in keiner Berufsgruppe. Die größten Verluste erlitt die CDU bei Selbständigen, Angestellten und Beamten.

Die SPD erzielte laut Infratest dimap ihre besten Werte bei Arbeitern und Rentnern (37 % bzw. 35 %; FG Wahlen: 40 % und 34 %). Bei den Arbeitslosen landete sie hingegen mit 28 % unter dem Durchschnitt; die FG Wahlen ermittelte hier aber 39 %. Auch bei den Angestellten (33 %) lag sie etwa im Durchschnitt, während sie bei den Beamten mit 36 % (FG Wahlen: 31 %) deutlich darüber und den Selbständigen (20 %; FG Wahlen: 17 %) deutlich darunter landete. Bei den Landwirten holte sie nur 8 %. Außer bei den Arbeitslosen konnte die SPD in allen Berufsgruppen dazugewinnen, besonders stark bei den Selbständigen.

Die Grünen holten laut Infratest dimap bei den Angestellten mit 18 % ihren besten Wert; die FG Wahlen ermittelte hier aber nur etwas überdurchschnittliche 15 %. Bei Beamten kamen sie ebenfalls auf 18 % (FG Wahlen: 17 %). Auch bei den Arbeitslosen kamen sie auf überdurchschnittliche 16 %; laut FG Wahlen sogar 21 %. Bei den Selbständigen landeten sie mit 14 % genau im Durchschnitt (laut FG Wahlen mit 17 % etwas darüber), bei den Arbeitern mit 12 % (FG Wahlen: 10 %) darunter. Unterdurchschnittlich schnitten sie vor allem bei den Rentnern (7 %; FG Wahlen: 8 %) ab. Bei den Landwirten kamen sie auf 5 %. Sie konnten überall zulegen, besonders stark bei Arbeitslosen und Arbeitern.

Die FDP holte laut Infratest dimap klar überdurchschnittliche Werte bei Selbständigen (23 %; FG Wahlen: 18 %) und durchschnittliche Werte bei Rentnern (10 %; FG Wahlen aber 14 %) und Beamten (10 %; FG Wahlen: 13 %). Bei den Angestellten kam sie auf 9 %, bei Arbeitern auf 7 % und Arbeitslosen bei 4 % (FG Wahlen: 6 %). Bei den Landwirten erzielte sie 18 %. Außer bei den Arbeitslosen konnte sie überall dazugewinnen, besonders bei Selbständigen und Rentnern.

Die Linke schnitt laut Infratest dimap erneut bei Arbeitslosen weit (17 %; FG Wahlen: 8 %) und bei Arbeitern (4 %) etwas über ihrem Durchschnittswert ab. Bei Angestellten und Rentnern kam sie noch auf 3 % (laut FG Wahlen bei Rentnern nur 2 %), bei Beamten und Selbständigen nur auf 1 % (FG Wahlen: 2 %). Ihre Verluste erstreckten sich über alle Berufsgruppen, besonders bei den Arbeitslosen und Arbeitern.

Die Piraten erzielten ihre deutlich besten Werte laut Infratest dimap bei Arbeitslosen mit 4 % (FG Wahlen sogar 7 %). Bei Angestellten kamen sie auf 3 % (FG Wahlen nur 2 %), bei Arbeitern (FG Wahlen: 3 %) und Selbständigen auf 2 %, bei den Rentnern auf 1 %.

Bei der Aufschlüsselung nach der formalen Bildung zeigte sich bei der CDU wieder die bei klassischen Volksparteien übliche Verteilung. Am schwächsten schnitt sie bei den formal hoch Gebildeten ab (31 %). In der mittleren Gruppe kam sie laut Infratest dimap immerhin auf 39 % und den formal gering Qualifizierten auf 40 %.

Die SPD wies die klassische Verteilung noch deutlicher auf: Ihren besten Wert mit 40 % holte sie bei den niedrig Qualifizierten, in der mittleren Gruppe kam sie auf 32 % und bei den formal hoch Qualifizierten auf 29 %.

Bei den Grünen war die Verteilung typischerweise wiederum genau umgekehrt: Bei den formal hoch Qualifizierten kamen sie auf 21 %, in der mittleren Gruppe auf 12 % und der untersten Gruppe nur auf 7 %.

Die FDP hatte ihre stärksten Gruppen bei den formal hoch Qualifizierten, wo sie auf 12 % kam. In der mittleren Gruppe holte sie 10 %, in der untersten Gruppe 7 %.

Möglicherweise wegen der geringen Stimmzahl zeigte sich bei der Linken nicht die Verteilung einer Arbeiterpartei in der klassischen Form. Allerdings kam sie bei den formal hoch Qualifizierten und in der mittleren Gruppe auf 3 %, in der untersten Gruppe auf 4 %.

Auch die Piraten hatten mit 3 % ihren Schwerpunkt bei den formal hoch Qualifizierten; sie holten in der mittleren Gruppe 2 %, während sie in der untersten Gruppe noch auf 1 % kamen.

In Bezug auf die Konfession holte die CDU laut Infratest dimap bei den Katholiken mit 51 % (FG Wahlen: 53 %) ihren besten Wert. Bei den Protestanten kam sie auf durchschnittliche 36 % (FG Wahlen: 35 %), den Sonstigen aber nur auf 25 %.

Die SPD war umgekehrt bei den Protestanten mit 35 % (FG Wahlen: 36 %) klar überdurchschnittlich vertreten, bei den Katholiken nur mit 22 % und den Sonstigen mit 33 % (FG Wahlen: 32 %).

Eine andere Struktur zeigte sich erneut bei den Grünen: Sie lagen bei den Sonstigen mit 21 % (FG Wahlen: 20 %) klar über dem Durchschnitt, kamen bei den Protestanten auf 10 % (FG Wahlen: 14 %) und den Katholiken auf 12 % (FG Wahlen: 10 %).

Die FDP kam jeweils bei den Katholiken auf 11 % (FG Wahlen: 10 %), den Protestanten auf 9 %, bei den Sonstigen nur auf 9 %.

Die Linke hatte mit 6 % ihren Schwerpunkt bei den Sonstigen und lag bei den Protestanten und Katholiken mit 2 % unter ihrem Durchschnittswert.

Bei den Piraten wiederholte sich dieses Bild: Sie kamen bei den Sonstigen auf überdurchschnittliche 4 %, den Protestanten und Katholiken auf 2 %.

### **13.3 Zusammenfassung**

Die Landtagswahl in Niedersachsen brachte eine knappe Mehrheit für eine rot-grüne Koalition. Dies ist auf der einen Seite überraschend, weil die amtierende Koalition und vor allem der amtierende Ministerpräsident durchaus zahlreiche Startvorteile hatten. David McAllister wurde insgesamt laut FG Wahlen von 50 % als gewünschter Ministerpräsident

genannt, darunter 90 % der CDU- und 86 % der FDP-Anhänger, aber immerhin auch von 26 % der Anhänger der Grünen, 20 % derer der Linken und 18 % derer der SPD. Sein Gegenkandidat Stefan Weil kam nur auf 34 %. Bei Infratest dimap lag McAllister mit 51 % zu 39 % vorn. Die CDU als Partei wurde auf einer Skala von +5 bis -5 bei +1,7 und damit etwas besser als 2008 bewertet; die SPD kam auf +1,5 und die Grünen auf +1,0. Allerdings landete die FDP bei dieser Bewertung bei -1,0 – ein für eine Regierungspartei äußerst schlechter Wert, der nur durch die Linke mit -2,3 unterboten wurde. Dies hat sicher eine bessere Bewertung der gesamten Regierung verhindert. Selbst der überaus günstige demoskopische Bundestrend, der der Union die besten Werte seit Jahren bescherte, konnte daran offenbar nichts mehr ändern.

Trotz dieser günstigen Einstufungen von Kandidat und Partei war die Union in den Augen der gesamten Wählerschaft nicht uneingeschränkt erste Wahl für die Regierungsbildung. So fanden laut FG Wahlen 46 % eine rot-grüne Koalition für gut und nur 35 % für schlecht. Eine große Koalition aus CDU und SPD fanden noch 43 % gut und 33 % schlecht. Die bürgerliche Koalition aus CDU und FDP bewerteten nur 35 % als gut, aber 47 % schlecht und ein schwarz-grünes Bündnis ist nur von 24 % als gut, von 52 % aber als schlecht bewertet worden. Zwar zeigten sich laut Infratest dimap 68 % zufrieden mit der Arbeit von David McAllister, aber nur 39 % sagten, CDU und FDP sollten weiter regieren. Hingegen meinten 57 %, es sei Zeit für einen Regierungswechsel. 52 % meinten, eine rot-grüne Koalition sei gut für Niedersachsen; von einer Koalition aus CDU und FDP sagten dies nur 36 %. Diese Werte mussten ein Fingerzeig sein, zumal bei den Landtagswahlen der letzten Jahre fast immer anschließend die Koalition gebildet wurde, die im Vorfeld von einer Mehrheit der Wähler als wünschenswert angesehen wurde.

Das knappe Ergebnis drückte sich auch in der Verteilung der Kompetenzwerte aus. Laut FG Wahlen lag die CDU in der Kompetenzzuschreibung vorn in den Bereichen Arbeitsplätze (38 %), Finanzen (44 %), Wirtschaft (46 %) und Zukunft (38 %). Die SPD hatte einen Vorsprung in den Bereichen Schule / Bildung (36 %), Familie (33 %) und soziale Gerechtigkeit (40 %) vor der CDU. Die Grünen lagen mit 33 % im Bereich Energie vorn und bekamen auch in den Bereichen Familie 10 % sowie bei Schule / Bildung, soziale Gerechtigkeit und Zukunft noch Kompetenzwerte im einstelligen Bereich. Laut Infratest dimap war die CDU in den Feldern Wirtschaft (51 %) und Arbeitsplätze (43 %) vor der SPD, die wiederum in den Bereichen Bildungspolitik und Familienpolitik (jeweils 45 %) sowie soziale Gerechtigkeit (51 %) vor der CDU lag. Laut Infratest dimap meinten sogar 58 % der Wähler, die CDU vernachlässige die Interessen der Arbeitnehmer. Während die SPD in den meisten Kompetenzbereichen zulegen konnte, hatte die CDU laut Infratest dimap in allen Bereichen

Verluste zu verzeichnen: bei Wirtschaft minus 4 Punkte, bei Arbeitsplätzen minus 8 Punkte, bei Verschuldung verringern minus 16 Punkte und bei sozialer Gerechtigkeit minus 5 Punkte. Auch hier wurden den Grünen in den Bereichen Umweltpolitik die stärkste Kompetenz (59 %) und bei Familienpolitik (10 %) und soziale Gerechtigkeit (7 %) geringere Kompetenzwerte zugebilligt. Die wichtigsten Kompetenzfelder waren also unter den Volksparteien ziemlich gleichmäßig aufgeteilt.

Hinzu kommt, dass die Kompetenzvermutungen sich auf unterschiedlich wichtig erachtete Felder erstreckten. Die Wirtschaftspolitik (mit großer CDU-Kompetenz) sahen 31 % der Wähler als wahlentscheidendes Thema an, die soziale Gerechtigkeit (mit Vorsprung SPD und auch Nennungen bei den Grünen) immerhin auch 29 %. Von der Bildungspolitik (wo ebenfalls die SPD vorn lag) sagten dies 26 % und der Arbeitsmarktpolitik (mit CDU-Vorsprung) wiederum 24 %.

Bei dieser Landtagswahl hat das rationale Wahlverhalten vieler Wähler zweifelsohne eine Rolle gespielt. Die Möglichkeit, bei einem Zweitstimmen-Wahlrecht die Erststimme einem aussichtsreichen Kandidaten einer großen Partei zu geben und mit der Zweitstimme eine kleine Partei zu unterstützen, wurde – wie so oft – auch bei dieser Wahl wahrgenommen. Dies traf zum einen bei den Grünen zu, deren Erststimmenanteil 3,2 Prozentpunkte unter dem Zweitstimmenanteil lag. Davon hat in knappen Wahlkreisen sicher auch die SPD profitiert. Noch stärker hat dies sicher der FDP genützt, deren Erststimmenanteil um 6,6 Punkte niedriger lag. Ob man dies als Leihstimmen bezeichnen will oder nicht: Es bleibt festzuhalten, dass allein der Zugewinn von der CDU nicht ausschlaggebend war. Legt man den von Infratest dimap gemessenen Wanderungsgewinn von 104.000 Stimmen zugrunde, dann hätte die FDP ohne diesen Zugewinn auch einen Anteil von etwa 7,1 % der Zweitstimmen geholt und damit problemlos die 5-%-Hürde übersprungen. Umgekehrt hätte die CDU ihren Anteil nur um etwa 2,9 Punkte steigern können, wenn sie diese Abgänge für sich hätte behalten können, womit ihre Gesamtsituation nicht wesentlich verbessert worden wäre.

Für eine Mehrheit des bürgerlichen Lagers hätte es entweder noch stärkerer Zugewinne der FDP bedurft – wobei fraglich ist, woher diese angesichts des Rekordzuwachses von der CDU im Hinblick auf die programmatische Orientierung der FDP hätten kommen können. Oder die CDU hätte in Anbetracht der laufenden de-facto Zweitstimmenkampagne an anderer Stelle mobilisieren müssen, was ihr aber nicht zuletzt wegen der Konkurrenz mit der SPD um die „kleinen Leute“ trotz deren Probleme mit ihrem Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl nicht gelungen ist. Im Kampf um die klassischen Klientele der Volksparteien hatte die CDU an einigen Stellen das Nachsehen. Auch den Grünen ist eine Mobilisierung ihrer wichtigsten Zielgruppen besser gelungen. Der entscheidendere Fak-

tor als die „Leihstimmen“ war bei dieser Wahl die Mobilisierungsschwäche der CDU. Erneut wurde deutlich: Ohne eine hohe Mobilisierung vor allem in den breiten Schichten der Bevölkerung kann die Union nicht die Stimmen holen, die für eine bürgerliche Mehrheitsregierung nötig wären.

# 14. Die Wahl zum Landtag in Bayern vom 15. September 2013: Rückkehr zur Alleinregierung der CSU

## 14.1 Wahlergebnis und mögliche Regierungen

Für die CSU bedeuteten die Wahlen des September 2013 einen historischen Einschnitt. Das „Superwahljahr“ 2013 bot die Chance, sich gegenüber den Negativresultaten von 2008 und 2009 wieder zu rehabilitieren. In der Landtagswahl vom 15. September 2013 war die Wiedergewinnung der Alleinregierung in Bayern das zentrale Ziel. Die Koalition mit der FDP, in die sie im Herbst 2008 gezwungen wurde, sollte – auch wenn bis zum Schluss die Fortsetzung derselben gefordert wurde – im Idealfall eine Episode bleiben. Für die Bundestagswahl am 22. September war hingegen die Wiederholung der Regierung aus CDU, CSU und FDP das Wunschresultat – eben die Regierung der „bürgerlichen Mehrheit“, die für Bayern bestenfalls als Notlösung hätte akzeptiert werden müssen, wenn die CSU keine absolute Mehrheit der Mandate im Landtag erzielt hätte. Allein dadurch waren für den Wahlkampf wie für die Koalitionsstrategie gewisse Disparitäten zu erwarten. In jedem Fall ließen die politische Gesamtentwicklung und die demoskopische Analyse in den Monaten vor den Wahlterminen erhoffen, dass die CSU klar über den Werten von 43,4 % bei der Landtagswahl 2008 und 42,5 % bei der Bundestagswahl 2009 abschneiden würde. Dem Ergebnis in Bayern kam dabei (wie immer gemäß der historischen Rolle der CSU) die größere Bedeutung zu. Der (Rück-)Gewinn der absoluten Mehrheit im Bayerischen Landtag musste das primäre Ziel sein. In jedem Fall würde dieses Ergebnis ein Signal für die Bundestagswahl eine Woche später sein.<sup>27</sup>

Das Ergebnis war ein eindrucksvoller Sieg der CSU. Mit 47,7 % der Gesamtstimmen (5.636.425) wurde sie klar stärkste Partei und holte die absolute Mehrheit der Mandate im Landtag. Bei den Zweitstimmen holte sie mit 48,9 % (2.879.067) etwas mehr als bei den Erststimmen mit 46,5 % (2.754.256). Damit gewann sie 4,3 Prozentpunkte oder 1.032.465 Gesamtstimmen gegenüber der Landtagswahl von 2008 dazu. Die CSU konnte also gut 500.000 Wähler mehr erreichen als bei der letzten Landtagswahl.

Die SPD holte 20,6 % der Gesamtstimmen (2.437.401) und legt um 2 Prozentpunkte zu. Bei ihr lagen die Zweitstimmen mit 20,8 % nur etwas über den Erststimmen mit 20,4 %. Die SPD verzeichnete einen Zugewinn

---

<sup>27</sup> Siehe Wahlreport Landtagswahl Bayern 2013. Eine Analyse der Wahl vom 15. September 2013, Infratest dimap Wahlreport Berlin 2013; Wahl in Bayern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 15. September 2013, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen 153/2013.

von 464.964 Gesamtstimmen und dürfte damit über 200.000 Wähler mehr gewonnen haben.

Die Freien Wähler kamen auf 9,0 % der Gesamtstimmen (1.062.533) und verloren 1,2 Prozentpunkte. Auch an Wählerstimmen gaben sie 23.343 ab. Sie lagen bei den Zweitstimmen mit 8,2 % deutlich unter ihrem Wert der Erststimmen mit 9,8 %. Unter den Parteien, die in den Landtag kamen, waren sie neben der FDP die einzige Partei, die netto Stimmen verloren hat.

Die Grünen kamen auf 8,6 % der Gesamtstimmen (1.019.373) und büßten 0,8 Prozentpunkte ein. Auch sie lagen bei den Zweitstimmen mit 8,4 % unter ihrem Wert bei den Erststimmen mit 8,8 %. Sie konnten einen knappen Zugewinn von 20.262 Stimmen verzeichnen, wobei – wie bei den Freien Wählern – ein Gewinn bei den Erststimmen einem Verlust bei den Zweitstimmen gegenüberstand.

Die FDP holte 3,3 % der Gesamtstimmen (390.038) und kam mit einem Verlust von 4,7 % Prozentpunkten nicht mehr in den Landtag. Bei Erst- und Zweitstimmen erzielte sie denselben prozentualen Wert. Sie verlor 457.189 Gesamtstimmen und hat daher – trotz höherer Wahlbeteiligung – etwa 220.000 Wähler eingebüßt.

Auch von den anderen Parteien schaffte es keine über die 5-%-Hürde. Die restlichen Stimmen verteilten sich auf eine ganze Reihe von Gruppierungen. Die Linke holte 2,1 Prozentpunkte (251.097 Gesamtstimmen) – ein Verlust von 2,2 Prozentpunkten oder 210.658 Stimmen. Sie verlor also netto über 100.000 Wähler.

Fast genauso viele Gesamtstimmen (247.500) und 2,1 % holte die Bayernpartei, die einen Prozentpunkt oder 131.036 Stimmen dazugewinnen konnte. Auch die ÖDP holte 2,0 % und 239.425 Gesamtstimmen bei einem bescheidenen Zugewinn von 27.225 Stimmen. Knapp darunter landeten die Piraten mit ebenfalls 2,0 % und 234.406 Gesamtstimmen; diese hatten 2008 nicht kandidiert. Noch in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung kamen auch die Republikaner mit 1,0 % und 117.718 Gesamtstimmen bei einem Verlust von 28.355 Stimmen. Alle anderen Parteien blieben unter diesem Wert, darunter Die Franken (die erstmals kandidierten) mit 0,7 % (87.284 Gesamtstimmen) und die NPD mit 0,6 % (74.848 Gesamtstimmen bei einem Verlust von 48.504 Stimmen).

Die Wahlbeteiligung lag mit 63,6 % um 5,7 Prozentpunkte höher als bei der letzten Landtagswahl. Von 9.442.013 Stimmberechtigten gingen 6.005.395 zur Wahl; das waren über 607.000 Wähler mehr als 2008. Auffällig ist mit 187.577 oder 1,6 % die hohe Anzahl an ungültigen Gesamtstimmen.

Die CSU holte 101 Sitze im Landtag, das waren neun mehr als 2008 und damit eine klare Mehrheit. Die SPD kam auf 42 Sitze, die Freien Wähler auf 19 und die Grünen auf 18 Sitze. Die Frage nach einer Koali-

tionsbildung war damit von vornherein entschieden. Am 8. Oktober 2013 wurde die neue Staatsregierung unter der Führung von Horst Seehofer vereidigt.

## **14.2 Bewertungen und Einzelaspekte**

### **14.2.1 Einordnungen im Vergleich**

Für die CSU bedeutete das prozentuale Ergebnis eine deutliche Verbesserung gegenüber 2008. Im historischen Vergleich war es jedoch trotzdem niedriger als alle Landtagswahlergebnisse seit 1966. Dies gilt auch für die Gesamtstimmen. Auch bei den meisten Bundestagswahlen außer 2009 war sie höher gelegen; 1998 hatte sie allerdings genau diesen Wert auch bei der Bundestagswahl erzielt.

Die SPD lag über ihren Resultaten von 2008 und 2003. Bei allen anderen Landtagswahlen seit 1946 hatte sie jedoch deutlich höhere Werte erzielt. Dies galt auch im Vergleich zum Ergebnis der Bundestagswahl 2009.

Die Freien Wähler lagen unter ihrem Wert von 2008, aber deutlich über den Werten von 2003 und 1998, als sie den Einzug in den Landtag verpassten.

Die Grünen holten trotz Verlust das zweitbeste Ergebnis bei Landtagswahlen seit 1982. Bezogen auf die Gesamtstimmen verzeichneten sie sogar ihr bestes Resultat.

Die FDP holte eines ihrer schlechtesten Ergebnisse bei Landtagswahlen, lag aber immer noch über den Werten von 1994, 1998 und 2003, als sie nicht in den Landtag kam. Auch bei den letzten Bundestagswahlen war sie deutlich über diesem Resultat gelegen.

Bei den sonstigen Parteien fiel die Bilanz unterschiedlich aus: Die Linke war erst einmal angetreten und schnitt 2013 deutlich schlechter ab. Die Bayernpartei hingegen holte ihr bestes Ergebnis seit 1966. Die ÖDP blieb auf dem Niveau, das sie bei Landtagswahlen seit 1990 immer erreicht hat. Die Republikaner erzielten das schlechteste Ergebnis seit ihrem ersten Antreten 1986. Die NPD halbierte sich zwar gegenüber 2008, schnitt aber deutlich besser ab als 1994 und 1998.

### **14.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen**

Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap konnte die CSU die meisten Stimmen (320.000) von den Nichtwählern gewinnen. Damit hat sie mehr als das Doppelte der Zahl, die 2008 an die Nichtwähler ging, wieder zurückgeholt; allerdings hatte sie 2003 noch mehr an die Nichtwähler verloren. Von der FDP holte sie 120.000 Stimmen, das entsprach etwa drei Viertel dessen, was sie 2008 an die Liberalen verloren hatte. Von den

Grünen und den Linken holte sie jeweils 20.000 Stimmen. Lediglich an die sonstigen Parteien musste sie 20.000 Stimmen abgeben.

Die SPD holte 110.000 Stimmen aus dem Nichtwählerlager – ebenfalls mehr als das Doppelte dessen, was sie 2008 an die Nichtwähler verloren hatte. CSU wie SPD konnten also nennenswerte Zahlen aus dem Nichtwählerbereich wieder zurückholen. Weiterhin holte sie 40.000 Stimmen von den Linken und 20.000 von den Grünen. Von der FDP und den sonstigen Parteien kamen jeweils 10.000 Stimmen.

Die Grünen konnten lediglich 30.000 Stimmen aus dem Nichtwählerbereich und 10.000 von der FDP holten. Ansonsten verloren sie jeweils 20.000 Stimmen an die CSU, die SPD und an sonstige Parteien.

Die FDP verlor fast in alle Richtungen: 120.000 Stimmen an die CSU, 20.000 an sonstige Parteien und jeweils 10.000 an SPD, Grüne und Nichtwähler.

Die Linke gab ebenfalls fast in alle Richtungen ab: 40.000 Stimmen an die SPD, jeweils 20.000 an CSU und Nichtwähler sowie 10.000 an sonstige Parteien.

Das Nichtwählerlager wurde nur mit 20.000 Stimmen von der Linken und 10.000 Stimmen von der FDP gefüllt. Ansonsten flossen ab an die CSU 320.000 Stimmen, an die SPD 110.000, an die Grünen 30.000 und an sonstige Parteien 70.000.

### **14.2.3 Prognosen und Wirklichkeit**

Der CSU wurden von den demoskopischen Untersuchungen – vor allem für die zweite Hälfte der Legislaturperiode – fast kontinuierlich steigende Werte vorhergesagt. Lagen Anfang 2010 die Werte mit dem Tiefpunkt von 41 % sogar noch unter dem der Landtagswahl, so stiegen sie in der Folge – mit Ausnahme des Forsa-Instituts 2011 – an. Schon um den Jahreswechsel 2010/2011 wurde der CSU erstmals die Möglichkeit des Gewinns der absoluten Mehrheit der Mandate prognostiziert. Ab spätestens Anfang 2012 lagen ihre Werte kontinuierlich etwas und ab Mitte 2012 deutlich über dem Resultat der Wahl 2008. Ab Sommer 2012 lagen die Prognosen immer über 46 %, zuletzt bei 48 % und 47 %. Daher ließ sich für die CSU eine deutliche Verbesserung erwarten. Der reale Wert von 47,7 % wurde von den Umfragen also sehr genau prognostiziert und lag genau im Trend aller Umfragen.

Die SPD blieb in den Umfragen zunächst noch unter dem Wert der Landtagswahl 2008 und fiel im Juni 2011 sogar auf 15 %. Erst nach der Ankündigung der Kandidatur Christian Udes im August 2011 stiegen die Werte kurzfristig auf über 20 % an, um daraufhin bei dieser Marke zu verharren. Ab Sommer 2013 lagen die meisten Prognosen wieder unter 20 %, die SPD stieg aber bei den letzten publizierten Umfragen wieder auf 20 % an und lag in der allerletzten Umfrage aber wieder bei 18%. Ihr realer Wert

von 20,6 % wurde also etwas unterschätzt.

Die Werte der Grünen stiegen nach der Landtagswahl leicht und ab 2011 stark an. Noch vor der Katastrophe in Fukushima wurden den Grünen ansteigende Werte über 15 % und anschließend in der Spitze sogar 20 % vorhergesagt – also gut das Doppelte ihres letzten Ergebnisses. Wie in anderen Ländern auch gingen diese Werte aber seit Ende 2011 wieder deutlich zurück und lagen in der Regel nur noch knapp über 10 %, Ende 2012 regelmäßig bei 10 %. Ab Anfang 2013 verzeichneten die Grünen wieder einen Anstieg ihrer prognostizierten Werte. Mit näherrückendem Wahltermin gingen diese wiederum zurück und lagen zuletzt bei 10 % bzw. 12 %. Dies war deutlich über ihrem realen Wert von 8,6 %.

Der Kampf der FDP um die 5-%-Hürde zeichnete sich auch in den deskriptiven Analysen ab: Unmittelbar nach der Landtagswahl blieb sie auf dem Niveau ihres Wahlergebnisses und lag Anfang 2010 sogar noch darüber. In der Folge brachen die Werte ein; sie erreichten nur noch Anfang 2011 6 %, lagen ansonsten aber kontinuierlich zum Teil deutlich unter der 5-%-Marke. Erst im Herbst 2012 wurden die 5 % zweimal gemessen; danach gingen die Werte erneut zurück. Ab Sommer 2013 stiegen sie wieder etwas an und die FDP wurde mehrmals mit 5 % gemessen, zuletzt aber nur mit 4 %. Der Einzug in den Landtag blieb für die Liberalen also bis zum Schluss eine Zitterpartie. Unter Berücksichtigung der Fehlermargen war ihr realer Wert von 3,3 % angesichts der Umfragen also durchaus zu erwarten.

Die Werte der Freien Wähler lagen unmittelbar nach der Landtagswahl 2008 unter ihrem Resultat, stiegen aber Anfang 2009 wieder auf 10 %. Danach gingen sie deutlich zurück und sie wurden Anfang 2011 nur noch mit 4 % gemessen. In der Folge stiegen sie wieder an und schwankten immer wieder zwischen 6 % und 10 %. Die Umfragen in den Wochen vor der Wahl pendelten sich bei 8 % ein. Ein Wiedereinzug in den Landtag schien daher ungefährdet. Angesichts ihres realen Werts von 9,0 % wurden sie also etwas unterbewertet.

Die Linke konnte sich unmittelbar nach der Wahl auf dem Wert ihres Landtagsergebnisses von 2008 halten und kam Anfang 2010 sowie Anfang 2011 sogar auf jeweils 5 %. In der Folge brach sie ein und wurde 2012 mit Werten zwischen 1 % und 3 % gemessen. In den Wochen vor der Wahl sahen sie alle Umfragen bei 3 % – zuletzt aber immerhin bei 4 % –, so dass ein Einzug in den Landtag sehr unwahrscheinlich schien. Dennoch wurde ihr realer Wert von 2,1 % also nicht ganz getroffen.

Die Piraten, die bei der Landtagswahl 2008 noch nicht angetreten waren, wurden ab Herbst 2011 (mit einer Ausnahme einer Studie vom Januar 2012) bis September 2012 immer bei Werten von 5 % und darüber (in der Spitze 8 %) gemessen. Ab Oktober 2012 blieben sie darunter, kamen ab Anfang 2013 nur noch auf 2 % bzw. 3 % (wie auch in der letzten Umfrage)

und wurden in manchen Untersuchungen überhaupt nicht mehr ausgewiesen. Ein Einzug in den Landtag war daher nicht abzusehen. Ihr realer Wert von 2,0 % entsprach den Erwartungen der Umfragen.

Alle anderen Parteien schienen für sich bezogen keine Chance auf das Überschreiten der 5-%-Hürde zu haben. Allerdings stiegen die Werte der sonstigen Parteien teilweise auf bis zu 10 % an, ohne dass darunter einzelne Parteien besonders hervorgetreten wären. Aufgrund der demoskopischen Analysen schien es also nahezuliegen, dass sich die sonstigen kleineren Parteien (darunter ÖDP und Bayernpartei einerseits sowie Linke und Piraten andererseits) zum Teil gegenseitig Konkurrenz machten und damit einen Einzug in den Landtag verhinderten.

Das bürgerliche Lager aus CDU und FDP kam zusammen auf 51,0 %. Dieser Wert war auch aus den meisten Umfragen in den Wochen zuvor abzulesen gewesen. Auch die Verteilung der Stimmen zwischen CDU und FDP wurde diesmal recht gut erfasst. SPD und Grüne erzielten zusammen 29,2 %, was von der Demoskopie vor der Wahl etwas höher eingeschätzt worden war. Unter Einbeziehung der Linken waren die Prognosen für dieses Lager sogar noch etwas zu optimistisch. Insgesamt wurde der Abstand der Lager aber realistisch vorhergesagt.

Alles in allem wurde das Endergebnis von den veröffentlichten demoskopischen Studien also gut vorhergesagt. Das Ergebnis der CSU lag genau im Trend der Vorhersagen und auch das Resultat der FDP lag im Zielbereich. Zwar wurde die SPD etwas unter- und die Grünen klar sowie die Freien Wähler etwas überschätzt, aber insgesamt wurden die Wahlergebnisse – auch bezogen auf die koalitionspolitischen Lager – gut erfasst. Angesichts der demoskopischen Vorgaben war das Resultat also keine große Überraschung.

#### **14.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft**

Bei der Aufschlüsselung nach dem Alter weist die CSU bei dieser Wahl wiederum die für die Volksparteien in Westdeutschland typische Überrepräsentation älterer Wähler auf. Dennoch hat sie auch bei den Wählern mittleren und jüngeren Alters relativ gut abgeschnitten und erreichte in diesen Jahrgängen Werte, wie sie die Union bei früheren Wahlen nicht erzielt hat. Bei den Über-60-Jährigen kam sie laut Forschungsgruppe Wahlen auf 57 % und damit auf einen weit überdurchschnittlichen Wert, bei allen anderen Altersgruppen lag sie klar darunter. Sie kam aber auch bei den 45- bis 59-Jährigen auf 44 %, bei den 30- bis 44-Jährigen sogar auf 46 % und damit nahe an den Durchschnittswert. Auch bei den 18- bis 29-Jährigen holte sie 40 % und schnitt daher auch in dieser Altersgruppe mit Abstand als beste Partei ab. Laut Infratest dimap kam sie bei den Über-60-Jährigen auf 55 %, den extra ausgewiesenen Über-70-Jährigen auf 63 %, den 45- bis 59-Jährigen auf 45 %, den 35- bis 44-Jährigen auf

46 %, den 25- bis 34-Jährigen auf 44 % und den 18- bis 24-Jährigen auf 41 %. Auch bei den Erstwählern kam sie auf 41 %. Damit konnte sich die CSU über eine über alle Altersgruppen relativ gleichmäßig verteilte Wählerschaft freuen, auch wenn sie von den Senioren überdurchschnittlich profitierte.

Insgesamt schnitt sie laut Infratest dimap bei den Frauen mit 50 % stärker als bei den Männern mit 49 % ab. (FG Wahlen: 49 % zu 48,5 %). Laut FG Wahlen war die CSU in den Altersgruppen unter 60 Jahren bei den Männern stärker vertreten, erst bei den Über-60-Jährigen lagen die Frauen klar vorn.

Auch bei der SPD war diese Verteilung relativ ausgeglichen: Sie holte bei den Über-60-Jährigen 23 %, bei den 45- bis 59-Jährigen ebenfalls noch 22 % und blieb damit über dem Durchschnittswert. Bei den 30- bis 44-Jährigen kam sie nur noch auf 17 % und bei den 18- bis 29-Jährigen noch auf 19 % und blieb daher unter ihrem Durchschnittswert. Damit lag sie bei allen Altersgruppen weit hinter der CSU. Infratest dimap ermittelte eine ähnliche Verteilung: Hier kam die SPD bei den Über-60-Jährigen und den Über-70-Jährigen auf 22 %. Bei den 45- bis 59-Jährigen ermittelte sie für die SPD ebenfalls 22 %, den 35- bis 44-Jährigen 18 %, den 25- bis 34-Jährigen 17 % und den 18- bis 24-Jährigen 18 %. Bei der SPD war also ein Defizit bei den Wählern unter 35 Jahren klar erkennbar. Bei den Erstwählern kam sie nur auf 17 %.

Die SPD holte bei den Frauen laut Infratest dimap und FG Wahlen mit 21 % einen etwas besseren Wert als bei den Männern mit 20 %. Die Männer lagen laut FG Wahlen in den Altersgruppen bis 29 Jahren zurück; in den Altersgruppen bis 59 Jahren waren die Frauen stärker vertreten, bei den Über-60-Jährigen wieder die Männer.

Die Freien Wähler hatten laut FG Wahlen ihre stärkste Wählerschaft in den Altersgruppen von 30 bis 44 und 45 bis 59 Jahren mit jeweils 10 %. Bei den jüngeren Wählern kamen sie auf 9 %, bei den Wählern über 60 Jahren nur auf 7 %. Ähnlich sieht Infratest dimap die Verteilung: Dort waren die Freien Wähler bei den 35- bis 44-Jährigen und den 45- bis 59-Jährigen jeweils mit 10 % vertreten. Bei den 25- bis 34-Jährigen kamen sie auf 9 % und den 18- bis 24-Jährigen sowie den Erstwählern auf 8 %. Auch bei den 60- bis 69-Jährigen holten sie 8 %, bei den Über-70-Jährigen nur noch 5 %.

Laut Infratest dimap holten die Freien Wähler insgesamt mehr Stimmen bei den Männern (9 %) als bei den Frauen (8 %); laut FG Wahlen waren die Werte in etwa ausgeglichen. Bei den Frauen bis 44 Jahren und denen über 60 Jahren lagen die Werte geringfügig höher.

Die Grünen hatten wie üblich ihre schwächste Altersgruppe bei den Über-60-Jährigen mit 4 %. Bei den 30- bis 44-Jährigen und den 45- bis 59-Jährigen kamen sie auf jeweils 11 %, bei den 18- bis 29-Jährigen auf

10 %. Damit zeigten die Grünen mit Ausnahme der Über-60-Jährigen eine sehr ausgeglichene Altersverteilung in der Wählerschaft, wie sie auch bei anderen Wahlen der letzten Jahre oft zu sehen war. Infratest dimap ermittelte ähnliche Werte: für die Über-60-Jährigen 6 % und die Über-70-Jährigen 3 %, die 45- bis 59-Jährigen und die 35- bis 44-Jährigen 11 %, die 25- bis 34-Jährigen 9 % und die 18- bis 24-Jährigen 10 %. Bei den Erstwählern waren die Grünen mit 11 % drittstärkste Kraft geworden.

Bei den Frauen lagen sie laut Infratest dimap und FG Wahlen wie bei den meisten Wahlen deutlich vorn mit 10 % gegenüber 7 % bei den Männern. Dieses Übergewicht zeigte sich wie so oft bei allen Altersgruppen unter 60 Jahren; bei den Über-60-Jährigen war der Abstand geringer. Bei den Frauen von 18 bis 59 Jahren waren die Grünen mit 12 % drittstärkste Kraft.

Bei der FDP war die Altersverteilung angesichts des geringen Ergebnisses schwer zu ermitteln: Laut FG Wahlen holte sie bei den Über-60-Jährigen 4 % ebenso wie bei den 30- bis 44-Jährigen; alle anderen Altersgruppen kamen auf 3 %. Laut Infratest dimap kam die FDP in allen Altersgruppen wie auch bei den Erstwählern auf 3 %.

Bei den Männern schnitt sie laut Infratest dimap mit 3 % besser ab als bei den Frauen mit 2 %. Dies zeigte sich laut FG Wahlen bei allen Altersgruppen; am deutlichsten bei den Männern über 60 Jahren, wo sie 4 % holte.

Für die Linke sind wegen ihrer geringen Stimmzahl Aussagen über die Altersverteilung schwierig. Laut Infratest dimap schnitt sie bei den Wählern von 18 bis 24 Jahren sowie den Erstwählern mit 3 % am besten ab. In den anderen Altersgruppen kam sie auf 2 %, bei den Über-70-Jährigen auf 1 %.

Laut Infratest dimap schnitt die Linke bei Männern wie Frauen gleich mit jeweils 2 % ab. Die FG Wahlen sah bei den Unter-29-Jährigen einen leichten Vorsprung bei den Frauen, in den anderen Altersgruppen einen leichten und bei den älteren Wählern einen größeren Vorsprung für die Männer.

Die Piraten hatten ihren Schwerpunkt wie gewohnt bei den jüngeren Wählern: Sie kamen laut Forschungsgruppe Wahlen bei den 18- bis 29-Jährigen auf 7 %, den 30- bis 44-Jährigen auf 3 %, den 45- bis 59-Jährigen noch auf 1 % und den Über-60-Jährigen nur auf 0,4 %. Bei Infratest dimap erreichten die Piraten bei den 18- bis 24-Jährigen und den Erstwählern 7 %, den 25- bis 34-Jährigen 5 %, bei den 35- bis 44-Jährigen nur noch 2 %, den 45- bis 59-Jährigen noch 1 % und bei den Über-60-Jährigen konnte kein Wert mehr gemessen werden. Bei den Erstwählern seien sie damit nur an fünfter Stelle hinter CSU, SPD, Grünen und Freien Wählern gelandet.

Auch ihre Wählerschaft war erneut männlich dominiert; laut Infratest dimap holten sie bei den Männern 3 %, bei den Frauen hingegen nur 1 %

(FG Wahlen: 2 %). Dies zeigte sich in allen Altersgruppen. Ihre mit Abstand besten Werte holten sie bei den jüngeren Männern, wo sie bei den 18- bis 29-Jährigen auf 9 % kam.

In Bezug auf den Beruf holte die CSU laut Infratest dimap insgesamt recht ausgeglichene Werte. Bei Landwirten und Rentnern lag sie mit 59 % weit über dem Durchschnitt. Die FG Wahlen sah sie bei den Landwirten sogar bei 69 % und den Rentnern bei 56 %. Auch bei Arbeitern lag sie mit 49 % (FG Wahlen: 50 %) etwas über, bei Angestellten und Selbständigen mit jeweils 45 % (FG Wahlen: 46 %) leicht unter ihrem Durchschnittswert. Nur bei den Arbeitslosen lag sie mit 39 % (FG Wahlen nur 24 %) deutlicher darunter. Laut FG Wahlen kam sie bei den Beamten auf 44 %. In allen Berufsgruppen lag sie weit vor der Konkurrenz.

Auch bei der SPD waren die Werte laut Infratest dimap recht ausgeglichen: Bei Rentnern lag sie mit 23 % (FG Wahlen: 24 %) über dem Durchschnitt und bei Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen mit 20 % im Durchschnitt. Die FG Wahlen sah sie bei Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen bei 22 %. Bei den Selbständigen lag sie mit 19 % (FG Wahlen: 16 %) etwas darunter, bei den Landwirten mit 5 % deutlich. Laut FG Wahlen holte sie bei den Beamten 23 %.

Die Freien Wähler erzielten bei den Landwirten mit 15 % (FG Wahlen: 14 %) einen deutlich überdurchschnittlichen Wert. Bei Arbeitern, Angestellten und Selbständigen lagen sie mit jeweils 9 % im Durchschnitt. Die FG Wahlen sah sie bei Arbeitern bei 10 %, bei Angestellten bei 9 % und den Selbständigen bei 7 %. Bei Arbeitslosen lagen sie mit 8 % und bei Rentnern mit 7 % unter ihrem Durchschnittswert. Bei den Beamten holten sie laut FG Wahlen überdurchschnittliche 10 %.

Die Wählerschaft der Grünen war noch heterogener zusammengesetzt: Bei Selbständigen kamen sie auf 12 % und bei Angestellten mit 11 % (FG Wahlen: 10 %) ebenfalls weit über ihren Durchschnittswert. Bei den Landwirten lagen sie mit 9 % etwa im Durchschnitt (laut FG Wahlen mit 2 % aber weit darunter), bei Arbeitslosen mit 5 % (FG Wahlen jedoch 14 %) und Rentnern sowie Arbeitern mit jeweils 4 % aber deutlich darunter. Bei den Beamten kamen sie laut FG Wahlen auf 12 %. Dies deutet auf eine klare Mobilisierungsschwäche hin, zumal die Grünen bei anderen Landtagswahlen in diesen Berufsgruppen schon deutlich besser abgeschnitten hatten.

Die FDP schnitt bei den Selbständigen mit 6 % (FG Wahlen sogar 10 %) und den Landwirten sowie den Arbeitslosen mit 4 % (FG Wahlen für Arbeitslose 3 %) überdurchschnittlich ab. Etwas schlechter lagen sie bei Rentnern und Angestellten mit jeweils 3 %; bei den Arbeitern kamen sie nur auf 1 % (FG Wahlen: 2 %). Bei den Beamten kam sie laut FG Wahlen auf überdurchschnittliche 5 %.

Die Linke holte wie gewohnt überdurchschnittliche Werte bei Arbeitslosen mit 7 % (FG Wahlen: 12 %) und Arbeitern mit 4 %. Bei Angestellten

und Selbständigen kam sie auf 2 %, bei Landwirten und Rentnern nur auf 1 % (FG Wahlen für Rentner: 2 %). Bei den Beamten kam sie laut FG Wahlen auf 4 %.

Die Piraten wiesen eine unübersehbare Schiefelage ihrer Wählerschaft auf: Bei Landwirten und Rentnern konnte Infratest dimap keine Werte ermitteln. Bei Arbeitern und Selbständigen holten sie 2 % (FG Wahlen für Arbeiter 3 %) und bei Angestellten 3 %. Lediglich bei den Arbeitslosen kamen sie auf überdurchschnittliche 7 % (FG Wahlen: 6 %). Bei den Beamten kamen sie laut FG Wahlen auf 1 %.

Bei der Aufschlüsselung nach der formalen Bildung zeigte sich bei der CSU wieder die bei klassischen Volksparteien übliche Verteilung. Laut FG Wahlen kam sie bei den Hochschulabsolventen auf 36 %, den Abiturienten auf 42 %, den Wählern mit mittlerer Reife auf 51 % und denen mit Hauptschulabschluss sogar auf 58 %.

Die SPD wies diese für eine Volkspartei typische Verteilung bei dieser Wahl nicht auf: Laut FG Wahlen kam sie bei den Akademikern auf überdurchschnittliche 24 %, den Wählern mit Abitur auf 20 %, denen mit mittlerer Reife auf 19 % und denen mit Hauptschulabschluss auf 18 %.

Die Wähler der Freien Wähler waren relativ gleichmäßig über die Bildungsgruppen verteilt: Laut FG Wahlen kamen sie bei den Wählern mit Hochschulabschluss ebenso wie bei denen mit Hauptschulabschluss auf 8 %, bei den anderen Gruppen auf 9 %.

Bei den Grünen war die Verteilung noch extremer ausgeprägt: Bei den Akademikern kamen sie laut FG Wahlen auf 19 %, den Abiturienten auf 14 %, den Wählern mit mittlerer Reife noch auf 7 % und denen mit Hauptschulabschluss auf 3 %.

Die FDP hatte ihre stärksten Gruppen bei den Akademikern mit 5 %, bei den Wählern mit Abitur kam sie auf 3 % und den anderen Bildungsgruppen auf 2 %.

Möglicherweise wegen der geringen Stimmenzahl zeigte sich bei der Linken erneut nicht die Verteilung einer Arbeiterpartei in der klassischen Form. Sie kam bei den Hochschulabsolventen wie den Wählern mit Volksschul- und Realschulabschluss auf 2 %, nur bei den Wählern mit Abitur kam sie auf 3 %.

Auch die Piraten hatten mit 4 % ihren Schwerpunkt bei den Abiturienten. Bei den Wählern mit Hochschulabschluss wie denen mit mittlerer Reife kamen sie auf 2 %, bei denen mit Volksschulabschluss etwas darunter.

In Bezug auf die Konfession holte die CSU laut FG Wahlen bei den Katholiken 58 %, den Protestanten 45 % und denen ohne oder mit sonstiger Konfession 30 %.

Die SPD war umgekehrt bei den Protestanten mit 25 % klar überdurchschnittlich vertreten, bei den Katholiken nur mit 16 % und den Sonstigen

mit 26 %.

Eine andere Struktur zeigte sich erneut bei den Grünen: Sie lagen bei den Sonstigen mit 14 % klar über dem Durchschnitt, kamen bei den Protestanten auf 9 % und den Katholiken auf 7 %.

Die FDP kam jeweils bei den Katholiken und Protestanten auf 2 %, bei den Sonstigen jedoch auf 5 %.

Die Linke hatte mit 6 % ihren Schwerpunkt bei den Sonstigen und lag bei den Protestanten und Katholiken mit 2 % unter ihrem Durchschnittswert.

Bei den Piraten wiederholte sich dieses Bild: Sie kamen bei den Sonstigen auf überdurchschnittliche 4 %, den Protestanten auf 3 % und den Katholiken auf 2 %.

### 14.3 Zusammenfassung

Die absolute Mehrheit der Mandate für die CSU war angesichts vieler positiver Indikatoren vor der Wahl nicht ganz überraschend. So wurde die CSU auf einer Skala von +5 bis -5 laut FG Wahlen vor der Wahl mit +2,3 bewertet – deutlich vor allen anderen Parteien und weit besser als 2008, wo sie nur auf +1,6 kam. Die Freien Wähler kamen – wie 2008 – auf +1,1. Die SPD wurde mit +0,6 etwas besser beurteilt als 2008 mit +0,3. Die Grünen konnten sich mit +0,2 nur wenig gegenüber +0,1 von 2008 verbessern. Die FDP stürzte gar von einer positiven Bewertung von +0,3 2008 auf -0,3 2013 ab. Sie war damit die einzige der Landtagsparteien, die eine – noch dazu deutlich – schlechtere Bewertung zu verzeichnen hatte. Mit der Regierung zufrieden zeigten sich insgesamt 65 %; mit der CSU in der Regierung sogar 66 %, aber nur 20 % mit der FDP in der Regierung. Zwar hatten laut Infratest dimap 44 % eine Regierung aus CSU und Freien Wähler sowie 43 % eine aus CSU und FDP befürwortet, aber immerhin 35 % sprachen sich auch für eine CSU-Alleinregierung aus.

Die Situation in Bayern wurde als besonders positiv gesehen: 85 % der Bevölkerung sagten, Bayern sei auf die Herausforderungen der Zukunft eher gut vorbereitet – ein Anstieg um 12 Punkte gegenüber 2008. Bei den Parteikompetenzen lag die CSU insgesamt weit vorn: Laut FG Wahlen sprachen ihr im Bereich Schule und Bildung 36 % diese zu gegenüber 24 % für die SPD. Im Bereich Verkehr bekam sie 47 % und bei Arbeitsplätzen 52 % (gegenüber 14 % sowie 17 % für die SPD). Bei Wirtschaft und Zukunft lag sie mit 55 % und 53 % noch weiter vorn bei 13 % sowie 12 % für die SPD. Bei Familie lautete der Vorsprung 40 % zu 25 %. Geringer war der Vorsprung lediglich bei Energie, wo die CSU auf 32 %, die SPD auf 8 %, die Grünen jedoch auf 30 % kamen. Auch bei der sozialen Gerechtigkeit lag die CSU mit 33 % gegenüber 28 % für die SPD vorn. Laut Infratest dimap lag die CSU vor der SPD im Bereich Wirtschaft (69 % zu 13 %), Verkehrspolitik (51 % zu 17 %), Bildungspolitik (44 % zu 25 %)

und Familienpolitik (39 % zu 28 %). Lediglich beim Thema angemessene Löhne sah das Institut einen Vorsprung bei der SPD (28 % zu 44 %). Die CSU konnte also in fast allen Bereichen einen Kompetenzvorsprung für sich behaupten – selbst in Feldern wie Schule / Bildung, sozialer Gerechtigkeit und Energie, wo die Union in anderen Ländern bisweilen deutlich schwächer abgeschnitten hatte. Als besonders wichtig für die Wahlentscheidung wurden laut Infratest dimap von 58 % genannt „angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen“, von 56 % „eine gute Absicherung im Alter“, von 50 % „die künftige Energieversorgung“ und von 17 % „der Streit um die PKW-Maut für ausländische Autofahrer“. Generell wurden allerdings laut Infratest dimap als wichtigste Probleme nur von 35 % Schule und Bildung genannt und von jeweils 15 % Arbeitslosigkeit / Arbeitsmarkt und Familienpolitik / Kinderbetreuung. Dies deutet auf keinen allzu hohen Problemdruck hin, zumal auch in diesen Feldern der CSU ein Kompetenzvorsprung zugebilligt wurde.

Bei den anderen Parteien wurden den Freien Wählern von 15 % Kompetenzen bei der Stärkung des ländlichen Raums zugebilligt. Den Grünen wurden immerhin Kompetenzen in der Umweltpolitik (52 %), Energiepolitik (36 %) und Familienpolitik (11 %) zugesprochen. Der FDP wurden lediglich – bei starken Rückgängen – geringe Kompetenzen beim Thema gerechtes Steuersystem (6 %) und sorgsamer Umgang mit Steuergeldern (4 %) bescheinigt.

Die Einschätzung der Parteien war zum Teil sehr unterschiedlich: So sagten laut Infratest dimap 71 %, die CSU „hat Bayern über die Jahrzehnte gut getan“, 62 % „Seehofer garantiert, dass Bayerns Interessen durchgesetzt werden“ und 58 % „Seehofer hat die CSU zu altem Selbstbewusstsein zurückgeführt“. Über die FDP sagten hingegen 74 %, „in der Bayerischen Regierung hat man nicht viel von ihr gemerkt“, 58 % „hat in den letzten Jahren nichts bewegt“ und immerhin 42 % „ich fände es gut, wenn sie weiterhin im Landtag vertreten wäre“. Bei der SPD würdigen zwar 64 % die Agenda 2010 und 54 % ihr Eintreten für den sozialen Ausgleich. Zugleich sagen 63 %, die SPD hätte mit Hartz IV und der Rente mit 67 ihre Prinzipien aufgegeben, und 52 % sagen, die SPD sei keine Partei für die kleinen Leute mehr.

Bei der Frage nach dem gewünschten Ministerpräsidenten lag Horst Seehofer mit 59 % klar vor Christian Ude mit 31 %. Auch unter den Anhängern der Freien Wähler bevorzugten 57 % Seehofer, bei denen der FDP 74 % und selbst bei den Anhängern von Grünen und SPD noch 18 % sowie 16 %. Laut Infratest dimap hielten 74 % Seehofer führungsstärker gegenüber 14 % für Ude, aber Ude galt knapp als sympathischer (46 % zu 41 %), bürgernäher (41 % zu 39 %) und auch glaubwürdiger (43 % zu 34 %). Bei der FG Wahlen sahen die Werte hingegen etwas anders aus: Dort galt Seehofer als sympathischer (32 % zu 28 %), glaubwür-

diger (22 % zu 20 %), mit mehr Sachverstand (29 % zu 11 %). Bei der Bürgernähe lag auch hier Ude mit 29 % zu 28 % knapp vorn. Es sagten aber auch 54 % zu 12 %, Seehofer passe besser zu Bayern.

Das Ergebnis der Landtagswahl hat gezeigt, dass die CSU in Bayern nach wie vor mehrheitsfähig ist. Ihre Mobilisierungsstrategie, die auf die Mobilisierung der Stammwähler und die Rückgewinnung von Nichtwählern gerichtet war, war erfolgreich. Dies schlug sich auch in der höheren Wahlbeteiligung nieder. Über eine halbe Million Stimmen Zuwachs gegenüber der Landtagswahl 2008 brachte eine sichere Mehrheit der Mandate im Landtag und damit die Rückkehr zur Alleinregierung. Auf der anderen Seite zeigte das Ergebnis, dass trotz bester Zustimmungswerte für Partei und Spitzenkandidat die 50-%-Marke außer Reichweite blieb. Dazu trug vor allem die hohe Zersplitterung des bürgerlichen Lagers bei, die sich neben den Stimmen für Freie Wähler und FDP auch in – letztlich verlorenen – Stimmen für Kleinparteien wie BP, ÖDP oder Die Franken ausdrückte. Das linke Lager hat insgesamt in Bayern keine Wachstumsperspektive.

Die Mobilisierungsstrategie in Bayern hat sich als erfolgreich erwiesen und konnte für weitere Wahlen und vor allem die Bundestagswahl am 22. September 2013 gleichermaßen Signal wie Vorbild sein. Ob tatsächlich – wie von Horst Seehofer Anfang August formuliert – durch das Scheitern der FDP an der 5-%-Hürde eine „unberechenbare Woche“ ausbrechen würde, war unsicher. Ob allein dadurch ein Szenario realistisch war, dass wegen eines Mitleidseffekts und einer Zweitstimmenkampagne der FDP deren Werte bei der Bundestagswahl in die Höhe schießen und damit die Mehrheitsfähigkeit der Union sowie die erneute Bildung einer schwarz-gelben Regierung verhindern würden, musste unklar bleiben. Letzte Umfragen in den Tagen vor der Bundestagswahl deuteten jedenfalls nicht darauf hin, dass das bayerische Wahlergebnis zu einem Zuwachs an Zustimmung für die FDP geführt hätte. Möglicherweise ist eher erkennbar, dass sich längerfristig erkennbare Mobilisierungsschwächen (wie bei der FDP) nicht über Nacht wettmachen lassen. Das Ergebnis der CSU in Bayern hat in jedem Fall unterstrichen, wie wichtig längerfristig angelegte Mobilisierungsstrategien für die Union sind.



# 15. Die Landtagswahl in Hessen am 22. September 2013: Im Schatten der Bundestagswahl und keine bürgerliche Mehrheit

## 15.1 Wahlergebnis und mögliche Regierungen

Die Wahl zum Landtag in Hessen fand zusammen mit der Wahl zum Deutschen Bundestag statt. Anders als in Bayern hatte die Landesregierung in Hessen nicht auf einem eigenen Wahltermin insistiert. Der Ausgang der Wahl versprach ähnlich knapp zu werden wie der bei der Bundestagswahl. Allein der gemeinsame Wahltermin sorgte für eine höhere Wahlbeteiligung wie sonst bei Landtagswahlen üblich. Unklar war, wem diese zusätzliche Mobilisierung zugute kommen würde.

Das erwartete knappe Ergebnis kam auch zustande: Die CDU kam auf 38,3 % der Landesstimmen (1.199.633). Dies entsprach einem Zuwachs von 1,1 Prozentpunkten, wegen der höheren Wahlbeteiligung ein Gewinn von 235.870 Stimmen. Die SPD holte 30,7 % der Landesstimmen (961.896) und blieb damit klar hinter der CDU. Sie gewann 7,0 Punkte und sogar 347.248 Stimmen dazu. Die FDP kam mit 5,0 % und 157.451 Landesstimmen gerade noch in den Landtag. Sie hat 11,2 Punkte und 262.975 Stimmen verloren. Die Grünen wurden mit 11,1 % und 348.661 Stimmen klar drittstärkste Partei. Auch sie verloren aber 2,6 Punkte und 7.379 Stimmen. Die Linke kam ebenfalls mit 5,2 % und 161.488 Stimmen in den Landtag. Sie verlor 0,2 Punkte, konnte aber 22.414 Stimmen dazugewinnen. Die AfD kam auf den Stand auf 4,0 % und 126.906 Stimmen. Deutlich abgeschlagen landeten die Piraten mit 1,9 % und 60.157 Stimmen; sie konnten 1,4 Punkte und 46.363 Stimmen dazugewinnen. Die Freien Wähler kamen auf 1,2 % und 38.433 Stimmen – ein Verlust von 0,4 Punkten und 3.738 Stimmen. Die NPD holte 1,1 % und 33.433 Stimmen und konnte 0,2 Punkte oder 11.223 Stimmen dazugewinnen. Die PARTEI erhielt 0,5 % (15.109 Stimmen) und dürfte auch noch von der Wahlkampfkostenerstattung profitieren. Alle anderen Gruppierungen blieben darunter.<sup>28</sup>

Die Wahlbeteiligung lag – wohl hauptsächlich wegen der gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahl – bei 73,2 % und damit um 12,2 Punkte höher als bei der letzten Landtagswahl 2009.

Im neuen Landtag holte die CDU 47 von insgesamt 110 Sitzen, die SPD 37, die FDP 6, die Grünen 14 und die Linke 6. Damit hätte weder eine schwarz-gelbe noch eine rot-grüne Koalition eine Mehrheit. Theoretisch möglich wären eine große Koalition, eine Koalition aus CDU und Grünen

---

<sup>28</sup> Siehe Wahlreport Hessen 2013. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, Infratest dimap Wahlreport, Berlin 2013; Wahl in Hessen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 22. September 2013, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen 155/2013.

sowie eine aus SPD, Grünen und Linken. Damit war klar, dass die bisherige Regierung aus CDU und FDP nicht würde weitergeführt werden können. Nachdem Verhandlungen der SPD mit den Grünen scheiterten, kam es zu einer Koalition der CDU mit den Grünen, die seit dem 18. Januar 2014 das erste schwarz-grüne Bündnis in einem Flächenland bildet.

## **15.2 Bewertungen und Einzelaspekte**

### **15.2.1 Einordnungen im Vergleich**

Für die CDU bedeutete das prozentuale Ergebnis zwar eine Verbesserung, aber dennoch eines ihrer schlechtesten Ergebnisse seit 1966. Auch die Werte bei Bundestagswahlen waren – mit Ausnahme der beiden letzten Wahlen – seit den 60er-Jahren besser gewesen. Bei der gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahl am selben Tag holte die CDU mit 39,2 % ebenfalls einen höheren Wert.

Die SPD konnte sich zwar stark verbessern, hatte aber mit Ausnahme ihres Ergebnisses von 2003 bei allen anderen Landtagswahlen höhere Ergebnisse erzielt. Auch bei allen Bundestagswahlen hatte sie bisher höher abgeschnitten. Bei der Bundestagswahl am selben Tag lag sie mit 28,8 % unter ihrem Wert der Landtagswahl.

Die FDP erzielte den zweitschlechtesten Wert bei Landtagswahlen überhaupt, war aber auch 1999 mit 5,1% nur unwesentlich besser gelegen. Bei Bundestagswahlen hatte sie immer deutlich besser abgeschnitten. Bei der Bundestagswahl am selben Tag kam sie immerhin auf 5,6 %.

Die Grünen haben trotz ihrer Verluste das drittbeste Ergebnis bei Landtagswahlen erzielt. Bei Bundestagswahlen lagen sie schlechter. Auch bei der aktuellen Bundestagswahl schnitten sie mit 9,9 % deutlich schwächer ab.

Die Linke hat nur knapp verloren und daher das zweitbeste Resultat bei Landtagswahlen erzielt. Bei der letzten Bundestagswahl lag sie aber deutlich darüber und auch bei der aktuellen Bundestagswahl schnitt sie mit 6,0 % klar besser ab.

Die Piraten lagen ebenfalls schlechter als bei der letzten Landtagswahl wie auch bei der letzten und aktuellen Bundestagswahl, wo sie jeweils 2,1 % holten.

Die NPD legte leicht zu und kam so genau auf das Niveau der letzten wie der aktuellen Bundestagswahl.

### **15.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen**

Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap konnte die CDU 169.000 Stimmen von den Nichtwählern und 75.000 Stimmen von der FDP gewinnen sowie 5.000 von den Grünen. Sie verlor aber 29.000 an die SPD, 15.000 an die AfD, 6.000 an sonstige Parteien und 3.000 an die

Linke. An den Generationenwechsel verlor sie 28.000 Stimmen, holte aber 69.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen.

Die SPD holte 167.000 Stimmen von den Nichtwählern, 48.000 Stimmen von der FDP, 47.000 von den Grünen, 29.000 Stimmen von der CDU und 18.000 von den Linken. Abgeben musste sie nur 7.000 Stimmen an die AfD und 4.000 an sonstige Parteien. Aus dem Generationenwechsel holte sie 3.000 Stimmen sowie 49.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen.

Auch die Grünen konnten 32.000 Stimmen von den Nichtwählern und 17.000 Stimmen von der FDP holen. Ansonsten verloren sie 47.000 an die SPD, jeweils 10.000 an Linke und AfD, 5.000 an die CDU und 3.000 an sonstige Parteien. Vom dem Generationenwechsel profitierten sie mit 9.000 Stimmen und aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen mit 10.000.

Die FDP verlor in alle Richtungen: 75.000 Stimmen an die CDU, 48.000 an die SPD, 21.000 an sonstige Parteien, 20.000 an die AfD, 17.000 an die Grünen und 13.000 an die Linke sowie 9.000 an die Nichtwähler. Der Generationenwechsel kostete sie zusätzlich 20.000 Stimmen und der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen 40.000.

Die Linke konnte 23.000 Stimmen von den Nichtwählern, 13.000 Stimmen von der FDP, 10.000 von den Grünen und 3.000 von der CDU und 4.000 aus dem Generationenwechsel holen. Sie verlor aber 18.000 Stimmen an die SPD, 8.000 an die AfD und 1.000 an sonstige Parteien sowie 1.000 an den Saldo aus Zu- und Fortzügen.

Die AfD holte 31.000 Stimmen von den Nichtwählern, jeweils 20.000 Stimmen von FDP und sonstigen Parteien. 15.000 Stimmen kamen von der CDU, 10.000 von den Grünen, 8.000 von der Linken und 7.000 von der SPD. Jeweils 8.000 Stimmen kamen aus dem Generationenwechsel sowie dem Saldo aus Zu- und Fortzügen.

Die sonstigen Parteien verloren 20.000 Stimmen an die AfD. Ansonsten wurde ihr Lager aufgefüllt durch 30.000 Stimmen von den Nichtwählern, 21.000 Stimmen von der FDP, 6.000 von der CDU, 4.000 von der SPD, 3.000 von den Grünen und 1.000 von den Linken. Aus dem Generationenwechsel holten sie 16.000 Stimmen, aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen 15.000.

### **15.2.3 Prognosen und Wirklichkeit**

Die regierende CDU blieb in den Umfragen nach der letzten Landtagswahl lange unter ihrem Resultat von 37,2 % aus dem Jahr 2009. Erst im Jahr 2013 stiegen die Umfragewerte und blieben bei 38 % oder 39 %. Die letzte veröffentlichte Umfrage von Infratest dimap sah sie sogar bei 40 %. Ihr reales Ergebnis mit 38,3 % lag ziemlich genau beim Wert, den die FG Wahlen in der fast zeitgleich veröffentlichten Umfrage prognostiziert hatte.

Die SPD hingegen konnte sich rasch in den Umfragen von ihrem negativen Rekordwert von 23,7 % nach oben absetzen. Sie erreichte konstant Werte von 30 % und darüber, die nur in wenigen Umfragen unterschritten wurden. Zuletzt wurde sie von Infratest dimap mit 32 %, von der FG Wahlen mit 30 % bewertet. Ihr realer Wert von 30,7 % wurde damit sehr gut erfasst.

Auch die Grünen, die 2009 13,7 % geholt hatten, konnten sich bis Anfang 2012 in den Umfragen auf Werte von 20 % und darüber steigern. Ab Ende 2012 gingen diese Werte fast kontinuierlich wieder zurück. Zuletzt wurden sie von Infratest dimap mit 12,5 %, von FG Wahlen sogar mit 13,5 % prognostiziert. Ihr wirklicher Wert von 11,1 % wurde damit klar überschätzt.

Die FDP, die 2009 einen Rekordwert von 16,2 % geholt hatte, war parallel zum Bundestrend in den Umfragen stark abgerutscht und landete Anfang 2012 nur noch bei 3 %. Seither stiegen die Werte aber wieder allmählich an und zuletzt wurde sie von Infratest dimap mit 6 %, von FG Wahlen mit 5,5 % gemessen. Ihr Endergebnis von 5 % wurde damit gut getroffen.

Die Linke, die 2009 mit 5,4 % knapp in den Landtag gekommen war, konnte diesen Wert in der Folge nicht halten und fiel in den Umfragen zurück. In den letzten publizierten Umfragen wurde sie mit 5 % und 3,5 % gemessen, so dass ihr Einzug in den Landtag fraglich war. Ihr realer Wert von 5,2 % wurde damit von der Umfrage der FG Wahlen sehr gut getroffen.

Die Piraten hatten zwar 2009 den Einzug in den Landtag nicht geschafft, lagen aber 2011 in den Umfragen bei 6 %. Danach gingen die Werte aber stark auf 2 % zurück. In den letzten Umfragen wurden sie überhaupt nicht mehr ausgewiesen. Mehr als die 1,9 %, die sie schließlich erhielten, waren damit auch nicht zu erwarten.

Von den sonstigen Parteien schien außer der AfD keine eine Chance auf einen Einzug in den Landtag zu haben. In den meisten Umfragen in den Wochen zuvor wurde sie aber nur mit 3 % prognostiziert. Infratest dimap hatte sie ganz zum Schluss aber mit 6 % prognostiziert und damit ihr Endergebnis von 4,0 % klar überschätzt.

Das bürgerliche Lager aus CDU und FDP kam zusammen auf 43,3 %. Dieser Wert war auch aus den meisten Umfragen in den Wochen zuvor – mit Ausnahme der letzten Umfrage von Infratest dimap – fast punktgenau abzulesen gewesen. SPD und Grüne erzielten zusammen 41,8 %, was von der Demoskopie überschätzt wurde. Dies lag vor allem an der Überschätzung des Anteils der Grünen. Auch unter Einbeziehung der Linken lagen die Prognosen für dieses Lager – es kam auf 47,0 % – etwas zu hoch.

#### 15.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft

Bei der Aufschlüsselung nach dem Alter wies die CDU bei dieser Wahl wiederum am deutlichsten die für die Volksparteien in Westdeutschland typische Überrepräsentation älterer Wähler auf. Laut Infratest dimap kam sie bei den Über-60-Jährigen auf 42 % und den Über-70-Jährigen sogar auf 51 %. Die FG Wahlen sah sie bei den Über-60-Jährigen insgesamt bei 46 %. In den anderen Altersgruppen war sie relativ gleichmäßig vertreten: Bei den 45- bis 59-Jährigen holte sie 36 %, den 35- bis 44-Jährigen 37 % und den 25- bis 34-Jährigen 35 %. Bei den 18- bis 24-Jährigen und den Erstwählern kam sie nur auf 30 %.

Insgesamt schnitt sie laut Infratest dimap bei den Frauen mit 40 % stärker als bei den Männern mit 37 % ab. Laut FG Wahlen kam sie bei den Männern unter 29 Jahren nur auf 31 %. Ihren besten Wert hatte sie bei den Frauen über 60 Jahren mit 50 %.

Die SPD hatte ihre stärkste Wählergruppe bei den Über-60-Jährigen mit 36 %, bei den Über-70-Jährigen noch 33 %. Die FG Wahlen sah die SPD bei den Über-60-Jährigen insgesamt bei 35 %. Mit sinkendem Alter wurden ihre Anteile geringer: Sie holte bei den 45- bis 59-Jährigen 32 %, den 34- bis 44-Jährigen 27 % und den 25- bis 34-Jährigen 25 %. Bei den 18- bis 24-Jährigen und den Erstwählern konnte sie immerhin 26 % holen.

Die SPD holte bei den Frauen laut Infratest dimap mit 31 % einen etwas besseren Wert als bei den Männern mit 30 %. Laut FG Wahlen waren bei der SPD die Unterschiede zwischen den Geschlechtern nicht extrem groß. Auch sie holte ihren besten Wert mit 34 % bei den Frauen über 60 Jahren.

Die Grünen holten wie meist ihre höchsten Anteile bei den jüngeren Wählern: Bei den 18- bis 24-Jährigen und den Erstwählern kamen sie auf 14 %, den 25- bis 34-Jährigen auf 12 % und den 35- bis 44-Jährigen sowie den 45- bis 59-Jährigen wieder auf 14 %. Bei den 60- bis 69-Jährigen holten sie nur noch 8 %, den Über-70-Jährigen nur 4 %.

Bei den Frauen lagen sie laut Infratest dimap wie bei den meisten Wahlen deutlich vorn mit 12 % gegenüber 10 % bei den Männern. Ihre stärksten Werte holten sie nicht bei den jüngsten Frauen, wo sie laut FG Wahlen auf 13 % kamen, sondern bei den Frauen zwischen 44 und 59 Jahren mit fast 18 %.

Die Wählerschaft der FDP war stärker in den höheren Jahrgängen: Bei den 18- bis 24-Jährigen, den Erstwählern und den 25- bis 34-Jährigen kam sie auf 4 %, den 35- bis 44-Jährigen, den 45- bis 59-Jährigen und den 60- bis 69-Jährigen auf 5 % und den Über-70-Jährigen auf 7 %.

Bei den Männern schnitt sie laut Infratest dimap mit 6 % deutlich besser ab als bei den Frauen mit 4 %. Laut FG Wahlen hatte sie ihre besten Werte bei Männern zwischen 30 und 44 Jahren.

Die Linke hatte ihren Schwerpunkt umgekehrt bei den jüngeren Wählern. Sie holte bei den Erstwählern 6 %, den 18- bis 24-Jährigen und den 25- bis 34-Jährigen jeweils 7 %, den 35- bis 44-Jährigen und den 45- bis 59-Jährigen 6 %, den 60- bis 69-Jährigen 4 % und den Über-70-Jährigen 2 %.

Bei den Frauen schnitt sie laut Infratest dimap mit 5 % schlechter ab als bei den Männern mit 6 %. Laut FG Wahlen erzielte sie mit 7 % ihren besten Wert bei den Frauen bis 29 Jahren.

Die AfD hatte eine relativ gleichmäßig über die Altersgruppen verteilte Wählerschaft. Bei den 18- bis 24-Jährigen und den 25- bis 34-Jährigen kam sie auf 5 %, den 35- bis 44-Jährigen auf 4 %, den 45- bis 59-Jährigen auf 5 %, den 60- bis 69-Jährigen auf 4 % und den Über-70-Jährigen auf 2 %.

Laut FG Wahlen hatte die AfD ein Übergewicht bei den Männern mit 5 % gegenüber den Frauen mit 3 %. Ihren besten Wert mit knapp 7 % holte sie bei Männern unter 29 Jahren.

Die Piraten hatten wie gewohnt ein extremes Übergewicht bei den Wählern unter 30 Jahren mit 6 %, sanken aber mit steigendem Alter rapide ab. Die Freien Wähler hatten ihre Wählerschaft relativ gleichmäßig verteilt mit Ausnahme eines Rückgangs bei den Wählern über 60 Jahren.

In Bezug auf den Beruf holte die CDU laut Infratest dimap unterdurchschnittliche Werte bei Arbeitern mit 35 % (FG Wahlen: 37 %), Angestellten mit 36 % (FG Wahlen: 39 %) und Arbeitslosen mit 20 % (FG Wahlen: 23 %). Über dem Durchschnitt schnitt sie ab bei Selbständigen mit 44 % (FG Wahlen: 43 %) und Rentnern mit 47 % (FG Wahlen: 46 %). Bei den Landwirten kam sie laut FG Wahlen auf 64 %.

Die SPD erzielte laut Infratest dimap überdurchschnittliche Werte bei Arbeitern mit 35 % und Rentnern mit 34 % (FG Wahlen: 35 %). Bei Arbeitslosen mit 30 % (FG Wahlen: 32 %) und Angestellten mit 29 % (FG Wahlen: 31 %) landete sie knapp unter dem Durchschnitt. Bei den Selbständigen lag sie mit 19 % (FG Wahlen: 20 %) klar darunter. Bei den Landwirten kam sie laut FG Wahlen auf 11 %.

Die Grünen schnitten bei den Selbständigen mit 15 % und den Angestellten mit 14 % (FG Wahlen: 12%) klar über dem Durchschnitt ab. Bei Arbeitslosen holten sie 10 % (FG Wahlen: 15 %), bei Arbeitern und Rentnern nur 5 % (FG Wahlen jeweils 6 %).

Die FDP hatte ihren Schwerpunkt bei den Selbständigen mit 9 %. Bei den Rentnern kam sie auf 6 % (FG Wahlen: 5 %), den Angestellten auf 4 % (FG Wahlen: 5 %), den Arbeitslosen auf 3 % (FG Wahlen: 4 %) und den Arbeitern auf 2 % (FG Wahlen: 3 %). Bei den Landwirten kam sie laut FG Wahlen auf 13 %.

Die Linke hatte einen deutlichen Schwerpunkt bei den Arbeitslosen mit 18 % (FG Wahlen: 14 %). Bei Arbeitern holten sie 8 % (FG Wahlen: 7 %) und bei Angestellten 6 % (FG Wahlen: 5 %). Bei den Selbständigen kam

sie noch auf 4 % (FG Wahlen: 5 %), den Rentnern auf 3 % (FG Wahlen: 4 %). Bei den Landwirten kam sie laut FG Wahlen nur auf 1 %.

Die AfD hatte ihren besten Wert bei Arbeitern mit 6 % (FG Wahlen: 5 %). Bei den Selbständigen holte sie 5 %, den Angestellten und Arbeitslosen 4 % und den Rentnern 3 %. Bei den Landwirten kam sie laut FG Wahlen auf 1 %.

Bei der Aufschlüsselung nach der formalen Bildung zeigte sich bei der CDU wieder die bei klassischen Volksparteien übliche Verteilung. Laut FG Wahlen kam sie bei Wählern mit Hauptschulabschluss auf 44 %, denen mit mittlerer Reife auf 40 %, denen mit Hochschulreife auf 36 % und denen mit Hochschulabschluss auf 31 %.

Die SPD zeigte eine ähnliche Verteilung: Bei den Hauptschulabsolventen kam sie auf 36 %, den Wählern mit mittlerer Reife auf 32 % und bei denen mit Abitur sowie mit Hochschulabschluss auf 27 %.

Wie gewohnt war die Verteilung bei den Grünen umgekehrt: Sie holten bei den Wählern mit Hauptschule 4 %, denen mit mittlerer Reife 8 %, denen mit Abitur 14 % und den Hochschulabsolventen 22 %.

Auch die FDP holte bei den Hochschulabsolventen mit 8 % ihren besten Wert. Bei Wählern mit Abitur kam sie auf 6 %, denen mit mittlerer Reife und Hauptschulabschluss auf 4 %.

Die Linke holte umgekehrt bei den Hochschulabsolventen 4 %. Bei allen anderen Gruppen kam sie auf 6 %.

Die AfD war relativ gleichmäßig verteilt. Sie erhielt in allen Gruppen 4 %; nur bei den Wählern mit mittlerer Reife kam sie auf 5 %.

In Bezug auf die Verteilung nach der Konfession holte die CDU bei den Katholiken 53 %, bei den Protestanten 36 % und den Wählern ohne oder mit anderer Konfession 27 %. Die SPD holte bei den Katholiken 23 %, den Protestanten 35 % und den anderen 28 %. Die FDP kam bei Katholiken auf 4 %, Protestanten auf 5 % und den Sonstigen auf 6 %. Die Grünen holten bei den Katholiken 8 %, den Protestanten 10 % und den Sonstigen 17 %. Die Linke kam bei den Katholiken auf knappe 4 %, den Protestanten auf 4 % und den Sonstigen auf 9 %. Die AfD kam bei Katholiken auf 2 %, bei Protestanten auf knapp 3 % und den Sonstigen auf 6 %.

### **15.3 Zusammenfassung**

Bei der Landtagswahl in Hessen waren die Zustimmungswerte für die Parteien deutlich anders verteilt als bei der Bundestagswahl. Laut Infratest dimap kam die Landesregierung auf einer Skala von +5 bis -5 nur auf eine Gesamtnote von +0,5. Dabei schnitt die CDU in der Regierung mit +0,9 deutlich besser ab als die FDP mit -0,7. Die Oppositionspartei SPD erhielt ebenfalls +0,9, die Grünen noch +0,5 und die Linke -1,5. Insgesamt äußerten sich 51 % zufrieden mit der Landesregierung, aber 46 % unzufrieden. Mit der CDU zeigten sich 54 % zufrieden, mit der FDP aber nur 22 %.

Die Werte für den Spitzenkandidaten der CDU fielen noch ungünstiger aus: Ministerpräsident Volker Bouffier wurde nur mit +0,8 und +2,9 von den eigenen Anhängern beurteilt. Damit lag er unter dem Wert seines Herausforderers Thorsten Schäfer-Gümbel von der SPD mit +1,1 (+2,5 von den eigenen Anhängern). Jörg-Uwe Hahn von der FDP war mit -0,4 (+2,0 von den eigenen Anhängern) im negativen Bereich, während Tarek Al-Wazir von den Grünen mit +0,8 und +2,7 von den eigenen Anhängern deutlich positiver beurteilt wurde. Ein Bonus für die amtierende Regierung und deren Spitzenpersonal war demnach nicht zu erkennen. Bei der Frage nach der Direktwahl kam Bouffier mit 44 % nur auf einen knappen Vorsprung gegenüber Schäfer-Gümbel mit 42 %. Bouffier galt zwar als führungsstärker (64 % zu 16 %), Schäfer-Gümbel aber als glaubwürdiger (38 % zu 35 %), sympathischer (42 % zu 34 %) und bürgernäher (38 % zu 33 %).

Auch in der Verteilung der Kompetenzzuschreibungen drückte sich dies – wenn auch nicht ganz so deutlich – aus. Laut FG Wahlen lag die CDU vor der SPD in den Feldern Wirtschaft (45 % zu 28 %), Arbeitsplätze (43 % zu 30 %), Zukunft (39 % zu 31 %), Verkehr (36 % zu 18 %) und Energie (27 % zu 13 %). Den ersten Platz bei der Energie nahmen aber die Grünen ein, die dort mit 39 % klar vorn lagen. Diese holten auch beim Verkehr (15 %), der Familie (10 %) und Schule / Bildung (9 %) noch nennenswerte Kompetenzzuschreibungen. Die SPD lag vor der CDU beim Thema Familie (36 % zu 31 %) und soziale Gerechtigkeit (42 % zu 24 %); bei Schule / Bildung lag sie mit jeweils 32 % gleichauf mit der CDU. Die Linke hatte beim Thema soziale Gerechtigkeit mit 8 % einen guten Wert. Vor allem bei den Themen Verkehr und Wirtschaft gab es relativ hohe Nennungen, die sonstigen Parteien oder keiner Partei Kompetenzen zuschreiben wollten. Die Kompetenz im Bereich soziale Gerechtigkeit war auch deswegen wichtig, weil auf die Frage, worum sich die neue Regierung in erster Linie bemühen sollte, 49 % sagten, um den sozialen Ausgleich, aber nur 37 % um Wirtschaftswachstum.

Angesichts dieser Werte ist es kaum überraschend, dass eine Fortführung einer Koalition aus CDU und FDP laut FG Wahlen nur von 38 % als gut, aber von 46 % als schlecht beurteilt wurde. Eine große Koalition fanden 40 % gut und 41 % schlecht. Den besten Wert erreichte eine rot-grüne Koalition mit 45 % positiver und 39 % negativer Einschätzung. Eine Koalition aus CDU und Grünen fanden nur 25 % gut und 53 % schlecht, eine aus SPD, Linken und Grünen nur 22 % bei 65 % Ablehnung. Laut Infratest dimap sagten 56 %, es sei Zeit für einen Regierungswechsel; nur 40 % sagten, CDU und FDP sollen weiter regieren. Weiter sagten jeweils 42 %, eine Koalition aus CDU und FDP sowie eine aus CDU und SPD seien gut für das Land. Allerdings meinten dies auch 55 % zu einer rot-grünen Koalition. Schwarz-Grün sowie Rot-Rot-Grün schnitten mit 26 %

sowie 21 % deutlich schlechter ab. Insgesamt wurde deutlich, dass die amtierende Koalition aus CDU und FDP beachtlichen demoskopischen Gegenwind zu gegenwärtigen hatte.

Das erwartete knappe Resultat hat dazu geführt, dass die bürgerliche Mehrheit keine Regierungsfähigkeit errang. Aber auch SPD und Grüne konnten allein keine Regierung bilden. Zwar ist die FDP anders als im Bund noch knapp in den Landtag gekommen, aber auch hier waren durch Gruppierungen wie AfD und Freie Wähler Stimmen für das bürgerliche Lager abhanden gekommen. Ebenso wie im Bund würden neue Koalitionsoptionen diskutiert und möglicherweise ausprobiert werden müssen. Anders als im Bund führte dies zu einer schwarz-grünen Koalition.

Auf der einen Seite hatten Union wie FDP den Nachteil, in den Kompetenz- wie den Sympathiewerten an die Verteilung im Bund oder auch in anderen Ländern nicht heranzukommen. Die schlechte Bewertung der FDP hat sich auch in Hessen ausgewirkt; der Spitzenkandidat hat sich ebenfalls gegenüber dem Herausforderer nicht absetzen können. Auf der anderen Seite hat die Union sicher von der zusätzlichen Mobilisierung und der guten Gesamtstimmung anlässlich der Bundestagswahl profitiert. Die CDU hat ja auch bei der gleichzeitigen Bundestagswahl mehr Stimmen bekommen. Möglicherweise wäre bei einem getrennten Wahltermin das Ergebnis für die CDU also schlechter ausgefallen.

Noch stärker als die Bundestagswahl hat die Wahl in Hessen demonstriert, dass nach wie vor großer Mobilisierungsbedarf besteht. Trotz der relativen Zugewinne waren Defizite etwa bei jüngeren Frauen, bei Arbeitern und Facharbeitern und generell den „kleinen“ Leuten erkennbar. Auch bei den Über-60-Jährigen konnte die CDU weit weniger Zuspruch bei den Männern als bei den Frauen gewinnen. In Hessen wie im Bund würde es erforderlich sein, die Frage der künftigen Mobilisierung zu klären im Einklang mit den Strategien gegenüber möglichen Koalitionspartnern – vor allem solchen im bürgerlichen Lager.



## 16. Die Bundestagswahl vom 22. September 2013: Zersplitterung der bürgerlichen Mehrheit, klarer Vorsprung für die Union

### 16.1 Wahlergebnis und mögliche Regierungen

Die Bundestagswahl vom 22. September 2013 war eine Entscheidung zur Fortsetzung der Kanzlerschaft Angela Merkels. Zugleich ging es für die Union um die Frage, ob die bürgerliche Mehrheit aus CDU, CSU und FDP, die bei der letzten Bundestagswahl eine ausreichende Basis zur Bildung einer Koalition gewonnen hatte, diese Mehrheit würde verteidigen können. Auf der einen Seite konnte die Union mit einem klaren Kanzlerbonus ins Rennen gehen: Die Popularitätswerte für die Bundeskanzlerin waren über lange Zeit enorm hoch und lagen auch kurz vor der Wahl noch deutlich über denen des Herausforderers Peer Steinbrück. Auf der anderen Seite hatte die Bundesregierung schon seit einiger Zeit keine Mehrheit im Bundesrat mehr; der schwarz-gelben Koalition in Berlin stand eine gewachsene Zahl an von SPD oder Grünen regierten Landesregierungen gegenüber. Eine Woche vor der Wahl hatte das Resultat bei der bayerischen Landtagswahl mit der Wiedergewinnung der absoluten Mehrheit der Mandate durch die CSU aber die Mobilisierungsfähigkeit der Partei unterstrichen. Die beiden Lager standen sich in den Umfragen bis zuletzt fast gleich stark gegenüber. Zusätzliche Unsicherheit entstand vor allem für die FDP und die neu angetretene Alternative für Deutschland (AfD), ob diese jeweils die 5-%-Hürde überwinden könnten und welche Konsequenzen dies für die Regierungsbildung haben würde. Insofern war bis zum Schluss offen, ob eines der Lager eine Mehrheit der Mandate erringen könnte – vor allem vor dem Hintergrund der Neuregelung des Wahlrechts und besonders der Überhangmandate – oder ob eine große Koalition wieder in Betracht gezogen werden müsse.

Das Wahlergebnis fiel so knapp aus, wie es erwartet wurde, allerdings mit überraschenden Elementen.<sup>29</sup> Die Union wurde klar stärkste Gruppierung mit 41,5 % der Zweitstimmen (davon 7,4 Punkte für die CSU) und sogar 45,3 % der Erststimmen. In absoluten Zahlen waren dies 14.921.877 Zweitstimmen für die CDU und 3.243.569 für die CSU. Bei den Erststimmen holte die CDU 16.233.642 und die CSU 3.544.079. Insgesamt legte die Union um 7,7 Prozentpunkte bei den Zweitstimmen und um 5,9 % bei den Erststimmen zu. Der Zweitstimmenanteil der CSU innerhalb der Union war derselbe wie 2005 (bei damals aber geringerem

---

<sup>29</sup> Siehe Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen 154/2013; Wahlreport Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, Infratest dimap Wahlreport, Berlin 2013.

CDU-Anteil). Die Verteilung zwischen CDU und CSU war fast dieselbe wie 1994.

Die SPD erhielt 25,7 % der Zweitstimmen (11.252.215) und 29,4 % der Erststimmen (12.843.458) und konnte 2,7 Punkte dazugewinnen.

Die Linke verlor zwar 3,3 Punkte bei den Zweitstimmen und holte noch 8,6 % (3.755.699), wurde damit aber drittstärkste Fraktion im neuen Bundestag. Bei den Erststimmen kam sie nur auf 8,2 % und 3.585.178 Stimmen.

Die Grünen verloren 2,3 Punkte und kamen noch auf 8,4 % (3.694.057). Bei den Erststimmen kamen sie wie üblich mit 7,3 % auf deutlich weniger (3.180.299).

Die FDP hatte einen enormen Verlust von 9,8 Punkten zu verzeichnen und kam bei den Zweitstimmen nur auf 4,8 % (2.083.533). Bei den Erststimmen kam sie sogar nur auf 2,4 % (1.028.645). Damit verpasst sie erstmals in der Geschichte des Deutschen Bundestages den Einzug ins Parlament.

Die Alternative für Deutschland (AfD), die erstmals angetreten war, kam auf 4,7 % (2.056.985) der Zweitstimmen und 1,9 % der Erststimmen (810.915). Damit war sie auch nur knapp an der 5-%-Hürde gescheitert.

Die anderen Parteien waren chancenlos: Die Piraten holten noch 2,2 % der Zweitstimmen (959.177) sowie der Erststimmen (963.623). Die NPD kam auf 1,3 % der Zweitstimmen (560.828) und 1,5 % der Erststimmen (635.135). Die Freien Wähler holten 1,0 % der Zweitstimmen (423.977) sowie der Erststimmen (431.640). Alle anderen Parteien holten 0,3 % und darunter und kommen daher nicht mehr in den Genuss der Wahlkampf-kostenerstattung.

In Westdeutschland lag die Union mit 42,8 % der Zweitstimmen deutlich besser als in Ostdeutschland mit 37,9 %. Die SPD kam im Westen auf 27,3 %, im Osten auf 18,8 %. Wäre die FDP im Westen mit 5,2 % noch knapp über die 5-%-Hürde gekommen, lag sie im Osten mit 2,8 % deutlich darunter. Die Linke kam auch im Westen auf 5,3 % und im Osten sogar auf 21,2 %. Die Grünen waren hingegen im Westen mit 9,0 % deutlich stärker als im Osten mit 6,1 %. Die AfD kam im Westen auf 4,4 %, im Osten sogar auf 5,8 %. Die Piraten holten im Westen 2,1 %, im Osten 2,5 %. Im westdeutschen Wahlgebiet wäre also eine klare schwarz-gelbe Mehrheit zustande gekommen.

In Bayern holte die CSU 49,3 % der Zweitstimmen (3.243.569) und damit 6,7 Punkte mehr als 2009. Bei den Erststimmen kam sie auf 3.544.079 oder 53,9 %. Die CSU gewann sämtliche 45 Direktmandate und dazu 11 Listenmandate. Die SPD konnte sich um 3,1 Punkte auf 20,0 % der Zweitstimmen verbessern (1.314.009) sowie auf 22,0 % der Erststimmen (1.443.710). Die FDP verlor 9,6 Punkte, kam aber bei den Zweitstimmen immerhin auf 5,1 % (334.158) und bei den Erststimmen auf

2,8 % (183.259). Die Grünen verloren 2,4 Punkte und holten noch 8,4 % der Zweitstimmen (552.818) sowie 7,7 % der Erststimmen (505.800). Die AfD holte 4,3 % der Zweitstimmen (283.570) und 2,2 % der Erststimmen (146.714). Die Linke kam bei einem Verlust von 2,7 Punkten noch auf 3,8 % der Zweitstimmen (248.920) sowie 3,4 % der Erststimmen (225.218). Die Freien Wähler holten 2,7 % der Zweitstimmen (180.649) und sogar 2,9 % der Erststimmen (192.702). Auch alle anderen Gruppierungen blieben in Bayern unter der 5-%-Schwelle: Die Piraten mit 2,0 % der Zweitstimmen (127.934), die ÖDP und die NPD mit jeweils 0,9 % (68.365 sowie 56.737) und die Tierschutzpartei mit 0,7 % (46.937).

Das bürgerliche Lager aus Union und FDP kam rechnerisch auf zusammen 46,3 %. SPD und Grüne kamen auf 34,1 %, zusätzlich mit der Linken auf 42,7 %. Eine linke Mehrheit war also nicht zu erkennen. Union und SPD zusammen kamen rechnerisch auf 67,2 % und damit auf etwa zehn Punkte mehr als 2009.

Von 61.946.90 Wahlberechtigten gingen 44.309.925 zur Wahl; dies entsprach einer Beteiligung von 71,5 % und damit um 0,7 Punkte mehr als 2009. Immerhin waren 1,6 % der Zweitstimmen und 1,3 % der Erststimmen ungültig.

Insgesamt umfasst der 18. Bundestag 630 Abgeordnete, davon 311 für die Union (darunter 56 für die CSU). Die SPD erhält 192 Mandate, die Linke 64 und die Grünen 63. Daher hätte theoretisch eine Koalition aus SPD, Grünen und Linken ebenso eine Mehrheit wie eine aus Union und Grünen oder Linken. Die deutlichste Mehrheit hätte eine große Koalition. Am 23. Oktober 2013 wurden die Verhandlungen über eine solche Koalition zwischen CDU, CSU und SPD aufgenommen. Wegen der Dauer dieser Verhandlungen und des Mitgliederentscheids der SPD konnte die neue Bundesregierung erst am 17. Dezember 2013 ihre Arbeit aufnehmen.

## **16.2 Bewertungen und Einzelaspekte**

### **16.2.1 Einordnungen im Vergleich**

Im langfristigen Trend erzielte die Union zusammengerechnet ihr bestes Ergebnis bei Bundestagswahlen seit 1990. In den neuen Ländern war ihr Zugewinn mit 8,6 Punkten noch höher als im Westen.

Die SPD holte ihr zweitschlechtestes Ergebnis bei Bundestagswahlen überhaupt. In den neuen Ländern hat sich die SPD kaum verbessert und blieb fast auf dem Ergebnis von 2009.

Die FDP holte ihr schlechtestes Ergebnis bei Bundestagswahlen überhaupt. Ihre Verluste waren im Westen mit 10,2 Punkten deutlich höher als im Osten, wo sie aber insgesamt nur einen halb so hohen prozentualen Anteil holen konnte.

Die Grünen holten im historischen Vergleich noch eines ihrer besseren Bundestagswahlergebnisse und lagen etwa auf dem Niveau von 1987 und

2002. Sie holten erneut in den neuen Ländern ein deutlich schwächeres Resultat von nur knapp über 5 %, verloren dort aber auch weniger.

Die Linke holte ihr zweitbestes Ergebnis bei Bundestagswahlen. In den neuen Ländern waren ihre Verluste höher, sie wurden dort aber klar zweitstärkste Partei hinter der CDU.

### **16.2.2 Bilanz der Wählerwanderungen**

Laut Infratest dimap musste die Union lediglich an die AfD 290.000 Stimmen abgeben. Ansonsten holte sie 2.110.000 Stimmen von der FDP, 1.130.000 Stimmen aus dem Nichtwählerlager, 420.000 von der Linken, 210.000 von der SPD und 420.000 von den Grünen sowie 200.000 von den sonstigen Parteien. Auch aus der Bilanz von Zu- und Fortgezogenen gewann sie 80.000 Stimmen, verlor aber 490.000 an den Generationenwechsel.

Die SPD holte 370.000 Stimmen von der Linken, 530.000 von der FDP, 550.000 von den Grünen und 360.000 von den Nichtwählern sowie 20.000 von sonstigen Parteien. An die Union verlor sie 210.000, an die AfD 180.000. Auch an den Generationenwechsel verlor sie 210.000, während der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen mit 40.000 positiv war.

Die FDP gab in alle Richtungen ab: 2.110.000 an die Union, 530.000 an die SPD, 460.000 an die Nichtwähler, 430.000 an die AfD, 90.000 an die Linke und 170.000 an die Grünen sowie 200.000 an sonstige Parteien. Auch an den Generationenwechsel verlor die FDP 240.000 Stimmen.

Die Grünen konnten 170.000 Stimmen von der FDP holen sowie 40.000 von der Linken, 50.000 aus dem Generationenwechsel und 10.000 aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen. Ansonsten verloren sie 550.000 Stimmen an die SPD, 420.000 an die Union, 110.000 an sonstige Parteien, 90.000 an die AfD und 40.000 an die Nichtwähler.

Die Linke holte lediglich 90.000 Stimmen von der FDP. Sie verlor an die SPD 370.000 Stimmen, an die Union 120.000, an die AfD 340.000, an die Grünen 40.000, an sonstige Parteien 170.000 und an die Nichtwähler 320.000. Auch an den Generationenwechsel musste sie 140.000 Stimmen abgeben.

Die AfD holte 430.000 Stimmen von der FDP, 340.000 von der Linken, 290.000 Stimmen von der Union und 180.000 von der SPD. Von den Grünen kamen 90.000 und nochmals 410.000 von anderen Parteien. Von den Nichtwählern kamen 210.000 und aus dem Generationenwechsel 100.000. Auch aus dem Saldo von Zu- und Fortzügen kamen 10.000 Stimmen.

Die sonstigen Parteien verloren 410.000 Stimmen an die AfD und 200.000 an die Union. Sie holten 200.000 Stimmen von der FDP, 180.000 aus dem Generationenwechsel, 170.000 von der Linken, 110.000 von den Grünen, 70.000 von den Nichtwählern und 10.000 aus dem Generationenwechsel.

Das Lager der Nichtwähler wurde gefüllt mit 360.000 Stimmen von der FDP, 290.000 von den Grünen und 50.000 von den Linken. Von den Nichtwählern gingen 790.000 Stimmen an die Union, 280.000 an die SPD und 150.000 an die AfD.

### **16.2.3 Prognosen und Wirklichkeit**

Bei Bundestagswahlen werden traditionell in den Wochen vor der Wahl zahlreiche Umfragen durchgeführt und publiziert. Bei dieser Wahl hat sich das ZDF als einzige öffentlich-rechtliche Anstalt entschlossen, noch am Donnerstag vor der Wahl die neueste Prognose der FG Wahlen zu veröffentlichen. Zusammen mit Umfragen privater Medien lagen somit also noch etwas mehr Prognosen für den Wahlausgang aus den Tagen unmittelbar vor der Wahl vor.

In den Umfragen lag die Union praktisch die gesamte Legislaturperiode über der SPD. Ende 2012 vergrößerte sich der Abstand weiter und die Werte erreichten die 40-%-Marke und überstiegen sie sogar. Auf diesem Niveau blieben sie bei den meisten Instituten über das gesamte Jahr 2013. Erst in den Wochen vor dem Wahltermin veröffentlichten einige Institute Werte unter der 40%-Marke. Auf diesem Niveau blieb die Union. Die letzte Umfrage der FG Wahlen am Donnerstag vor der Wahl sah sie aber (wie die von Forsa am Freitag veröffentlichte Umfrage) wieder bei 40 %, Emnid am Freitag jedoch nur bei 39 % und IfD Allensbach bei 39,5 %. Das Ergebnis der Union wurde daher von den Demoskopern angesichts des realen Werts von 41,5 % bis zuletzt etwas unterschätzt.

Die CSU in Bayern, die in den (allerdings wenigen veröffentlichten) Umfragen bei der Wahlabsicht zum Bundestag zuletzt bei 49 % gelegen hatte, kam in einer Umfrage von GMS wenige Tage vor dem Wahltermin nur noch auf 47 %. Da die demoskopischen Daten der CSU für die Wahlabsicht zum Bundestag in den letzten drei Jahren zumeist leicht über denen zur Landtagswahl gelegen hatten, konnte dies ein Indikator für einen leichten Rückgang gegenüber der Landtagswahl eine Woche zuvor sein, zumal die FDP in derselben Umfrage mit 5 % bewertet wurde. In der Realität holte sie jedoch 49,3 %, wie in den früheren Umfragen noch prognostiziert.

Die SPD konnte sich nur langsam von ihrem Tiefstwert der Bundestagswahl 2009 erholen, sich aber im Herbst 2011 teilweise auf bis zu 30 % in den Prognosen emporarbeiten. Dies konnte sie aber nicht halten. In einzelnen Prognosen lag sie 2012 noch kurz bei diesem Wert, um ab Herbst 2012 deutlich abzusinken. Erst kurz vor der Wahl zog sie wieder auf 27 % und 28 % an; von manchen Instituten wurde sie aber auch da bei 25 % oder 26 % verortet. Die letzte Umfrage der FG Wahlen hatte die SPD wieder bei 27 %, die von Forsa und Emnid bei 26 % und IfD Allensbach bei 27 %. Ihr realer Wert von 25,7 % wurde daher leicht überschätzt.

Die FDP, die bis Jahresende 2009 noch in etwa auf dem Niveau ihres Rekordergebnisses bei der Bundestagswahl gemessen wurde, ging ab Anfang 2010 weiter zurück und erlebte in der Folge einen dramatischen Einbruch in den Prognosen. Ab Sommer 2010 lag sie zumeist an der 5-%-Hürde oder darunter. Ende 2011 und 2012 lagen ihre Werte zumeist deutlich darunter bis an die Grenze des mit Telefonumfragen Messbaren. Erst 2013 stabilisierten sich die Werte wieder und lagen in den Wochen vor der Wahl zumeist bei 5 % oder etwas darüber. Trotz dieses Trends blieb die Unsicherheit, ob die FDP bei der Wahl tatsächlich wieder in den Bundestag einziehen würde. Auch die letzte Umfrage der FG Wahlen hatte die FDP mit 5,5 % sowie die von Forsa mit 5 % nur knapp im Bundestag gesehen. IfD Allensbach und Emnid sahen sie am Freitag bei 5,5 % sowie 6 %, weshalb ein Einzug in den Bundestag durchaus möglich erschien. Ihr realer Wert von 4,8 % wurde daher überschätzt.

Die Grünen konnten als Oppositionspartei nur phasenweise von demoskopischer Unterstützung profitieren: Ihre Werte stiegen 2009 und 2010 nur allmählich an, erreichten dann aber ab Frühjahr 2011 nach der Katastrophe von Fukushima Werte von deutlich über 20 %. Auf diesem Niveau konnten sie sich aber nicht halten. Schon Ende 2011 lagen die Prognosen eher bei 15 %, um 2012 weiter zurückzugehen. Ab Sommer 2013 wurde dieses Niveau von 15 % und knapp darunter aber klar unterschritten. Mit näher rückendem Wahltermin wurden den Grünen von immer mehr Instituten nur noch einstellige Werte zugeschrieben. Auch in der letzten Umfrage von FG Wahlen kamen sie nur noch auf 9 %, bei Forsa auf 10 %, bei Emnid und IfD Allensbach wieder nur auf 9 %. Dieser Trend sorgte für immer größere Unsicherheit über die Möglichkeit einer rot-grünen Regierungsübernahme. Insofern wurde ihr endgültiger Wert von 8,4 % nur leicht überschätzt.

Die Linke konnte sich in den Umfragen bis Ende 2010 in etwa auf dem hohen Niveau ihres Wahlergebnisses von 2009 halten. Ab Anfang 2011 gingen ihre Werte kontinuierlich zurück und erreichten ein Niveau von zumeist 6 % oder 7 %. Erst kurz vor dem Wahltermin stiegen die Prognosen aber wieder an auf 8 %, zuletzt 8,5 % und 9 %. Insofern schien ihr Einzug in den Bundestag ungefährdet, aber die Frage, welche Konsequenz ihre Stimmengewinne auf die möglichen Regierungskonstellationen haben würde, musste unklar bleiben. Ihr reales Ergebnis von 8,6 % wurde in den Umfragen aber insgesamt gut erfasst.

Bei den sonstigen Parteien zeigte sich ein demoskopisch gemischtes Bild: Keine Gruppierung hatte in den Umfragen über längere Zeit die Chance, die 5-%-Hürde zu überspringen. Die Piraten, die immerhin in vier Landtage eingezogen waren, konnten sich im Frühjahr 2012 auf Werte von über 10 % hocharbeiten. Von dort stürzten sie aber ab und lagen ab Ende 2012 nur noch an und zumeist unter 5 %. In den Wochen vor der

Wahl lagen sie noch tiefer und die Piraten erreichten nur noch zwischen 2 % und 3 %. Ein Einzug in den Bundestag war daher nicht zu erwarten. Bei der AfD sah die Lage etwas anders aus: Zwar lag auch sie bei den meisten Instituten auf diesem Niveau, sie wurde aber gelegentlich auch bei 4 % gemessen (so auch in der letzten Umfrage der FG Wahlen sowie von Forsa und Emnid, bei IfD Allensbach sogar 4,5 %) mit angeblich noch darüberliegenden Rohzahlen. Insofern schien der Trend für die AfD immerhin eine gewisse Chance auf einen Einzug in den Bundestag zu ermöglichen, was sich wiederum auf die Koalitionsmöglichkeiten hätte auswirken können. Ihr endgültiges Ergebnis von 4,7 % wurde daher gut prognostiziert. Alle weiteren Gruppierungen lagen in den Umfragen weit weg von jeder Chance auf einen Einzug in den Bundestag.

Das Lager aus Union und FDP mit 46,3 % wurde von den Umfragen recht genau ermittelt. Das rot-grüne Lager mit 34,1 % wurde in den Vorwahlumfragen etwas überschätzt. Rechnet man die Linke hinzu, waren die Prognosen ebenfalls etwas zu optimistisch.

#### **16.2.4 Zusammensetzung der Wählerschaft**

Bei der Analyse der Wählerschaft nach Alter ergab sich für die Union dasselbe Bild wie bei zahlreichen früheren Wahlen: Je älter die Wählerschaft, desto höher der Anteil. In den mittleren Altersgruppen war die Wählerschaft etwas ausgeglichener. So haben laut Infratest dimap die Über-60-Jährigen zu 45 % Union gewählt und die gesondert ausgewiesenen Über-70-Jährigen zu 54 %. Die FG Wahlen sah die Über-60-Jährigen insgesamt bei 49 %. Bei den 35- bis 44-Jährigen lag sie mit 40 % nahe am Durchschnittswert, bei den 45- bis 59-Jährigen mit 38 % und den 25- bis 34-Jährigen mit 37 % etwas darunter. Bei den 18- bis 24-Jährigen und den Erstwählern lag sie mit 30 % deutlich unter ihrem Durchschnittswert. Die FG Wahlen gab die Stärke der Union bei den 18- bis 29-Jährigen mit 34 % an.

Die Union lag laut Infratest dimap bei den Frauen mit 44 % deutlich vor den Männern mit 39 %. Besonders deutlich war dieser Vorsprung laut FG Wahlen in der Altersgruppe bis 29 Jahren (37 % zu 31 %) und der über 60 Jahren (53 % zu 44 %).

Die SPD lag ebenfalls bei den älteren Wählern über dem Durchschnitt: Bei den Über-60-Jährigen kam sie auf 29 % und den Über-70-Jährigen auf 28 %. Bei den jüngsten Wählern von 18 bis 24 Jahren und Erstwählern lag sie mit 24 % nur leicht unter dem Durchschnitt, bei den 25- bis 34-Jährigen sowie den 35- bis 44-Jährigen mit 22 % deutlicher. Bei den 45- bis 59-Jährigen lag sie mit 27 % wieder etwas über ihrem Durchschnittswert.

Bei den Männern holte die SPD laut Infratest dimap mit 27 % einen etwas besseren Wert als bei den Frauen mit 25 % (FG Wahlen sogar nur

24 %). Laut FG Wahlen war diese Differenz ebenfalls am größten in der Altersgruppe bis 29 Jahren (25 % zu 22 %) sowie den Über-60-Jährigen (31 % zu 26 %).

Die FDP war laut Infratest dimap über alle Altersgruppen ziemlich gleichmäßig verteilt und lag nur bei den Senioren sowie den Wählern von 25 bis 44 Jahren etwas besser. Auch bei den Erstwählern kam sie auf 4 %. Die FG Wahlen sah bei den Wählern unter 29 Jahren einen etwas überdurchschnittlichen Wert.

Laut Infratest dimap war sie bei den Männern mit 5 % etwas besser vertreten als bei den Frauen mit 4 %. Ihren besten Wert erzielte sie laut FG Wahlen bei den Männern unter 29 Jahren; ihre schlechtesten Werte bei den Frauen in den mittleren Jahrgängen.

Die Linke hatte – wie schon oft – ihre stärkste Gruppe mit 10 % bei den 45- bis 59-Jährigen (FG Wahlen: 9 %). Etwas über dem Schnitt lag sie bei den 25 bis 34 sowie den 60- bis 69-Jährigen. Darunter lag sie bei allen anderen Altersgruppen; insbesondere bei den Über-70-Jährigen, wo sie nur auf 6 % kam. Bei den Erstwählern kam sie auf 7 %.

Auch die Linke schnitt laut Infratest dimap bei den Männern mit 9 % besser ab als bei den Frauen mit 8 %. Auch die FG Wahlen sah einen knappen Vorsprung der Linken bei den Männern. Ihre besten Werte erzielte sie bei den Männern von 44 bis 59 Jahren und den Über-60-Jährigen mit 9 %; bei den Frauen im Alter zwischen 44 und 59 kam sie sogar auf fast 10 %. Ihren schlechtesten Wert mit 7 % holte sie bei den Männern unter 29 Jahren.

Auch die Grünen zeigten eine bekannte Verteilung: Bei den Über-60-Jährigen mit 6 % und den Über-70-Jährigen mit 3 % lagen sie unter dem Durchschnitt. In allen anderen Altersgruppen kamen sie auf 10 % oder 11 % (bei den Erstwählern sogar auf 12 %) und lagen damit klar darüber. Laut FG Wahlen lagen sie bei den Über-60-Jährigen bei 5 %, in allen anderen Altersgruppen bei 10 %.

Bei ihnen waren laut Infratest dimap die Frauen mit 9 % (FG Wahlen sogar 10 %) stärker vertreten als die Männer mit 7 %. Laut FG Wahlen holten sie erneut ihre besten Werte bei den jüngeren Frauen, so bei den Unter-29-Jährigen mit 13 %.

Die AfD holte laut Infratest dimap bei allen Altersgruppen unter 44 Jahren mit 6 % ein überdurchschnittliches Ergebnis. Bei den 45- bis 59-Jährigen kam sie noch auf 5 %, den 60- bis 69-Jährigen auf 4 % und den Über-70-Jährigen auf 3 %. Laut FG Wahlen kam sie bei den Unter-29-Jährigen auf 6 %, den folgenden Jahrgängen auf 5 % und den Über-60-Jährigen auf 4 %.

Bei der AfD waren laut FG Wahlen die Männer mit 6 % stärker vertreten als die Frauen mit 4 %. Ihre stärksten Werte holte sie bei den jüngeren Männern; so kam sie bei den Unter-29-Jährigen auf 7 %.

Die Piraten hatten einen klaren Schwerpunkt bei den Unter-29-Jährigen, wo sie auf 7 % kamen. Mit steigendem Lebensalter fielen ihre Anteile dramatisch ab. Sie wurden von fast doppelt so vielen Männern wie Frauen gewählt. Ihren höchsten Anteil holten sie bei den jungen Männern unter 29 Jahren mit 9 %.

Bezogen auf den Beruf schnitt die Union laut Infratest dimap mit 49 % bei den Selbständigen und Rentnern (FG Wahlen: 48 %) klar überdurchschnittlich ab. Bei den Angestellten holte sie 39 %, den Arbeitern 35 %. Bei den Arbeitern war die Union klar stärkste Partei. Bei den Arbeitslosen kam sie nur auf 24 % (FG Wahlen: 22 %). Bei den Landwirten holte sie laut FG Wahlen 74 %.

Die SPD kam bei den Rentnern mit 28 % (FG Wahlen: 29 %) und den Arbeitern mit 27 % auf leicht überdurchschnittliche Werte. Bei Angestellten und Arbeitslosen holte sie 26 % (FG Wahlen für Arbeitslose 25 %), bei Selbständigen nur 14 %. Bei den Landwirten holte sie laut FG Wahlen nur 8 %.

Die FDP kam bei den Selbständigen mit 10 % auf einen weit überdurchschnittlichen Wert. Bei Angestellten holte sie 5 %, bei Rentnern und Arbeitslosen 4 % (FG Wahlen: für Rentner 5 %) und Arbeitern nur 3 %. Bei den Landwirten holte sie laut FG Wahlen immerhin 6 %.

Die Linke holte laut Infratest dimap weit überdurchschnittliche Werte bei Arbeitslosen mit 23 % (FG Wahlen: 21 %) und Arbeitern mit 13 %. Bei Rentnern und Angestellten lag sie bei 8 % (FG Wahlen: für Rentner 9 %), bei Selbständigen bei 6 %. Bei den Landwirten holte sie laut FG Wahlen 4 %. Im Osten holte die Linke vor allem bei den Rentnern (28 %) und den Arbeitslosen (35 %) noch weit höhere Werte. In Bezug auf den Beruf sind bei der Linken nach wie vor große Unterschiede zwischen Ost und West zu erkennen.

Die Grünen holten weit überdurchschnittliche Werte bei Angestellten und Selbständigen mit 11 %. Bei Arbeitslosen holten sie 8 % (FG Wahlen: 10 %), bei Arbeitern und Rentnern nur 4 % (FG Wahlen: für Rentner 5 %). Bei den Landwirten holten sie laut FG Wahlen nur 4 %.

Die Piraten hatten ihren Schwerpunkt laut Infratest dimap bei Arbeitslosen mit 5 % und Arbeitern mit 4 %. Bei Angestellten kam sie auf 3 % und bei Selbständigen auf 2 %. Bei Rentnern konnte Infratest dimap keinen Wert ermitteln; auch bei der FG Wahlen war dieser minimal. Bei den Landwirten holten sie laut FG Wahlen knapp 1 %.

Die AfD war laut Infratest dimap bei Arbeitern mit 6 % überdurchschnittlich vertreten. Bei Angestellten und Selbständigen kam sie auf 5 %, bei Rentnern auf 4 % und Arbeitslosen auf 3 % (FG Wahlen: allerdings 7 %). Bei den Landwirten holte sie laut FG Wahlen 1 %.

Bei der Analyse des Wahlverhaltens nach der formalen Bildung zeigten sich bekannte Muster: So ging der Anteil der Union mit höherem formalen

Bildungsgrad zurück. Sie holte laut FG Wahlen bei Wählern mit Hauptschulabschluss 46 %, denen mit mittlerer Reife 43 %, mit Hochschulreife 39 % und denen mit Hochschulabschluss 37 %. Diese klassische, für eine Volkspartei typische Verteilung zeigte sich bei der SPD nicht ganz so deutlich: Sie holte bei den Wählern mit Hauptschulabschluss überdurchschnittliche 30 %, bei denen mit mittlerer Reife 25 %, mit Hochschulreife 24 % und den Akademikern 23 %. Die FDP hatte umgekehrt bei den Wählern mit Hochschulabschluss mit 7 % einen überdurchschnittlichen Wert, holte bei den Abiturienten noch 5 % und den Wählern mit mittlerer Reife 4 %. Bei den Grünen war diese Verteilung wie üblich noch deutlicher: Sie holten bei den Akademikern 15 %, den Wählern mit Hochschulreife 12 %, denen mit mittlerer Reife 6 % und denen mit Hauptschulabschluss 4 %. Die Linke kam bei den Hauptschülern nur auf 7 %, den Wählern mit mittlerer Reife aber auf 10 %, denen mit Hochschulreife auf 8 % und denen mit Hochschulabschluss auf 9 %. Bei der AfD waren die Hauptschüler mit 4 % etwas unterrepräsentiert. Bei den Wählern mit mittlerer Reife kam sie auf 6 %, denen mit Hochschulreife und denen mit Hochschulabschluss auf 5 %.

Bei der Verteilung nach der Konfession kam die Union bei den Katholiken auf 53 %, bei den Protestanten auf 41 % und denen ohne oder mit anderer Konfession auf 31 %. Die SPD kam bei den Katholiken auf 21 %, den Protestanten auf 30 % und den Sonstigen auf 25 %. Die FDP war bei Katholiken und Protestanten mit 5 % etwa gleich stark und kam bei den Sonstigen auf 4 %. Die Linke kam bei den Katholiken auf 4 %, den Protestanten auf 6 % und den Sonstigen auf 17 %. Auch die Grünen holten bei den Katholiken nur 7 %, den Protestanten 9 % und den Sonstigen ebenfalls 9 %. Die AfD kam bei Katholiken wie Protestanten auf 4 % und bei den Sonstigen auf 7 %. Die Piraten holten bei Katholiken wie Protestanten 2 % und den Sonstigen 3 %.

### **16.3 Zusammenfassung**

Betrachtet man die generelle Bewertung der Parteien, so war die Ausgangslage für die Union durchaus günstig. Laut FG Wahlen wurde die Union auf einer Skala von +5 bis -5 vor dieser Bundestagswahl mit +1,7 und damit einen halben Punkt höher als 2009 bewertet. Die SPD kam auf +1,2 (nach +1,0 2009). Die FDP hingegen erhielt mit -0,9 einen für eine Regierungspartei erschreckend niedrigen Wert; 2009 war sie noch bei +0,6 gelegen. Die Grünen wurden mit +0,3 ebenfalls schlechter beurteilt (nach +0,6 2009). Linke und AfD wurden beide mit -1,4 bewertet. Die asymmetrische Verteilung der Sympathie zeigt sich noch deutlicher bei der Bewertung von Regierung und Opposition: Die Regierung bekam insgesamt +1,1; die Union in der Regierung +1,3, die FDP in der Regierung jedoch -0,7. In der Opposition wurde die SPD mit +0,6, die Grünen nur mit

+0,1 und die Linke mit -0,8 bewertet. Laut Infratest dimap waren 51 % mit der Bundesregierung zufrieden; mit der CDU darin 57 %, der CSU 43 % und der FDP nur 12 %.

Dieser Vorsprung der Union lässt sich auch durch die Popularität der Spitzenkandidatin erklären. Angela Merkel kam laut FG Wahlen auf +2,1 (bei den eigenen Parteianhängern sogar auf +3,9). Peer Steinbrück kam auf +0,7 (+2,6 bei den eigenen Anhängern). Rainer Brüderle wurde mit -0,5 (+1,4 bei den eigenen Anhängern) negativer beurteilt als Jürgen Trittin (-0,1; +2,0 bei den eigenen Anhängern) und Gregor Gysi (+0,1; +3,4 bei den eigenen Anhängern). Bei der Frage nach der Direktwahl kam Angela Merkel laut Infratest dimap auf 58 %, Peer Steinbrück auf 34 %; laut FG Wahlen war das Verhältnis 60 % zu 31 %. 84 % sagten, Merkel vertritt unser Land gut in der Welt, und 60 %, sie mache nicht Parteipolitik, sondern Politik für das Land. Bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der politischen Arbeit erhielt Merkel 71 %, Seehofer 53 %, Gysi 47 %, Steinbrück 44 %, Trittin 36 % und Brüderle 27 %. Laut FG Wahlen sagten 80 %, Angela Merkel mache ihre Sache gut.

Die Kompetenzen der Parteien wurden bei dieser Bundestagswahl differenziert beurteilt. Bei den wahlentscheidenden Themen fand sich eine interessante Mischung verschiedener Anforderungen. Für alle Wähler waren laut Infratest Dimap am wichtigsten angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen sowie eine gute Absicherung im Alter mit jeweils 57 %, die Zukunft des Euro mit 31 % und der Streit um die Überwachung durch Geheimdienste mit 17 %. Zur Euro- und Schuldenkrise sagten zwar 73 %, man sei persönlich von der Krise bisher nicht betroffen, aber 53 % gaben an, der schlimmste Teil der Krise stehe noch bevor, und 50 % machten sich Sorgen um ihre Ersparnisse. Für einen gesetzlichen Mindestlohn gab es eine breite Mehrheit in der Wählerschaft aller Parteien, darunter auch 74 % der Unions- und 61 % der FDP-Wähler. Bei den Kompetenzwerten konnte die Union laut Infratest dimap ihre Werte stark steigern bei den Feldern Wirtschaft (58 %), Arbeitsplätze (51 %) und Steuerpolitik (36 %). Bei der Familienpolitik gingen ihre Kompetenzwerte leicht auf 33 % zurück. Die SPD erreichte ihre besten Werte beim Thema angemessene Löhne (45 %), soziale Gerechtigkeit (43 %), Familienpolitik 36 % – dort auch mit einer klaren Verbesserung – sowie Gesundheitspolitik (34 %). Die FDP hingegen hatte in allen Kompetenzbereichen große Verluste zu verzeichnen: In der Steuerpolitik kam sie auf 6 % (ein Verlust von 13 Punkten), der Gesundheitspolitik auf 4 % (minus 6 Punkte) und Wirtschaft auf 3 % (minus 11 Punkte). Die Linke musste in ihren Kernkompetenzbereichen leichte Verluste verzeichnen, kam aber beim Thema soziale Gerechtigkeit noch auf 12 %, bei den angemessenen Löhnen auf 11 % und der Altersversorgung auf 7 %. Die Union lag deutlich vor allen anderen Parteien bei der Frage, wem traut man zu die Euro-Krise zu managen: 46 % nannten

die Union, 20 % die SPD, 3 % die AfD und keine Partei nannten 25 %. Bei der Frage, welche Partei am ehesten die Wirtschaft voranbringe, nannten 58 % die Union – ein Rekordwert seit 1998 gegenüber 22 % für die SPD. Bei der Frage, welche Partei am ehesten für soziale Gerechtigkeit Sorge, liegt die SPD zwar mit 43 % zu 24 % vor der Union; der Abstand ist gegenüber der letzten Bundestagswahl aber geringer geworden. Bei der Frage, welche Partei am ehesten für bezahlbare Energie Sorge, liegen die Grünen mit 27 % knapp vor der Union mit 26 % und der SPD mit 19 %.

Laut FG Wahlen lag die Union in wichtigen Feldern vor der SPD: Beim Thema Zukunft 39 % zu 20 %, Wirtschaft 47 % zu 17 %, Arbeitsplätze 40 % zu 22 %, Euro-Krise 38 % zu 20 %, Steuern 32 % zu 27 %, Rente 29 % zu 25 %, Familie 30 % zu 29 % und Energie 22 % zu 10 %. Die SPD lag nur bei der sozialen Gerechtigkeit mit 35 % zu 26 % vor der Union. Allerdings konnte sich die FDP in keinem Kompetenzbereich auffällige Werte erarbeiten. Die Grünen lagen hingegen im Bereich Energie mit 35 % weit vor allen anderen Parteien. Auch bei der Familie holten sie noch 9 %. Auch die Linke fiel immerhin mit 10 % bei der sozialen Gerechtigkeit sowie 6 % bei Rente und 5 % bei Familie etwas auf. In einigen Bereichen wie Arbeitsplätze, Rente, Wirtschaft und Zukunft kam etwa ein Drittel Nennungen für sonstige oder keine Parteien zustande. Die Kompetenzwerte im ökonomischen Bereich waren für die Union deswegen so wichtig, weil die wichtigsten Problemnennungen daher stammen. Laut FG Wahlen waren dies für 25 % Arbeitsplätze, 18 % Löhne und Kosten, 16 % Euro- und Finanzkrise sowie 15 % die Rente. Die soziale Gerechtigkeit wurde nur von 12 % genannt.

Die unterschiedliche Bewertung der Parteien in Regierung und Opposition schlug sich auch in den Präferenzen für Koalitionsmodelle nieder. So sprachen sich laut Infratest dimap auf die Frage, welche Koalition gut für unser Land sei, 57 % für eine Koalition aus Union und SPD aus (FG Wahlen: 52 %). Für eine Koalition aus SPD und Grünen votierten 43 % (FG Wahlen: 33 %), für eine aus Union und FDP 41 % (FG Wahlen: 36 %). Für eine Alleinregierung der Union stimmten 36 %, für eine aus Union und Grünen 27 % (FG Wahlen: 26 %). Eine Koalition aus SPD, Grünen und Linken befürworteten 24 % (FG Wahlen: 19 %), eine aus SPD, FDP und Grünen 12 %.

Die Bundestagswahl vom 22. September 2013 brachte eine klare Mehrheit für CDU und CSU. Die SPD hat nur mäßig gewonnen, die kleineren Parteien haben sämtlich gegenüber ihrem Rekordergebnis von 2009 verloren. Das linke Lager hat sich angesichts der abgegebenen Stimmen nicht verbessern können und geht sogar leicht geschwächt aus der Wahl hervor. Daher kann das Ergebnis ohne Frage als Stärkung der Volksparteien und vor allem der Volkspartei Union gewertet werden. Die Volksparteien haben nicht durch weitere Stimmenverluste zur Zersplitterung des

Parteiensystems beigetragen.

Dennoch ist im bürgerlichen Lager eine Zersplitterung im Wahlverhalten eingetreten, die dazu geführt hat, dass sich eine Mehrheit „bürgerlicher“ Stimmen nicht in eine Mehrheit von Mandaten im Bundestag umgesetzt hat. Die FDP war erstmals seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr im Bundestag vertreten. Was dies langfristig für die Bündnismöglichkeiten im bürgerlichen Lager bedeutet, ist noch nicht abzusehen. Die etwas über zwei Millionen Zweitstimmen für die FDP waren für eine bürgerliche Mehrheit ebenso verloren wie die über zwei Millionen Stimmen für die AfD oder die insgesamt weit mehr als eine halbe Million Stimmen für Freie Wähler und ÖDP. Es bietet sich also ein differenziertes Bild: Auf der einen Seite haben CDU und CSU demonstriert, dass sie ihre Fähigkeit zur Mobilisierung wieder gewonnen haben. Sowohl relativ wie in absoluten Stimmzahlen konnte ein beachtlicher Gewinn verbucht werden, der große Teile der Verluste früherer Wahlen wieder aufgefangen hat. Auf Bundesebene ist die Union klar stärkste Kraft, gegen die nicht regiert werden kann.

Auf der anderen Seite muss konstatiert werden, dass sich das bürgerliche Lager aufgesplittert hat. Die Union hat eine absolute Mehrheit der Mandate (die ohnehin kaum realistisch gewesen war) verpasst. Gleichzeitig fehlen die Stimmen für die Liberalen wie andere kleinere Parteien für eine bürgerliche Mehrheit im Parlament. Damit steht die Union vor der Notwendigkeit, sich entweder wieder einer großen Koalition oder gänzlich neuen Koalitionsoptionen zuzuwenden. Dies wiederum wirft die Frage auf, wie sich solche neuen Bündnisse (selbst eine Minderheitsregierung) auf die Mobilisierungsfähigkeit auswirken könnten. Bei aller Freude über das Ergebnis und die enormen Zugewinne der Union sollte sie die bekannten strukturellen Schwachstellen nicht übersehen: Defizite in bestimmten Segmenten wie bei jüngeren Frauen, bei Wählern mit formal höherer Qualifikation, bei sozial schwächeren Teilen der Gesellschaft oder bei nicht stark an die großen Konfessionen Gebundenen sind teilweise schwächer geworden, aber keineswegs verschwunden. Die Analyse zeigt auch, dass trotz aller Verbesserungen das Mobilisierungsniveau früherer Wahlen vor 2009 noch nicht wieder erreicht wurde. Die Mobilisierung des Wählerpotenzials muss für die anstehenden Landtagswahlen der nächsten Jahre ebenso im strategischen Fokus stehen wie eine Debatte um die Bündnisoptionen im bürgerlichen Lager.



# 17. Die CSU und die Bundestagswahl 2013

## 17.1 Ausgangslage

Für die CSU bedeuteten die Wahlen des September 2013 einen historischen Einschnitt. Das „Superwahljahr“ 2013 bot die Chance, sich gegenüber den Negativresultaten von 2008 und 2009 wieder zu rehabilitieren. In der Landtagswahl vom 15. September 2013 war die Wiedergewinnung der Alleinregierung in Bayern das zentrale Ziel. Die Koalition mit der FDP, in die sie im Herbst 2008 gezwungen wurde, sollte eine Episode bleiben. Für die Bundestagswahl am 22. September war hingegen die Wiederholung der Regierung aus CDU, CSU und FDP das Wunschresultat – eben die Regierung der „bürgerlichen Mehrheit“, die für Bayern bestenfalls als Notlösung hätte akzeptiert werden müssen, wenn die CSU keine absolute Mehrheit der Mandate im Landtag erzielt hätte. Allein dadurch waren für den Wahlkampf wie für die Koalitionsstrategie gewisse Disparitäten zu erwarten. In jedem Fall ließen die politische Gesamtentwicklung und die demoskopische Analyse in den Monaten vor den Wahlterminen erwarten, dass die CSU klar über den Werten von 43,4 % bei der Landtagswahl 2008 und 42,5 % bei der Bundestagswahl 2009 abschneiden würde. Dem Ergebnis in Bayern kam dabei (wie immer gemäß der historischen Rolle der CSU) die größere Bedeutung zu. Der (Rück-)Gewinn der absoluten Mehrheit im Bayerischen Landtag musste das primäre Ziel sein.<sup>30</sup>

## 17.2 Der lange Marsch zurück: Nach der Bundestagswahl 2009

### 17.2.1 Das Bemühen um Konsolidierung: Die ersten Monate nach der Wahl

Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 22. September 2009 von 42,5 % für die CSU in Bayern lag zwar auch – wie bei der Landtagswahl im Jahr zuvor – unter den von Demoskopern kurz zuvor gemessenen Werten.<sup>31</sup> Das Ergebnis der Union insgesamt reichte aber vor allem wegen des Rekordergebnisses für die FDP für die Bildung einer Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP. Das entsprach auch in Bayern dem mehrheitlichen Willen der Bevölkerung, die – trotz Spannungen in der schwarz-gelben Koali-

---

<sup>30</sup> Den besten Überblick zur Gesamtentwicklung der CSU in jüngerer Zeit bieten der Sammelband Hopp, Gerhard / Sebaldt, Martin / Zeitler, Benjamin (Hrsg.): Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei, Wiesbaden 2010 sowie das Buch von Weigl, Michael: Die CSU. Akteure, Entscheidungsprozesse und Inhalte einer Partei am Scheideweg, Baden-Baden 2013.

<sup>31</sup> Das Institut GMS hat wenige Tage vor der Wahl eine Prognose von 46 % abgegeben. Siehe Bayern neigt zu Schwarz-Gelb, in: Münchner Merkur, 18.9.2009.

tion in Bayern in den Monaten vor der Wahl<sup>32</sup> – für den Bund eindeutig eine Koalition mit der FDP befürwortete.<sup>33</sup> Das gute Ergebnis für die FDP wurde auch in der CSU zum Teil auf eine verfehlte Konfrontationsstrategie gegenüber dem bayerischen Koalitionspartner zurückgeführt.<sup>34</sup> Innerhalb der CSU wurden Forderungen laut, das Ergebnis der Bundestagswahl schonungslos zu analysieren, so vom Vorsitzenden der Grundsatzkommission, Alois Glück. Nicht zuletzt mit dem Verweis auf die notwendige Geschlossenheit in den Koalitionsverhandlungen konnte der Parteivorsitzende Horst Seehofer aber die Ausbreitung der Kritik verhindern.<sup>35</sup> Die Koalitionsverhandlungen verliefen dann insofern erfolgreich, als die CSU wieder drei Bundesminister stellen konnte und für sich in Anspruch nahm, im Koalitionsvertrag („Wachstum, Bildung, Zusammenhalt“) wichtige Punkte durchgesetzt zu haben wie zusätzliche Unterstützung für Landwirte, Steuersenkungen und das Betreuungsgeld für Kinder, die zu Hause erzogen werden.<sup>36</sup> Von einem kleinen Parteitag wurde der Koalitionsvertrag einstimmig angenommen. Gleichzeitig sprach sich Horst Seehofer für eine Wiederauflage des Bündnisses mit der FDP 2013 sowohl in Bayern als auch im Bund aus.<sup>37</sup>

Personell rochierte der bisherige Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg ins Amt des Verteidigungsministers. Ilse Aigner wurde Bundesministerin für Landwirtschaft und Ernährung, Peter Ramsauer Verkehrsminister. Zusätzlich stellte die CSU vier Parlamentarische Staatssekretäre. Den Vorsitz der Landesgruppe übernahm Hans-Peter Friedrich. Unmittelbar nach Beendigung der Koalitionsverhandlungen sprach sich Seehofer für Reformen in der CSU aus: „Wir wollen die Partei reformieren. Und wir wollen als CSU ein Bayern-Programm für den Freistaat entwickeln.“<sup>38</sup> Gleichzeitig kündigte er für Bayern einen „eisernen

<sup>32</sup> Siehe als Beispiel Auer, Katja: „Dann gehen wir halt in die Opposition.“ Bei ihrer Herbstklausur machen die Landtagsabgeordneten der FDP deutlich, dass sie sich von der CSU nicht einschüchtern lassen wollen, in: Süddeutsche Zeitung (SZ), 14.9.2009.

<sup>33</sup> Bayern neigt zu Schwarz-Gelb, in: Münchner Merkur, 18.9.2009.

<sup>34</sup> Der frühere Parteivorsitzende Erwin Huber bezeichnete das Bundestagswahlergebnis als „Desaster“ und sagte: „Der Streit der Koalition in Bayern hat die Wähler vor den Kopf gestoßen!“ Siehe Riechers, Karsten: Watschn für Seehofer!, in: Bild München, 28.9.2009. Zur Koalition in Bayern generell siehe Glaab, Manuela / Weigl, Michael (Hrsg.): Politik und Regieren in Bayern, Wiesbaden 2013.

<sup>35</sup> Generalsekretär Alexander Dobrindt sagte, es sei „schade, dass der ehemalige Vordenker der CSU seinen reichhaltigen Erfahrungsschatz nur für eine rückwärtsgewandte Selbstbespiegelung einsetzt.“ Siehe: CSU-Debatte um Wahlverluste verschärft sich, in: Straubinger Tagblatt, 9.10.2009. Kurz darauf forderte der Vorsitzende der Jungen Union, Stefan Müller, die Grundsatzkommission durch eine Zukunftskommission zu ersetzen, die nicht mehr von Alois Glück geleitet werden solle.

<sup>36</sup> Ramelsberger, Annette: Hier sitzt der Chef. Seehofer lässt sich für das Verhandlungsergebnis feiern, in: SZ, 27.10.2009.

<sup>37</sup> Seehofer, Horst: 2013 wieder mit FDP, in: SZ, 27.10.2009.

<sup>38</sup> „Ich bin da – und ich bleibe da“, in: Münchner Merkur, 29.10.2009.

Sparkurs“ an.<sup>39</sup> Wegen des Defizits der Bayerischen Landesbank bestand sogar die Gefahr, neue Schulden aufnehmen zu müssen, um einen Zuschuss des Freistaats von 10 Milliarden Euro bewältigen zu können.<sup>40</sup> Horst Seehofer postulierte seinerseits einen ausgeglichenen Staatshaushalt in Bayern als zentrales Ziel der CSU. Bei einer Haushaltsklausur des Kabinetts Ende November 2009 wurde im Nachtragshaushalt 2010 der Verzicht auf neue Schulden bei gleichzeitigen Sonderprogrammen etwa für die Region Nürnberg-Fürth festgelegt.<sup>41</sup>

Auch innerparteilich stellte die Führung die Notwendigkeit weiterer Reformen heraus. So betonte Horst Seehofer Ende des Jahres 2009 zu den Fehlern der CSU: „Der Politikstil war abgehoben. Bei Personen und Inhalten haben wir uns zu lange nicht erneuert. Da hinken wir leider zehn Jahre hinterher. Aber auch hier habe ich Korrekturen bereits umfassend eingeleitet.“<sup>42</sup> Gleichzeitig wurde vom Parteivorstand das Reformprogramm „Leitbild 2010 plus“ offiziell gestartet. Ziel war unter anderem, mehr junge Menschen und Frauen zur aktiven Mitarbeit in der Partei zu gewinnen. Daneben sollte die Möglichkeit der Mitwirkung von Nichtmitgliedern sowie Mitgliederbefragungen und -entscheide diskutiert werden. Auch die Einführung eines „virtuellen Ortsverbandes“ unabhängig vom Wohnort wurde angeregt, ebenso wie die Einführung einer Frauenquote.<sup>43</sup> Damit wurde eines der größten innerparteilichen Reformkonzepte der CSU seit Jahrzehnten angegangen. Der Weg der CSU zur „Mitmach-Partei“ sollte unterstützt werden durch die Grundsatzkommission, zu deren Leiter der niederbayerische Bezirksvorsitzende Manfred Weber berufen wurde.<sup>44</sup> Zu Jahresbeginn 2010 war das Ansehen der CSU zwar noch durch die Krise der Bayerischen Landesbank und der durch den Staatshaushalt aufzufangenden Schulden belastet, aber Horst Seehofer zeigte Optimismus und betonte, er wolle das Ziel der Alleinregierung nicht aufgeben.<sup>45</sup> Die Klausurtagungen von Landesgruppe und Fraktion verliefen deutlich harmonischer als von vielen Publizisten prognostiziert; dennoch zeigten auch die demoskopischen Befunde Anfang 2010 noch niedrigere Werte als bei den Wahlen des Jahres 2009.<sup>46</sup> Der weitere Verlauf des Jahres 2010 war zunächst durch das Bemühen um ruhige Sacharbeit gekennzeichnet,

---

<sup>39</sup> Deuschländer, Christian: Bloß nicht wieder die große Keule, in: Münchner Merkur, 30.10.2009.

<sup>40</sup> Dies wurde vom bayerischen Finanzminister Georg Fahrenschon im November 2009 angedeutet, wurde von ihm aber auf Initiative des Parteivorsitzenden umgehend revidiert. Siehe Auer, Katja: Vom Chef zurückgepiffen, in: SZ, 13.11.2009.

<sup>41</sup> Auer, Katja: 500 Millionen Euro mehr für Bildung, in: SZ, 23.11.2009.

<sup>42</sup> „50 Prozent plus x – das ist vorbei“, in: Focus 51/2009.

<sup>43</sup> Stroh, Kassian: Moderner, frischer, offener, in: SZ, 12.12.2009.

<sup>44</sup> Säuberlich, Jörg: Das Gesicht der CSU soll jünger werden, in: Mittelbayerische Zeitung, 15.12.2009.

<sup>45</sup> „Sind die großen Zeiten der CSU vorbei, Herr Seehofer?“, in: Bild am Sonntag, 3.1.2010.

<sup>46</sup> Partei im Zwergenwahn, in: Der Spiegel 2/2010.

auch wenn der Verlauf des Landesbank-Untersuchungsausschusses und die Durchsetzung eines Volksbegehrens zum Nichtraucherschutz für den 4. Juli 2010 Unwägbarkeiten für die Partei boten.

Zusätzliches Konfliktpotenzial entwickelte sich aus den teilweise gegensätzlichen Interessen der CSU in Bayern und der Partei als Koalitionspartner in Berlin. Im Vorfeld der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010 – der ersten Wahl nach der Bundestagswahl, bei der die Verteidigung einer CDU-geführten Regierung auf dem Spiel stand – wurde auch aus der bayerischen CSU das Verhalten der FDP kritisiert, die sich nicht zuletzt durch Äußerungen ihres Vorsitzenden Guido Westerwelle über Hartz-IV-Empfänger für rückläufige demoskopische Zustimmungswerte sowohl für die FDP als auch für die Bundesregierung sorgte.<sup>47</sup> Aber auch CSU-interne Differenzen wurden öffentlich: So verwarnte sich der Landesgruppenvorsitzende Friedrich gegen Kritik an der Gesundheitspolitik der Bundesregierung durch den bayerischen Umwelt- und Gesundheitsminister Markus Söder, was wiederum von Horst Seehofer mit scharfer Gegenkritik gekontert wurde.<sup>48</sup>

### **17.2.2 Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen: Die CSU in der Berliner Koalition im „Herbst der Entscheidungen“**

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 9. Mai 2010 war der erste Test für die Zustimmung zur Union nach der Bundestagswahl. Die Koalition aus CDU und FDP wurde abgewählt und damit eine schwarz-gelbe Mehrheit im Bundesrat beendet. Die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Jürgen Rüttgers fiel von 44,8 % auf 34,6 %, während die FDP knapp von 6,2 % auf 6,7 % zulegen konnte. Damit war der Weg frei für eine rot-grüne Minderheitsregierung, die de facto von der Linken toleriert wurde. Danach äußerte auch der CSU-Vorsitzende öffentlich Kritik an der Bundesregierung und mahnte – unter anderem angesichts des Euro-Hilfspakets – besseres Krisenmanagement der Kanzlerin und des Finanzministers an.<sup>49</sup> Die Reaktion ist nicht zuletzt vor der Befürchtung zu sehen, dass die Euro-Schuldenkrise zu hohen finanziellen Beiträgen Deutschlands und damit auch der Länder führen könnte, womit die Haushaltspolitik Bayerns und vor allem der Verzicht auf Neuverschuldung gefährdet sein könnte.<sup>50</sup> Die Parteien der Bundesregierung (CDU, CSU und FDP zusammen) sanken in den demoskopischen Erhebungen auf den schlechtesten Wert seit zehn Jahren. Die Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen „hat die schwarz-gelbe Koalition in Berlin ins Mark getroffen“.<sup>51</sup> Die Handlungsfähigkeit der

<sup>47</sup> Blechschmidt, Peter / Braun, Stefan: Jeder gegen jeden, in: SZ, 3.3.2010.

<sup>48</sup> Seehofer lehnt Versöhnung mit Kritikern aus seiner Partei ab, in: Die Welt, 5.3.2010.

<sup>49</sup> „Die Bevölkerung fühlt sich verhöhnt“, in: SZ, 21.5.2010.

<sup>50</sup> Auer, Katja: Seehofer verordnet Schweigen, in: SZ, 20.5.2010.

<sup>51</sup> Bannas, Günter: Es gärt überall, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 21.5.2010.

Berliner Koalition wurde nicht nur durch die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung herausgefordert, sondern auch dadurch, rasch einen Kandidaten für den überraschend zurückgetretenen Bundespräsidenten Horst Köhler finden zu müssen. Dabei hatte sich die CSU frühzeitig für den niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff ausgesprochen, der auch nominiert und am 30. Juni 2010 gewählt wurde.<sup>52</sup> Damit wurde die Berliner Koalition gefestigt, zumal der Gegenkandidat Joachim Gauck, den SPD und Grüne nominiert hatten, die Stimmen der Linken nicht erhielt.

Ein weiteres umstrittenes Reformvorhaben sollte vorerst vertagt werden. Während Verteidigungsminister zu Guttenberg im Frühjahr 2010 im Rahmen einer geplanten Bundeswehrreform parteiintern deutlich für die Abschaffung der Wehrpflicht plädierte, erntete er in der Parteiführung große Skepsis. In jedem Fall sollte die Frage bis zum Parteitag im Herbst offen bleiben.<sup>53</sup> Als am 5. Juli 2010 bei einem Volksentscheid 61 % für einen strengen Raucherschutz auch in der Gastronomie stimmten – also im Prinzip eine Regelung, die die CSU 2008 eingeführt hatte, nach der Landtagswahl in der Koalition mit der FDP aber aufweichte –, hatte dies für die CSU keine politischen Auswirkungen. Die Staatsregierung kündigte die schnelle Umsetzung an; das Thema wurde für erledigt erklärt.<sup>54</sup> Die Reformideen für die Bundeswehr haben auch der Popularität Karl-Theodor zu Guttenbergs zu jener Zeit in der Bevölkerung keineswegs geschadet. Schon länger an der Spitze der demoskopischen Listen der beliebtesten deutschen Politiker erreichte er im Sommer 2010 neue Rekordwerte. In manchen Medien wurde er bereits als der kommende Bundeskanzler vorgestellt: So veröffentlichte das Magazin Focus Daten einer Umfrage von TNS Emnid vom 6./7. Juli 2010, wonach sich 46 % der Deutschen ihn als Bundeskanzler vorstellen könnten; bei den Anhängern von Union und FDP waren dies sogar jeweils 62 %.<sup>55</sup> Im Sommer 2010 schien Karl-Theodor zu Guttenberg endgültig zur künftigen Spitzenfigur der CSU zu werden.

Kurz nach der Sommerpause ließ Horst Seehofer in einem Interview durchblicken, dass er eine Abschaffung der Wehrpflicht mittragen würde. Auch die in der Berliner Koalition beschlossene Verlängerung der Laufzeit für Kernkraftwerke um durchschnittlich 12 Jahre unterstützte er und betonte insgesamt die Regierungsfähigkeit der Bundeskanzlerin und ihrer Ko-

---

<sup>52</sup> „Wir sind nicht der Störenfried!“, in: Der Spiegel 23/2010. Das Klima in der Berliner Koalition schien zu dieser Zeit deutlich schlechter zu sein als das in Bayern. So hatte Generalsekretär Dobrindt die FDP als „Gurkentruppe“ bezeichnet, nachdem er aus Reihen der FDP als „Wildsau“ bezeichnet worden war. Siehe Szymanski, Mike: Beißhemmung zum gegenseitigen Nutzen, in: SZ, 15.6.2010.

<sup>53</sup> Deutschländer, Christian: Der Star und sein Schrumpfkurs, in: Münchner Merkur, 23.6.2010.

<sup>54</sup> Kain, Alexander: Staatsregierung kündigt strikte Umsetzung an, in: Passauer Neue Presse, 6.7.2010.

<sup>55</sup> Der Kanzler-Kandidat, in: Focus 28/2010.

alition.<sup>56</sup> Für die Regierung in Bayern unterstrich Seehofer das Festhalten am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts, selbst wenn weitere Einsparungen notwendig werden sollten.<sup>57</sup> Im Vorfeld des Parteitages unterstützte Seehofer eindeutig die Einführung einer Frauenquote für die CSU.<sup>58</sup> Der mediale Hype um Karl-Theodor zu Guttenberg wurde kurz vor dem Parteitag noch weiter angefacht: Der „Spiegel“ vom 18. Oktober 2010 erschien mit der Titelgeschichte „Die fabelhaften Guttenbergs. Paarlauf ins Kanzleramt“. Darin wurde er erneut als möglicher Spitzenkandidat der CSU für die Landtagswahl 2013 und als potenzieller Nachfolger für Angela Merkel präsentiert.<sup>59</sup> Der „Spiegel“ legte kurz darauf nach mit einem Bericht über Horst Seehofer, in dem postuliert wurde, die Basis träume bereits von einem Nachfolger,<sup>60</sup> was von anderen Medien in ähnlicher Form wiederholt wurde.<sup>61</sup> Insofern drohte der Parteitag am 29. und 30. Oktober 2010, den Seehofer als „großen Reformparteitag“ angekündigt hatte, von der Debatte um die Konkurrenz zwischen den beiden überlagert zu werden. Auf dem Parteitag, bei dem keine Vorstandswahlen anstanden, konnte sich die Parteiführung aber mit zentralen Reformvorhaben durchsetzen. So wurde das „Leitbild 2010 plus“ verabschiedet, das neben Mitgliederbefragungen, der Einführung eines Parteikonvents als Alternative zum Parteitag sowie offenen Bürgerforen auch die Einführung einer Frauenquote von 40 % für Vorstände beinhaltete. Auch die Reform der Bundeswehr, ein 7-Punkte-Integrationsplan sowie eine Beitragsanpassung wurden beschlossen. Der Verlauf des Parteitags wurde in den Medien überwiegend als Bestätigung des Parteivorsitzenden gedeutet – eine Schlagzeile lautete: „Horst Seehofer rettet sich in die nächste Runde.“<sup>62</sup> Zumindest parteiintern schien sich die Position des Vorsitzenden stabilisiert zu haben. Bei einem Treffen ehemaliger Spitzenpolitiker Ende November 2010, auf dem die Situation der Partei analysiert werden sollte, wurde sogar offen und unwidersprochen für Horst Seehofer als Spitzenkandidat für die nächsten Wahlen plädiert.<sup>63</sup>

Im Vorfeld der wichtigen Klausurtagungen der CSU am Jahresanfang 2011 schien die seitens der Führung erhoffte Ruhe eingekehrt zu sein.<sup>64</sup>

<sup>56</sup> „Die Wehrpflicht wird abgeschafft“, in: Der Spiegel 37/2010.

<sup>57</sup> Alle wollen sparen – nur wo, weiß keiner, in: Nürnberger Nachrichten, 16.9.2010.

<sup>58</sup> Deutschländer, Christian: Seehofer: „Unser Frauenanteil ist erbärmlich“, in: Münchner Merkur, 18.9.2010.

<sup>59</sup> Siehe Der Spiegel 42/2010, S. 28-36.

<sup>60</sup> „Da ist was zerrissen“, in: Der Spiegel 43/2010.

<sup>61</sup> So etwa bei Ramelsberger, Annette / Szymanski, Mike: Schau mir in die Augen, Kanzler, in: SZ, 26.10.2010.

<sup>62</sup> So Bild, 30.10.2010.

<sup>63</sup> Deutschländer, Christian: Die heimliche Runde der alten Herren, in: Münchner Merkur, 25.11.2010.

<sup>64</sup> Hoffen auf die (Er-)Lösung, in: Focus 49/2010.

Vor Weihnachten gelang die Verabschiedung eines Haushaltes ohne Neuverschuldung, das auch ein Investitionsprogramm „Aufbruch Bayern“ in Höhe von über einer Milliarde Euro enthielt.<sup>65</sup> Ebenfalls vor Weihnachten stellte Seehofer klar, dass er auch beim nächsten Parteitag im Herbst 2011 wieder für den Parteivorsitz kandidieren wolle.<sup>66</sup> Zu den Klausurtagungen von Landesgruppe und Landtagsfraktion erschien mit dem BayernTREND von Infratest dimap eine Umfrage, in der der CSU bei einer Landtagswahl 46 % und die absolute Mehrheit der Mandate zugesprochen wurde.<sup>67</sup> Fast gleichzeitig kam eine Emnid-Umfrage auf 45 %. Damit war der Parteivorsitzende klar gestärkt, auch wenn manche Medien dieses Resultat auf einen „Gutenberg-Faktor“ zurückführten.<sup>68</sup> Deutlich war, dass sich auch das Ansehen der Union bundesweit wieder verbessert und dies wohl auch Auswirkungen auf die Einschätzung der CSU hatte. Allerdings war zu Jahresbeginn 2011 unübersehbar, dass die Chancen auf eine Mehrheit gegen die CSU trotz der Stimmungsschwankungen des Jahres 2010 gering geblieben waren. Die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen verbesserten sich zusätzlich: So konnte der bayerische Finanzminister Georg Fahrenschon Ende Januar 2011 verkünden, dass die Einnahmen des vergangenen Jahres um 500 Millionen Euro höher als erwartet lagen.<sup>69</sup> Mitte Februar 2011 verkündete Horst Seehofer, dass die steigende Zustimmung zur CSU die Folge der eigenen Leistung der Partei und seiner Person sei. Einen Gutenberg-Faktor gebe es nicht.<sup>70</sup>

### 17.2.3 Der Wind dreht sich: Plagiatsaffäre und Tsunami

Nur wenige Tage nach dieser Interview-Äußerung Seehofers platzte eine Bombe: Ein Internet-Projekt „Guttenplag“ veröffentlichte Anschuldigungen, wonach die Dissertation Karl-Theodor zu Guttenbergs zu großen Teilen aus Plagiaten bestehe. Kurz nach diesen Veröffentlichungen gestand er Fehler ein und verkündete seine Bereitschaft, auf seinen Dokortitel zu verzichten.<sup>71</sup> Zwar forderte laut Umfragen nur eine Minderheit der Bevölkerung einen Rücktritt des Ministers, aber eine Mehrheit sah seine Glaubwürdigkeit beschädigt.<sup>72</sup> Seine innerparteiliche Stellung war ebenfalls in Frage gestellt, zumal sich diese Affäre noch einige Zeit hinziehen

<sup>65</sup> Szymanski, Mike: Seehofers Weihnachtsgeschenk, in: SZ, 16.12.2010.

<sup>66</sup> Seehofer will CSU-Chef bleiben, in: Augsburger Allgemeine, 27.12.2010.

<sup>67</sup> Kontrovers BayernTREND 2011. Absolute Mehrheit für CSU möglich, in: BR-online, 12.1.2011.

<sup>68</sup> Gutenberg-Faktor hebt die CSU in Bayern auf 45 %, in: Bild.de, 4.1.2011. Eine kurz darauf veröffentlichte Umfrage von Forsa, in der die CSU wenige Tage später nur auf 40 % geschätzt wurde, wurde angesichts der beiden anderen Umfragen weniger stark zur Kenntnis genommen. Siehe: Union sammelt Punkte, SPD schwächelt, in: Stern.de, 19.1.2011.

<sup>69</sup> 500 Millionen Euro mehr, in: SZ, 31.1.2011.

<sup>70</sup> Es gibt keinen Gutenberg-Faktor, in: Focus 7/2011.

<sup>71</sup> Gutenberg gibt seinen Dokortitel zurück, in: SZ, 22.2.2011.

<sup>72</sup> Gutenberg mit Ghostwriter?, in: Nordbayerischer Kurier, 21.2.2011.

sollte. Zwar versicherte die Führung der CSU in den folgenden Tagen zu Guttenberg mehrfach ihre Solidarität, aber nach einem Kommissionsbericht der Universität Bayreuth entschloss er sich am 1. März 2011, vom Amt des Bundesverteidigungsministers zurückzutreten. Außerdem kündigte er an, sein Bundestagsmandat aufzugeben, wodurch die CSU-Landesgruppe um einen Sitz auf 44 Mandate verkleinert wurde. Sein Rücktritt hatte in Bayern nur zu einer kleinen Kabinettsumbildung geführt: Statt angedachter Rochaden Münchner Politiker nach Berlin wurde Marcel Huber als Nachfolger Siegfried Schneiders (dieser wechselte auf den Posten des Vorsitzenden der Landesanstalt für Neue Medien) ernannt; ihn ersetzte der Abgeordnete Thomas Kreuzer als Staatssekretär. Im Bundeskabinett wurde Thomas de Maiziere Nachfolger zu Guttenbergs als Verteidigungsminister und im Gegenzug Hans-Peter Friedrich neuer Bundesinnenminister. Seine Nachfolgerin als Landesgruppenvorsitzende wurde Gerda Hasselfeldt. Horst Seehofer versicherte, er halte zu Guttenberg als Nachfolger in seinen Ämtern weiterhin für möglich.<sup>73</sup>

Ein Naturereignis hatte in den nächsten Wochen noch weit größere Auswirkungen auf die deutsche Politik: Ein Tsunami an der Nordostküste Japans am 11. März 2011 richtete dort verheerende Schäden an und führte zum Ausfall und der Beschädigung mehrerer Kernkraftwerke. Damit stand die Bundesregierung wie die CSU unter dem Druck, ihre Haltung zur Nutzung der Kernenergie (deren Verlängerung die Berliner Koalition erst im Herbst zuvor beschlossen hatte) zu überdenken.<sup>74</sup> In der CSU wurde im Gegensatz zur FDP die Laufzeitverlängerung schnell offen in Frage gestellt.<sup>75</sup> Wenige Tage danach vollzog die Staatsregierung im Bayerischen Landtag einen Kurswechsel und betonte das Ende des Atomzeitalters auch in Bayern.<sup>76</sup> Der Ausstieg sollte schneller erfolgen als geplant. Damit lag die CSU auf der Linie der Bundesregierung, die dieselbe Zielrichtung eines beschleunigten Ausstiegs aus der Kernenergie angekündigt hatte. Für die Zustimmung durch die Bevölkerung brachte dies der CSU keine Nachteile: Eine Emnid-Umfrage sah die CSU bei 46 %, während die FDP erneut nur mit 4 % taxiert wurde. Dieser Rückgang der FDP war im Einklang zur demoskopischen Lage im Bund. Auch dort hatte sich die

---

<sup>73</sup> Seehofer: „Guttenberg könnte mein Nachfolger werden“, in: Münchner Merkur, 4.3.2011. Siehe hierzu als Beispiele aus der Literatur Preuß, Roland / Schultz, Tanjev: Guttenbergs Fall. Der Skandal und seine Folgen für Politik und Gesellschaft, Gütersloh 2011; Hartleb, Florian: Die Grenzen der Personalisierung in der deutschen Parteiendemokratie am Beispiel von Karl-Theodor zu Guttenberg, in: Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung 18/2012, S. 109-115.

<sup>74</sup> Siehe das Interview mit dem bayerischen Umweltminister Markus Söder: „Japan verändert alles“, in: SZ, 14.3.2011.

<sup>75</sup> Auer, Katja / Sebald, Christian / Szymanski, Mike: Anlauf zur Kehrtwende, in: SZ, 15.3.2011.

<sup>76</sup> Szymanski, Mike: Lieber ungläubwürdig als unbelehrbar, in: SZ, 18.3.2011.

Union wieder verbessert und die FDP wurde mit Werten nur noch um die 5 % gemessen.<sup>77</sup>

Die weiteren Auswirkungen des Tsunami für die deutsche Innenpolitik waren allerdings gewaltig: Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 20. März 2011 hielten sich die Auswirkungen noch in Grenzen. Zwar konnten dort die Grünen ihr Ergebnis auf 7,1 % verdoppeln und kamen ins Parlament. CDU und SPD konnten aber problemlos eine große Koalition bilden, obwohl die CDU mit einem Verlust von 3,7 Punkten nur auf einen Wert von 32,5 % kam. Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz vom 27. März 2011 konnte die CDU sogar 2,5 Punkte auf 35,2 % zulegen, aber die SPD, die 9,9 Punkte verlor und noch auf 35,7 % kam, konnte dank der auf 15,4 % erstarkten Grünen die Landesregierung bilden. In Baden-Württemberg wurden die Grünen am selben Tag mit 24,2 % sogar stärker als die SPD, die auf 23,1 % kam. Die CDU, die 5,2 Punkte verlor und noch auf 39,0 % kam, konnte mit der auf 5,3 % geschrumpften FDP keine Mehrheit mehr bilden. Es kam daher zur Bildung der ersten grün-roten Landesregierung mit einem grünen Ministerpräsidenten. Diese Konstellation hat möglicherweise dazu geführt, dass auch in der CSU zwar Kritik über diesen Kurswechsel geäußert, die grundsätzliche Linie aber als unausweichlich akzeptiert wurde.<sup>78</sup> In der Öffentlichkeit äußerte sich Horst Seehofer weiterhin im Sinne einer Energiewende und unterstützte das Vorhaben der Bundesregierung, innerhalb von 80 Tagen eine neue Energiepolitik inklusive des Atomausstiegs zu entwerfen.<sup>79</sup> Die CSU werde ökologisch, ohne sich den Grünen als Partei zu sehr anzunähern.<sup>80</sup> Allerdings stiegen auch in Bayern die demoskopischen Werte für die Grünen im Laufe des Jahres 2011 bis auf 20 % an, um erst am Jahresende wieder auf 12 bis 13 % zu sinken. Dies ging aber weitgehend auf Kosten der SPD und anderer Parteien, so dass die Grünen in Bayern weiterhin weit davon entfernt waren, eine Konkurrenz für die CSU zu werden.

Auch jenseits der Energiewende versuchte der Vorsitzende, die Reformdiskussion voranzutreiben. So wiederholte er im Mai eine Forderung, die er überraschend beim politischen Aschermittwoch bereits erhoben hatte: Er plädierte für eine Änderung der bayerischen Verfassung, um darin die Integrationspflicht von Zuwanderern zu verankern, eine Schuldenbremse für den Haushalt festzuschreiben und den ländlichen Raum zu stärken.<sup>81</sup> Die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen verbesserten sich weiter: So ergab die Steuerschätzung vom Mai Mehreinnahmen von 1,5 Milliarden

---

<sup>77</sup> Auer, Katja: Mitregieren bringt Bonuspunkte, in: SZ, 22.3.2011.

<sup>78</sup> Issig, Peter: Ausstiegsdämmerung, in: Welt am Sonntag, 27.3.2011.

<sup>79</sup> Niejahr, Elisabeth: Die Zeit war zu kurz, in: Die Zeit, 31.3.2010.

<sup>80</sup> Bachmeier, Uli: Seehofer: „Die CSU wird ökologisch“, in: Augsburgener Allgemeine, 1.4.2010.

<sup>81</sup> Auer, Katja: Seehofer hält an Verfassungsänderung fest, in: SZ, 13.5.2011.

Euro für das Jahr 2011.<sup>82</sup> Auf einer Klausurtagung des CSU-Vorstands in Kloster Andechs am 20. und 21. Mai 2011 setzte sich Seehofer mit einem Papier (ohne Gegenstimmen und bei nur wenigen Enthaltungen) durch, das den Ausstieg aus der Atomenergie bis 2022 und einen Ausbau erneuerbarer Energien auf 50 % vorsah, was von Bundeskanzlerin Merkel, die zu der Sitzung gekommen war, klar unterstützt wurde.<sup>83</sup> Damit hatte sich Horst Seehofer sowohl gegen Bedenken innerhalb der CSU als auch gegen den Koalitionspartner FDP weitgehend durchgesetzt. Dennoch betonte die bayerische FDP mehrfach, sie wolle die Koalition mit der CSU auch nach 2013 fortsetzen.<sup>84</sup>

#### 17.2.4 Kandidaten, Gegenkandidaten und Euro-Krise

Nach der Festlegung auf die Energiewende war die Situation in Bayern für die CSU berechenbarer geworden. Als Koalitionspartner in der Bundespolitik stand sie nicht so stark im Mittelpunkt wie die Bundeskanzlerin als Krisenmanagerin gegenüber reformunfähigen Mitgliedstaaten der EU. Sie versuchte sich aber auch in Berlin als Vertreterin eines haushaltspolitisch harten Kurses zu zeigen, die zugleich eine gelegentlich europakritischere Haltung wie die Schwesterpartei oder der Koalitionspartner an den Tag legte. Parteichef Seehofer gab aber für die CSU vor der Sommerpause die Devise aus, Ruhe zu bewahren und in jedem Fall die Bundesregierung bei der Euro-Rettung zu unterstützen sowie öffentliche Äußerungen zu unterlassen. „Jede Äußerung kann die Stabilität des Euro beeinträchtigen.“<sup>85</sup> Das über die Monate erfolgreiche Krisenmanagement der Bundesregierung wurde erst allmählich auch in den Zustimmungswerten für die Union insgesamt honoriert, wovon schließlich auch die CSU profitierte.

Mitten in der Sommerpause sorgte die Ankündigung des Münchner Oberbürgermeisters Christian Ude, als Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahl 2013 zur Verfügung zu stehen, für Aufregung.<sup>86</sup> Damit hatte die SPD einen Kandidaten, der seit längerer Zeit an der Spitze der Zustimmungswerte bayerischer Politiker gestanden war. Könnte es ihm gelingen, den Anteil der SPD zu steigern und gleichzeitig neue Koalitionsperspektiven zu eröffnen, könnte dies für die CSU vor allem wegen der anhaltenden Schwäche der FDP durchaus problematisch werden, da Ude verglichen mit anderen SPD-Politikern aus Bayern ein ernstzunehmender Kandidat war.<sup>87</sup> Zwar konnte sich die SPD in den demoskopischen Be-

<sup>82</sup> Szymanski, Mike: Warmer Geldregen, in: SZ, 14.5.2011.

<sup>83</sup> Stern, Henry: Seehofers Energiewende, in: Mainpost, 23.5.2011; Schäffer, Albert: Zufrieden ist nicht genug, in: FAZ, 23.5.2011.

<sup>84</sup> So der Fraktionsvorsitzende Hacker, Thomas: „Wir planen mit der CSU nach 2013“, in: Bild München, 30.6.2011.

<sup>85</sup> Alles, bloß nicht ruhig, in: Der Spiegel 31/2011.

<sup>86</sup> Szymanski, Mike: Ude will gegen Seehofer kandidieren, in: SZ, 10.8.2011.

<sup>87</sup> Szymanski, Mike: Die rote Gefahr, in: SZ, 9.8.2011.

funden bis September des Jahres nur um wenige Punkte verbessern, aber kurz nach der Ankündigung Udes trafen sich Vertreter der SPD, der Grünen und der Freien Wähler zu einem „Oppositionsgipfel“, um mögliche Gemeinsamkeiten der drei Parteien auszuloten.<sup>88</sup> Kurzfristig schienen demoskopische Befunde des Forsa-Instituts sogar eine knappe Mehrheit für eine solche Koalition sowie eine Mehrheit von 42 % zu 39 % für Ude gegen Seehofer als Ministerpräsident in Reichweite liegen zu sehen.<sup>89</sup> Aber nur wenige Tage darauf ergab eine Umfrage im Auftrag der CSU, dass die CSU allein so stark sei wie die Oppositionsparteien zusammen und dass Horst Seehofer mit großem Abstand als kompetenter Ministerpräsident, Ude hingegen nur als Lokalpolitiker gesehen werde, der die Kompetenzdefizite der SPD nicht überdecken könne.<sup>90</sup>

Schwerer zu bewältigen schienen in diesen Monaten die Debatten um die Schuldenkrise in Griechenland und die Zukunft des Euro. Dies wurde für die CSU noch verstärkt durch die Ankündigung des Münchner Bundestagsabgeordneten und Euro-Kritikers Peter Gauweiler, beim kommenden Parteitag für einen der Posten eines stellvertretenden Vorsitzenden zu kandidieren, was das vorab austarierte Personaltableau hätte durcheinander bringen können. Horst Seehofer machte öffentlich deutlich, dass die CSU eine Partei Europas sei, dass aber auch ein Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone denkbar sei.<sup>91</sup> Gleichzeitig distanzierte er sich von der Äußerung der Bundeskanzlerin, die gesagt hatte: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Die Parteiführung setzte immer wieder etwas europakritischere Akzente als die Regierungspartner in Berlin. So warnte die Staatsregierung vor einer Ausweitung des Euro-Hilfspakets EFSF und drohte sogar mit einem Veto im Bundesrat.<sup>92</sup> Dennoch blieb Gauweiler bei seiner Kandidatur, so dass sich für den Parteitag eine Kampfkandidatur gegen Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer ankündigte.<sup>93</sup> Auf dem Parteitag am 7. und 8. Oktober 2011 scheiterte Gauweiler jedoch mit seiner Kandidatur, so dass die im Vorfeld von der Führung nominierten Stellvertreter auch gewählt wurden. Gauweiler unterlag knapp mit 419 Stimmen gegen 440 für Peter Ramsauer; die anderen Stellvertreter (Barbara Stamm, Beate Merk, Christian Schmidt) wurden ohne Gegenkandidaten gewählt. Horst Seehofer erhielt 89,9 %, etwas mehr als die 88,1 % bei seiner ersten Wiederwahl vor zwei Jahren.<sup>94</sup> Damit ging die

---

<sup>88</sup> Hofmann, Till: Drei gegen die CSU, in: Augsburgsberger Allgemeine, 11.8.2011.

<sup>89</sup> SPD-Mann Ude liegt in Bayern vor Seehofer, in: Spiegel Online, 31.8.2011.

<sup>90</sup> Szymanski, Mike / Ramelsberger, Anette: Politischer Baldrian, in: SZ, 6.9.2011.

<sup>91</sup> „Ich lasse mich nicht einschüchtern“, in: Der Spiegel 38/2011, 19.9.2011.

<sup>92</sup> Deutschländer, Christian / Neuhaus, Christina: Bayern droht mit Veto im Bundesrat, in: Münchner Merkur, 29.9.2011.

<sup>93</sup> Müller, Frank: Der Kampf Peter gegen Peter, in: SZ, 22.9.2011.

<sup>94</sup> Ramsauer bleibt CSU-Vize – Gauweiler unterliegt, in: Faz.net, 8.10.2011.

Parteiführung gestärkt aus dem Wahlparteitag hervor.

Die Stimmung in der Berliner Regierungskoalition blieb aber gespannt.<sup>95</sup> Kurz nach dem Parteitag kritisierte Seehofer öffentlich die Bundesregierung wegen geplanter Steuersenkungen, bei denen sich die CSU nicht informiert fühlte. Er sagte sogar kurzfristig ein Vorbereitungstreffen mit Angela Merkel und Volker Kauder ab.<sup>96</sup> Zugleich kündigte sich eine weitere Kabinettsumbildung in Bayern an, da Finanzminister Georg Fahrenschon überraschend einen Wechsel als Sparkassen-Präsident in Berlin avisierte.<sup>97</sup> Zudem schien ein privater Besuch Christian Udes auf dem Bauernhof von Hubert Aiwanger die Möglichkeit einer Koalition gegen die CSU in Bayern zu erhöhen.<sup>98</sup> In der nun notwendigen Kabinettsumbildung wurde Markus Söder Finanzminister, für den Marcel Huber (bisher Leiter der Staatskanzlei) nachrückte, der wiederum durch Thomas Kreuzer ersetzt wurde.<sup>99</sup> Die gute Haushaltslage beruhigte die Situation in Bayern zusätzlich: Der neue Finanzminister konnte kurz nach seinem Amtsantritt verkünden, dass im laufenden Jahr 1,7 Milliarden Euro zusätzlich eingenommen würden und das Plus 2012 noch höher ausfallen werde.<sup>100</sup> Für die Berliner Koalition hielt sich Seehofer unter anderem die Durchsetzung des Betreuungsgeldes für nicht berufstätige Mütter zugute.<sup>101</sup> Als sich Karl-Theodor zu Guttenberg zum ersten Mal nach seinem Rücktritt wieder zu Wort meldete (es erschien ein Gesprächsband mit ihm unter dem Titel „Vorerst gescheitert“),<sup>102</sup> kritisierte er den Anspruch der CSU als letzte verbliebene Volkspartei als „Hybris“ – was von Horst Seehofer heftig kritisiert wurde – und deutete die Möglichkeit der Gründung einer eigenen Partei an.<sup>103</sup> Damit wurde eine mögliche Rückkehr zu Guttenbergs in die Reihen der CSU deutlich unwahrscheinlicher.

### 17.2.5 Die Konsolidierung kommt in Gang

Der Jahreswechsel 2011/2012 war in der deutschen Politik noch weitgehend von der Verschuldungskrise europäischer Länder und den Rettungsmaßnahmen für den Euro geprägt. Die für den Jahresanfang 2012 anste-

<sup>95</sup> Die Rache des Statisten, in: Der Spiegel 44/2011.

<sup>96</sup> Vitzthum, Thomas: Bilanz einer kalkulierten Entrüstung, in: Die Welt, 22.10.2011.

<sup>97</sup> Fahrenholz, Peter / Szymanski, Mike: Seehofer will seinen Finanzminister halten, in: SZ, 28.10.2011.

<sup>98</sup> Trost, Christoph: Ude nimmt Aiwanger ins Visier, in: Der Neue Tag, 28.10.2011.

<sup>99</sup> Müller, Frank: Seehofers Relativitätstheorie, in: SZ, 4.11.2011.

<sup>100</sup> Müller, Frank: Mehreinnahmen, mehr Ausgaben, in: SZ, 9.11.2011.

<sup>101</sup> Müller, Frank: „Das hat gewirkt“, in: SZ, 8.11.2011.

<sup>102</sup> Vorerst gescheitert: Wie Karl Theodor zu Guttenberg seinen Fall und seine Zukunft sieht. Karl Theodor zu Guttenberg im Gespräch mit Giovanni di Lorenzo, Freiburg 2011.

<sup>103</sup> Siehe das Interview mit zu Guttenberg unter dem Titel: „Es war kein Betrug“, in: Die Zeit, 24.11.2011, S. 17 ff.; siehe auch: Kein Thron für Guttenberg, in: SZ, 25.11.2011; Schäffer, Albert: Der unheimliche Freiherr, in: FAZ, 2.12.2011.

henden Klausurtagungen sollten für die CSU den Start des Wahlkampfes für das Superwahljahr 2013 (und darüber hinaus für die Kommunalwahlen und Europawahlen 2014) bilden. Dabei wurde schon im Vorfeld formuliert, dass für diese Wahlkämpfe „die bayerische Karte“ gespielt werden solle.<sup>104</sup> Die meisten demoskopischen Werte lagen um den Jahreswechsel für die CSU zwischen 42 % und 44 % und deuteten eine leichte Besserung an. Nach der Klausurtagung der Landesgruppe zeigte sich Seehofer optimistisch wie lange nicht und verkündete: „Die CSU brennt.“<sup>105</sup> Durch die unerwartet gute Haushaltslage gab es auch bei der Klausurtagung der Landtagsfraktion kaum Konfliktpunkte.<sup>106</sup> Völlig überraschend kündigte Horst Seehofer bei dieser Klausurtagung auch noch seinen Plan an, Bayern solle bis 2030 sämtliche Staatsschulden tilgen. Dies hätte zur Folge, dass der Freistaat bis dahin jährlich 1,25 Milliarden Euro jährlich mehr einnehmen als ausgeben müsse; unter Einrechnung des Landesbankkredits sogar 1,8 Milliarden.<sup>107</sup> Er kündigte weiterhin an, 2013 wieder als Spitzenkandidat antreten und bis 2018 regieren zu wollen.<sup>108</sup> Karl-Theodor zu Guttenberg schrieb hingegen in einem Brief an die CSU-Mitglieder, 2013 nicht wieder für den Bundestag kandidieren zu wollen.<sup>109</sup>

Die Haushaltskonsolidierung wurde weiter vorangetrieben: Wenige Tage nach der Klausurtagung kündigte Finanzminister Söder an, schon im Jahr 2012 die erste Milliarde für die Schuldentilgung zurückzahlen zu wollen.<sup>110</sup> Nur wenig später ließ der Vorsitzende der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, durchblicken, dass eine Koalition mit der CSU nach der Landtagswahl möglich sei.<sup>111</sup> Zu den steigenden Zustimmungswerten für die CSU hat wohl auch die Haltung zur Schuldenkrise in Europa beigetragen, wobei Seehofer mehrfach betonte, Hilfe für Griechenland sei nur möglich, wenn das Land seine Verschuldung zurückfahre. Er forderte auch mehrfach, dass im gegenteiligen Fall ein Ausschluss des Landes aus dem Euro möglich sein müsse sowie die Einführung von Volksabstimmungen in Deutschland bei größeren Rettungsaktionen für Schuldenstaaten.<sup>112</sup>

<sup>104</sup> Müller, Frank / Szymanski, Mike: Vier harte Wahlnüsse für die CSU, in: SZ, 10./11.12.2011.

<sup>105</sup> Seehofer, Horst: „Die CSU brennt“, in: Nürnberger Zeitung, 9.1.2012.

<sup>106</sup> Auf Wunsch der Landtagsfraktion konnte noch eine zusätzliche Aufstockung des Pensionsfonds für die Beamten verabredet werden. Siehe Lange, Thomas: Schmid, die Sonne und der Pensionsfonds, in: Fränkischer Tag, 18.1.2012.

<sup>107</sup> Bachmeier, Uli: Seehofers Überraschung, in: Augsburgener Allgemeine, 19.1.2012.

<sup>108</sup> Seehofer will bis 2018 regieren, in: Münchner Merkur, 20.1.2012.

<sup>109</sup> Böhm, Angela: Vorerst gescheitert, in: Abendzeitung, 21.2.2012.

<sup>110</sup> Schröpf, Christine: Söder überrascht mit Milliarden-Coup, in: Mittelbayerische Zeitung, 3.2.2012.

<sup>111</sup> „Wir sind nicht der Stiefelknecht der CSU“, in: Straubinger Tagblatt, 11.2.2012.

<sup>112</sup> Bei der Energiewende ist Berlin am Zug, in: Straubinger Tagblatt, 17.2.2012; Szymanski, Mike: Die Partei ist er, in: SZ, 17.2.2012.

Mitten in diese Konsolidierungsphase platzte der Rücktritt für Bundespräsident Christian Wulff am 17. Februar 2012, der eine rasche Neuwahl erforderlich machte. Die CSU stimmte letztlich der Kandidatur von Joachim Gauck zu, nachdem sich neben SPD und Grünen auch die FDP für ihn ausgesprochen hatte.<sup>113</sup> Am 18. März 2012 wurde Gauck mit großer Mehrheit und der Unterstützung der CSU zum neuen Bundespräsidenten gewählt. Auf die Lage der Partei in Bayern hatte dies kaum Auswirkungen. Bei einem kleinen Parteitag am 4. März 2012 wurde Seehofers Linie in der Europa- und Schuldenpolitik bestätigt. Neben den Planungen für den Schuldenabbau bis 2030 beinhaltete diese wieder Volksabstimmungen in wichtigen europapolitischen Fragen sowie eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs in Bayern. Schon zuvor hatte er angekündigt, Edmund Stoiber, der auf dem politischen Aschermittwoch in Passau aufgetreten war, verstärkt im Wahlkampf einzusetzen.<sup>114</sup> Kurz darauf stiegen die demoskopischen Werte für die CSU in zwei Umfragen auf 46 % – den besten Wert seit der Landtagswahl 2008. Neue Wege beschritt der Parteivorsitzende auch, als er am 8. Mai 2012 zu einer „Facebook-Party“ in eine Münchner Diskothek einlud, bei der alle Facebook-Freunde eingeladen waren und 2.500 Teilnehmer zugelassen wurden.<sup>115</sup>

Am 13. Mai 2012 fand in Nordrhein-Westfalen eine vorgezogene Landtagswahl statt. Seit 2010 hatte dort eine rot-grüne Minderheitsregierung nur mit der Tolerierung der Linken im Amt bleiben können. Für die CDU, die bisher knapp vor der SPD stärkste Partei war, verlief diese Wahl ernüchternd: Sie verlor 8,2 Punkte und kam noch auf 26,3 %. Die SPD legte um 4,7 Punkte auf 39,1 % zu, die Grünen verloren leicht und kamen auf 11,3 %. FDP und Piraten kamen ebenfalls ins Parlament. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hatte nun eine klare rot-grüne Mehrheit im Parlament und konnte weiter regieren. Bei der CSU sorgte nicht nur dieses Ergebnis für Kritik. Horst Seehofer ärgerte sich öffentlich über den Spitzenkandidaten Norbert Röttgen, der sich nicht klar für das Landesparlament ausgesprochen und stattdessen angekündigt hatte, auch im Falle einer Niederlage sein Ministeramt in Berlin fortzuführen.<sup>116</sup> „Schauen Sie, wer alles aus der Politik davongelaufen ist, obwohl er für vier, fünf Jahre gewählt war. Das hat die Leute schon verstört. Ist übrigens auch ein Grund für die Politikverdrossenheit.“<sup>117</sup> Er nahm die Niederlage auch

---

<sup>113</sup> Merkels Alptraum, in: Der Spiegel 9/2012.

<sup>114</sup> Seehofer will Stoiber reaktivieren, in: Augsburgener Allgemeine, 27.2.2012; Schäffer, Albert: Sorgt Euch nicht, regiert!, in: FAZ, 5.3.2012.

<sup>115</sup> Wollen Sie jetzt besonders cool sein, Herr Seehofer?, in: Der Spiegel 19/2012; Schröpf, Christine: Seehofers P1-Party entgleist, in: Mittelbayerische Zeitung, 7.5.2012.

<sup>116</sup> Wiedemann, Johannes: „Sie können das alles senden!“, in: Die Welt, 16.5.2012.

<sup>117</sup> Zit. nach Blechschmidt, Peter / Müller, Frank / Rossmann, Robert: „Ein ganz großer Fehler“, in: SZ, 16.5.2012.

zum Anlass, die Koalitionspartner CDU und FDP auf eine rasche Einigung bei wichtigen Themen wie Euro-Krise, Steuerentlastung, Umsetzung der Energiewende und Betreuungsgeld anzumahnen. Die Entlassung Röttgens aus dem Bundeskabinett am 16. Mai 2012 – nur zwei Tage nach Seehofers Interview im „Heute-Journal“ – wurde in den Medien einhellig als Konsequenz seiner Äußerungen interpretiert.<sup>118</sup> In einem Interview kurz darauf wiederholte er seine inhaltlichen Forderungen an die Berliner Koalition und fügte noch die PKW-Maut zur Förderung der Verkehrsinfrastruktur hinzu.<sup>119</sup> Seine Forderung nach Volksbefragungen konkretisierte er wenige Wochen später wie folgt: „Wir müssen das Grundgesetz so ändern, dass künftig in drei Fällen Volksbefragungen zwingend vorgeschrieben werden: wenn weitere Kompetenzen an Brüssel übertragen werden sollen; wenn die EU neue Mitglieder aufnehmen will; und wenn neue Hilfsprogramme in der Euro-Krise aufgelegt werden sollen, die über die bisherigen Rettungsschirme hinausgehen.“<sup>120</sup> Diese Forderungen sollen, so Seehofer, ins nächste CSU-Wahlprogramm aufgenommen werden. Außerdem kündigte er an, sein Landtagsmandat nach der nächsten Wahl auch bei einer Niederlage der CSU anzutreten und kritisierte seinen Gegenkandidaten Ude, der angekündigt hatte, nicht Oppositionsführer werden zu wollen.<sup>121</sup> Als Ende Juni 2012 der Fiskalpakt und der Euro-„Rettungsschirm“ ESM von Bundestag und Bundesrat verabschiedet wurden, schien dieses Thema vorläufig ausreichend geregelt zu sein. Zwar wurden kurz darauf noch zwei Umfragen publiziert, in denen die CSU nur auf 44 % bzw. 43 % geschätzt wurde, aber nach der Sommerpause 2012 maßen die Demoskopien für die CSU nur noch Werte zwischen 46 % und 49 %, was eine Alleinregierung in Bayern möglich machen würde.

### **17.2.6 Auf dem Weg zur Stabilisierung: Zurück zur absoluten Mehrheit?**

Noch im Juli 2012 konnte ein Haushaltsentwurf für die Jahre 2013 und 2014 erarbeitet werden, der eine Rekordhöhe erreichte. Trotz Verzicht auf Neuverschuldung konnten eine Milliarde Euro in die Tilgung von Altschulden fließen und neue Stellen in Bildung, Polizei, Justiz und Finanzbehörden geschaffen werden.<sup>122</sup> Gleichzeitig wurde eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich angekündigt.<sup>123</sup> Bei der Herbstklausur der Landtagsfraktion

<sup>118</sup> Szymanski, Mike: Auf dem Sonnendeck, in: SZ, 19./20.5.2012.

<sup>119</sup> „Genugtuung empfinde ich nicht“, in: Focus 21/212.

<sup>120</sup> „Die Menschen sollen entscheiden“, in: Der Spiegel 25/2012.

<sup>121</sup> Krügel, Christian / Müller, Frank / Szymanski, Mike: Seehofer geht notfalls in die Opposition, in: SZ, 20.6.2012.

<sup>122</sup> Bachmeier, Uli: Die Staatsregierung feiert ihren Haushalt, in: Augsburgener Allgemeine, 12.7.2012.

<sup>123</sup> Weber, Mirko: Die bayerische Solidarität hat Grenzen, in: Stuttgarter Zeitung, 18.7.2012.

im September 2012 wurde bekannt, dass die Bundeslandwirtschaftsministerin und Vorsitzende der CSU Oberbayern, Ilse Aigner, nach der Bundestagswahl in den Bayerischen Landtag wechseln wolle. Damit rückte sie in die Reihe potenzieller Nachfolger für den Ministerpräsidenten auf.<sup>124</sup> Auf der Tagung wurde mit dem Zukunftsprogramm „Bayern 3.0“ eine neue Initiative zur Digitalisierungspolitik des Freistaats vorgestellt.<sup>125</sup> Mit sich verschlechternder Machtperspektive für eine Koalition aus SPD, Grünen und Freien Wählern nahmen auch die Konflikte unter den Oppositionsparteien stärker zu. Vor allem der Versuch der Freien Wähler, sich in Bayern und für eine Bundestagswahl als Gegner von Fiskalpakt und ESM zu präsentieren, stieß auf Kritik. Hubert Aiwanger weigerte sich erneut, eine Koalitionsaussage zu Gunsten von SPD und Grünen zu geben.<sup>126</sup>

Anfang Oktober 2012 kündigte Seehofer die Bildung einer Arbeitsgruppe „Bayern zuerst“ unter der Leitung des früheren Bayernkurier-Chefredakteurs Wilfried Scharnagl an. Auch Peter Gauweiler sollte ihr angehören.<sup>127</sup> Damit wurde erneut unterstrichen, dass die grundsätzliche Wahlkampflinie für die Wahlen im September 2013 vom Primat der bayerischen Politik gezeichnet werden würde. Am 19./20. Oktober 2012 wurde Seehofer de facto zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl proklamiert. Offiziell sollte er aber erst im Sommer 2013 auf einem „Konvent“ nach amerikanischem Vorbild gekürt werden.<sup>128</sup> Insgesamt verlief der Parteitag sehr harmonisch; auch die Bundeskanzlerin wurde in ihrer Linie zur Euro-Rettung demonstrativ unterstützt.<sup>129</sup> Dazu trug auch bei, dass neue demoskopische Befunde von 48 % für die CSU erneut die absolute Mehrheit der Mandate in Bayern zu ermöglichen schienen.<sup>130</sup> Die gute Stimmung schien in Gefahr zu geraten, als zum einen kurz darauf der Bayerische Verfassungsgerichtshof einer Klage der Freien Wähler recht gab und ein Volksbegehren gegen die Studiengebühren ermöglichte.<sup>131</sup> Da die Studiengebühren im Koalitionsvertrag mit der FDP festgeschrieben waren, hätte ein möglicher Erfolg dies konterkariert. Zum anderen musste der Parteisprecher der CSU, Hans Michael Strepp, zurücktreten, weil er vermeintlich Einfluss auf die Berichterstattung des ZDF über die CSU nehmen wollte.<sup>132</sup> Dies sorgte zwar für aufgeregte Berichterstattung, wirkte sich aber auf die

<sup>124</sup> Müller, Frank: Reif für die Ilse, in: SZ, 18.9.2012.

<sup>125</sup> Kain, Alexander: CSU will Bayern digitalisieren, in: Passauer Neue Presse, 17.9.2012.

<sup>126</sup> Bayerns Opposition ist zerstritten, in: Fränkischer Tag, 19.9.2012.

<sup>127</sup> Szymanski, Mike: Die Restauratoren, in: SZ, 9.10.2013.

<sup>128</sup> CSU rechnet 2013 mit Ende der Euro-Krise, in: Münchner Merkur, 22.10.2012.

<sup>129</sup> Englisch, Roland: Seehofers neue Liebe zu Merkel, in: Nürnberger Nachrichten, 20.10.2012.

<sup>130</sup> Rossmann, Robert / Szymanski, Mike: König Horst, in: SZ, 22.10.2012. Interessanterweise betonte Seehofer, er wolle Karl-Theodor zu Guttenberg nach der Landtagswahl für eine „maßgebliche“ Aufgabe zurückholen.

<sup>131</sup> Englisch, Roland: Ein Geschenk zum Geburtstag, in: Nürnberger Nachrichten, 23.10.2012.

<sup>132</sup> Esslinger, Detlev: Kein Anschluss unter dieser Nummer, in: SZ, 26.10.2012.

Zustimmungswerte der Partei kaum aus. Möglicher öffentlicher Gegenwind beim Thema Studiengebühren wurde dadurch umschifft, dass sich die Landtagsfraktion Ende Oktober 2012 von diesem Programmpunkt distanzierte, auch wenn eine Einigung mit der FDP noch ausstand,<sup>133</sup> die dann auch auf den Januar 2013 verschoben wurde. Als der Parteivorsitzende bei einer Weihnachtsfeier heftige Kritik am Koalitionspartner und den Medien äußerte, gab er die Äußerungen zur Veröffentlichung frei, obwohl auch Parteifreunde unter den Betroffenen waren.<sup>134</sup> Vor Jahresende wurde der Haushalt mit Rekordausgaben bei gleichzeitigem Schuldenabbau im Landtag verabschiedet. Mit Unterstützung anderer Fraktionen wurde eine Änderung der Verfassung Bayerns in fünf Punkten in die Wege geleitet, wonach unter anderem eine Schuldenbremse aufgenommen und ein Mitspracherecht des Landtags bei EU-Entscheidungen aufgenommen werden sollten.<sup>135</sup>

Um die Jahreswende 2013 schien Horst Seehofer die unangefochtene Führungsfigur in der CSU zu sein. Die demoskopischen Werte für die Partei blieben auf hohem Niveau und Ende 2012 bescheinigten 62 % der Bayern Seehofer, er sei ein guter Ministerpräsident.<sup>136</sup> Insofern war es wenig überraschend, dass auch die traditionellen Klausuren von Landesgruppe und Landtagsfraktion zu Beginn des Superwahljahres 2013 konfliktfrei verliefen. Bei der Klausur der Landesgruppe betonte Seehofer, er wolle einen kurzen, harten und emotionalen Bundestagswahlkampf führen. Eine Wiederholung eines Wahlkampfes der „asymmetrischen Demobilisierung“, wie ihn die CDU-Spitze 2009 geführt hatte, lehnte er ab. Er wollte auch kein eigenes Wahlprogramm der CSU, sondern strebte ein gemeinsames Programm mit der CDU für die Bundestagswahl an.<sup>137</sup> Die Umfragen zeigten erneut, dass eine absolute Mehrheit der Mandate bei der Landtagswahl in Reichweite war. Auch die anhaltende Schwäche der FDP hätte damit ihre strategische Relevanz verloren, zumal sich nunmehr 82 % der Anhänger der Freien Wähler für eine Koalition mit der CSU aussprachen, was eine Koalition gegen die CSU ohnehin unwahrscheinlich erschienen ließ.<sup>138</sup> Bei der Klausur der Landtagsfraktion kündigte Generalsekretär Dobrindt an, für den Wahlkampf eine moderne Kampa als

<sup>133</sup> Müller, Frank / Scherf, Martina / Szymanski, Mike: CSU-Fraktion rückt von Studiengebühren ab, in: SZ, 24.10.2012.

<sup>134</sup> Müller, Frank / Szymanski, Mike: Seehofer – ganz ungeschminkt, in: SZ, 12.12.2012. Peter Ramsauer wurde von ihm als „Zar Peter“ und Karl-Theodor zu Guttenberg als „Glühwürmchen“ tituliert. Seinen Finanzminister Markus Söder bezeichnete er als „vom Ehrgeiz zerfressen“, er habe „charakterliche Schwächen“ und leiste sich „zu viele Schmutzereien“. Siehe Müller, Frank / Szymanski, Mike: Gestörte Verhältnisse, in: SZ, 13.12.2012.

<sup>135</sup> Szymanski, Mike: Verfassung in neuem Gewand, in: SZ, 11.12.2012.

<sup>136</sup> van Randenborgh, Katrin: Einsam lacht ..., in: Focus 52/2012.

<sup>137</sup> Ausstieg aus dem Schlafwagen, in: Münchner Merkur, 9.1.2013.

<sup>138</sup> Der große Favorit heiß CSU, in: Augsburgener Allgemeine, 11.1.2013.

Wahlkampfzentrale auszulagern, die in einen internen Thinktank und einen öffentlichen Bereich aufgegliedert werden solle.<sup>139</sup> Horst Seehofer bekräftigte die positive Gesamteinschätzung und sagte über die CSU: „Der Stolz ist wieder da.“<sup>140</sup> Nach der Landtagswahl in Niedersachsen vom 20. Januar 2013, die den Verlust der Regierungsmacht für CDU und FDP, aber einen unerwarteten Anstieg der FDP-Stimmen brachte, gab Seehofer an, den Kurs der Klausurtagungen fortzusetzen. „Für Leihstimmen offener oder versteckter Art gibt es keinen Anlass.“<sup>141</sup> Stattdessen betonten Seehofer und Dobrindt, sich im Wahlkampf verstärkt um die Stammwähler kümmern zu wollen, die teilweise ins Nichtwählerlager abgewandert seien.<sup>142</sup> Kurz darauf konnte sich die CSU mit der FDP auch bei den Studiengebühren einigen, die abgeschafft und durch ein Bildungspaket (Bildungsfinanzierungskonzept) flankiert werden sollten.<sup>143</sup> Damit schien jegliche Gefahr eines Auseinanderbrechens der Regierungskoalition in Bayern vor den Landtagswahlen gebannt.

Auch der weitere Verlauf des Wahljahres verlief für die CSU günstig. In den Umfragen lag die Partei weiterhin nur knapp unter der 50-%-Marke. Auf dem kleinen Parteitag am 18. März 2013, auf dem einige der künftigen Wahlkampfthemen angesprochen wurden, war die Stimmung so gut, dass Seehofer davon sprach, 2013 könne „zu einem goldenen Jahr“ für die CSU werden.<sup>144</sup>

Kurz darauf wurde die öffentliche Meinung aber von einer Affäre beherrscht, die sich tendenziell gefährlich für die Wahlaussichten der CSU auswirken konnte. Ende April wurde bekannt, dass mehrere Abgeordnete des Bayerischen Landtags – darunter auch der Fraktionsvorsitzende und Kabinettsmitglieder – Familienmitglieder unter Verwendung öffentlicher Mittel beschäftigten.<sup>145</sup> Zwar gab es für Verwandte ersten Grades eine Übergangsregelung, die ein Verbot aus dem Jahr 2000 außer Kraft setzen konnte, und die Beschäftigung anderer Verwandter wäre rechtlich ohnehin nicht zu beanstanden gewesen. Nachdem immer mehr aktuelle und zurückliegende Fälle (auch bei anderen Parteien) bekannt wurden, drängte die Parteiführung darauf, diese Beschäftigungsverhältnisse zu beenden. Wenige Tage später trat der Fraktionsvorsitzende Georg Schmid zurück ebenso wie der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Georg Winter. Schmid verzichtete zudem auf eine erneute Landtagskan-

---

<sup>139</sup> Issig, Peter / Vitzthum, Thomas: Wo ist Alexander Dobrindt?, in: Die Welt, 17.1.2013.

<sup>140</sup> Seehofer, Horst: „Der Stolz ist wieder da“, in: Passauer Neue Presse, 18.1.2013.

<sup>141</sup> Seehofer gibt der FDP gute Ratschläge, in: Main-Echo, 22.1.2012.

<sup>142</sup> Müller, Peter: Stammkunde vor Laufkunde, in: Der Spiegel 8/2013.

<sup>143</sup> Lange, Thomas: Studiengebühren: FDP lenkt ein, in: Fränkischer Tag, 21.2.2013.

<sup>144</sup> Kain, Alexander: Seehofer setzt auf „goldenes Wahljahr“, in: Passauer Neue Presse, 18.3.2013.

<sup>145</sup> Müller, Frank / Szymanski, Mike: Die Familienhilfe der CSU, in: SZ, 19.4.2013.

didatur; seine Nachfolgerin als Fraktionsvorsitzende wurde die frühere Sozialministerin Christa Stewens. Die Kabinettsmitglieder kündigten zum Teil hohe Nachzahlungen an.<sup>146</sup> Die öffentliche Debatte über diese Ereignisse überdeckte die geplante mediale Wirkung des Parteikonvents am 3. Mai 2013 in München und setzte sich weiter fort. Wenige Tage danach kündigte der bayerische Oberste Rechnungshof an, die Beschäftigungsverhältnisse der Mitarbeiter der Abgeordneten überprüfen zu wollen.<sup>147</sup> Unter dem Eindruck weiterer öffentlicher Debatten entstand der Plan, eine fraktionsübergreifende gesetzliche Regelung zu entwickeln, mit der die Beschäftigung von Verwandten verschiedener Grade untersagt und zugleich die Nebeneinkünfte der Abgeordneten analog einer Regelung im Bundestag transparent gemacht werden sollten. Schon am 16. Mai 2013 wurde das verschärfte Abgeordnetengesetz – das am 1. Juni 2013 in Kraft treten sollte – im Landtag verabschiedet. Die CSU hatte bereits auf ihrer Vorstandssitzung vom 13. Mai 2013 diesen Weg unterstützt und beschlossen, dass Theo Waigel einen Verhaltenskodex für CSU-Mandatsträger entwickeln solle.<sup>148</sup> Zur selben Zeit wurde bekannt, dass eine höhere Zahl von Abgeordneten als bekannt die Einführung der Regelung aus dem Jahr 2000 dazu genutzt hatte, mit Angehörigen Verträge abzuschließen, um als „Altfälle“ zu gelten. Die Eskalation dieser Debatte führte bei Horst Seehofer dazu, dass er öffentlich befürchtete, diese Affäre könne der CSU bei den Wahlen Stimmen kosten. Dem Ziel einer neuen Alleinregierung erteilte er eine Absage und gab stattdessen die Fortführung der Koalition mit der FDP als Ziel an.<sup>149</sup>

Die Wahlkampf Vorbereitung wurde massiv gestört durch die großen Überschwemmungen von Anfang Juni 2013, von denen auch Bayern stark getroffen war. Anders als bei der Oderflut kurz vor den Bundestagswahlen 2002 wirkte sich diese Naturkatastrophe nicht nachteilig für die Unionsparteien aus, da sich sowohl Bundeskanzlerin Merkel als auch Ministerpräsident Seehofer schnell als Krisenmanager in Szene setzen konnten.<sup>150</sup> Die seitens der Politik in Aussicht gestellten Hilfeleistungen wirkten offenbar auf Bundesebene wie in Bayern überzeugend. Die demoskopischen Werte für die Union blieben bei 40 % und teilweise darüber. Auch die CSU in Bayern erhielt in drei Umfragen einen Wert von 46 % und kurz darauf sogar von 47 % zugeschrieben, was erneut die absolute Mehrheit der Mandate im Landtag bedeutet hätte. Die folgenden Som-

---

<sup>146</sup> Goffart, Daniel u. a.: Ärger mit der Familien-Bande, in: Focus 19/2013.

<sup>147</sup> Huber, Till: Der Landtag im Visier des Rechnungshofs, in: Donaukurier, 11.5.2013.

<sup>148</sup> Müller, Frank / Szymanski, Mike: Nicht nur sauber, sondern rein, in: SZ, 14.5.2013.

<sup>149</sup> Szymanski, Mike: Seehofer rüffelt Ramsauer, in: SZ, 20.5.2013.

<sup>150</sup> Schon am 3. Juni 2013 kündigte die Staatsregierung eine Soforthilfe von 150 Millionen Euro für die bayerischen Flutopfer an. Während Seehofer die betroffenen Gebiete zeitnah besuchte, verzichtete der Spitzenkandidat der Opposition, Christian Ude, auf eine Fahrt in die Hochwassergebiete. Siehe Szymanski, Mike: Politik in Gummistiefeln, in: SZ, 4.6.2013.

merwochen nützte die Parteiführung vorwiegend zur Festlegung der Programmatik für die Wahlen, die wie geplant im Juli festgeschrieben wurde. Auf einer Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Kloster Banz am 9. und 10. Juli wurde in Anwesenheit von Bundeskanzlerin Merkel demonstrativ die Übereinstimmung von CDU und CSU bei allen zentralen Themen betont.<sup>151</sup>

### **17.3 Die CSU und die Wahlen vom September 2013**

#### **17.3.1 Wahlkampf, Strategie und Organisation für die Wahlen im September 2013**

Im September 2013 musste die CSU in kurzem Abstand zwei wichtige Wahlen bestehen. Daneben waren für den 16. März 2014 Kommunalwahlen und das Frühjahr 2014 Europawahlen anberaumt. Insbesondere die beiden ersten Wahltermine mussten darüber entscheiden, ob die CSU die dominierende Volkspartei in Bayern bleiben würde.<sup>152</sup> In so kurzem Abstand musste die Partei noch nie vier bedeutende Wahlkämpfe bestehen. Allein diese zeitliche Nähe (vor allem von Landtags- und Bundestagswahl) brachte es mit sich, dass keine grundlegenden Unterschiede in der strategischen Ausrichtung sowie in der Wahlkampfplanung zu erwarten waren. Dabei stand der Erhalt der Mehrheit in Bayern klar im Vordergrund, was sich aus der Konstruktion der CSU logisch ergibt.<sup>153</sup> Die Mobilisierungsstrategie orientierte sich also vorwiegend auf Bayern.<sup>154</sup> Dabei sollte die Mobilisierung der Stammwähler im Zentrum stehen. Dies sollte vor allem durch die Betonung der Kompetenz in zentralen Politikfeldern geschehen wie der Finanzpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Familienpolitik. Dabei sollten die Themen Schuldentilgung, harter Euro und Betreuungsgeld in den Vordergrund gestellt werden – also Themen, für die zu großen Teilen die Bundespolitik Verantwortung trägt. Die bayerische Eigenständigkeit sollte mit dem Slogan „Bayern zuerst“ unterstrichen

---

<sup>151</sup> Issig, Peter: Seehofer will schüchtern sein, in: Die Welt, 10.7.2013; Martin, Roger: Ein Festival der Harmonie, in: Mainpost, 10.7.2013.

<sup>152</sup> Siehe zur Rolle der CSU als Volkspartei Jung, Helmut: Die Volksparteien als Auslaufmodell? Eine Analyse der Bundestagswahl 2009 in Deutschland und Bayern, in: Am Ende der Gewissheiten, hrsg. von Heinrich Oberreuter, München 2011, S. 325-348 sowie Hirscher, Gerhard: Perspektiven der Volkspartei. Anmerkungen zur Wählerschaft von CDU und CSU, in: Parteiensystem im Wandel, hrsg. von Ralf Thomas Baus, St. Augustin / Berlin 2012, S. 29-43 und Hopp, Gerhard: Die Volkspartei CSU in Bayern. Rahmenbedingungen, Strukturmerkmale und aktuelle Zukunftsperspektiven eines Erfolgsmodells auf dem Prüfstand, in: Parteiensystem im Wandel, hrsg. von Ralf Thomas Baus, St. Augustin / Berlin 2012, S. 73-98.

<sup>153</sup> Dieser Zusammenhang wurde in der Parteienforschung schon häufig beschrieben. Als jüngeres Beispiel aus journalistischer Sicht Berls, Ulrich: Bayern weg, alles weg. Warum die CSU zum Regieren verdammt ist, München 2013.

<sup>154</sup> Siehe die Präsentation „Unser Wahlkampf 2013“ von Generalsekretär Alexander Dobrindt bei der Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Wildbad Kreuth vom 15.-17.1.2013.

werden. Die CSU wollte sich so als Garant für die Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit Bayerns sowie einzige Vertreterin bayerischer Interessen in Berlin und Brüssel präsentieren.

Die inhaltlichen Schwerpunkte wurden bei einer Vorstandsklausur in Andechs am 27. April 2013 umrissen. Dort wurden die Eckpunkte eines Wahlprogramms vorgestellt (ein „Bayern-Plan“), das die Themen für alle anstehenden Wahlen umfassen und ein Arbeitsplan für die Jahre 2013 bis 2018 sein sollte. Als Kernpunkte wurden dort formuliert: Generationengerechtigkeit (darunter Schuldenfreiheit und Mütterrente), Innovationsgerechtigkeit (darunter: Bayern als führende digitale Region in Europa), Leistungsgerechtigkeit (Länderfinanzausgleich, keine Steuererhöhungen, Kampf gegen die kalte Progression), Familiengerechtigkeit (darunter Ehegattensplitting und familienfreundliche Arbeitswelt), Chancengerechtigkeit (darunter Ganztageschulen und die Aufwertung beruflicher Bildung), Verzicht auf neue Bürokratie und Bündelung von Aufgaben. Der letzte Punkt wurde von Seehofer im Wahljahr präzisiert: So kündigte er Mitte Mai 2013 an, er wolle, „dass Bayern dezentraler wird“. Dazu wolle er nach der Wahl ein Ministerium ausschließlich für Fragen der Heimat und der kommunalen Selbstverwaltung schaffen. Außerdem sollen alle Aufgaben der Energiewende und der Digitalisierung in einem Ministerium gebündelt werden und sämtliche Bereiche der frühkindlichen Bildung in einem Ministerium zusammengeführt werden. Diese Reformen bezeichnete er als eine „Revolution des Staatsaufbaus in Bayern“.<sup>155</sup>

Die Betonung des „Bayernfaktors“ klang vertraut, aber auch diese Strategie sollte bei gleichzeitig fortlaufender Modernisierung der Partei durchgeführt werden.<sup>156</sup> Unterstrichen wurde dies durch die erstmalige Auslagerung einer Wahlkampfzentrale aus der CSU-Landesleitung in ein modernes Bürogebäude. Dies stellte den einzigen wirklich auffälligen Unterschied in der Organisation gegenüber früheren Wahlkämpfen dar. Die Einrichtung einer „Kampa“ außerhalb der altherwürdigen Räume der Parteizentrale in der Nymphenburger Straße war ein Novum, das natürlich auch nach außen wirken sollte, selbst wenn ursprünglich angekündigt war, neben einem öffentlichen Bereich zusätzlich einen internen Thinktank dort unterzubringen. Neu war auch die offizielle Ernennung Horst Seehofers zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl auf einem Konvent am 3. Mai 2013 in München, zu dem neben Parteifunktionären und Mandatsträgern auch weitere Gäste geladen wurden und bei der der Parteivorsitzende per Akklamation zum Spitzenkandidaten ausgerufen wurde. Die Phase des eigentlichen Wahlkampfes sollte nach Willen der CSU-Führung

---

<sup>155</sup> Winterer, Paul: Seehofer will den Freistaat umkrempeln, in: Münchner Merkur, 16.5.2013.

<sup>156</sup> Weigl, Michael: Die CSU: Abschied von der „Ein-Mann-Demokratie“, in: Wie entscheiden Parteien?, Sonderband 2012 der Zeitschrift für Politikwissenschaft, S. 63-91.

kurz sein und nur die letzten Wochen vor den Wahlterminen umfassen. Wegen der Terminlage war klar, dass der Wahlkampf für die Landtags- und die Bundestagswahl bruchlos ineinander übergehen sollte und keine grundlegende organisatorische Umgestaltung möglich und nötig war. Zu den beiden Wahlen sollten auch – wie gewohnt – die Apparate der Landtagsfraktion wie der Landesgruppe mit dem Schwerpunkt auf ihre jeweiligen Wahltermine eingebunden werden.

Am 17. Juni 2013 wurden auf der Sitzung des Parteivorstandes die zentralen Punkte des gemeinsamen Wahlprogrammes mit der CDU<sup>157</sup> für die Bundestagswahl beraten. Horst Seehofer betonte, das Programm trage die Handschrift der CSU, und nannte dazu die Themen Familienförderung, Ehegattensplitting und Mütterrente. Unabhängig davon wollte die CSU ihre Ziele für Bayern, Deutschland und Europa in einem eigenen Leitfaden mit dem Titel „Bayernplan“ zusammenfassen. Dieser sollte im Internet von den Mitgliedern kommentiert werden können und schließlich vom Parteitag am 19. Juli 2013 beschlossen werden. Am 23. Juni 2013 wurde in Berlin das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU unter dem Titel „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013-2017“ vorgestellt. Dabei stellte Seehofer die solide Haushaltspolitik als Kernpunkt des Programms dar: „Wir werden in Kürze erleben, dass Deutschland das erste Mal seit der Wiedervereinigung einen strukturell ausgeglichenen Haushalt hat. Das ist der entscheidende Beitrag zur Generationengerechtigkeit: Wir hinterlassen den jungen Menschen keine Schulden, sondern Chancen für ihr Leben. Die finanziell soliden Länder sind auch die wirtschaftlich starken Länder.“<sup>158</sup> Die ausgelagerte neue Wahlkampfzentrale in einem neuen Bürogebäude in München („Skygarden“) wurde am 4. Juli 2013 offiziell unter dem Titel „Moderne Partei. Moderner Wahlkampf. Moderne Location“ vorgestellt.<sup>159</sup> Das über das Regierungsprogramm hinausgehende Programmdokument, der „Bayernplan“, wurde vom Parteivorstand am 15. Juli 2013 beraten und mit Änderungen<sup>160</sup> vom Parteitag in München am 19. Juli 2013 verabschiedet. Damit hatte die CSU ihren Anspruch auf Eigenständigkeit – wie so oft – im Vorfeld von Wahlen öffentlich sichtbar demonstriert.

---

<sup>157</sup> Zur grundsätzlichen Verortung der CSU im Bündnis mit der CDU siehe Hirscher, Gerhard: Tatsächliche Union oder Quasi-Zweierkoalition? Das Bündnis von CDU und CSU, in: Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013, hrsg. von Frank Decker und Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 419-436.

<sup>158</sup> Zit. nach CSU-Newsletter, newsletter@csu-bayern.de, Stand: 25.6.2013. Siehe dazu auch Hausmann, Peter: Stabilität, Solidität, Sicherheit, in: Bayernkurier, 29.6.2013.

<sup>159</sup> Siehe hierzu die Meldung unter [ww.csu.de/aktuell/meldungen/juli-2013](http://ww.csu.de/aktuell/meldungen/juli-2013) vom 5.7.2013.

<sup>160</sup> Deutschländer, Christian: Ein Plan für Maut und Steuerbremse, in: Münchner Merkur, 15.7.2013.

Der Bayernplan<sup>161</sup> umriss in elf Kapiteln Programmaussagen für die nächste Legislaturperiode des Bayerischen Landtages, enthielt aber auch zahlreiche Forderungen, die über die Landeszuständigkeit hinausgingen. In der Präsentation wurden vier große Ziele des Plans umrissen:<sup>162</sup> Zukunft (darunter die Forderung nach Vollbeschäftigung und tariflichen Mindestlöhnen, das – wiederholt geäußerte – Ziel, Bayern bis 2030 schuldenfrei machen zu wollen sowie ein Nein zu Steuererhöhungen), Zusammenhalt (darunter Erhalt des Ehegattensplittings, Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag sowie Bekenntnis zur Mütterrente), Heimat (darunter Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe und Einrichtung eines Ministeriums für Heimat und Selbstverwaltung) und Freiheit (darunter die Reform des Länderfinanzausgleichs, Regionalisierung der Erbschaftssteuer und bundesweite Volksabstimmungen über wichtige europäische Fragen). Abweichend vom Regierungsprogramm mit der CDU enthielt der Bayernplan etwa auch die Forderung, eine PKW-Maut für Reisende aus dem Ausland einzuführen und deren Erträge ausschließlich für den Straßenbau zweckgebunden zu verwenden.<sup>163</sup> Im Bereich Europa und Außenpolitik wurden (neben den Volksabstimmungen) die Rückübertragung von Kompetenzen von der EU auf die Mitgliedstaaten sowie eine Direktwahl der Abgeordneten des EU-Parlaments in Wahlkreisen gefordert.<sup>164</sup>

Der Zeitplan für die Wahlen ergab zusätzliche Unsicherheiten in Bezug auf die anstehenden Regierungsoptionen. Da die Landtagswahl in Bayern eine Woche vor einer Bundestagswahl stattfand und in München wie in Berlin die FDP Regierungspartner der Union war, konnte das Abschneiden der FDP bei der Landtagswahl am 15. September unkalkulierbare Auswirkungen auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl haben. Daher betonte die Führung der CSU in den Wochen vor der Wahl immer wieder, die Regierung mit der FDP auch in Bayern fortsetzen zu wollen.<sup>165</sup> In der Führung von CSU wie CDU wurde aber auch die Gefahr beschworen, durch das Scheitern der FDP an der 5-%-Hürde bei den Landtagswahlen könne eine – so Seehofer – „unberechenbare Woche“ anbrechen, die zu einem Anstieg von Leihstimmen zu Gunsten der FDP bei der Bundestagswahl führen könnte.<sup>166</sup> Dies hätte zu einem rapiden Anstieg des FDP-Anteils bei gleichzeitigen Verlusten der Union und damit der Mehrheitsfähigkeit einer neuen schwarz-gelben Regierung führen können. Somit stand auch die CSU vor der Landtagswahl vor der Herausforderung, bei

---

<sup>161</sup> Zit. nach der in der Webpage der CSU eingestellten Fassung, [http://www.csu.de/uploads/cs-content/bayernplan\\_2013-07-16\\_01.pdf](http://www.csu.de/uploads/cs-content/bayernplan_2013-07-16_01.pdf).

<sup>162</sup> Siehe hierzu die Meldung unter [www.csu.de/aktuell/meldungen/juli-2013](http://www.csu.de/aktuell/meldungen/juli-2013), Stand: 19.7.2013.

<sup>163</sup> Siehe [http://www.csu.de/uploads/cs-content/bayernplan\\_2013-07-16\\_01.pdf](http://www.csu.de/uploads/cs-content/bayernplan_2013-07-16_01.pdf), S. 7.

<sup>164</sup> Ebd., S. 22 f.

<sup>165</sup> So auch Horst Seehofer in seinem Sommerinterview, in: Focus 32/2013, S. 28 ff.

<sup>166</sup> Furcht vor Leihstimmen, in: Der Spiegel 32/2013, S. 18.

guten demoskopischen Werten einen Einzug der FDP in den Landtag zu unterstützen oder zumindest nicht zu gefährden, ohne die Chance auf eine eigenständige Mehrheit im Landtag zu verspielen und gleichzeitig die Konsequenzen für die Bundestagswahl im Auge zu behalten. Anders als im Bund schien in Bayern die Regierungsbeteiligung der CSU nicht gefährdet, da aufgrund der demoskopischen Lage die CSU entweder allein oder mit einem Partner würde regieren können – und dafür kamen neben den Liberalen mittlerweile auch die Freien Wähler in Frage. Vor allem diese potenzielle Dynamik angesichts sich immer kurzfristiger entscheidender Wähler führte bei CDU wie CSU dazu, dass vor allem für die letzte Woche vor der Bundestagswahl ein immenser Wahlkampfaufwand geplant wurde. Die CSU wollte noch in der Nacht der Landtagswahl sämtliche 2.000 Großflächenplakate neu bekleben. CDU wie CSU wollten in den letzten Tagen ihre Spitzenkandidaten hervorheben und auch gezielt um die Zweitstimme für die Union werben.<sup>167</sup>

### **17.3.2 Die Wahlergebnisse und die Folgen**

Die Landtagswahl vom 15. September 2013 brachte den erhofften Erfolg für die CSU. Mit 47,7 % der Gesamtstimmen bei einem Gewinn von 4,3 Punkten holte sie klar die absolute Mehrheit der Mandate im Landtag. Die SPD konnte zwar um zwei Punkte auf 20,6 % zulegen, war aber weit von einer Regierungsperspektive entfernt, da die Grünen auch nur auf 8,6 % bei einem Verlust von 0,8 Punkten kamen. Auch die Freien Wähler verloren 1,2 Punkte und holten noch 9,0 %. Die FDP kam nur auf 3,3 % und schaffte es nicht mehr in den Landtag. Auch Äußerungen Horst Seehofers kurz vor der Wahl, die Koalition mit der FDP fortsetzen zu wollen, haben dies offenbar nicht verhindern können. Neben einem großen Gewinn aus dem Nichtwählerlager (die Wahlbeteiligung war um 6 Punkte höher als 2008) hat die CSU etwa 120.000 Wähler von der FDP abgezogen.<sup>168</sup> Somit konnte die CSU in Bayern wieder wie vor 2008 allein die Regierung bilden. Von den 101 Mandaten im neuen Landtag zogen 39 Abgeordnete zum ersten Mal ein. Die Position Seehofers war durch diesen Wahltag unübersehbar gestärkt worden. Dennoch blieb abzuwarten, welche Konsequenzen dies für die Bundestagswahl haben sollte.

Bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 konnte sich die CSU ebenfalls deutlich verbessern. Sie erzielte 49,3 % der Zweitstimmen – ein Gewinn von 6,3 Punkten – und sogar 53,9 % der Erststimmen. Sie trug damit erneut überdurchschnittlich zum Ergebnis der Union bei, die bundesweit auf 41,5 % der Zweitstimmen kam; der Anteil der CSU entsprach 7,4 %. Von den 311 Mandaten der Unionsfraktion stellt die CSU nun

---

<sup>167</sup> Auf der Schlussgeraden, in: Der Spiegel 36/2013.

<sup>168</sup> Auer, Katja: Welch ein Absturz, in: SZ, 16.9.2013.

56 Abgeordnete. Sie gewann alle 45 Direktmandate und konnte zusätzlich 11 Abgeordnete über die Liste in den Bundestag entsenden. Die andere Seite des Wahlergebnisses war eine Zersplitterung des bürgerlichen Lagers: Die FDP scheiterte mit 4,8 % an der 5-%-Hürde. Damit war deutlich, dass die Befürchtungen nach einem Anstieg der FDP-Ergebnisse bei einem Ausscheiden der FDP aus dem Bayerischen Landtag durch aus Mitleid „geschenkten“ Zweitstimmen für den Bundestag völlig grundlos gewesen waren. Zusätzlich holte noch die AfD 4,7 % und die Freien Wähler 1,0 %. Für eine bürgerliche Mehrheit im Bundestag blieben diese Stimmen jedoch irrelevant, so dass sich für CDU wie CSU nur eine große Koalition mit der SPD als realistischste Alternative anbot. Damit war natürlich die Chance auf eine stabile Regierung mit großer Mehrheit gegeben. Andererseits war die CSU rein quantitativ in den Zeiten einer großen Koalition im Bundestag sowohl in der Bundesregierung wie innerhalb der Summe der Abgeordneten der Regierungskoalition etwas schwächer vertreten als bei Koalitionen mit der FDP. Dies konnte jedoch durch die Rückkehr zur Alleinregierung in Bayern und damit einer größeren Durchsetzungsmacht sowohl über die Koalitionsgremien wie den Bundesrat zumindest theoretisch wettgemacht werden.

Aus der Perspektive der CSU betrachtet waren sowohl die Landtags- wie die Bundestagswahlen ein großer Erfolg. Horst Seehofer unterstrich, die CSU habe zweimal ein „famoses Ergebnis“ eingefahren und erlebe einen „goldenen September“.<sup>169</sup> Beide Ergebnisse lagen am oberen Ende der demoskopischen Zustimmungskurven und dokumentierten den Erfolg einer Wahlkampfstrategie, die vor allem im letzten Drittel der Wahlperiode einen kontinuierlichen Anstieg der Zustimmungswerte zur Folge hatte. Dazu trugen mehrere Faktoren bei: Entscheidend war sicher die innere Konsolidierung der CSU nach den Wahlen 2008 und dem Führungswechsel. Die eingeleiteten Reformprozesse waren – auch in der medialen Außenwirkung – erfolgreich. Daneben konnte die CSU nach der Bewältigung der Landesbank-Krise in Bayern immer mehr einen Kurs der ökonomischen Stabilisierung und Haushaltskonsolidierung durchsetzen. Die Rahmenbedingungen wurden so günstig, dass ab Ende 2011 nicht nur ein ausgeglichener Haushalt, sondern sogar die Rückzahlung aller Staatsschulden bis 2030 ins Visier genommen werden konnten. Davon profitierte vor allem die CSU, die diese Leistung der Staatsregierung in der Öffentlichkeit weitgehend als eigenen Erfolg zu präsentieren wusste.

Ein weiterer zentraler Faktor war die Kompetenz, die der CSU – in dem Fall vor allem als Teil der Unionsregierung in Berlin – bei der Bewältigung der Euro-Krise zugebilligt wurde. Dabei trug sie die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen mit, konnte aber gleichzeitig Eigenstän-

---

<sup>169</sup> Sauter, Dominik: „Ein goldener September“, in: Bayernkurier, 28.9.2013.

digkeit demonstrieren. So zeigten etwa die Klagen ihres Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler vor dem Bundesverfassungsgericht (wie zuletzt gegen den ESM-Rettungsschirm im Sommer 2012), dass es in ihren Reihen auch kritischere Stimmen gibt. Das Insistieren auf haushaltspolitische Konsolidierung in den europäischen Nachbarländern harmonierte daher gerade in Bayern besonders gut mit der ökonomischen und haushaltspolitischen Entwicklung und wurde der CSU als Verdienst zugeschrieben.

Bei beiden Wahlen des September 2013 hat die CSU deutlich zugelegt. Nach der Bundestagswahl 2009 hatten die wenigsten Beobachter damit gerechnet. Mancher sah bestenfalls eine Stagnation auf dem Niveau von 2008/2009 oder sogar ein Absinken unter die 40-%-Marke als einzige Option an.<sup>170</sup> Damit ist ihr die zusätzliche Mobilisierung, die für die Wiedergewinnung der absoluten Mehrheit in Bayern nötig war, gelungen. Dies ist für die Partei eine sehr positive Ausgangslage für die Arbeit der nächsten Jahre: In Bayern kann eine Alleinregierung wieder die eigene CSU-Politik umsetzen. Im Bund ist die CSU – unabhängig von der Regierungskoalition in Berlin – durch diese Alleinregierung wie durch das Gesamtergebnis der Union gestärkt. Zu diesem hat die CSU das beste Resultat aller Landesverbände der Union beigetragen. Als einzige Alleinregierung der Union kann sie auch im Bundesrat stärker wirken. Als großer Gewinner der Wahlen des September 2013 wird die CSU ihren gewachsenen Einfluss auf die deutsche und europäische Politik nutzen.

---

<sup>170</sup> So Oberreuter, Heinrich: Von Krise zu Krise. Die Erosion der CSU während der Großen Koalition, in: Die Große Koalition. Regierung – Politik – Parteien 2005-2009, hrsg. von Sebastian Bukow und Wenke Seemann, Wiesbaden 2010, S. 285-298, hier S. 298.

## 18. Zusammenfassung: Wohin geht die bürgerliche Mehrheit?

### 18.1 Die Dynamik der Legislaturperiode: Die bürgerliche Mehrheit zwischen den Bundestagswahlen

Nach der Bundestagswahl 2009 schien eine neue Ära der bürgerlichen Mehrheit in Deutschland anzubrechen. Die Regierungskonstellation aus CDU, CSU und FDP, die über Jahrzehnte den Bundestag dominierte und sowohl die Ära Adenauer als auch die Ära Kohl prägte, war wieder zur Gestaltung der Regierungsverantwortung aufgerufen. Die bürgerliche Mitte schien wieder die ihr historisch gemäße politische Ausdrucksform gefunden zu haben.<sup>171</sup> Die Jahre der rot-grünen Regierung von 1998 bis 2005 waren vorbei; die zweite große Koalition aus Union und SPD von 2005 bis 2009 schien eine Episode zu bleiben. In der Bundestagswahl 2013 ist nicht nur diese Koalition der bürgerlichen Mitte abgewählt worden – mit dem erstmaligen Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag ist dafür quasi die Geschäftsgrundlage abhanden gekommen. Unmittelbar nach der Bundestagswahl 2013 war nicht abzusehen, ob eine solche bürgerliche Mehrheit in der klassischen Konstellation überhaupt noch möglich sein würde. Das Aufkommen einer nationalliberalen, europakritischen Partei wie der AfD, die nur knapp den Einzug in den Bundestag verpasste, war ebenso ein Menetekel für die etablierten Parteien wie der Aufstieg der Piraten, die während der Legislaturperiode in vier Landesparlamente kamen, deren Momentum aber viele Monate vor der Bundestagswahl erlahmte. In jedem Fall scheint ein genauer Blick auf das Wählerverhalten in diesen vier Jahren unabdingbar, um die weitere Entwicklung des Parteiensystems abschätzen zu können.

Nach der Bundestagswahl 2009 wurden die Verhandlungen zur Regierungsbildung relativ zügig zu Ende geführt. Die Koalitionsverhandlungen begannen am 5. Oktober 2009 und wurden am 24. Oktober abgeschlossen. Zwei Tage später wurde der Koalitionsvertrag unterzeichnet und am 28. Oktober wurde Angela Merkel wieder zur Bundeskanzlerin gewählt. Am 10. November 2009 hielt sie ihre erste Regierungserklärung.<sup>172</sup> Zwar wurden diese Verhandlungen zur Wunschkoalition beider Partner formal reibungslos absolviert, aber sie waren keineswegs einfach. Nach Thomas Saalfeld fanden sie in einem „Klima großer politischer Unsicherheit und Nervosität“ statt: „Deshalb verwundert es auch nicht, dass sie relativ hart

---

<sup>171</sup> Mayer, Tilman: Jenseits von rechts und links: Die Mitte in Bewegung, in: Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, hrsg. von Alexander Gallus, Thomas Schubert und Tom Thieme, Baden-Baden 2013, S. 435-444.

<sup>172</sup> Saalfeld, Thomas: Regierungsbildung 2009: Merkel II und ein höchst unvollständiger Koalitionsvertrag, in: ZParl 1/2010, S. 181-206, hier S. 186 f.

geführt wurden und sofort nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags teilweise scharfe Gegensätze über dessen Interpretation und Umsetzung eintraten.<sup>173</sup> Differenzen traten unter anderem in der Steuerpolitik auf, wo die FDP deutliche Senkungen durchsetzen wollte. Im Koalitionsvertrag wurden dann geringere Tarifsenkungen beschlossen, als sie von der FDP gefordert worden waren. Nicht nur hier, sondern auch in anderen Feldern wie der Gesundheitspolitik enthielt die Vereinbarung zahlreiche „dilatorische Formelkompromisse“,<sup>174</sup> die später zu Differenzen in der Interpretation des Koalitionsvertrags führten. In der Öffentlichkeit wurden zudem eher Randthemen wie die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für das Hotelgewerbe der FDP zugerechnet.<sup>175</sup> Zudem schien sich die FDP eher in der Gesellschaftspolitik als in der für sie zentralen Wirtschafts- und Sozialpolitik durchgesetzt zu haben.<sup>176</sup> Die schnelle Einigung auf einen Koalitionsvertrag hatte auch ihre Schattenseiten: „Zusammenfassend kann man ... feststellen, dass die Einigungen in den strittigen Politikfeldern der Finanz- und Haushalts- sowie der Gesundheitspolitik dadurch erreicht wurden, dass auf detaillierte Festlegungen verzichtet wurde. ... Eine Einigung schien daher in manchen Fällen nur möglich gewesen zu sein, indem man den Konflikt in die Zukunft verlagerte.“<sup>177</sup>

Als eines der wenigen sichtbaren Ergebnisse der Koalition nach ihrer Bildung erschien das Wachstumsbeschleunigungsgesetz vom Dezember 2009, in dem unter anderem Entlastungen für Unternehmer und Firmenerben sowie die Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag festgelegt waren.<sup>178</sup> Generell sah sich offenbar die FDP-Führung durch das Wahlergebnis derartig gestärkt, dass sie auf die demonstrative Durchsetzung wirtschaftsliberaler Positionen drängte. Dies wurde noch durch öffentliche Äußerungen verstärkt: So schrieb der damalige FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle in einem Kommentar im Februar 2010 zur Hartz-IV-Gesetzgebung: „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätromischer Dekadenz ein.“<sup>179</sup> In den Augen zahlreicher Beobachter

---

<sup>173</sup> Ebd., S. 185.

<sup>174</sup> Ebd., S. 203.

<sup>175</sup> Jesse, Eckhard: „Superwahljahr“ 2011 – ein Schlüsseljahr? Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, in: „Superwahljahr“ 2011 und die Folgen, hrsg. von Eckhard Jesse und Roland Sturm, Baden-Baden 2012, S. 23-44, hier S. 27.

<sup>176</sup> Debus, Marc: Parteienwettbewerb, Regierungsbildung und Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2009, in: Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, hrsg. von Oskar Niedermayer, Wiesbaden 2011, S. 281-306, hier S. 299.

<sup>177</sup> Bytzek, Evelyn / Roßteutscher, Sigrid: Holpriger Start einer Wunschehe? Die Regierungsbildung der schwarz-gelben Koalition, in: Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, hrsg. von Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck und Bernhard Weißels, Baden-Baden 2011, S. 265-280, hier S. 275, 277.

<sup>178</sup> Murswieck, Axel: Vier Jahre Schwarz-Gelb: Eine Bilanz, in: Der Bürger im Staat 3/2012, S. 171-181, hier S. 172.

<sup>179</sup> Gastkommentar, in: Die Welt, 11.2.2010.

wurde die FDP immer mehr als Einthemen- und Einmannpartei wahrgenommen.<sup>180</sup> Westerwelle scheute sich auch nicht, eine „geistig-politische Wende“ im Sinne seiner Politik zu fordern, was aber nach außen eher den Eindruck förderte, die FDP sei eine Klientelpartei und neige zu Populismus.<sup>181</sup>

Das Agieren der FDP als Regierungspartei in den ersten Monaten der schwarz-gelben Koalition und die von ihr ausgegangenen kommunikativen Signale haben vor der ersten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen das Meinungsklima bestimmt und für einen Einbruch in der Zustimmung zur FDP in der Bundesregierung geführt: Konnte die Union in den Umfragen ihre Werte der Bundestagswahl halten und sogar leicht verbessern, fiel die FDP schon vor der ersten Landtagswahl auf Werte klar unter 10 % zurück. Insofern war das Ergebnis der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 9. Mai 2010 nicht im Einklang mit der Stimmungslage im Bund: Das Ergebnis war ein politisches Patt, das erst Mitte Juli 2010 mit der Bildung einer durch die Linke tolerierten rot-grünen Minderheitsregierung endete. Hauptgrund für dieses Resultat war jedoch nicht die FDP, die sogar leicht zulegen konnte, sondern die CDU, die über 10 Prozentpunkte abgeben musste. Obwohl sie knapp stärkste Partei geblieben war, konnte sie keine Regierung mehr bilden. Allein das war ein starkes politisches Signal ausgelöst durch die erste Landtagswahl nach der Bundestagswahl im bevölkerungsreichsten Land der Republik. Daneben offenbarte diese Wahl große Mobilisierungsdefizite der CDU und des bürgerlichen Lagers: Die CDU verlor in alle Richtungen. Auch die FDP profitierte erheblich von den CDU-Verlusten und gab ansonsten ebenfalls in alle Richtungen Stimmen ab. Viele der bei der vorherigen Landtagswahl gewonnenen Wähler konnten nicht gehalten werden; eine nennenswerte Mobilisierung neuer Wähler fand nicht statt. Dennoch war das numerische Resultat für das bürgerliche Lager und auch die CDU angesichts der früheren Wahlergebnisse beachtlich. Daher war es konsequent, seitens der Bundesregierung die bürgerlich-liberale Reformagenda fortzuführen: Im „Herbst der Entscheidungen“ sollten weitere Projekte festgelegt und die Koalitionsvereinbarung mit Leben gefüllt werden.

Nach heftigen koalitionsinternen Debatten etwa um die Gesundheitsreform oder die Abschaffung der Wehrpflicht raufte sich CDU, CSU und FDP zusammen: In der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2011 am 15. September 2010 kündigte Bundeskanzlerin Merkel ein Reformpaket an. Darin waren unter anderem ein Ausgabenrückgang und eine Redu-

---

<sup>180</sup> Dittberner, Jürgen: Der programmierte Abstieg? Perspektiven der FDP, in: „Superwahljahr“ 2011 und die Folgen, hrsg. von Eckhard Jesse und Roland Sturm, Baden-Baden 2012, S. 89-108, hier S. 90.

<sup>181</sup> Sturm, Roland: Eine Renaissance der Kanzlerdemokratie? Die Zwischenbilanz der Politik der christlich-liberalen Koalition, in: „Superwahljahr“ 2011 und die Folgen, hrsg. von Eckhard Jesse und Roland Sturm, Baden-Baden 2012, S. 257-282, hier S. 265.

zierung der Neuverschuldung vorgesehen sowie ein Energiekonzept mit der Möglichkeit, dass die Atomkraftwerke bis zu 12 Jahre länger laufen dürfen. Ebenso festgelegt wurden Grundzüge einer Gesundheitsreform, eine Hartz-IV-Reform sowie eine Bundeswehrreform mit der „Aussetzung“ – also de facto der Abschaffung – der Wehrpflicht.<sup>182</sup> Damit war ein Konzept beschlossen, das durchaus wichtige Elemente einer marktwirtschaftlichen Reformagenda herausstellte.

Bei der nächsten Landtagswahl waren die Konsequenzen dieser Entscheidungen noch kaum zu bewerten: Die Bürgerschaftswahl in Hamburg vom 20. Februar 2011 brachte einen enormen Verlust für die CDU, die die Regierungsgewalt an die SPD abgeben musste. Die FDP hingegen konnte ein sehr gutes Resultat einfahren. Bei dieser Wahl im Stadtstaat Hamburg spielten nach allen demoskopischen Erkenntnissen aber vor allem die Verhältnisse vor Ort eine Rolle, so dass daraus kaum Konsequenzen für die Bundespolitik abgeleitet werden konnten. Allerdings bekräftigte diese Wahl die lange absehbare Tendenz, dass bei einem großen Mobilisierungsdefizit die strukturellen Schwächen in der Wählerschaft überdeutlich werden. Dort trat die relative Überrepräsentation bei älteren Wählern noch deutlicher zu Tage wie die Unterrepräsentation bei jüngeren und den ganz jungen Wählern – und dies noch deutlicher bei den Frauen. Defizite wurden offensichtlich in der Ausschöpfung des Potenzials bei Arbeitern wie bei Selbständigen – dort hat sich die Konkurrenz mit SPD einerseits und lagerintern mit der FDP andererseits am deutlichsten ausgewirkt. Trotz völlig unterschiedlicher Wahlgebiete waren diese Befunde schon im Mai 2010 bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zu treffen: Hier verlor die CDU gegen eine relativ beliebte Spitzenkandidatin der SPD die meisten Stimmen im Bereich von Arbeitern und Arbeitslosen an die SPD. In beiden Wahlen waren zudem die Verluste der CDU an die Nichtwähler mit die größten Brocken. Mobilisierungsschwäche und steigende Konkurrenzverluste sowohl im Lager als auch im Wettbewerb mit der SPD – dies waren die Kennzeichen der ersten beiden Wahlen nach der Bundestagswahl 2009.

Die weiteren Wahlen waren durch eine zusätzliche und nicht vorhersehbare Dynamik gekennzeichnet: Der Tsunami in Japan am 11. März 2011 und die Katastrophe in Fukushima wirkten sich dramatisch auf die deutsche Innenpolitik aus. In kurzer Zeit entschieden sich die Bundeskanzlerin und die Führungsgremien der Koalitionsparteien für eine Energiewende, die das Ende der Nutzung der Atomenergie in Deutschland bedeutete. Rasch wurde von der Bundesregierung eine „Ethikkommission Sichere Energieversorgung“ einberufen, die in ihrem Abschlussbericht vom 30. Mai 2011 die unmittelbare Abschaltung der acht ältesten Kernkraftwerke und einen

---

<sup>182</sup> Thewalt, Andreas: Kanzlerin Angela Merkel plant Herbst der Entscheidungen: Was kommt jetzt auf die Deutschen zu?, in: Bild, 15.9.2010.

Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb der kommenden zehn Jahre empfahl. Am 30. Juni 2011 wurde vom Bundestag eine Änderung des Atomgesetzes beschlossen, in dem neben diesem Ausstieg bis 2012 auch die „Energiewende“ auf den Weg gebracht wurde.<sup>183</sup> Ein wesentliches Element des Reformpakets aus dem „Herbst der Entscheidungen“ war damit Makulatur. Einerseits entsprach diese Wende dem grundlegenden Sentiment eines gewachsenen Teils der Bevölkerung. Andererseits war unklar, wie sich dies auf die Zustimmung zur Bundesregierung und vor allem der Union auswirken würde.

Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 20. März 2011 hielten sich die Auswirkungen noch in Grenzen. Trotz moderater Verluste für die CDU konnte wieder eine große Koalition mit der SPD gebildet werden. Weniger bundespolitische Einflüsse, sondern ostdeutsche Landesspezifika schienen zu dominieren. Die FDP litt stärker unter ihrem Ansehensverlust und kam nicht wieder in den Landtag. Die CDU hingegen konnte ihre Mobilisierungsprobleme in Grenzen halten und wies eine von der Altersstruktur und der Differenzierung der Geschlechter relativ ausgeglichene Wählerstruktur auf. Eine weit stärkere exogene Mobilisierung zeigte sich eine Woche später bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. CDU und FDP verloren in Baden-Württemberg jeweils über 5 Prozentpunkte. Beide zusammen konnten nicht mehr regieren. Die bürgerliche Mehrheit diffundierte und führte erstmals zu einer von den Grünen angeführten Regierung mit der SPD. Dabei hat die enorme zusätzliche Mobilisierung bei dieser Wahl vor allem dazu geführt, dass die Grünen mit Abstand die meisten zusätzlichen Stimmen von den Nichtwählern holen konnten. Zwar konnte auch die CDU einen hohen Stimmenblock aus dem Nichtwählerlager holen – weit mehr als die SPD –, aber das reichte dennoch nicht zur Regierungsbildung, weil die FDP wiederum massiv verlor. Das klassische bürgerliche Lager verlor in einem Stammland die Mehrheit nicht wegen massiver Mobilisierung der Linken, sondern weil die Grünen am stärksten vom Thema Atomenergie und Energiewende profitieren konnten. Die knappe Niederlage war für die CDU umso bitterer, als die Mobilisierungswelle strukturell für ein relativ gutes Ergebnis sorgte: Weder in Bezug auf das Alter noch auf die Verteilung nach Geschlecht oder Berufstätigkeit hatte sie die bekannten Defizite, wie sie in Nordrhein-Westfalen oder Hamburg wieder deutlich zu Tage getreten waren. Das Ergebnis unterstrich, dass für die CDU selbst eine enorme zusätzliche Mobilisierung (zu der die SPD erneut nicht in der Lage war) nicht zwingend zu einer Mehrheitsfähigkeit führen muss. Bei der Bundestagswahl 2009 kam die Mobilisierung der FDP und damit dem Partner

---

<sup>183</sup> Fischer, Severin: Die letzte Runde in der Atomdebatte? Der Parteienwettbewerb nach Fukushima, in: „Superwahljahr“ 2011 und die Folgen, hrsg. von Eckhard Jesse und Roland Sturm, Baden-Baden 2012, S. 365-383.

im bürgerlichen Lager zugute, bei dieser Landtagswahl den Grünen, die nicht als Partner zur Verfügung standen.

Auch in Rheinland-Pfalz ermöglichte der Zugewinn der Grünen die erneute Bildung einer rot-grünen Regierung trotz starker Verluste der SPD. Die bürgerliche Mehrheit aus CDU und FDP war chancenlos, weil trotz Gewinnen der CDU die Liberalen stark verloren und aus dem Landtag flogen. Die CDU profitierte auch hier von einer exogenen Mobilisierung, die zwar die Grünen weit stärker begünstigte, aber die Union besser als die Sozialdemokraten stellte. Ihre strukturellen Defizite bei jüngeren Wählern oder Arbeitern waren erkennbar, traten aber wenigstens teilweise nicht ganz so dramatisch zu Tage wie bei früheren Wahlen. Die Wahlen vom März 2011 machten deutlich, dass die CDU auf der einen Seite auch unter schwierigen Bedingungen zu hoher Mobilisierung in der Lage sein kann. Auf der anderen Seite wurde aber auch offensichtlich, dass zur Mehrheitsbildung der Partner FDP immer weniger würde beitragen können. Nicht zuletzt durch die anstehenden Beschlüsse zur Energiewende schien die FDP mehr Schaden zu nehmen als die Union. Spätestens nach diesen Wahlen war die Frage ungeklärt, ob die klassische bürgerliche Mehrheit aus Union und FDP so noch ein strategisches Ziel sein konnte. Der Führungswechsel in der FDP auf ihrem Parteitag Mitte Mai 2011, bei dem Philipp Rösler als Nachfolger Guido Westerwelles gewählt wurde, konnte den Ansehensverlust der FDP kurzfristig nicht aufhalten.<sup>184</sup>

Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 22. Mai 2011 konnte an diesem Trend erwartungsgemäß nichts ändern. Die rot-grüne Regierung wurde bestätigt; die CDU verlor und die FDP flog aus der Bürgerschaft. Strukturell war das Ergebnis für die CDU ähnlich desolat wie in Hamburg, zumal neben den landespolitischen Themen kein exogener Mobilisierungseffekt mehr erkennbar war. Dies traf auch für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2011 zu. Auch hier verlor die CDU und fiel die FDP aus dem Landtag, aber – wie in Sachsen-Anhalt im Frühjahr – wurde auch hier eine große Koalition gebildet; in diesem Fall jedoch unter der Führung der SPD. In den östlichen Ländern schien sich also die Koalition mit der SPD immer mehr zu einer Standardlösung zu entwickeln – eine Regierung aus CDU und FDP war dort ohnehin immer eine Seltenheit gewesen. Überraschenderweise war diese Lösung auch das Ergebnis der Abgeordnetenhauswahl in Berlin vom 18. September 2011, wo als Alternative zur SPD-Linken-Regierung durchaus ein rot-grünes Bündnis denkbar gewesen wäre. Die CDU konnte jedoch zulegen und trotz der üblichen Überalterung der Wählerschaft etwa bei einigen Berufsgruppen wie Beamten und Selbständigen sich deutlich steigern. Damit hatte sie in

---

<sup>184</sup> Dittberner, Jürgen: Der programmierte Abstieg? Perspektiven der FDP, in: „Superwahljahr“ 2011 und die Folgen, hrsg. von Eckhard Jesse und Roland Sturm, Baden-Baden 2012, S. 89-108, hier S. 93 ff.

einem schwierigen Umfeld durchaus eine gewisse Mobilisierungsfähigkeit an den Tag gelegt, während die FDP mit einem extrem schlechten Resultat wieder den Einzug ins Parlament verpasste.

Zu diesem Zeitpunkt der Legislaturperiode hatte auch die Euro-Krise bereits deutlich ihre Spuren hinterlassen. Schon am 7. Mai 2010 war das Währungsunion-Finanzstabilisierungsgesetz verabschiedet worden; kurz darauf das Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus. Am 29. September 2011 musste eine Erweiterung des Euro-Rettungsfonds beschlossen werden; im Jahr 2012 folgte am 27. März 2012 ein neues Rettungspaket für Griechenland sowie am 29. Juni der Beschluss zum Europäischen Fiskalpakt und zum ESM-Rettungsschirm. Dabei dominierte die Kanzlerin das Geschehen, weil sie maßgeblich die Verhandlungen führte. „Das Außenministerium, der Koalitionspartner und die Opposition wurden keine zentralen Akteure bei den Verhandlungsprozessen.“<sup>185</sup> Bei der Wahl in Berlin hat wahrscheinlich das Ansehen der Kanzlerin und das Management in der Euro-Krise schon eine gewisse Rolle gespielt, während sich die innere Verfasstheit der FDP nur noch weiter negativ ausgewirkt haben dürfte. War nun auch ein Trend zur großen Koalition im Westen unabwendbar?

Die Landtagswahl im Saarland am 25. März 2012 schien diesen Trend zu bestätigen. Die erste „Jamaika-Koalition“ aus CDU, FDP und Grünen war zerbrochen. Die Neuwahl brachte eine Bestätigung der CDU, eine Stärkung der SPD und das Scheitern der FDP an der 5-%-Hürde. Trotz des strukturell durchwachsenen Ergebnisses konnte die CDU mit dem Koalitionspartner SPD wieder die Regierung bilden. Allerdings kamen nach Berlin die Piraten auch in diesen Landtag, so dass weitere Regierungsbildungen künftig noch komplizierter zu werden drohten. Zumindest die Bildung einer klassischen bürgerlichen Mehrheit aus Union und FDP schien so noch schwieriger zu werden. Dies schien sich bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein vom 6. Mai 2012 und in Nordrhein-Westfalen vom 13. Mai 2012 zu bestätigen. In beiden Fällen kamen die Piraten in den Landtag und in beiden Fällen war eine solche bürgerliche Regierungskoalition trotz Erholung der FDP nicht möglich. In beiden Ländern war eine rot-grüne Regierung (in Kiel mit dem SSW) das endgültige Resultat. In Schleswig-Holstein schien die Mobilisierungsleistung der CDU im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen etwas besser ausgefallen zu sein, aber die Sondersituation mit dem SSW und (wie auch in Nordrhein-Westfalen) der Einzug der Piraten hatten bei fehlender Regierungsperspektive mit der FDP auch die große Koalition mit der SPD nicht ermöglicht. In beiden Fällen war auch kein exogener Mobilisierungseffekt mehr für die CDU erkennbar.

---

<sup>185</sup> Murswieck, Axel: Vier Jahre Schwarz-Gelb: Eine Bilanz, in: Der Bürger im Staat 3/2012, S. 171-181, hier S. 173.

Im weiteren Verlauf des Jahres schien eine Trendwende zu Gunsten der bürgerlichen Mehrheit nicht unwahrscheinlich zu sein: Die demoskopischen Werte für die Union blieben hoch, ebenso wie die Zustimmung zur Bundeskanzlerin. Die Piraten schienen ihren Zenit überschritten zu haben, so dass sich das Parteiensystem für die Bundestagswahl stabilisieren konnte. Kurz nach dem Jahreswechsel bestätigte die Landtagswahl in Niedersachsen vom 20. Januar 2013 diese Entwicklung zum Teil: Die CDU verlor, blieb aber stärkste Partei und die Piraten schafften es nicht in den Landtag. Die FDP legte auch zu, aber dank der Gewinne von SPD und vor allem den Grünen konnte knapp eine rot-grüne Regierung gebildet werden. Die Tatsache, dass relativ die meisten Verluste der CDU an die FDP gingen, befeuerte seitens der Union die Befürchtung, ein Übermaß an „Leihstimmen“ – abgegeben von Unionswählern aus Angst, die FDP könnte den Einzug in den Landtag verpassen – wäre für die Niederlage verantwortlich gewesen. Dabei zeigte die strukturelle Analyse ihres Ergebnisses die typischen Elemente eines Unionsergebnisses bei zu geringer Mobilisierungsleistung: unterdurchschnittliche Werte bei allen Wählern unter 60 Jahren und noch deutlicher bei jüngeren Frauen, unterdurchschnittliche Werte bei Arbeitern, Arbeitslosen und Angestellten und hohe Verluste bei Selbständigen, Angestellten und Beamten. Die insgesamt positive Bewertung der CDU und ihres Spitzenkandidaten reichte aber offenbar nicht aus, um Defizite in einzelnen Kompetenzbereichen (etwa soziale Gerechtigkeit und Bildung) auszugleichen. Sie reichte insbesondere nicht, um die Einschätzung der FDP und die Bewertung einer möglichen neuen Koalition aus CDU und FDP zu verbessern. Auch bei einem theoretischen „Herausrechnen“ der reinen Wanderungsgewinne der FDP von der CDU hätte das Gesamtergebnis nicht anders ausgesehen. Insofern wäre die naheliegende strategische Marschrichtung nach dieser Landtagswahl gewesen, im Hinblick auf die Bundestagswahl die Mobilisierungsfähigkeit der Union zu stärken, ohne die Wahlaussichten der FDP nachhaltig zu schädigen.

Allerdings schien mit näherrückendem Wahltermin, wachsender demoskopischer Zustimmung für die Union und bei anhaltend schlechten Werten für die FDP die Befürchtung vor einem übertriebenen Verlust durch Mitleid oder aus strategischem Kalkül von der Union an die FDP „verliehenen“ Stimmen immer größer zu werden. Für die Landtagswahl in Bayern am 15. September 2013 – eine Woche vor der Bundestagswahl – schien dies kein Problem zu sein. Angesichts der stabil beeindruckenden demoskopischen Lage für die CSU war die Mobilisierung in Bayern wohl kaum gefährdet und dort hätte man „Leihstimmen“ an die FDP gut verkraften können. Dies fand aber nicht statt: Die bürgerliche Mehrheit wurde – wie so oft in der Geschichte – wieder von der CSU allein gestellt. Aber selbst diese Konstellation beförderte die Angst, bei der Bundestagswahl

wegen eines starken Ergebnisses für die CSU erst recht einen Mitleidseffekt zu Gunsten der FDP zu befördern. Somit wurde in der Strategie auch kein Versuch unternommen, direkte oder indirekte Signale an die Wählerschaft auszusenden, dass diesmal Stimmen für die FDP besonders nötig seien. Ob dies aus der Erwartung geschah, die FDP sei bei dieser Bundestagswahl ohnehin verloren, ist eher unwahrscheinlich. Viel mehr ist die Erwartung glaubwürdig, dass es die FDP bei demoskopischen Werten um oder knapp über der 5-%-Marke kurz vor der Bundestagswahl letztlich – wie immer seit 1949 – doch wieder ins Parlament schaffen würde; womöglich sogar noch – wie in Niedersachsen – mit einem unerwartet guten Resultat.

Die Wahlen des 22. September 2013 haben das Gegenteil gezeigt: Bei der Landtagswahl in Hessen wie bei der Bundestagswahl ging die bürgerliche Mehrheit aus Union und FDP verloren. Die FDP kam erstmals gar nicht mehr in den Bundestag. Auch wenn sich für die Bundesregierung wieder eine große Koalition mit der nur leicht wieder erstarkten SPD anbot – was auch mit Abstand den Erwartungen der Wählerschaft am stärksten entsprach –, sind die strategischen Konsequenzen dieses Resultats für die deutsche Politik noch gar nicht abzusehen. Dies entspricht auch dem langjährigen Trend, wonach nach den Wahlen in Deutschland fast immer die Koalition gebildet wird, die in den demoskopischen Untersuchungen vor der Wahl von der Bevölkerung am meisten präferiert wurde – unabhängig von Koalitionsaussagen und Lagerstrukturen.<sup>186</sup> Dieses Ergebnis kam zustande, obwohl weder Piraten noch AfD noch eine andere neue Partei ins Parlament kamen, die die Koalitionsbildung kompliziert hätten. Stattdessen waren nur noch vier Fraktionen im Bundestag – viele Publizisten und Wissenschaftler hätten in den Jahren zuvor eher auf eine stärkere Zersplitterung des Parteiensystems und mittelfristig auch des Bundestages getippt.

## 1.2 Die Struktur des Wahlverhaltens

Die weitere strategische Orientierung der Union wird sich erst allmählich herausbilden. Das Resultat der Bundestagswahl zeigt ein zwiespältiges Bild. Die Union holte ein von der Demoskopie nicht erwartetes hervorragendes Ergebnis: Das beste Resultat seit 1990 und im Osten kaum schlechter als im Westen. In allen Ländern holte die Union bei dieser Bundestagswahl ein besseres Resultat als bei der jeweils letzten Landtagswahl. Die Differenz erreichte etwa 13,5 Punkte im Vergleich zur Landtagswahl 2012 in Nordrhein-Westfalen oder gar 19,5 Punkte zu der in Mecklenburg-

---

<sup>186</sup> Hirscher, Gerhard: Ist des Wählers Wille den Parteien Befehl? Koalitionsbildung seit der Bundestagswahl 2009 im Spiegel der Demoskopie, in: Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, hrsg. von Alexander Gallus, Thomas Schubert und Tom Thieme, Baden-Baden 2013, S. 559-571.

Vorpommern 2011. Im Vergleich zu Hamburg und Bremen 2011 konnte die CDU 10,3 bzw. 9,0 Punkte zulegen, im Falle Schleswig-Holsteins 2012 auch noch 8,4 Punkte. Verglichen mit zahlreichen Landtagswahlen in dieser Periode konnte die Union ihr Wählerpotenzial bei der Bundestagswahl also deutlich besser ausschöpfen.

Auch die soziologische Analyse bot erfreuliche Perspektiven: Der mäßige Verlust von Stimmen an die AfD wurde mehr als ausgeglichen durch enorme Gewinne vor allem von der FDP und aus dem Nichtwählerlager. Neben einem üblichen, aber eher kleineren Verlust an den Generationenwechsel holte die Union auch von den anderen Parteien Stimmen. Die Mobilisierung hat also gut funktioniert, wenn auch der Löwenanteil vom Koalitionspartner aus dem bürgerlichen Lager kam. Auch in der Altersverteilung war die Differenz zwischen den jüngeren und den älteren Wählern besser als bei vielen früheren Wahlgängen. In den Berufsgruppen war die Union homogener vertreten als bei anderen Wahlgängen: So konnte sie sich bei Angestellten, Beamten, Landwirten und Selbständigen stabilisieren und wurde auch bei den Arbeitern stärkste Partei. Die Analyse der Stimmabgabe nach der formalen Bildung zeigt, dass die Union beim „kleinen Mann“ punkten und ihren Charakter als Volkspartei wieder stärker demonstrieren konnte. Auch wenn ihre Kompetenzwerte nicht in allen Bereichen führend waren (wie bei sozialer Gerechtigkeit, angemessenen Löhnen oder Familienpolitik), so war ihre Bewertung insgesamt und vor allem die der Kanzlerin sehr gut.

Die Notwendigkeit der Mobilisierung auf breiter Front war für die Union als Volkspartei immer ein zentraler Faktor. Dies zeigte sich am Ende der Legislaturperiode bei den Wahlen in Bayern, Hessen und der Bundestagswahl, wo ein (im Bund allerdings moderater) Anstieg der Wahlbeteiligung einherging mit einem höheren Resultat für CDU und CSU. Zuvor war dieses Phänomen nur in den Wahlen in Berlin und Rheinland-Pfalz zu verzeichnen gewesen. Umgekehrt gab es zahlreiche Fälle, wo eine geringere Wahlbeteiligung auch einen geringeren Wert für die CDU mit sich brachte wie in Nordrhein-Westfalen 2010, in Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. In den meisten Fällen scheint es für die Union also durchaus sinnvoll zu sein, auf eine höhere Wahlbeteiligung hinzuarbeiten. Die Strategie der „asymmetrischen Demobilisierung“ – wenn das je eine Strategie gewesen sein sollte – hat sich spätestens im Laufe dieser Legislaturperiode als unwirksam herausgestellt.

Ansonsten bleiben für die Union die bekannten Ansatzpunkte zur Steigerung der Mobilisierungsfähigkeit. In fast allen Wahlgängen – mit Ausnahme der Landtagswahlen in den neuen Ländern – war der Abstand der Anteile bei den älteren Wählern gegenüber denen in mittleren und jüngeren Jahrgängen hoch oder sogar zu hoch. Der Anteil, den die Union bei den Über-60-Jährigen in den alten Ländern holte, war immer um die

10 Prozentpunkte höher als bei denen unter 60 Jahren. Fast immer war der Abstand zwischen den älteren und jüngeren Frauen noch höher. Nur bei Wahlen mit hoher Mobilisierungswirkung fielen diese Altersdifferenzen geringer aus, konnten aber nie ganz überbrückt werden. Das legt nahe, dass die Union ihre künftige strategische Orientierung eher an den Wählern mittlerer und jüngerer Jahrgänge ausrichten sollte, auch wenn in den kommenden Jahren die Senioren schon rein quantitativ eher noch an Bedeutung zulegen werden. Dies ist einerseits eine positive Nachricht, weil sich die Union auch für die nächsten Wahlen am relativ hohen Anteil älterer Wähler überproportional bedienen können. Auf der anderen Seite gingen die Anteile der Union – rechnet man die Wähler über 60 Jahren zusammen – von ihren Rekordhöhen in den letzten Jahren ebenfalls zurück. Außerdem verliert die Union weiterhin bei allen Wahlen netto an den Generationenwechsel. Dieser Verlust war zwar bei den Wahlen mit hoher Mobilisierung geringer, aber dennoch deutlich messbar. CDU und CSU sterben kontinuierlich Wähler weg, die nicht komplett durch Wähler aus den quantitativ geringer besetzten jüngeren Jahrgängen ersetzt werden können. Diese demographische Ausgangslage ist zwar für alle Parteien gleich, erhöht aber besonders für die Volksparteien den Druck, ihre Mobilisierungsleistungen bei den Generationen im jüngeren und mittleren Alter zu verstärken.

Generell hat die Union erneut bei den Frauen deutlich besser abgeschnitten als bei den Männern. Der Abstand war geringer bei Wahlen mit hoher Mobilisierungswirkung wie etwa in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Auch bei den Wahlen in Norddeutschland war dies so wie in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Schleswig-Holstein. Der hohe Überhang bei den Frauen bei der Bundestagswahl 2013 kann auch an der Popularität der Spitzenkandidatin liegen. Insgesamt scheint aber die Interpretation nicht abwegig zu sein, dass die Mobilisierungsleistungen der Union eher die Männer ansprechen müssen – die strukturellen Defizite bei den jüngeren und ganz jungen Frauen müssen kein Widerspruch hierzu sein.

Auch die Verschiebungen der Stimmen zeigen ein differenziertes Bild. Bei der Union hängt generell die Mobilisierung mit der Wahlbeteiligung zusammen. Ging diese zurück, so war für die Union ein Verlust an das Nichtwählerlager zu verzeichnen. Ausnahmen hiervon waren nur die Wahl in Berlin, wo trotz leicht gestiegener Wahlbeteiligung von Infratest dimap kein Nettogewinn aus dem Nichtwählerlager verzeichnet werden konnte, und die Wahl in Nordrhein-Westfalen vom 13. Mai 2012, wo bei minimalem Anstieg der Wahlbeteiligung die CDU bei einem Rekord-Negativergebnis auch noch ans Nichtwählerlager verlor. Umgekehrt hat die Union bei gestiegener Wahlbeteiligung immer auch Stimmen von den Nichtwählern abziehen können. Besonders deutlich zeigte sich dies bei den Wahlen in

Bayern, Hessen und zum Bundestag im September 2013.

Daneben blieb der Austausch mit dem Lagerpartner FDP ein wichtiges Element. Es finden sich Fälle, wo ein Verlust an die Nichtwähler einhergeht mit Verlusten der Union an die FDP so wie in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010 und in Hamburg – also den beiden ersten Wahlen der Legislaturperiode – und nochmals in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2012. Bei anderen Wahlen in der Mitte der Legislaturperiode standen Verlusten an die Nichtwähler Gewinne von der FDP gegenüber, so in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Schleswig-Holstein. Bei Wahlen mit der höchsten Wahlbeteiligung oder dem höchsten Mobilisierungseffekt konnte die Union Gewinne aus dem Nichtwählerlager und von der FDP verzeichnen, so wie in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bayern, Hessen und der Bundestagswahl 2013. Eine hohe Mobilisierung bietet also für die Union die größte Chance für eine gute Ausschöpfung des Nichtwählerpotenzials bei gleichzeitiger hoher Durchdringung des bürgerlichen Wählerpotenzials. Umgekehrt war für die FDP der Austausch mit der Union in den meisten Wahlen der größte Posten mit Ausnahme der Wahl in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. In den drei letzten Fällen war jeweils der Verlust an die Nichtwähler für die FDP höher.

Der zweite wichtige Stimmenmarkt, der Austausch mit der SPD, folgt nicht dieser Logik. Zwar ist der Nettosaldo des Austauschs mit der SPD rein quantitativ oft höher als der mit der FDP – vor allem jedoch bei den Wahlen mit gesunkener Wahlbeteiligung wie in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 und im Mai 2012, in Hamburg, Sachsen-Anhalt, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern oder Schleswig-Holstein. Bei Wahlen mit gesteigener Wahlbeteiligung spielte für die Union der Austausch mit der SPD im Vergleich zu dem mit der FDP kaum eine oder eine weit geringere Rolle. In diesen Fällen war neben dem Gewinn von der FDP sowohl ein Verlust an die SPD zu verzeichnen (wie in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen) als auch ein Zuwachs früherer SPD-Stimmen wie in Rheinland-Pfalz, Berlin und bei der Bundestagswahl 2013. Eine allgemeine Mobilisierungsstrategie scheint also eine größere Wirkung innerhalb des bürgerlichen Lagers zu entfalten, sollte aber in möglichen Auswirkungen auf potenzielle Wähler der Sozialdemokratie nicht unterschätzt werden.

### **18.3 Wo liegt die (neue) bürgerliche Mehrheit?**

Die Bundestagswahl vom 22. September 2013 hat eine Mobilisierung für die Union gebracht, wie sie in den Jahren zuvor nicht zu verzeichnen war. Beginnend mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat das bürgerliche Lager aus Union und FDP zusammengerechnet immer Anteile verloren. Nur die Landtagswahl in Bayern vom 15. September 2013 ist eine Ausnahme, bei der aber das Ausscheiden der FDP aus dem Parlament

auch nicht verhindert werden konnte. Dies war umso tragischer, als der negative Trend zu Ungunsten der FDP schon gestoppt schien: Zuvor kam sie bei den Wahlen in Schleswig-Holstein (trotz erheblicher Verluste) und denen in Nordrhein-Westfalen sowie Niedersachsen (bei moderaten Gewinnen) wieder in die Landtage. Im Jahr zuvor war die FDP aus fünf Landtagen hintereinander gefallen. Das gute Ergebnis in Niedersachsen diente dann als Vorlage für das (im Nachhinein betrachtet völlig abwegige) Szenario, dass bei einem Ausscheiden der FDP aus dem bayerischen Landtag eine Spirale der Leihstimmen aus Mitleid in Gang kommen könnte, die die bürgerliche Mehrheit im Bundestag gefährden könnte. Allein die verstärkte Kommunikation dieses Szenarios kurz vor der Bundestagswahl hat dazu beigetragen, dass das Ergebnis eintrat, wenn auch unter anderen Vorzeichen. Ob diese Konsequenz intendiert oder nicht intendiert war, wird wohl noch lange Gegenstand von Spekulationen bleiben.

Bei einigen Wahlen haben beide Partner gleichzeitig verloren: in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Bei den Wahlen zu Beginn und gegen Ende der Legislaturperiode standen Verluste der CDU Gewinnen der FDP gegenüber, so in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010, in Hamburg, in Nordrhein-Westfalen im Mai 2012 und in Niedersachsen. Bei einigen der für die FDP fatalen Wahlgänge in der Mitte der Legislaturperiode hatte die FDP verloren, aber die Union etwas gewonnen, so in Rheinland-Pfalz, Berlin und dem Saarland. Dieser Trend schien aber beendet bis zur Landtagswahl in Bayern, wo die FDP wie bei der Bundestagswahl und der Landtagswahl in Hessen eine Woche später stark verlor bei zum Teil hohen Gewinnen für die Union. War diese erneute Trendwende unvermeidlich?

Bei der Bundestagswahl 2013 hat die Union ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielt. Der Zuwachs war der größte seit Jahrzehnten und auch mit Abstand der größte prozentuale Anstieg aller Wahlen in dieser Legislaturperiode. Die klassische bürgerliche Mehrheitsregierung mit der FDP wurde aber verpasst: Theoretisch hätten 120.810 Stimmen mehr die FDP über die 5-%-Hürde gebracht. Damit hätten CDU, CSU und FDP zusammen eine Mehrheit der Mandate im Bundestag gehabt und ihre Regierungskoalition fortsetzen können. Selbst wenn diese fehlenden Stimmen ausschließlich von der Union abgewandert wären, hätte dies für die Mehrheitsbildung gereicht: Unterstellt man, diese zusätzlichen Stimmen für die FDP wären ausschließlich von der Union gekommen, dann wäre der gemeinsame Anteil von CDU und CSU immer noch bei 41,27 % gelegen. Die absolute Mehrheit der Mandate im Bundestag für Union und FDP wäre damit ebenfalls nicht gefährdet gewesen. Die öffentlich geäußerte Angst vor zu viel „Leihstimmen“ an die FDP und der offensichtliche Verzicht auf jegliche kommunikative Signale seitens der Union, die sich hilfreich auf die FDP-Zweitstimmen auswirken könnten, haben zu diesem knappen

Scheitern wohl mit beigetragen. Diejenigen Parteistrategen der Union, die die Koalition mit der FDP fortführen wollten, haben sich damit verspekuliert. Diejenigen Strategen, denen eine große Koalition mit der SPD ohnehin die bessere Option erschien, konnten sich bestätigt fühlen. Die Bundestagswahl 2013 brachte dann auch diese große Koalition – erneut ein „dosierter Machtwechsel“, der in der deutschen Politik ohnehin die Regel ist.<sup>187</sup>

Dennoch bleibt nach dieser Wahl vieles im Fluss. Wo bilden sich die Konturen einer neuen bürgerlichen Mehrheit heraus: im Bündnis mit einer wieder erstarkten FDP, einer in die Mitte rückenden Partei der Grünen oder gar mit einer neuen bürgerlichen Gruppierung wie der AfD? In jedem Fall muss die Union der Kern jeder bürgerlichen Mehrheit bleiben. Sie wird schon aufgrund der Wählerstruktur in den nächsten Jahren Strategien der Mobilisierung für sich im Bund wie in den Ländern entwickeln müssen – unabhängig von der Entwicklung der anderen Akteure im deutschen Parteiensystem. Dabei kann sich die Union nicht auf rein exogene Mobilisierung, ausgelöst durch externe Großereignisse wie Fukushima oder die Euro-Krise, verlassen. Weder ist der Eintritt solcher Ereignisse genau vorherzusagen oder gar zu planen, noch ist von vornherein klar, wem diese am ehesten nützen. Stattdessen müssen Strategien zur endogenen Mobilisierung entwickelt werden. Dabei wird die Personalpolitik in Zeiten eher noch wachsender Personalisierung eine zentrale Rolle spielen. Selbst gute persönliche Werte von Spitzenkandidaten haben in den letzten Jahren nicht immer für einen Wahlerfolg gereicht. Daher werden die Spitzenpolitiker unter noch höherem Druck stehen, überdurchschnittliche Zustimmungswerte zu erreichen. Dabei bleibt die eigene Mitgliedschaft die entscheidende Ressource. Daher müssen interne Reformprozesse angestoßen oder fortgeführt werden, die die Anreize für eine Mitgliedschaft erhöhen und die Ausweitung der theoretischen und faktischen Möglichkeiten der Mitwirkung und Mitentscheidung der Mitglieder gewährleisten. Nur in sozialen Netzwerken kann keine Partei existieren und Seiteneinsteiger können nicht jede Lücke in der Politik sinnvoll schließen. Gerade die Volksparteien müssen sich in Zeiten dramatischen demographischen Wandels künftig eher noch mehr um die Einbindung ihrer Mitglieder kümmern, die ja in der Regel auch die Brücken in die Kernwählerschaften der Parteien sind. Daneben wird aber die Kompetenzerwartung in zentralen Politikfeldern wichtig bleiben. Ohne einen klaren Vorsprung in den meisten der vom Wähler für wichtig erachteten Kompetenzbereichen ist ebenfalls keine zusätzliche Mobilisierung möglich. Dabei wird auch wichtiger werden, inwieweit es der Union gelingt, nicht nur ihren Vorsprung vor der

---

<sup>187</sup> Korte, Karl-Rudolf: Die Bundestagswahl 2009 – Konturen des Neuen, in: Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, hrsg. von Karl-Rudolf Korte, Wiesbaden 2010, S. 9-32, hier S. 18 f.

SPD zu erreichen oder zu halten, sondern auch einen zu großen Aufwuchs an Kompetenzzuschreibung an die kleineren Parteien zu verhindern. Auch eine zusätzliche Mobilisierung entbindet die Union nicht von der Notwendigkeit, neue Koalitionsstrategien zu durchdenken. Ein Fazit der Bundestagswahl 2013 ist es ohne Frage, dass die Union gestärkt aus ihr hervorgegangen ist. Damit wurde eine Tendenz bekräftigt, die schon nach der Bundestagswahl 2009 geäußert wurde: eine Konsolidierung des Parteiensystems in Sinne einer „strukturellen Asymmetrie zu Gunsten der Union“.<sup>188</sup> Richtig ist also auch: Wenn die grundlegenden Tendenzen zur Personalisierung und Mediatisierung anhalten, wird auch die Perspektive der Alleinregierung für die Union – nicht nur in Bayern – wieder stärker beachtet werden müssen.

---

<sup>188</sup> Niedermayer, Oskar: Das deutsche Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2009, in: Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, hrsg. von Oskar Niedermayer, Wiesbaden 2011, S. 8-35, hier S. 35.



# Autor

**Dr. Gerhard Hirscher**

Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung  
der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung,  
München





